Neue Entwicklungsstrategien für das Burgenland

Gerhard Palme, Helmut Jeglitsch, Matthias Schneider

Gutachten im Auftrag der Burgenländischen Industrie- und Betriebsansiedlungsgesellschaft

Wien, Mai 1984

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten

Verzeichnis der Abbildungen

Vorbemerkung

Mit der Ausführung des vorliegenden Gutachtens hat die burgenländische Betriebsansiedlungsgesellschaft (BIBAG) das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung beauftragt. Von seiten des Auftraggebers wurde das Projekt von Herrn Dr.Werner Eckhardt betreut und in organisatorischer Hinsicht tatkräftig unterstützt. Die Projektkosten wurden vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank finanziert.

Zum Studienauftrag kam es, weil die Auffassung bestand, für das Burgenland wäre eine neue Untersuchung über wirtschaftliche Entwicklungsstrategien günstig. Schließlich wurde die letzte Forschungsarbeit über die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Burgenlandes im Jahre 1968 verfaßt. Und seither haben sich die welt- und volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr stark geändert.

Im Mittelpunkt der traditionellen Regionalpolitik stand die Förderung von industriellen Betriebsansiedlungen, sie war also mobilitätsorientiert. Diese Strategie bringt seit etwa Mitte der siebziger Jahre kaum mehr Erfolge, und ebensowenig besteht in den achtziger Jahren die Aussicht auf eine neue Welle von Betriebsansiedlungen. Seit diesem Trendbruch gibt es auch kein allgemein anerkanntes regionales Entwicklungskonzept.

Diese Studie basiert auf keinem neuen entwicklungstheoretischen Modell und sie will auch kein geschlossenes Strukturkonzept propagieren. Diese Arbeit setzt vielmehr an der konkreten spezifischen Situation des Burgenlandes an. Aus einer Analyse der Stärken und Schwächen wird versucht, Ansatzpunkte für eine Festigung und Verbesserung der burgenländischen Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Die Untersuchung umfaßt nicht alle Wirtschaftsbereiche, sondern ihr Schwergewicht liegt - vereinbarungsgemäß - in der Industrie sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Für diese Einschränkung waren mehr arbeitstechnische als sachliche Gründe maßgebend. Die Vorschläge haben also das Ziel, die regionale Industriestruktur des Burgenlandes im Zusammenhang mit der Landwirtschaft so zu gestalten, daß der beschleunigte Strukturwandel einigermaßen erfolgreich bewältigt werden kann. Dabei wird selbstverständlich kein Anspruch auf einen vollständigen und detaillierten Maßnahmenkatalog erhoben, sondern einige strukturpolitisch wichtig erscheinende Gesichtspunkte und Konzeptbestandteile werden zur Diskussion gestellt.

Der erste Beitrag (Verfasser: Helmut Jeglitsch) befaßt sich mit dem Wachstum der burgenländischen Wirtschaft (nach 1961) und den Auswirkungen auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Besondere Beachtung finden das Arbeitskräfteangebot, das bis 1990 prognostiziert wird, und das Wanderungsausmaß der Bevölkerung. Schließlich spielt für das Burgenland die Entwicklung der Berufspendler eine wichtige Rolle für die Beurteilung der bisherigen Entwicklungsstrategie.

Gegenstand des zweiten Beitrages (Verfasser: Gerhard Palme) ist die burgenländische Industrie. Diese wird zunächst in ihrer Gesamtentwicklung in bezug auf Produktion, Produktivität und Beschäftigung analysiert. Die geringe Verflechtung und die Uneinheitlichkeit der burgenländischen Industrie begründen eine differenzierte Analyse nach Branchengruppen (Sektoren). Einem dynamischen Strukturverständnis folgend wurde versucht, die Industriebranchen (2-Steller) so zu gruppieren, daß jeder Sektor spezifische Standort- und Wettbewerbsbedingungen ausdrückt. Es wurden vier Sektoren gebildet, wovon zwei Sektoren (der rohstofforientierte Ricardo-Sektor, der absatzmarktorientierte Lösch-Sektor) vorwiegend binnenmarktorientiert und zwei Sektoren (der arbeitskostenorientierte Heckscher-Ohlin-Sektor und der agglomerationsorientierte Thünen-Sektor) exportorientiert sind. Die Ergebnisse dieser Strukturanalyse bildeten die Grundlage für ein Konzept zur Verbesserung der regionalen Industriestruktur des Burgenlandes. Dieses baut auf einer Doppelstrategie auf, wonach auswärtige Entwicklungskräfte die Entfaltung der burgenländischen Produktivkräfte unterstützen sollen (exogen unterstützte Endogenisierung).

Im Kapitel zum Industriekonzept wird - unter anderem - empfohlen, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie einen Strukturschwerpunkt zu setzen. In diesen Zusammenhang ist dann auch der detaillierte Beitrag über die Land- und Forstwirtschaft (Verfasser: Matthias Schneider) einzuordnen. Dieser Wirtschaftszweig nimmt in der burgenländischen Wirtschaft einen überdurchschnittlichen Stellenwert ein, das Burgenland zählt immer noch

großteils zum "ländlichen Raum". Die Analyse zeigt in einigen landwirtschaftlichen Produktionssparten Marktanteilsverluste. Auf ihre Beseitigung sind die Maßnahmenvorschläge hauptsächlich gerichtet.

Kurzfassung

Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt im Burgenland

(Helmut Jeglitsch)

Wirtschaftswachstum

Die burgenländische Wirtschaft zeigte in der jüngeren Vergangenheit ein im Verhältnis zu den anderen Bundesländern überdurchschnittliches Wachstum. Scheidet man den in manchen Stichjahren eher von den Ernteergebnissen als von der Wirtschaftslage bestimmten Agrarsektor aus, so hält das Burgenland von 1961 bis 1982 die Wachstumsspitze unter allen Bundesländern. Vor allem der Dienstleistungssektor, der hier im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht vom Reiseverkehr geprägt wird, hat besonders stark expandiert.

Zu diesem überdurchschnittlichen Wachstum trugen vor allem die - auch in Zeiten der Hochkonjunktur - noch vorhandenen Arbeitskräftereserven bei, daneben aber auch der Bedeutungsverlust des langsam wachsenden Agrarbereiches. Dennoch hat die Land- und Forstwirtschaft im Burgenland noch immer einen wesentlich höheren Anteil am Brutto-Inlandsprodukt als in

den anderen Bundesländern. Auch die Anteile der mit dem Agrarsektor in Verbindung stehenden Lebensmittelindustrie sowie der von öffentlichen Aufträgen abhängigen Bauwirtschaft sind hoch, von der internationalen Nachfrage abhängige Wirtschaftszweige sind hingegen im Burgenland schwach vertreten. Aus dieser besonderen Struktur heraus ist es zu erklären, daß Beschleunigung und Verlangsamung der Entwicklung der burgenländischen Wirtschaft nur wenig Zusammenhang mit dem Auf und Ab der Konjunktur in Österreich zeigen. Die regionale Dimension der Konjunkturwellen, die in Österreich insgesamt etwa in der Gegenüberstellung von Ballungsgebieten und Agrargebieten auftritt, ist im Burgenland als Bundesland nicht erkennbar.

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt des Burgenlandes wird nach wie vor von Angebotsüberschüssen gekennzeichnet. Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1961 bis heute annähernd stabil, die Komponenten, die insgesamt zu diesem Gleichbleiben führen, haben sich aber wesentlich verändert. So ist etwa der vor 1971 feststellbare stark positive Geburtensaldo heute praktisch ausgeglichen. Auf der anderen Seite hörte auch die im ersten Jahrzehnt noch starke Abwanderungstendenz im zweiten Jahrzehnt nahezu auf. Um die Mitte der siebziger Jahre dürfte es sogar zu einer deutlichen Tendenzwende gekommen sein. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die bis dahin noch überwiegende Abwanderung ab diesem Zeitpunkt durch ein Überwiegen der Zuwanderung abgelöst wurde.

Dieses Aufhören der Abwanderung, die vor allem jüngere, aber bereits im erwerbsfähigen Alter stehende, Jahrgänge betroffen hatte, bewirkte zusammen mit den starken Zugängen in diese Altersstufen, die aus den in der Vergangenheit hohen Geburtenzahlen stammen, daß die Zahl der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung im Burgenland bis Anfang der achtziger Jahre stärker gestiegen sein dürfte als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Seither nimmt diese Zahl aber deutlich langsamer zu und wird voraussichtlich ab Mitte der achtziger Jahre absolut rückläufig sein. Von der Angebotsseite her wird also der Druck auf den Arbeitsmarkt in Zukunft eher abnehmen, wenngleich die in manchen Bereichen ungewöhnlich niedrigen Erwerbsquoten auf das Vorhandensein beträchtlicher stiller Reserven schließen lassen.

Diesem bisher expansiven Angebot stand und steht eine nur gleichbleibende Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Burgenland ist zwar in den letzten 20 Jahren außerordentlich stark gestiegen, noch stärker aber war der Rückgang der Zahl der Selbständigen, insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft. Die Gesamtzahl der Beschäftigten (Selbständige und Unselbständige) war zwischen 1961 und 1971 rückläufig und blieb zwischen 1971 und 1981 annähernd gleich. In beiden Perioden blieb die Beschäftigungsentwicklung im Burgenland unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt, parallel mit der raschen Entwicklung der Wirtschaft kam es zu hohen Produktivitätszuwächsen.

Dieses bei unterdurchschnittlicher Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften gleichzeitig überdurchschnittliche Angebot wurde in der Vergangenheit von außerhalb des Bundeslandes gelegenen Arbeitsmärkten aufgenommen. Bis Mitte der siebziger Jahre war nicht nur die Zahl der Abwanderer hoch, sondern auch die der Auspendler, die Arbeitslosigkeit im Burgenland hingegen entwickelte sich - wenn auch auf relativ hohem Niveau - günstig. Für die Beschäftigung von Ausländern in größerer Zahl hatte sich nie die Notwendigkeit ergeben.

Etwa um 1980 drehte sich das Bild: Die Abwanderung aus der Landwirtschaft ist zwar zurückgegangen, aber nur in dem Maße, in dem auch die Aufnahmefähigkeit der übrigen Wirtschaftssektoren nachgelassen hat. Das Ergebnis ist - bei zunächst noch weiter wachsendem Angebot - eine Zunahme der Überschüsse in Form eines wachsenden negativen Pendlersaldos und neuerdings wieder wachsender Arbeitslosenzahlen. Die Zunahme des Auspendelns reicht nicht aus, das Aufhören der Abwanderung zu kompensieren, es wird offensichtlich aus anderen Regionen Arbeitslosigkeit ins Burgenland "exportiert". Darauf weisen nicht zuletzt die hohe Saisonarbeitslosigkeit und das Vorherrschen der Bauberufe unter den Arbeitslosen hin. Eine Ausweichmöglichkeit auf den Abbau von ausländischen Arbeitskräften besteht hier nicht.

Bei auch auf mittlere Sicht kaum sehr expansiver Nachfrage wird es trotz Aufhörens der Angebotszuwächse schwierig sein, den bis dahin aufgebauten

Sockel an Arbeitskräften, die im Lande keine Beschäftigung finden können, wieder zu reduzieren.

Die burgenländische Industrie - Problemanalyse und Konzept zur Verbesserung der regionalen Industriestruktur

(Gerhard Palme)

Globalanalyse

In der burgenländischen Industrie vollzog sich in den letzten drei Jahrzehnten ein beachtlicher Aufholprozeß. Die mittlere jährliche Wachstumsrate der Produktion lag über dem Durchschnitt der österreichischen Industrie (1961/1981: um 1,4 Prozentpunkte), sie schwankte allerdings konjunkturell stärker. Der überdurchschnittliche Expansionsprozeß verlief nicht kontinuierlich, sondern konzentrierte sich auf jene beiden Zeitabschnitte, in denen der österreichische Arbeitsmarkt relativ angespannt war: auf die erste Hälfte der sechziger Jahre, als der steigende Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft noch nicht durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt wurde und auf jenen Konjunkturzyklus um die Wende der siebziger Jahre, in dem die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt fand. Als Folge des weltwirtschaftlichen Trendbruchs zu Mitte der siebziger Jahre trat in der burgenländischen Industrie ab 1976 ein Wachstumsknick ein, der den Aufholprozeß vorläufig beendete. Insbesondere die jüngste Rezession breitete sich mit großer Vehemenz aus.

Die Produktionsdynamik war im Burgenland von keinem Nachfragewachstum getragen. Dies zeigte sich sowohl in der Branchen- wie auch in der Produktebene. Es werden wenige hochwertige Wachstumsprodukte bzw. Produkte mit Wachstumsaussichten erzeugt. In der burgenländischen Industrie dominieren Produktionsbereiche mit niedriger Einkommenselastizität und starker internationaler Konkurrenz. Einer solchen Industriestruktur ohne Nachfragedynamik wohnt eine latente Wachstumsschwäche inne. Diese hat sich in den letzten Jahren, vor allem durch den Konkurrenzdruck der Billiglohnländer, bereits gezeigt.

Somit bewirkten Angebotsfaktoren die Expansion der burgenländischen Industrie. Das Produktionswachstum resultierte zu ungefähr gleichen Teilen aus einer Beschäftigungszunahme und einer Produktivitätssteigerung. Im Vergleich mit anderen Regionalwirtschaften bedeutet dies einen überdurchschnittlichen Wachstumsbeitrag der Beschäftigungs- und einen unterdurchschnittlichen Beitrag der Produktivitätskomponente.

Die Beschäftigungszunahme ergab sich hauptsächlich aus der Ansiedlung von Betrieben und weniger aus der Erweiterung bestehender Betriebskapazitäten oder durch die Gründung von burgenländischen Industrieunternehmungen (endogene Neugründungen). Auf Grund der Betriebsansiedlungen war die Gründungsrate von Industriearbeitsplätzen (Summe der Arbeitsplätze in neugegründeten Industriebetrieben zwischen 1971 und 1982 in % der Industriebeschäftigten des Jahres 1976) im Burgenland etwa dreimal höher als in Gesamtösterreich. Standörtlich flexible Mehr-Be-

triebs-Unternehmungen reagierten auf ein strukturelles burgenländisches Arbeitskräfteüberangebot, indem sie dort hauptsächlich Zweigbetriebe für ihre Produktion errichteten. Solange die Ansiedlungswelle nicht abebbte, spielte der traditionelle Konsumgütersektor mit arbeitskostenorientierten Ansiedlungen (Ansiedlungsmotiv: billige Arbeitskräfte) im mittleren und südlichen Burgenland (Schwerpunkt: Bezirke Oberwart, Oberpullendorf) die entscheidende Rolle. Spätestens mit dem Jahr 1977 ging der intensive Ansiedlungsprozeß zu Ende. Danach flaute die Gründungsintensität sehr stark ab, und es blieben die nördlichen Bezirke (Eisenstadt, Mattersburg) als wichtigste Standortregionen für kleine Gründungsbetriebe des technischen Verarbeitungssektors und der Nahrungs-/Genußmittelindustrie übrig. Der Standortvorteil des Burgenlandes war verlorengegangen und mit ihm die "positive" Angebotskomponente der Industrieproduktion, welche die Nachfrageschwäche vieler burgenländischer Branchen überdeckte.

Sowohl in der österreichischen als auch in der burgenländischen Industrie stand das Produktivitätswachstum mit dem Produktionswachstum in einem positiven Zusammenhang (Verdoorn-Hypothese). Die burgenländische Industrie benötigte aber ein höheres Mindestwachstum, bevor die Produktivität überhaupt stieg. Die burgenländische Industrie konnte ihren deutlichen Produktivitätsrückstand nicht verringern und verblieb unter den österreichischen Bundesländern an letzter Stelle.

Zwar war der Zuwachs an produktivitätssteigernden Inputfaktoren in den siebziger Jahren in der burgenländischen Industrie größer als in der

österreichischen. Durch umfangreiche Investitionen nahm der Kapitaleinsatz rascher zu als der Einsatz der Arbeitskräfte (Erhöhung der Kapitalintensität), und die Qualifikation der Arbeitskräfte hat sich ebenfalls relativ verbessert. Der Aufholprozeß auf der Angebotsseite drang aber nicht im gleichen Ausmaß bis zum Output durch, im Verhältnis dazu hätte die Produktivitätssteigerung größer sein müssen.

Darüberhinaus hielten mit dem Produktionswachstum auch die Skalenerträge nicht Schritt. Großbetriebsvorteile (economies of scale) wurden in der burgenländischen Industrie nur unterdurchschnittlich ausgenützt. Im Vergleich zur Industrie Österreichs war die jährliche Wachstumsrate des Skalenniveaus (realer Bruttoproduktionswert je Betrieb) um 1,2 Prozentpunkte niedriger, obwohl jene der Nettoproduktion um 2,3 Prozentpunkte höher war. Für die Realisierung von Großbetriebsvorteilen gibt es weder innerbetrieblich noch infrastrukturell günstige Bedingungen. Dafür fehlen die industriellen Verdichtungsräume, und durch die geringe zwischenbetriebliche Verflechtung der burgenländischen Industrie breiten sich auch kaum Übertragungseffekte (etwa im Sinne eines "regionalen Wachstumspol"-Konzeptes) aus.

Genauso wie die Beschäftigungs- wurde auch die Produktivitätsentwicklung der burgenländischen Industrie von außen gesteuert. Ein Produktivitätsfortschritt kam weniger von den im Burgenland ansässigen Industriebetrieben, als vielmehr durch die Dynamik der Betriebsansiedlungen zustande. Das burgenländische Produktivitätswachstum ist die Folge eines

durch die betriebliche Mobilität verursachten Wandels in der Branchenzusammensetzung (Strukturhypothese).

Die Betriebsansiedlungen haben somit in der burgenländischen Industrie Verlauf und Ausmaß von Produktion, Produktivität und Beschäftigung bestimmt. Sie haben weiters über die Einkommensverwendung der zusätzlichen Industriebeschäftigten in den haushaltsnahen Dienstleistungen indirekte Beschäftigungseffekte ausgelöst. Da viele Industriebeschäftigte vor einer Betriebsansiedlung in keinem Dienstverhältnis standen (mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft, im Haushalt), hat sich durch die Industrialisierung die Erwerbsbeteiligung erhöht. Die höhere Erwerbsquote vergrößerte das Einkommen der burgenländischen Haushalte, was wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen steigen ließ. Daraus zogen die höherrangigen zentralen Orte des Burgenlandes Nutzen, manche Bezirkshauptorte verzeichneten eine rege Siedlungstätigkeit. Schließlich gingen von den industriellen Betriebsansiedlungen auch stabilisierende Bevölkerungswirkungen aus. Da erwerbsfähigen Frauen in Wohnortnähe die Möglichkeit einer Industriebeschäftigung geboten wurde, war es teilweise möglich, die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe im Nebenerwerb aufrechtzuerhalten. Dies hat die regionale Bindung der Bevölkerung gestärkt und die Abwanderungsintensität gedämpft.

Hinsichtlich der direkten Beschäftigungswirkungen verzeichnet das Burgenland aus den industriellen Betriebsansiedlungen bisher einen

positiven Saldo. Dieser wird aber von Jahr zu Jahr kleiner. In allen westlichen Industriestaaten gibt es sowohl eine Ansiedlungsflaute als auch ein zunehmendes Stillegungsrisiko von außengeleiteten Zweigbetrieben. In solchen Betriebstypen nehmen Management-, Planungs-, Entwicklungs- und sonstige Entscheidungsaufgaben einen untergeordneten Stellenwert ein, diese dispositiven Tätigkeiten werden vorwiegend in den Stammbetrieben außerhalb der Ansiedlungsregion wahrgenommen. In der burgenländischen Industrie ist u.a. die niedrige Angestelltenquote ein Beleg für eine "regionsexterne Kontrolle". Von Stillegungen wurde in der Rezession zu Mitte der siebziger Jahre vor allem die burgenländische Bekleidungsindustrie getroffen. Insgesamt gingen im Burgenland in den letzten 2 1/2 Jahren 2.000 Industriearbeitsplätze verloren.

Die Ansiedlung von Industriebetrieben gab keine Initialzündung zu einem Entwicklungs-take-off: Die industrielle Produktionsweise blieb großteils auf qualitativ niedrigem Niveau stehen. Eine Änderung in der Branchenzusammensetzung allein macht noch keinen Strukturwandel aus. Auch nach 25 Jahren Ansiedlungstätigkeit hat das Burgenland keine hinreichenden Merkmale einer industriell höher entwickelten Wirtschaftsregion angenommen. Deshalb hat sich auch die Auspendlerneigung der burgenländischen Berufstätigen nicht abgeschwächt.

Den positiven Beschäftigungs- und Einkommenseffekten von Betriebsansiedlungen stehen somit negative strukturpolitische Effekte gegenüber. Diese kommen in einem niedrigen technologischen Niveau (Innovationsschwäche),

in einer Instabilität der Arbeitsplätze auf Grund der regionsexternen Kontrolle (Stillegungsproblem) und in einer geringen Verflechtung der burgenländischen Industrie (Integrationsproblem) zum Ausdruck. Faktoren, welche die Möglichkeiten für einen Strukturwandel (bei veränderten Wettbewerbsbedingungen) stark beeinträchtigen. Diese Befunde treffen auch für andere ländliche Regionen zu. Sie sind nicht das Ergebnis einer spezifischen burgenländischen Ansiedlungspolitik, sondern zeigen die Grenzen einer konventionellen Regionalpolitik auf.

Strukturanalyse

Da das Burgenland keinen zusammenhängenden Wirtschaftsraum mit ähnlichen Standort- und Wettbewerbsvoraussetzungen darstellt, erscheint eine globale Entwicklungsstrategie nicht angemessen. Als Grundlage für eine differenzierte Strategie wurden für die burgenländischen Industriebranchen (2-Steller) vier typische Bedingungs- und Wirkungskonstellationen herausgearbeitet. Die größte Bedeutung kommt dem arbeitskostenorientierten Sektor (Heckscher-Ohlin-Branchen: Erzeugung von Textilien-Textilwaren, Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren, Erzeugung von Schuhen, Erzeugung und Verarbeitung von Leder) mit einem Industriebeschäftigtenanteil von ca. 48% zu. Diese Industriebranchen dominieren insbesondere in der Industriestruktur des Südburgenlandes. Der agglomerationsorientierte Sektor (Thünen-Branchen: Bearbeitung von Metallen, Erzeugung von Metallwaren, Erzeugung von Maschinen, Erzeugung von Elektr.Einrichtungen, Erzeugung von Transportmitteln, Erzeugung von Waren aus

Gummi, Erzeugung von Chemikalien und chemischen Produkten) und der absatzmarktorientierte Sektor (Lösch-Branchen: Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln, Verarbeitung von Holz, Verarbeitung von Papier, Erzeugung und Bearbeitung von Glas, Erzeugung von Stahl <Burgenland: Baustahl>) umfassen ein Fünftel der burgenländischen Industriearbeitskräfte. Ihre Betriebsstätten konzentrieren sich in einem hohen Maße im Nordburgenland. Den geringsten Stellenwert (ca. 8% Industriebeschäftigtenanteil) nehmen auch im Burgenland (wie in Österreich) die Branchen des rohstofforientierten Sektors (Ricardo-Branchen: Erzbergbau, Gewinnung von Steine und Erden, Erzeugung von Waren aus Steinen, Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung, Bearbeitung von Holz) ein. Ihre Produktionsstätten bilden in den Bezirken Mattersburg und Oberwart einen gewissen räumlichen Schwerpunkt.

Der rohstofforientierte (Ricardo-)Sektor faßt eine transportkosten- und energieintensive Branchengruppe mit hoher Wertschöpfungsquote und hohem Lohnniveau (bei niedrigem Frauenanteil) zusammen. Das relativ hohe Gewicht der Roh- bzw. Vorprodukte (Gewichtsverlustmaterialien) begründet die optimalen Produktionsstandorte in der Nähe der Rohstoffvorkommen. Die Homogenität der großteils billigen Produkte zieht eine preiselastische Nachfrage nach sich und führt zu einem Preiswettbewerb auf vorwiegend inländischen Märkten (mit kleinen Absatzradien). Von dieser Konkurrenzsituation geht ein Kostendruck aus, und diesem wirken bei steigenden Skalenerträgen die Unternehmungen durch eine hohe Kapitalintensität bzw. Arbeitsproduktivität (Großbetriebsvorteile) entgegen.

Obwohl die burgenländischen Unternehmungen in den siebziger Jahren effizienzmäßig aufgeholt haben, bleibt ihre Widerstandsfähigkeit gegen eine Wettbewerbsverschärfung im rohstofforientierten Sektor tendenziell eher schwach. Relativ kleine Betriebsgrößen und ein relativ niedriges Produktivitätsniveau stellen Hindernisse für die Umsetzung von neuen Produktionsverfahren, Marktbearbeitungsmethoden etc. dar. In dieser Innovationsschwäche' liegt die Kernproblematik einer zukünftigen Entwicklung des burgenländischen Ricardo-Sektors. Ein Verdrängungswettbewerb wirkt sich vor allem in einer qualitativen Verschlechterung der Industriestruktur durch den Verlust von dispositiven Funktionen aus, da in diesem Sektor Großbetriebsvorteile bei mehrbetrieblicher Produktion realisiert werden. Die burgenländischen rohstofforientierten Unternehmungen sind durch Übernahmen bzw. Fusionen stärker in ihrer Existenz gefährdet als ihre Betriebe durch rationalisierungsbedingte Stillegungen.

Der <u>absatzmarktorientierte (Lösch-)Sektor</u> konzentriert sich im Nordburgenland auf Grund der günstigen Lage zur nachfragestarken Wiener Agglomeration. Die Absatznähe ist die wichtigste Standortanforderung. Für den Lösch-Sektor sind jene Produktionsstandorte optimal, wo das Absatz- oder Umsatzpotential ein Maximum erreicht. Von der Standortwahl hängt das Nachfragevolumen ab, das von Transportkosten, Informations(Such- und Werbungs-)kosten und anderen Distanzbarrieren (z.B. räumliche Nachfragepräferenzen) beeinflußt wird.

Diese, stark auf den Binnenmarkt hin ausgerichtete, Branchengruppe stellt für die burgenländische Industrie eine wertvolle strukturpolitische Kategorie dar. Es handelt sich um einen grundsätzlich anpassungsfähigen Wirtschaftsbereich mit überdurchschnittlicher Produktivität, überdurchschnittlicher Arbeitskräftequalifikation und einem ebensolchen Lohnniveau. Die dispositiven Unternehmungsaufgaben werden zumeist am Produktionsstandort wahrgenommen, sodaß das strukturelle Problem der regionsexternen Kontrolle nur selten auftritt. Und ebensowenig ist in diesem Sektor die Gefahr von Betriebsstillegungen durch multiregionale Unternehmungen ausgeprägt. Auf den Märkten der Lösch-Güter herrscht ein Produktwettbewerb vor, Produktinnovationen bestimmen die Konkurrenzfähigkeit. In gewissen Sparten des burgenländischen Lösch-Sektors gibt es Know-how-Rückstände. Demzufolge ist die Verdrängung burgenländischer Unternehmungen durch potente auswärtige (vor allem ausländische) Unternehmungen eine latente Gefahr.

Im Burgenland stützt sich die Verbreitung des <u>arbeitskostenorientierten (Heckscher-Ohlin-)Sektors</u> zu einem beträchtlichen Teil auf (arbeitskostenorientierte) Betriebsansiedlungen. Sie sind Ausdruck einer interregionalen Arbeitsteilung der Produkte, wobei sich die burgenländischen Güter in der Reifephase des Produktzyklus befinden. Bei homogenen, billigen Produkten herrscht ein Preiswettbewerb auf internationalen Märkten (hohe Außenhandelsverflechtung) mit einer Nachfrage von hoher Preis- und geringer Einkommenselastizität vor. Die Produktionsprozesse sind arbeitsintensiv und standardisiert, sie werden hauptsächlich

unqualifizierten weiblichen Arbeitskräften ausgeführt. Fluktuierende, temporäre Arbeitsbeziehungen kennzeichnen einen externen, sekundären Teilarbeitsmarkt, der fast uneingeschränkt durch den Lohnmechanismus gesteuert wird. Niedrige Löhne (im Burgenland etwa zwei Drittel des österreichischen Industriedurchschnitts) bestimmen die optimalen Standorte dieser Heckscher-Ohlin-Betriebe. Durch die Konkurrenz der Billiglohnländer verliert das Burgenland aber zunehmend seine Standortvorteile, wodurch sich die Stillegungsgefahr erhöht.

Eine hohe Stillegungsgefahr trifft auch für den agglomerationsorientierten (Thünen-)Sektor zu. Auch diese Branchengruppe geht großteils auf arbeitskostenorientierte Betriebsansiedlungen zurück. Somit sind etwa zwei Drittel der burgenländischen Industriebeschäftigten in Branchen mit hohem Stillegungsrisiko tätig. Im Thünen-Sektor bilden sich für das Burgenland komparative Standortnachteile gegenüber Agglomerationskernen aus; und zwar dann, wenn multiregionale Unternehmungen unternehmensinterne Umstrukturierungen vornehmen. In dieser technologischen Branchengruppe werden Standortunterschiede für eine interregionale Arbeitsteilung der Produktion genützt: Heterogene Produktionstechnologien werden auf jeweils verschiedenartigen Standorten ausgeführt. Produktions- und erst recht Produktinnovationen haben Standortanforderungen, denen die peripheren Zweigbetriebsstandorte des Burgenlandes kaum genügen können. Umstrukturierungsmaßnahmen sind deshalb für die burgenländischen Thünen-Betriebe zumeist mit Betriebsstillegungen verbunden.

Die ausschlaggebenden Standortfaktoren des Burgenlandes setzen sich aus der Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften und einer gewissen Nähe zu den Standorten der Weiterverarbeitung bzw. zum zentralen Standort der Kerntechnologie (Wien) zusammen. Deshalb werden hier hauptsächlich ausgereifte Komponenten (der Randtechnologie) von Mehr-Betriebs-Unternehmungen erzeugt. Dementsprechend weichen die Struktureigenschaften der burgenländischen Thünen-Betriebe von den österreichischen deutlich ab: kleine Betriebsgrößen, niedrige Produktivität, niedrige Arbeitskräfte-Qualifikation, niedrige Löhne, hoher Frauenanteil.

Strukturkonzept

Als strategisches Grundkonzept zur Verbesserung der regionalen Industriestruktur des Burgenlandes wird eine Doppelstrategie vorgeschlagen: Nutzung auswärtiger Entwicklungskräfte in Kombination mit einer Entfaltung einheimischer Kräfte (exogen unterstützte Endogenisierung). Das regionale Innovationspotential kann nicht ausschließlich durch die Entwicklung einheimischer Produktivkräfte auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gehoben werden. Zuviele burgenländische Industriebetriebe könnten diese Durststrecke nicht überstehen. Der Prozeß abnehmender Wettbewerbsfähigkeit und zunehmender Entindustrialisierung soll vielmehr durch einen - zumindest vorübergehenden - Technologieimport eingedämmt werden. Auf der anderen Seite soll die Stillegungsgefahr der arbeitskostenorientierten Ansiedlungsbetriebe durch Möglichkeiten zu selbständiger Disposition (langfristiges Ziel: Endogenisierung) verringert werden. Die

Abhängigkeit der Zweigbetriebe von den auswärtigen Konzernzentralen soll schrittweise zurückgedrängt werden. Als ein Zwischenziel sollte die Überführung der Zweigbetriebe (womöglich vor ihrer Stillegung) in rechtlich selbständige Zulieferbetriebe gesetzt werden.

Als Teil eines Maßnahmenbündels zur Verringerung der Innovationsschwäche der burgenländischen Wirtschaft wurde ein Ausbau und eine organisatorische Verbesserung der Informations-Infrastruktur vorgeschlagen. Die Informations-Infrastruktur umfaßt zwei wichtige Teilbereiche: Kommunikations- und Ausbildungssystem. Mit dem Kommunikationssystem soll ein rascher Wissens- und Informationstransfer zwischen den mit Innovationsfragen befaßten Institutionen erzielt werden. Mit dem Ausbildungssystem soll das Humankapital der im Burgenland beschäftigten Arbeitskräfte aufgewertet werden.

Für das Burgenland wurde die Gestaltung zweier Informations-Transfersysteme mit jeweils unterschiedlicher Zweckbestimmung (allgemein und speziell) angeregt. Beide Systeme sollen jeweils mehrstufig, gemäß einem räumlich-hierarchischen Organisationsprinzip aufgebaut sein.

Mit dem allgemeinen Wissenstransfersystem ist beabsichtigt, die Benachteiligung des Burgenlandes auf Grund von fehlenden Agglomerationsvorteilen abzuschwächen. Der Grundbedarf an Informationen soll durch eine dezentrale betriebsnahe Systemstufe möglichst vollständig im Bundesland selbst abgedeckt werden. Zu höherrangigen Innovationseinrichtungen (z.B.

Universitäten, internationale Datenbanken) außerhalb des Burgenlandes soll die Zugänglichkeit erleichtert werden. Für den Grundbedarf sind in zentralen Orten des Burgenlandes (Bezirkshauptorte oder Landesteilschwerpunkte: Oberwart, Eisenstadt) generelle Kommunikationseinrichtungen vorzusehen. Die Zugänglichkeit soll durch eine Verbesserung des Personenverkehrs (insbesondere des öffentlichen) zu den Großstädten Wien und Graz sowie durch organisatorische Maßnahmen zur unbürokratischen Herstellung von Kontakten zwischen burgenländischen Unternehmungen und wichtigen Informations-Institutionen erhöht werden.

Es ist Aufgabe der dezentralen Ebene, den Suchprozeß nach Informationen (des Grundbedarfs) zu erleichtern und ein "innovationsfreundliches Klima" in der burgenländischen Wirtschaft aufzubauen. Für diese Funktionen bietet sich die Handelskammer bzw. das Wirtschaftsförderungsinstitut an. Zu einer verstärkten Tätigkeit in Richtung einer generellen Innovationsstelle wurden fünf Anregungen gegeben: subventionierte Kurzberatung von Unternehmungen (durch Betriebsberater oder Consulting-Teams), Bildung regionaler Arbeitskreise, Mitwirkung von berufsbildenden Lehrern im Innovationsprozeß, Entwicklungskooperation mit Großunternehmungen und Entwurf von Standardforschungsverträgen.

Das spezialisierte Informationstransfer-System soll Voraussetzungen zur Bildung eines wirtschaftlichen Strukturschwerpunktes schaffen. Dieser Schwerpunkt soll den offensiven Teil einer Innovationsstrategie umfassen und den imitativen Teil (Fremdbezug von Technologie) ergänzen. Für das

Burgenland wird ein Strukturschwerpunkt im Nahrungs- und Genußmittelbereich empfohlen. Die Kerneinrichtung eines daraufhin spezialisierten Informationssystems würde ein "Technologiepark" im Raum Eisenstadt-Mattersburg bilden. Dieser sollte ein anwendungsorientiertes außeruniversitäres Forschungsinstitut, ein Technologie-Transferinstitut sowie vermietbare Produktionshallen und Werkstätten umfassen.

In diesen Schwerpunkt sollte auch das Ausbildungswesen, die Förderung der Existenzgründung "technologiebasierter" Produktions- und Serviceunternehmungen und die direkte (projektgebundene) Innovationsförderung integriert werden. Die Vorbegutachtung der Förderansuchen könnte vom Technologiezentrum übernommen werden, das demnach Forschungs-, Informations- (bzw. Dokumentations-), Kontakt- und Prüffunktionen auszuüben hätte.

Ansonsten wurde im Zusammenhang mit dem Berufsbildungsbereich auf überbetriebliche Aus- und Fortbildungsstätten und auf das Problem der Abwanderung höherqualifizierter Berufstätiger hingewiesen. Es wurde angeregt, eine Rückkehrmöglichkeit abgewanderter burgenländischer Schulabgänger zu organisieren (z.B. durch "gebundene" Stipendien, Briefkontakt, Kontaktveranstaltungen) und finanziell zu unterstützen. Sie könnten in bestehenden Arbeitsplätzen mit "investitiver" Humankapitaleigenschaft eingesetzt werden und diese aufwerten. Sie könnten aber vor allem als Unternehmungsgründer gewonnen werden.

Für die indirekte Forschungs- und Entwicklungs(F&E-)förderung sollte für rechtlich unselbständige Zweigbetriebe, die im Burgenland sehr zahlreich sind, eine Lösung angestrebt werden. Da sie keine eigenen Bilanzen und Erfolgsrechnungen legen, können sie auch nicht unmittelbar eine indirekte (steuerliche) F&E-Förderung geltend machen.

Ein Technologie-Fremdbezug (als der imitative Teil einer Innovationsstrategie) beschleunigt die Geschwindigkeit von Diffusionen und setzt keine forschungsintensiven Unternehmungen voraus. Die burgenländischen Klein- und Mittelbetriebe sollen durch einen Know-how-Fremdbezug von auswärtigen Unternehmungen "frühe" statt "späte" Empfänger von Innovationen werden. Dadurch kann ihr technologischer Rückstand in Grenzen gehalten und ihre Wettbewerbsfähigkeit - zumindest vorübergehend - aufrechterhalten werden. Für einen Know-how-Transfer durch Lizenzen sind die Bedingungen im rohstofforientierten Ricardo-Sektor am günstigsten. Im absatzmarktorientierten Lösch-Sektor hingegen erscheinen Joint-ventures als die geeigneteste Transaktionsform: Prototypisch wird hier auswärtiges technisches Know-how- und burgenländisches Marktwissen im Rahmen einer Kooperation von zwei (oder mehreren) Unternehmungen kombiniert.

Bei der Suche nach ausländischen Technologiepartnern könnte sich die burgenländische Betriebsansiedlungsgesellschaft (BIBAG) verstärkt als Service-Stelle einschalten. Für diese Gesellschaft sollte, angesichts der regionalwirtschaftlichen Problematik der meisten Betriebsansied-

lungen (insbesondere beim arbeitskostenorientierten Typ), die Investorensuche zugunsten der Suche von in- und ausländischen Know-how-Partnern an Priorität verlieren.

Bei der Standortflexibilität multiregionaler Unternehmungen und einer ständigen Veränderung komparativer Standortvor- und -nachteile bleibt die große Gefahr der Stillegung von industriellen Ansiedlungsbetrieben ein unverrückbarer Tatbestand. Dennoch können die negativen Folgen durch eine selektive Ansiedlungspolitik und durch öffentliche Auflagen verringert werden.

Eine zukunftsgerichtete Ansiedlungsstrategie sollte keine Förderung von arbeitskostenorientierten Ansiedlungsbetrieben (Motiv: billige Arbeitskräfte) enthalten, stattdessen sollte sie sich darauf konzentrieren, endogene Neugründungen (etwa im Rahmen des Technologieparks) und marktorientierte Ansiedlungen zu stimulieren. Bei den letztgenannten liegt das Motiv für die Gründung von Tochterbetrieben in einer besseren Erschließung und Durchdringung des Absatzmarktes der Ansiedlungsregion. Dabei kommt dem Burgenland neben dem österreichischen Markt auch noch das Marktpotential des COMECON-Raumes als komparativer Standortvorteil zugute. Marktorientierte Betriebsansiedlungen sind weniger subventionselastisch und strukturpolitisch wegen der jüngeren Produktmerkmale (zumeist Wachstumsphase des Produktzyklus) interessant.

An Subventionszusagen sind strenge Auflagen zu richten, die den Dispositionsspielraum der Konzernzentralen über das Betriebskapital der Zweigbetriebe zugunsten der burgenländischen Volkswirtschaft einengen. Die Auflagen können z.B. an einer hypothekarischen Sicherstellung von Subventionen, an Leasing-Verträge über Produktionshallen oder am rechtlich-organisatorischen Status der Ansiedlungsbetriebe anknüpfen. Nach einer Überführung der rechtlich unselbständigen Zweigbetriebe in rechtlich selbständige "Zulieferbetriebe" wäre das standörtliche Stillegungsrisiko geringer. Durch die Einbindung in ein "Subcontracting"-System wird dem Konkurrenzdruck der überseeischen Billiglohn-Standorte in bezug auf die Erzeugung von Heckscher-Ohlin-Gütern teilweise ausgewichen, weil die Lagegunst (im Netzwerk der Weiterverarbeitungsstandorte) als zusätzlicher Standortfaktor (zu den billigen Arbeitskräften) hinzukommt. Weiters ist das Lieferrisiko über mehrere Vertragspartner verteilt, und die Kündigung des Liefervertrags bedeutet noch keineswegs eine zwangsläufige Betriebsstillegung. Unabhängig vom geringen Stillegungsrisiko ist aber ein Zulieferbetrieb von der Art eines reinen Lohnfertigungsbetriebes noch kein anzustrebendes strukturpolitisches Ziel, sondern lediglich Ausgangspunkt für eine Entwicklung zu einem "flexibel spezialisierten" Produktionsunternehmen.

Die Land- und Forstwirtschaft im Burgenland - Tendenzen, Probleme, Zukunftsaspekte

(Matthias Schneider)

Das Burgenland ist das mit Abstand am stärksten agrarisch geprägte Bundesland Österreichs. Im Burgenland wird noch immer über ein Zehntel des regionalen Sozialproduktes in der Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet (im österreichischen Durchschnitt unter 5%). Von den berufstätigen Burgenländern hatten 1982 rund 15% ihren Haupterwerb im Agrarsektor. Berücksichtigt man auch alle jene, die nur fallweise im eigenen oder fremden landwirtschaftlichen Betrieb mithelfen, dann arbeitet etwa jeder zweite Burgenländer zumindest gelegentlich in der Land- und Forstwirtschaft. Die burgenländische Landwirtschaft hat unter allen Bundesländern die bei weitem kleinsten Betriebsgrößen und die höchste Quote an im Nebenerwerb bewirtschafteten Betrieben. Die natürlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ermöglichen und begünstigen eine intensive Bodennutzung. Die Lage zu wichtigen Absatz- und Beschaffungsmärkten ist im Vergleich zu anderen Regionen günstig.

Der Wandel der Agrarstruktur ist im Burgenland viel rascher verlaufen als in anderen Regionen. Bei der Volkszählung 1951 wurden in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft noch 95.084 Erwerbstätige gezählt; 1982 waren nur mehr rund 15.300 Personen hauptberuflich im Agrarsektor tätig. Fünf von sechs Bauern, ihren Familienangehörigen und Landarbeitern haben demnach in einem Zeitraum von rund 30 Jahren ihren Beruf gewechselt oder fanden bei der Pensionierung keine Nachfolger. Die Zahl der Betriebe blieb dagegen überraschend stabil, es gab jedoch eine starke Verlagerung zum Nebenerwerb.

Die besonders raschen Änderungen in der Agrarstruktur des Burgenlands erklären sich aus dem hohen Gewicht der Agrarwirtschaft im Ausgangszeitpunkt und der überdurchschnittlichen Expansion des industriell-gewerblichen Sektors, aber auch aus einer relativ ungünstigen Entwicklung im Agrarbereich. Die Land- und Forstwirtschaft im Burgenland hat nämlich ab Anfang der siebziger Jahre ihre Produktion merklich langsamer ausgeweitet als in den übrigen Bundesländern und damit Marktanteile verloren. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft konnte zwischen 1969/1971 und 1980/1982 ihren Rohertrag dem Werte nach um 88% erhöhen. Für das Burgenland wurde mit 69% die geringste Zunahme unter allen Bundesländern festgestellt.

Die Marktanteilsverluste signalisieren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Die Ursachen der Wettbewerbsschwäche liegen insbesondere im geringen Ausbildungsniveau der burgenländischen Bauern, fehlenden Einrichtungen der angewandten Forschung, Schwächen in der Beratung und Information sowie in der Kooperation und Organisation und in einem unzureichenden Vermarktungssystem.

Die Wirtschaftsflaute der letzten Jahre hat den Wettbewerb auf dem Agrarmarkt verschärft. Falls die burgenländische Land- und Forstwirtschaft künftig ihren Marktanteil zumindest halten will, dann müssen die bisher beobachteten Verluste in traditionellen Sparten (insbesondere Schweinehaltung, Geflügel und Eier) vermieden und neue Chancen gesucht und offensiv genutzt werden.

Neue Absatz- und Einkommensmöglichkeiten könnten den speziellen Gegebenheiten des Burgenlandes entsprechend vor allem in arbeitsintensiven Spezialkulturen wie z.B. Obst, Gemüse, Wein Saatguterzeugung usw. und in der bodenunabhängigen Tierhaltung liegen. Chancen bieten auch die Nutzung des wachsenden Gesundheitsbewußtseins der Verbraucher, die Veredelung der landwirtschaftlichen Rohstoffe am Hof und der Direktabsatz an die Konsumenten.

Der Erfolg der burgenländischen Landwirtschaft wird entscheidend von einer Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit abhängen. Hiefür kommt der Ausbildung und Weiterbildung der Bauern, dem Aufbau angewandter, praxisbezogener Forschungseinrichtungen (insbesondere im Bereich der Spezialkulturen) und einer guten Beratung entscheidende Bedeutung zu. Wichtig sind auch der Ausbau der überbetrieblichen Zusammenarbeit der Bauern und der organisatorischen Infrastruktur sowie Verbesserungen im Vermarktungssystem.

Teil A: Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt im Burgenland

Helmut Jeglitsch

1. Entwicklung der burgenländischen Wirtschaft 1960-1980 im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet

1.1 Wachstumsphasen der österreichischen Wirtschaft (Insgesamt, Ostregion, Ländlicher Raum)

Die österreichische Wirtschaft hatte in der Periode von 1955 (Abschluß des Staatsvertrages) bis zur Inflationsrezession 1974/75 eine Periode anhaltend hohen Wachstums durchlaufen. Innerhalb dieser Periode sind drei Abschnitte zu unterscheiden: Vor 1961 war in vielen Bereichen noch immer die für die Nachkriegswirtschaft typische Materialknappheit zu verspüren. Von 1961 bis zur Rezession 1967/68 ist die Phase der "Strukturanpassung" anzusetzen, in der sich die zu einem erheblichen Teil auf Grundstoffe ausgerichtete österreichische Industrie auf eine in zunehmendem Maße auf Finalgüter sich richtende Nachfrage umstellen mußte. Eine Reihe von Betrieben blieben im Zuge dieser Umstellung zurück, andere hingegen expandierten stark, und für die Wirtschaft als Ganzes ergaben sich vorübergehend etwas gedämpfte Wachstumsraten. Ab 1968 folgte eine neue Wirtschaftsbelebung, die von einer kräftigen Zunahme der Exporte von Industriegütern sowie von einer Liberalisierung des Arbeitsmarktes gekennzeichnet war, und die erst im Herbst 1974 abrupt abbrach.

Nach der Inflationsrezession von 1974/75, die nur zum Teil auf den ersten Erdölschock vom Herbst 1973 zurückzuführen war, geriet die

österreichische und auch die internationale Wirtschaft in eine Phase sehr stark verringerter Wachstumsraten und auch verringerter Konjunkturschwankungen, die bis heute andauert. Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft blieb dabei bis zuletzt immer noch über dem westeuropäischen Durchschnitt. Auch die Vollbeschäftigung konnte, im Gegensatz zu vielen anderen westlichen Industrieländern, etwa bis 1981 gehalten werden.

Das Wachstum der "Ostregion" Österreichs, wie hier die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland bezeichnet werden sollen, blieb - mit Ausnahme der unmittelbaren "Nach-Staatsvertrags-Periode" - ständig hinter dem Österreich-Durchschnitt zurück. Wenn man, was nach der Datenlage erst ab 1961 möglich ist, die Land- und Forstwirtschaft außer Betracht läßt, werden die Zuwachsraten Niederösterreichs und vor allem die des Burgenlandes stark erhöht und überschreiten in den meisten Jahren den Bundesdurchschnitt. Die schon zuvor meist unterdurchschnittlichen Wachstumsraten Wiens werden allerdings relativ noch weiter gedrückt, so daß sich an der Position der Ostregion insgesamt nicht viel ändert.

Dieser relative Wachstumsrückstand der Ostregion war in der langen Prosperitätsphase zwischen 1968 und 1974 besonders groß und hat sich seither stark verringert (Übersicht 1). Zu einem erheblichen Teil geht das auf die besondere Situation Wiens zurück, auf das rund 60% der Brutto-Wertschöpfung der gesamten Ostregion entfallen. Hier stieß die Wirtschaftsentwicklung zur Zeit der starken Anspannung aller Resourcen sehr bald an Kapazitätsgrenzen, insbesondere an die Grenzen eines knappen Arbeitskräfteangebotes. In anderen Bundesländern waren die

Übersicht 1

Brutto-Wertschöpfung nominell

jährliches Wachstum im
Durchschnitt über die Periode

	1961-1968	1968-1974	1974-1982
Wien	7,7	9,3	8,3
Niederösterreich	7,1	11,6	7,7
Burgenland	7,4	11,5	9,9
"Ostregion"	7,5	10,2	8,1
Steiermark	6,8	11,9	7,5
Kärnten	8,0	12,4	8,1
Oberösterreich	7,9	12,7	8,2
"Mittelregion"	7,5	12,4	7,9
Salzburg	9,8	11,9	8,9
Tirol	10,4	11,9	10,1
Vorarlberg	9,5	12,5	9,3
"Westregion"	10,0	12,5	9,5
Österreich insgesamt	7,9	11,3	8,3

Arbeitskräftereserven größer und ermöglichten ein stärkeres Wirtschaftswachstum. Umgekehrt konnte Wien ab Mitte der siebziger Jahre, als die Nachfrage nach Arbeitskräften langsamer wuchs, die Lagevorteile des Zentralraumes ausspielen und darüber hinaus einigen Nachholbedarf in den mit langsamerer Produktivitätsentwicklung versehenen Dienstleistungsbereichen decken. Damit wurde in dieser Phase der Rückstand gegenüber der gesamtösterreichischen Wirtschaftsentwicklung zwar noch immer nicht aufgeholt, aber doch deutlich verkleinert.

Nicht nur Wien, sondern auch die anderen, meist die Landeshauptstädte mit ihrem Umland umfassenden, Ballungsgebiete Österreichs haben bis 1974 Anteile an der gesamtösterreichischen Wirtschaftsentwicklung verloren, seither aber wieder etwas aufgeholt[1]. Dies geschah aus den gleichen Gründen der Über- bzw. Unterauslastung der vorhandenen Kapazitäten, wie sie für Wien auch auf Bundeslandebene erkennbar sind. Längerfristige Anteilsverlierer über alle Wachstumsphasen hinweg, aber mit einer deutlichen Beschleunigung ab 1977, sind die in Niederösterreich und Steiermark gelegenen sogenannten "alten Industriegebiete". Der Rest des Bundesgebietes, sehr oft auch als "ländlicher Raum" bezeichnet, ist immer noch sehr heterogen und muß noch weiter unterteilt werden: Die hauptsächlich in Westösterreich gelegenen Fremdenverkehrsgebiete gewinnen in allen Entwicklungsphasen stark an Anteilen. Der Anteil der Agrargebiete ist bis Mitte der siebziger Jahre deutlich gestiegen, seither aber nur mehr gleichgeblieben, während die bis Anfang der siebziger Jahre feststellbaren Gewinne der ländlichen Industriegebiete seither wieder fallende Tendenz zeigen. Damit lassen sich die ländlichen

Gebiete Ostösterreichs ohne weiteres den Ballungsgebieten mit deutlich gegenläufiger Entwicklung der wirtschaftlichen Dynamik gegenüberstellen. Auf der Regionsebene "Ostösterreich" ergibt sich zwischen diesen verschiedenen Gebietstypen ein entsprechender Ausgleich und in weiterer Folge die oben dargelegte geringe relative Positionsänderung im Vergleich zum gesamtösterreichischen Durchschnitt.

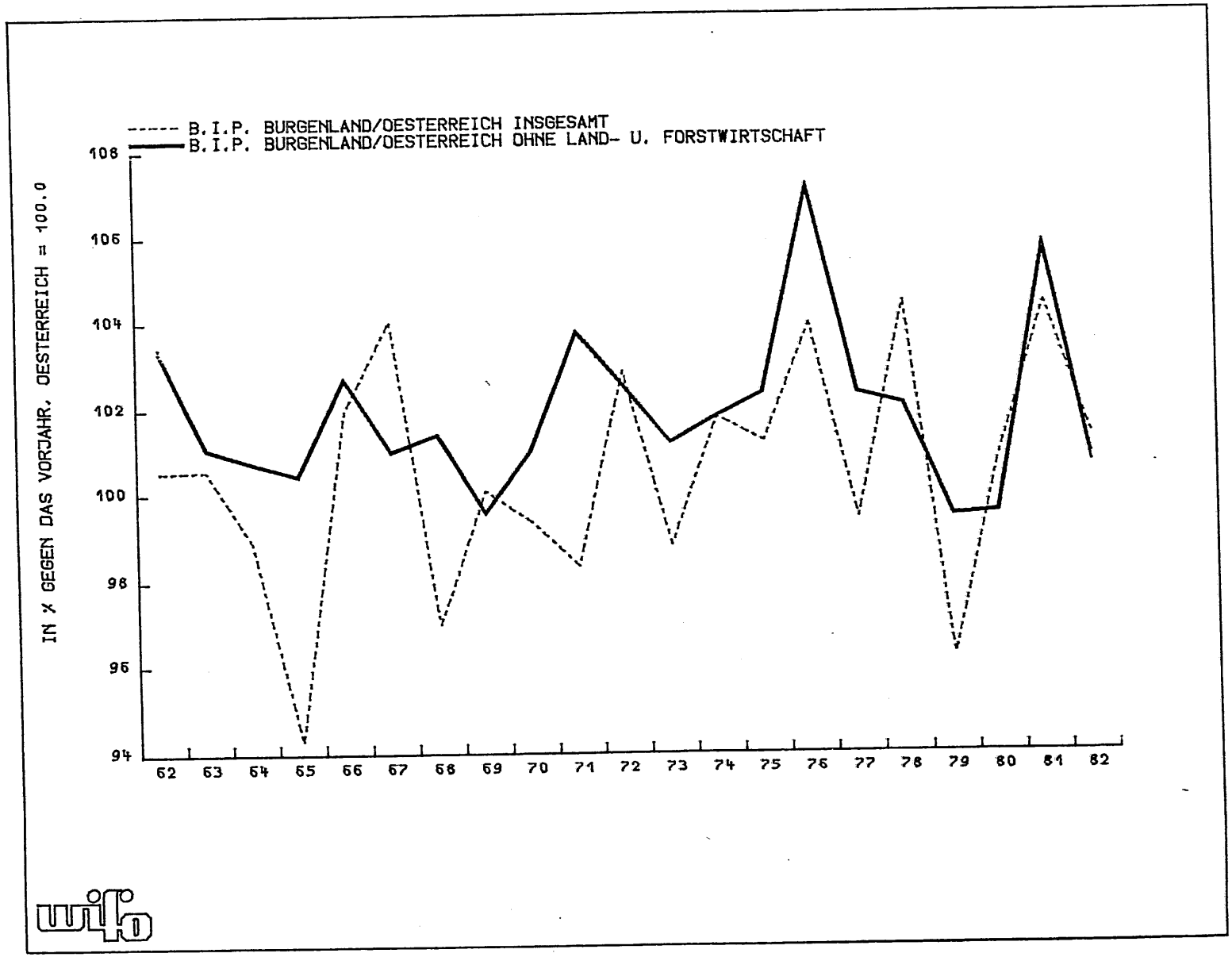
1.2 Entwicklung des Burgenlandes

Innerhalb der Ostregion und auch innerhalb des "ländlichen Raumes" nimmt die Wirtschaftsentwicklung des Burgenlandes eine Sonderstellung ein. Zunächst spielt hier der relativ hohe Agraranteil (11% der Brutto-Wertschöpfung, gegenüber 4% in Österreich insgesamt) eine wichtige Rolle. Er wird langfristig kleiner und dämpft das Wachstum der burgenländischen Gesamtwirtschaft. Scheidet man diesen zumindest kurzfristig und in manchen Stichjahren eher von den Ernteergebnissen als von der Wirtschaftslage bestimmten Sektor aus, so hält das Burgenland in den 21 Jahren von 1961 bis 1982 die Wachstumsspitze unter allen Bundesländern. Nur in drei Jahren, nämlich 1969, 1979 und 1980, lag die Vorjahresveränderungsrate der nominellen Brutto-Wertschöpfung geringfügig unter dem österreichischen Durchschnitt, sonst immer darüber (vgl. Abbildung 1). Von 1961 bis 1982 ist der Anteil des Burgenlandes an der gesamtösterreichischen Brutto-Wertschöpfung (immer ohne Land- und Forstwirtschaft gemessen) von 1,5% auf 2,2% gestiegen, ein - wenn auch von niedrigem

Abbildung 1

ENTWICKLUNG DES BRUTTO-INLANDSPRODUKTES

BURGENLAND - OESTERREICH



Niveau ausgehender - relativer Zuwachs, der von keinem anderen Bundesland erreicht wurde.

Es fällt auf, daß Beschleunigung und Verlangsamung der Entwicklung der burgenländischen Wirtschaft keinen erkennbaren Zusammenhang mit dem Auf und Ab der Konjunktur in Österreich haben. Die regionale Dimension der Konjunkturwellen, die in Österreich insgesamt auftritt, wenn man etwa die Ballungsgebiete den Agrargebieten gegenüberstellt, ist im Burgenland als Bundesland nicht erkennbar.

Ein wesentlicher Grund dafür dürfte in der besonderen Struktur der burgenländischen Wirtschaft zu suchen sein. Es ist vor allem der Dienstleistungssektor, der hier einen ungewöhnlich hohen Anteil sowohl an der Brutto-Wertschöpfung als auch am Wachstum der Brutto-Wertschöpfung hat, und gerade dieser Wirtschaftsbereich ist ganz allgemein relativ wenig konjunkturabhängig. Auch der ebenfalls kaum konjunkturempfindliche Agrarbereich hat, wie schon erwähnt, im Burgenland ein hohes Gewicht. Es verbleibt also ein vergleichsweise schmaler produzierender Sektor, der seinerseits wieder mehr als zur Hälfte von der wesentlich von öffentlichen Aufträgen abhängigen Bauwirtschaft und von der wesentlich von Ernteergebnissen abhängigen Nahrungsmittelerzeugung dominiert wird. Ein signifikanter Zusammenhang mit gesamtösterreichischen Konjunkturschwankungen ist im Burgenland nur für etwa 1/4 der gesamten Brutto-Wertschöpfung bzw. für etwa 1/3 der Brutto-Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft nachzuweisen. Im einzelnen handelt es sich bei

diesen Bereichen um den Bergbau, die Sachgütererzeugung ohne Nahrungs- und Genußmittel, das Beherbergungs-, Gast- und Schankgewerbe sowie um das Verkehrswesen. Diese Bereiche trugen in den Hochkonjunkturjahren an die fünfzig Prozent zum gesamten nominellen Wachstum der burgenländischen Wirtschaft bei, was im Vergleich zu anderen Bundesländern eher wenig ist. In den Zwischenjahren war ihr Beitrag entsprechend geringer, in ausgeprägten Rezessionsjahren nahezu Null.

Von den nicht konjunkturabhängigen Wirtschaftsbereichen verliert die Land- und Forstwirtschaft längerfristig erheblich an Gewicht, und zwar von 39% im Jahre 1961 auf 11% im Jahre 1981 (Übersicht 2). Die Entwicklung von Bauwesen und Energiewirtschaft verläuft sehr unregelmäßig und mit großen Schwankungen von einem Jahr auf das andere. Der Dienstleistungssektor im allgemeinen hingegen steigerte seinen Anteil von 33% (1961) auf 57% (1981). Da es sich dabei um nominelle Größen handelt, spiegelt sich in diesen Gewichtsverschiebungen natürlich auch die Entwicklung der relativen Preise wider. Die Marktpreise steigen in den Dienstleistungsbereichen rascher als im produzierenden Sektor und vor allem viel rascher als im Agrarsektor. Es zeigt sich aber, daß in keinem anderen Bundesland der Dienstleistungssektor in den letzten 20 Jahren eine ähnlich rasche Entwicklung genommen hatte wie im Burgenland. In fast allen Jahren hatte der Dienstleistungssektor 60 und mehr Prozent zum nominellen Gesamtwachstum beigetragen.

Übersicht 2

Brutto-Wertschöpfung Burgenland

Anteile der Wirtschaftsbereiche in %

	1961	1971	1981
Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor)	39,4	21,2	11,1
Bergbau	1,5	0,2	0,2
Sachgütererzeugung: Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	7,7	6,1	4,7
Sachgütererzeugung: Textilien, Leder	3,6	5,5	4,4
Sachgütererzeugung: Holz	2,3	2,9	2,3
Sachgütererzeugung: Papier, Druck, Verlag	0,1	0,3	0,6
Sachgütererzeugung: Chemie	0,5	0,6	0,8
Sachgütererzeugung: Stein- und Glaswaren	1,5	1,8	1,2
Sachgütererzeugung: Grundmetallindustrie	0,0	0,1	0,1
Sachgütererzeugung: Metallverarbeitung	1,3	4,4	3,6
Energie- und Wasserversorgung	1,1	2,1	2,5
Bauwesen	8,1	11,3	12,0
sekundärer (produzierender) Sektor	27,7	35,3	32,4
Handel (ohne Beherbergungs- und Gaststättenwesen)	8,1	9,8	10,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1,7	2,6	2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4,0	4,5	5,0
Vermögensverwaltung	4,2	8,3	14,7
Sonstige marktmäßige Dienste	1,7	2,3	4,3
Öffentlicher Dienst	12,4	15,3	18,3
Sonstige Produzenten	0,8	0,7	0,9
tertiärer (Dienstleistungs-)Sektor	32,9	43,5	56,5
Brutto-Wertschöpfung insgesamt	100,0	100,0	100,0

Innerhalb des Dienstleistungssektors war es im Burgenland - zum Unterschied zu einigen anderen Bundesländern - keineswegs der Reiseverkehr (Beherbergungs- und Gaststättenwesen mit nachgelagerten Diensten), der diese starke Entwicklung ausgelöst hatte. Die nachhaltigste Entwicklung hatte vielmehr die Vermögensverwaltung (einschließlich Banken- und Versicherungswesen). Dieser Wirtschaftsbereich hatte seinen Anteil an der gesamten Brutto-Wertschöpfung des Bundeslandes von 4,2% im Jahre 1961 auf 8,3% im Jahre 1971 und auf 14,7% im Jahre 1981 gesteigert. Der Anteil am gesamten nominellen Wachstum lag seit 1975 fast immer zwischen 20% und 30%. Eine ähnlich expansive Entwicklung hatte die Vermögensverwaltung in den letzten 20 Jahren nur noch in Salzburg genommen, in Tirol und Vorarlberg wuchs dieser Sektor etwas langsamer, in allen anderen Bundesländern sehr viel langsamer.

Auch die "sonstigen Dienste" erwiesen sich im Burgenland als sehr expansiv. Ihr Entwicklungstempo war zwar etwas geringer als das der Vermögensverwaltung, und ihr Anteil an der gesamten Brutto-Wertschöpfung (und dementsprechend auch an deren Wachstum) ist sehr viel kleiner, im Vergleich zu anderen Bundesländern hingegen entwickelte sich dieser Bereich im Burgenland bei weitem am raschesten. Die Entwicklung des öffentlichen Dienstes verlief im Burgenland zwar ebenfalls überdurchschnittlich, aber vergleichsweise in sehr viel geringerem Maße, und sie wurde auch von mehreren anderen Bundesländern übertroffen.

Diese starke Entwicklung des tertiären Sektors, die im Burgenland überproportional viel zum Gesamtwachstum beigetragen hat, war schon von einem traditionell hohen Anteilsniveau ausgegangen. Im Jahr 1981 schließlich erreichten die Anteile der oben angeführten Dienstleistungsbereiche an der gesamten Brutto-Wertschöpfung im Vergleich zu anderen Bundesländern Spitzenwerte (vgl. Übersicht 3). In noch stärkerem Ausmaß ist das der Fall, wenn die Bezugsgröße um die Land- und Forstwirtschaft bereinigt wird. Die Anteile dieser Bereiche sind im Burgenland fast durchwegs höher als sogar in den "Reiseverkehrsbundesländern" und erreichen Dimensionen, die an die mit besonderen zentralörtlichen Funktionen ausgestattete Bundeshauptstadt herankommen.

Insgesamt zeigte also die burgenländische Wirtschaft in der Vergangenheit ein im Verhältnis zu den anderen Bundesländern überdurchschnittliches Wachstum, was zum Teil auf - auch in Zeiten der Hochkonjunktur - noch vorhandene Arbeitskräftereserven, zum Teil aber auch auf die besondere Wirtschaftsstruktur zurückzuführen ist. Zu diesem Wachstum trug der Bedeutungsverlust des (langsam wachsenden) Agrarbereichs ebenso bei wie die starke Entwicklung einiger - nicht zum Einflußbereich des Reiseverkehrs zählender - Dienstleistungssektoren. Konjunkturempfindliche Wirtschaftsbereiche sind im Burgenland relativ schwach vertreten.

Übersicht 3

Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche an der Brutto-Wertschöpfung

1981: in %

	Wien	Nieder-österreich	Burgen-land	Steier-mark	Kärn-ten	Ober-österreich	Salz-burg	Tirol	Vor-arl-berg	Öster-reich
An Brutto-Wertschöpfung insgesamt										
Vermögensverwaltung	18,8	7,5	14,7	11,2	12,1	10,8	15,4	12,7	11,4	13,2
Öffentlicher Dienst	15,7	12,3	18,4	13,9	18,0	11,7	12,5	12,8	12,6	13,9
Sonstige Dienste	5,0	2,8	4,3	3,1	3,7	2,4	3,6	3,2	2,7	3,5
An Brutto-Wertschöpfung ohne Land- u. Forstwirtschaft										
Vermögensverwaltung	18,9	8,1	16,5	12,0	13,0	11,5	16,0	13,1	11,7	13,8
Öffentlicher Dienst	15,7	13,4	20,7	14,9	19,3	12,4	12,9	13,2	12,8	14,5
Sonstige Dienste	5,0	3,0	4,9	3,3	4,0	2,5	3,7	3,3	2,8	3,7

2. Der Arbeitsmarkt

2.1 Entwicklung der Wohnbevölkerung

Die Einwohnerzahl des Burgenlandes ist von 1961 bis 1971 annähernd gleichgeblieben[2]. Eine ähnliche Erscheinung zeigte sich nur noch in Wien, während in allen anderen Bundesländern in dieser Dekade ein - zum Teil sehr kräftiges - Bevölkerungswachstum zu verzeichnen war (Übersicht 4). Während aber in Wien eine negative Geburtenbilanz durch eine positive Wanderungsbilanz ausgeglichen wurde, war es im Burgenland umgekehrt: Die Geburtenbilanz war positiv, wenn auch nicht so stark wie in den meisten anderen Bundesländern, dafür aber war hier der sich aus dem Wanderungssaldo ergebende Bevölkerungsverlust relativ am größten.

Von 1971 bis 1981 blieb die Einwohnerzahl des Burgenlandes ebenfalls annähernd stabil (Veränderungen von weniger als 1% im Verlaufe von 10 Jahren sind nicht sehr signifikant), die Komponenten verhielten sich aber anders. Die vorher deutlich positive Geburtenbilanz war nunmehr ungefähr ausgeglichen, was im großen und ganzen dem gesamtösterreichischen Trend entsprach und in fast gleichem Ausmaß beispielsweise auch in der Steiermark beobachtet werden konnte. Die im ersten Jahrzehnt starke Abwanderungstendenz aber hörte im zweiten Jahrzehnt nahezu auf, ebenso wie in Wien und in Westösterreich die bis dahin starke Zuwanderungstendenz erheblich schwächer wurde. Bei annähernd gleichgebliebenem Außenwanderungssaldo für Österreich insgesamt war also die innerösterreichi-

Übersicht 4

Bevölkerungsbilanzen der Bundesländer

		Wien	Nieder-österreich	Burgen-land	Steier-mark	Kärn-ten	Ober-österreich	Salz-burg	Tirol	Vor-arl-berg	Öster-reich
Wohnbevölkerung	1961	1,627.566	1,374.012	271.001	1,137.865	495.226	1,131.623	347.292	462.899	226.323	7,073.807
- " -	1971	1,619.885	1,420.816	272.319	1,195.023	526.759	1,229.972	405.115	544.483	277.154	7,491.526
- " -	1981	1,531.346	1,427.849	269.771	1,186.525	536.179	1,269.540	442.301	586.663	305.164	7,555.338
Veränderung 1961-1971											
absolut		-7.681	46.804	1.318	57.158	31.533	98.349	57.823	81.584	50.831	417.719
in %		-0,5	3,4	0,5	5,0	6,4	8,7	16,6	17,6	22,5	5,9
Veränderung 1971-1981											
absolut		-88.539	7.033	-2.548	-8.498	9.420	39.568	37.186	42.180	28.010	63.812
in %		-5,5	0,5	-0,9	-0,7	1,8	3,2	9,2	7,7	10,1	0,9
Geburtenbilanz 1961-1971											
absolut		-76.127	48.208	11.485	75.508	45.747	100.345	39.196	60.733	35.749	340.844
in %		-4,7	3,5	4,2	6,6	9,2	8,9	11,3	13,1	15,8	4,8
Geburtenbilanz 1971-1981											
absolut		-117,260	-27.030	-693	10.442	14.639	31.587	20.032	32.880	25.501	-9.902
in %		-7,2	-1,9	-0,3	0,9	2,8	2,6	4,9	6,0	9,2	0,1
Wanderungsbilanz 1961-1971											
absolut		80.858	-1.404	-10.167	-18.350	-14.214	-1.996	18.627	20.851	15.082	76.875
in %		5,0	-0,1	-3,8	-1,6	-2,7	-0,2	5,4	4,5	6,7	1,1
Wanderungsbilanz 1971-1981											
absolut		28.717	34.063	-1.855	-18.940	-5.219	7.981	17.154	9.300	2.503	73.710
in %		1,8	2,4	-0,7	-1,6	-1,0	0,6	4,2	1,7	0,9	1,0

sche Wanderung nach 1971 deutlich geringer als vorher. Diese für das Burgenland insgesamt feststellbare Entwicklung war zumindest der Tendenz nach auch in allen Bezirken innerhalb des Bundeslandes zu beobachten (Übersicht 5).

Der vor 1971 überall mehr oder weniger stark positive Geburtensaldo wurde nach 1971 sehr viel kleiner oder sogar negativ. Andererseits wurde auch der fast überall (mit Ausnahme von Mattersburg) negative Wanderungssaldo ebenfalls kleiner und in einigen Fällen sogar positiv. Über den ganzen Zeitraum von 1961 bis 1981 war der Wanderungssaldo in drei Bezirken deutlich günstiger als im ganzen übrigen Bundesland: Vor 1971 war der Wanderungssaldo in Mattersburg als einzigem Bezirk positiv und in Eisenstadt (Eisenstadt Land einschließlich Eisenstadt Stadt und Rust Stadt) und Oberwart relativ schwach negativ, nach 1971 war er in diesen drei Bezirken positiv, in den anderen vier Bezirken des Bundeslandes hingegen noch immer deutlich negativ. Die doch erheblich andere Bevölkerungs- und vor allem Wanderungsentwicklung in diesen drei Bezirken wurde nicht zuletzt durch die hier relativ stärkere Entwicklung des nichtlandwirtschaftlichen Sektors ermöglicht. Dafür war für die Bezirke Eisenstadt und Mattersburg die räumliche Nähe zum Ballungsraum Wien - Wiener Neustadt eine wesentliche Voraussetzung.

Es ist mit großer Sicherheit anzunehmen, daß die <u>stark verringerte Wanderungsneigung</u> der Bevölkerung eng <u>mit dem Wachstumsbruch Mitte der siebziger Jahre</u> und mit den damit verbundenen verringerten Einkommens-

Übersicht 5

Bevölkerungsbilanzen der burgenländischen Bezirke

	Eisenstadt Stadt	Rust Stadt	Eisenstadt Land	Güssing	Jennersdorf	Mattersburg	Neusiedl/See	Oberpullendorf	Oberwart	Burgenland
Wohnbevölkerung 1961		44.353		29.553	19.679	32.376	49.509	43.598	51.933	271.001
- " - 1971		45.331		29.416	19.722	33.624	49.342	41.378	53.506	272.319
- " - 1981		45.914		28.960	18.937	34.408	48.458	39.447	53.647	269.771
Veränderung 1961-1971										
absolut		978		-137	93	1.248	-167	-2.220	1.573	1.318
in %		2,2		-0,5	0,5	3,9	-0,3	-5,1	3,0	0,5
Veränderung 1971-1981										
absolut		583		-456	-785	784	-884	-1.931	141	-2.548
in %		1,3		-1,6	-4,0	2,3	-1,8	-4,7	0,3	-0,9
Geburtenbilanz 1961-1971										
absolut		1.493		1.139	1.027	896	2.697	739	2.698	11.485
in %		3,4		3,9	5,2	2,8	5,4	1,7	5,2	4,2
Geburtenbilanz 1971-1981										
absolut		12		409	-118	-132	272	-972	-54	-693
in %		+0,0		1,4	-1,2	-0,4	0,6	-2,3	-0,1	-0,3
Wanderungsbilanz 1961-1971										
absolut		-515		-1.276	-934	352	-2.864	-2.959	-1.125	-10.167
in %		-1,2		-4,3	-4,7	1,1	-5,8	-6,8	-2,2	-3,8
Wanderungsbilanz 1971-1981										
absolut		571		-865	-557	916	-1.156	-959	195	-1.855
in %		1,3		-2,3	-2,8	2,7	-2,3	-2,3	0,4	-0,7

erwartungen in Zusammenhang steht. Die Kosten und Risiken eines Berufs- und Wohnortswechsels erscheinen nur dann tragbar, wenn der dabei erwartete Unterschied zwischen dem bisherigen und dem künftigen Einkommen groß genug ist. Diese Risiken werden in der Wirtschaftsflaute erheblich größer, die erwarteten Einkommensdifferenzen werden kleiner, als Ergebnis wird weniger gewandert. Da ferner dieser Wachstumsbruch etwa in der Mitte zwischen zwei Volkszählungsterminen stattfand, kann angenommen werden, daß die zwischen 1971 und 1981 gemessenen Veränderungen die tatsächlich stattgefundene Tendenzwende gar nicht in vollem Umfang wiedergeben. Vielmehr dürfte sich die vor 1971 beobachtete Entwicklung wohl bis etwa 1974 oder 1975 fortgesetzt und erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gründlich geändert haben.

Diese Tendenzwende, die Mitte der siebziger Jahre noch nicht abgeschätzt werden konnte, dürfte auch der Grund dafür sein, daß die amtliche Fortschreibung der Wohnbevölkerungszahlen, die von der Volkszählung 1971 ausgehend die gezählten Geburten und Sterbefälle sowie eine geschätzte Wanderungskomponente berücksichtigte, die tatsächlichen Ergebnisse der Volkszählung 1981 für Österreich insgesamt relativ genau traf, im Fall des Burgenlandes aber doch eine deutliche Unterschätzung ergab. Immerhin kann angenommen werden, daß die amtliche Fortschreibung etwa bis zur Mitte der siebziger Jahre recht gut den tatsächlichen Verhältnissen entsprach.

Eine aktuellere Bevölkerungsfortschreibung nach Bundesländern lag zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Gutachtens noch nicht vor. Aus den oben angeführten Gründen erscheint es aber durchaus vertretbar, noch heute auf jene Prognose der Wohnbevölkerungszahlen zurückzugreifen, die auf einer Fortschreibung des Volkszählungsstandes bis 1976 beruht und prognostizierte Geburten- und Sterberaten an die damals festgestellte Altersstruktur anlegt. Wanderungsannahmen wurden für diese Prognose keine getroffen. Tatsächlich dürfte im Lichte des heutigen Wissensstandes für die Jahre nach 1976 eine Extrapolation des früheren Abwanderungstrends der Bevölkerung nicht vertretbar sein.

Die bisher vorliegenden Globalergebnisse der Volkszählung 1981 weisen für das Burgenland für den Zeitraum 1971 bis 1981 einen nahezu ausgeglichenen Wanderungssaldo aus. Zwischen 1976 und 1981 müßte es demnach eher eine Zuwanderung gegeben haben, wofür auch folgende Überlegung spricht: Die Geburtenbilanz des Burgenlandes war in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zwischen 1971 und 1981 positiv, was aber durch eine Fortsetzung der früheren Abwanderung mehr als kompensiert und insgesamt zu einem Bevölkerungsverlust von größenordnungsmäßig 3.000 bis 4.000 Personen geführt haben dürfte. Seit 1975 allerdings ist die Zahl der Sterbefälle im Burgenland höher als die Zahl der Geburten. Da außerdem der für das ganze Dezennium errechnete Bevölkerungsverlust für das Burgenland (2.500 Personen) kleiner ist als der schon für die erste Hälfte angenommene, bleibt nur die Erklärung übrig, daß es in der <u>zweiten Hälfte</u> einen <u>positiven Wanderungssaldo</u> gegeben haben muß.

Diese Netto-Zuwanderung dürfte sich aus zwei Komponenten zusammensetzen. Einerseits hat, wie auch in anderen Bundesländern feststellbar, die Abwanderung aus der Landwirtschaft gegen Ende der siebziger Jahre stark nachgelassen, die Abnahmeraten wurden im Österreich-Durchschnitt annähernd halbiert. Gerade im Burgenland, wo der Anteil der agrarischen Bevölkerung relativ hoch ist, wirkt sich dieser Rückgang besonders stark aus und führt wohl auch zu einem entsprechenden Rückgang der Abwanderung in andere Bundesländer. Andrerseits könnte es eine steigende Zahl von Personen geben, die - ohne ihren derzeitigen Arbeitsplatz aufzugeben - ihren Wohnsitz aus dem Agglomerationszentrum Wien heraus an dessen Peripherie verlegen, wovon auch die zunächst liegenden burgenländischen Bezirke Eisenstadt und Mattersburg noch mit erfaßt werden. Auch die Zunahme der Zahl der Zweitwohnungen in den Bezirken Eisenstadt und Neusiedl könnte für die Drehung des Wanderungssaldos von Bedeutung sein. Als Indiz dafür könnte die Entwicklung der Zahl der Wahlberechtigten zu den Bundespräsidentenwahlen 1974 und 1980 gelten. Ihre Zahl hat im Burgenland insgesamt deutlich stärker zugenommen als etwa in Niederösterreich oder in der Steiermark, und zwar insbesondere in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt, Oberwart und Mattersburg. Die Bereiche Oberpullendorf, Güssing und Jennersdorf hingegen blieben deutlich zurück. Auch die Zahl der von den Personenstandsaufnahmen erfaßten Einwohner war im Burgenland bis 1976 rückläufig und ist seither wieder leicht steigend, mit klarer Betonung der Bezirke Eisenstadt und Mattersburg.

Mittelfristig ist für das Burgenland insgesamt mit einem ausgeglichenen Wanderungssaldo zu rechnen. Auf der anderen Seite tendiert auch die natürliche Komponente der Bevölkerungsentwicklung zum Ausgleich: Die seit Mitte der siebziger Jahre negativen Geburtenbilanzen werden schon in den nächsten Jahren wieder kleiner werden und sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre annähernd bei Null einpendeln. Insgesamt ist also im Burgenland bis 1991 eine stationäre Bevölkerung, das heißt eine annähernd gleich große Einwohnerzahl wie 1981, anzunehmen. Innerhalb des Burgenlandes ist mit einer weiteren allmählichen Verschiebung des Bevölkerungsschwerpunktes nach Norden zu rechnen. In den nördlichen Bezirken ist eine leichte Zunahme, in den südlichen Bezirken eine leichte Abnahme der Einwohnerzahl zu erwarten.

2.2 Entwicklung des Angebotes an Arbeitskräften

Über die aufgezeigten Entwicklungen der Gesamtzahl der Wohnbevölkerung hinaus ist für das Angebot an Arbeitskräften noch die Altersstruktur sowie die spezifische Erwerbsneigung der Bevölkerung von Bedeutung. Über beide Komponenten liegen derzeit (Anfang 1984) aus der Volkszählung 1981 noch keine Informationen vor, es muß deshalb wiederum auf den schon erwähnten Fortschreibungsstand 1976 zurückgegriffen werden.

Damals unterschied sich die Altersstruktur der burgenländischen Wohnbevölkerung nicht sehr stark von jener der Gesamtbevölkerung von Österreich, mit Ausnahme von einigen Besonderheiten: In den Altersstufen der

damals Zehn- bis Fünfzigjährigen gingen die Abweichungen der Österreich-Werte von den Burgenland-Werten immer in die Richtung, in die sie durch das hohe Gewicht der Ergebnisse in der Bundeshauptstadt Wien, in der ganz besondere Verhältnisse herrschen, gedrängt wurden. Die Unterschiede zwischen dem Burgenland und den anderen Bundesländern waren in diesen Bereichen gering. Anders war das bei den Kindern und bei älteren Leuten: Der Anteil der Unter-Zehnjährigen war im Burgenland im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern gering, der Anteil der Über-Fünfzigjährigen hingegen relativ hoch (Übersicht 6).

Insgesamt ergibt sich diese Altersstruktur aus einer in der Vergangenheit hohen spezifischen Geburtenrate in Verbindung mit einer jahrzehntelangen Abwanderungstradition. Die Abwanderer werden zum überwiegenden Teil von 20- bis 35-jährigen Personen gestellt. Die in der Vergangenheit hohen Geburtenzahlen im Burgenland haben eine starke Abwanderung erlaubt, ohne daß deshalb die verbleibende Besetzung dieser Altersstufe wesentlich kleiner als in anderen Bundesländern geworden wäre. Aus den höheren Altersstufen hingegen werden nur mehr wenige Abwanderer gestellt, sie verbleiben im Lande und verursachen überdurchschnittliche Besetzungszahlen. Auch heute, nach dem zumindest vorläufigen Auslaufen der Abwanderungswelle, ist noch der Wanderungs-Feedback spürbar: Ein nennenswerter Prozentsatz der aktiveren und geburtenfreudigeren Bevölkerungsteile gründet seinen Hausstand bereits außerhalb des Burgenlandes, mit der Folge, daß die Zahl der Geburten und der Kinder im Burgenland stärker zurückgeht, als es dem gesamtösterreichischen Trend entsprechen

Übersicht 6

Altersstruktur der Wohnbevölkerung 1976[1)]

(Verteilung in %)

	0 - 9	10-19	20-29	30-39	40-49	50-59	60 und mehr	Summe
Wien	10,6	10,8	12,0	15,1	11,3	12,4	27,8	100,0
Niederösterreich	14,0	17,1	13,4	12,6	11,6	10,4	21,0	100,0
Burgenland	13,9	18,0	14,4	11,3	12,5	10,7	19,2	100,0
Steiermark	14,8	17,8	14,4	12,6	11,3	10,6	18,5	100,0
Kärnten	15,4	19,0	14,8	12,1	11,3	10,3	17,2	100,0
Oberösterreich	15,5	18,5	14,5	12,8	11,3	10,2	17,2	100,0
Salzburg	16,2	17,3	15,1	13,8	10,9	10,1	16,6	100,0
Tirol	17,1	18,3	15,3	13,7	10,6	9,1	15,9	100,0
Vorarlberg	18,2	18,6	15,7	14,1	11,0	8,1	14,2	100,0
Österreich	14,3	16,4	13,9	13,3	11,3	10,6	20,2	100,0

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Institutsschätzungen.
1) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung mit gezählten Geburten, gezählten Sterbefällen und geschätzter Wanderung.

würde. Das Durchschnittsalter der burgenländischen Wohnbevölkerung ist damit niedriger als in Wien, entspricht annähernd dem von Niederösterreich und ist höher als in allen übrigen Bundesländern.

Die voraussichtliche Entwicklung bis heute und in die nähere Zukunft läßt sich aus dem Stand von 1976 ungefähr abschätzen: Die Zahl der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung (Männer von 15-65 Jahren, Frauen von 15-60 Jahren) dürfte im Burgenland bis Anfang der achtziger Jahre etwas rascher gestiegen sein als im gesamtösterreichischen Durchschnitt, und zwar vor allem bei den Frauen, die von der in der Vergangenheit stattgefundenen starken Abwanderung etwas weniger betroffen waren als die Männer. Der hohe Anteil der Über-Sechzigjährigen mit ihren relativ hohen Sterbequoten wirkt sich auf die Zahl der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung nicht mehr aus, wohl aber die geringe Kinderzahl. Diese bewirkt, daß die Erwerbsfähigen im Burgenland seit Beginn dieses Jahrzehnts deutlich langsamer zunehmen als im Österreich-Durchschnitt, und daß ihre Zahl voraussichtlich schon ab Mitte der achtziger Jahre absolut rückläufig sein wird. Schon ab 1982/83 geht die Zahl der erwerbsfähigen Frauen zurück, etwa ab 1988 wird der Rückgang auch die Männer betreffen. In Österreich insgesamt wird eine ähnliche Entwicklung erst um 1990 einsetzen.

Die altersspezifischen Erwerbsquoten der burgenländischen Wohnbevölkerung unterscheiden sich bei Männern nicht wesentlich von denen der meisten anderen Bundesländer, mit Ausnahme der Über-Sechzigjährigen: In

diesem Bereich ist die Erwerbsquote der Burgenländer ungewöhnlich hoch, was mit dem hohen Selbständigenanteil, vor allem in der Landwirtschaft, zusammenhängen dürfte. Bei den Frauen hingegen sind in fast allen Altersstufen die Erwerbsquoten im Burgenland niedriger als in den meisten anderen Bundesländern und liegen durchwegs unter dem österreichischen Durchschnitt (Übersicht 7). Dies dürfte zu einem erheblichen Teil auf die vergleichsweise geringere Nachfrage nach Arbeitskräften zurückzuführen sein, die bei den Männern in höherem Maße durch Pendelwanderung ausgeglichen werden kann als bei den Frauen. Abgesehen von allgemeinen Niveauveränderungen dürften sich die Relationen dieser Erwerbsquoten bis heute weitgehend erhalten haben, und auch bis zum Ende dieses Jahrzehnts ist mit keinen dramatischen Veränderungen der prinzipiellen Strukturen zu rechnen.

2.3 Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften

1961 waren im Burgenland 35.600 Personen unselbständig beschäftigt, 1981 waren es 63.600. Der relative Zuwachs war in jedem einzelnen Jahr größer als im Österreich-Durchschnitt, größer als in Niederösterreich und erheblich größer als in Wien. Besonders groß war der Abstand in den sechziger Jahren, als der Arbeitskräfteengpaß viele Unternehmen zwang, Zweigbetriebe in ländlichen Regionen zu errichten, um die dort noch vorhandenen Arbeitskräftereserven zu nutzen und auszuschöpfen. Dieser Trend war dem Burgenland mit seinem hohen Anteil an agrarischer Bevölkerung und seinen relativ niedrigen Erwerbsquoten besonders entgegengekom-

Übersicht 7

Erwerbsquoten 1976

Altersgruppen	Wien	Nieder-österreich	Burgen-land	Steier-mark	Kärn-ten	Ober-österreich	Salz-burg	Tirol	Vor-arl-berg	Öster-reich
Männer										
15 - unter 20	53,0	66,5	64,9	65,5	62,9	65,7	64,4	60,4	61,3	63,2
20 - unter 30	86,6	94,0	95,2	87,6	93,6	94,0	91,8	87,5	94,8	91,0
30 - unter 40	97,2	98,2	98,6	96,8	98,2	98,2	98,4	97,3	98,7	97,7
40 - unter 50	97,0	96,9	96,0	96,2	96,3	97,0	96,4	96,3	96,7	96,7
50 - unter 60	90,4	89,2	89,7	87,4	87,8	89,6	87,3	88,3	88,7	89,0
60 - unter 65	30,4	32,7	43,2	33,0	36,0	34,3	38,9	43,5	47,3	34,5
65 und mehr	4,7	4,8	5,9	5,9	5,9	4,7	6,1	8,3	8,2	5,4
Insgesamt	55,4	55,2	57,3	54,0	54,5	55,2	54,5	53,2	55,1	54,9
Frauen										
15 - unter 20	51,6	57,4	54,4	57,4	56,4	60,8	64,9	59,7	64,7	58,0
20 - unter 30	75,3	62,8	56,3	61,4	60,3	66,0	65,3	58,5	65,4	65,0
30 - unter 40	70,5	55,1	47,2	48,5	39,3	53,8	50,7	37,7	43,0	54,2
40 - unter 50	72,4	55,2	47,9	47,9	38,8	53,4	52,2	39,7	43,1	54,4
50 - unter 60	60,1	44,6	38,1	40,0	33,0	43,9	42,6	35,4	39,8	45,8
60 - unter 65	11,1	11,0	11,0	11,8	8,8	10,9	11,6	10,9	11,4	11,0
65 und mehr	2,3	2,5	2,4	3,2	2,1	2,6	3,5	3,5	3,6	2,7
Insgesamt	37,1	30,8	28,2	29,9	26,9	32,3	32,7	27,1	30,2	31,7

men und hatte dort die außerordentlich hohen Zuwachsraten sowohl bei der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung als auch bei der Brutto-Wertschöpfung bewirkt.

Diesem starken Zuwachs an Unselbständigen, insbesondere an Unselbständigen in nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichen (die Zahl der Unselbständigen in der Land- und Forstwirtschaft ist im Burgenland außerordentlich gering), stand ein noch stärkerer Rückgang an Selbständigen (einschließlich mithelfenden Familienangehörigen) gegenüber. Der Rückgang der Zahl der Selbständigen in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen entsprach annähernd dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Der relative Rückgang der Zahl der selbständigen Bauern hingegen war im Burgenland erheblich stärker als in den meisten übrigen Bundesländern, und wegen des hohen Ausgangsniveaus machte das im Burgenland auch absolut sehr viel aus. Tatsächlich stand einem Zuwachs von 15.400 in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen beschäftigten Unselbständigen zwischen 1961 und 1971 ein Abgang von 23.800 Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft gegenüber. Zwischen 1971 und 1981 nahm die Zahl der Unselbständigen in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen um 15.900 zu, also um etwa gleich viel wie im Jahrzehnt zuvor, der Rückgang der Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft betrug aber nur mehr 12.100 Personen, also nur mehr halb so viel wie in der Vorperiode. Unter Mitberücksichtigung der Unselbständigen in der Land- und Forstwirtschaft und der Selbständigen in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen war also die Gesamtzahl der Beschäftigten im Burgenland zwischen 1961 und 1971

rückläufig und zwischen 1971 und 1981 annähernd gleichbleibend. In beiden Perioden verlief die Entwicklung im Burgenland relativ schwächer als im gesamtösterreichischen Durchschnitt (Übersicht 8).

In den sechziger Jahre herrschte in ganz Österreich im wesentlichen Vollbeschäftigung in einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt. Zunächst schrumpfte zwar die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und auch die Erwerbsneigung sank, doch der starke Strukturwandel und die daraus entstehende starke Abwanderung aus der Landwirtschaft bewirkte, daß die zusätzliche Nachfrage der nichtlandwirtschaftlichen Bereiche nach Arbeitskräften im wesentlichen aus dem Inland gedeckt werden konnte. Gleichzeitig kam es österreichweit zu einer starken Zunahme der Binnenwanderungen in Form von Wohnsitzverlegungen und auch in Form von Pendelwanderung, weil die noch gewinnbaren landwirtschaftlichen Arbeiskräfte sehr oft nicht gerade dort wohnten, wo sie gebraucht wurden.

Im Burgenland als Prototyp des "ländlichen Randgebietes" waren diese Erscheinungen besonders deutlich erkennbar: Die durch Betriebsansiedlungen bewirkte Zunahme der Zahl der unselbständig Beschäftigten in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen wurde nur zu einem geringen Teil aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, zu einem erheblichen Teil hingegen aus der Abwanderung aus der Landwirtschaft alimentiert. Diese Quelle floß so reichlich, daß darüber hinaus auch noch andere Regionen Österreichs, in denen Arbeitskräfte besonders knapp waren, wie etwa der Wiener Raum und Westösterreich, versorgt werden konnten. Die relative

Übersicht 8

Entwicklung der Beschäftigung im Burgenland und in Österreich

		Burgenland		Österreich	
		absolut in 1.000 Pers.	durchschnittl. Veränderung pro Jahr in %	absolut in 1.000 Pers.	durchschnittl. Veränderung pro Jahr in %
Selbständige Land- und Forstwirtschaft	1961	50,6		585,1	
	1971	26,8	-6,2	365,9	-4,6
	1981	14,7	-5,8	252,9	-3,6
Selbständige nichtlandwirtsch. Bereiche	1961	10,2		336,4	
	1971	9,1	-1,1	290,2	-1,5
	1981	6,8	-2,9	224,0	-2,6
Unselbständige Land- und Forstwirtschaft	1961	4,4		117,7	
	1971	1,8	-8,6	54,0	-7,5
	1981	1,1	-4,8	36,0	-4,0
Unselbständige nichtlandwirtsch. Bereiche	1961	31,2		2.204,5	
	1971	46,6	+4,1	2.400,9	+0,9
	1981	62,5	+3,0	2.762,6	+1,4
Beschäftigte insgesamt	1961	96,4		3.243,7	
	1971	84,4	-1,3	3.111,0	-0,4
	1981	85,1	+0,1	3.275,5	+0,5

Ergiebigkeit des Reservoirs an bisher in der Landwirtschaft oder auch gar nicht (niedrige Erwerbsquoten!) beschäftigter erwerbsfähiger Bevölkerung bewirkte ferner, daß auch in der Phase der lange anhaltenden Hochkonjunktur zu Beginn der siebziger Jahre im Burgenland annähernd die Situation der sechziger Jahre anhielt. In vielen anderen Gebieten Österreichs mußte in diesen Jahren zunehmend auf die Beschäftigung von Ausländern zurückgegriffen werden. Im Burgenland hingegen war dies nicht nötig, lediglich die Abnahmeraten der Zahl der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft nahmen noch etwas zu.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre änderte sich die Situation wesentlich. Aus demographischen Gründen begann das inländische Arbeitskräfteangebot kräftig zu wachsen, gleichzeitig wurden die Zuwachsraten der Nachfrage nach nichtlandwirtschaftlichen Unselbständigen spürbar kleiner. Parallel dazu verlangsamte sich der Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft. In dieser Phase wuchs im Burgenland die Zahl der Unselbständigen langsamer als vorher, die Abnahme der Zahl der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft hingegen verlangsamte sich noch mehr, insbesondere in absoluten Zahlen. Damit blieb die Gesamtzahl der Beschäftigten (Unselbständige und Selbständige) von 1971 bis 1981 annähernd gleich, während sie im Jahrzehnt zuvor zurückgegangen war.

Das Jahr 1982 war nach einer langen Reihe von Expansionsjahren das erste, in dem die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Burgenland gegenüber dem Vorjahr zurückging. In diesem Jahr war die Beschäftigung

in fast allen Bundesländern rückläufig, die Abnahmerate im Burgenland (-1,8%) war aber größer als im Österreich-Durchschnitt (-1,1%). Da gleichzeitig auch die Zahl der Selbständigen zwar langsamer als in den Jahren zuvor, aber dennoch weiter abnahm, ging die Zahl der Beschäftigten insgesamt im Burgenland um 2,0% (1.700 Personen) zurück. Im österreichischen Durchschnitt betrug der Rückgang -1,2% (39.000 Personen).

Die Entwicklung dieses Jahres dürfte in erster Linie konjunkturell bedingt und nicht typisch für einen längerfristigen Trend sein. Der erstmalige absolute Rückgang ist die Folge eines Zusammenwirkens von mittelfristiger Verlangsamung der Nachfrageentwicklung, mittelfristig steigendem Angebot und kurzfristigem Konjunktureinbruch. Konjunktureinbrüche früherer Jahre waren auf günstigere mittelfristige Trends gestoßen, so daß sich in diesen Fällen das Gesamtergebnis in kleineren Zuwachsraten, aber noch nicht in absoluten Rückgängen ausgewirkt hatte. Insoweit setzt das Jahr 1982 mit dem österreichweiten Ende der Phase der Vollbeschäftigung neue Dimensionen.

2.4 Ausgleichsmechanismen regionaler Spannungen: Arbeitslosigkeit, Wanderung und Pendelwanderung im Burgenland

Die immer wieder auftretenden Diskrepanzen zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage innerhalb einer Region werden in der Regel über drei Komponenten ausgeglichen: Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Wanderung (einschließlich Pendelwanderung). Rückwirkungen

der Nachfragesituation auf das Angebot über entsprechende Veränderungen in der Erwerbsneigung wurden schon besprochen. Aus einer Zusammenführung der teils erhobenen, teils geschätzten Komponenten Beschäftigte, Ausländer, und Arbeitslose mit dem demographischen Angebot läßt sich das vermutliche Ausmaß der Wanderung (sowohl Wohnsitzverlegung als auch Pendelwanderung) der Berufstätigen quantifizieren (Übersicht 9).

Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften hat im Burgenland nur geringe Bedeutung. 1971 waren hier rund 800 Ausländer beschäftigt, der bisherige Höchststand 1974 betrug 1.300, 1981 waren es wieder rund 800. Der Ausländeranteil an den unselbständig Beschäftigten insgesamt war im Burgenland nie höher als 2,5% und jedenfalls immer der niedrigste unter allen Bundesländern. Das Ausmaß der Ausländerbeschäftigung vor 1971 läßt sich nur ganz grob abschätzen, jedoch sind die Auswirkungen auf die Arbeitsmarktbilanz jedenfalls gering.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Burgenland (praktisch nur Inländer) ging von 4.300 im Durchschnitt des Jahres 1961 auf 2.600 im Jahre 1971 und 1.800 im Jahre 1974 zurück. Bis zum Ende der siebziger Jahre schwankte der Arbeitslosenstand im Jahresdurchschnitt etwa um ein Niveau von 2.000, seit 1980 aber ist wieder ein steiler Anstieg zu bemerken, der 1983 mit 5.500 seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte und die Werte der sechziger Jahre übertraf (Übersicht 10).

Übersicht 9

Arbeitsmarktbilanzen im Burgenland:

	1961-1966	1966-1971	1971-1976	1976-1981
	Veränderung jeweils in 1.000 Personen			
Selbständige Landwirtschaft	-15,5	-8,3	-7,7	-4,4
Selbständige Nichtlandwirtschaft	- 0,5	-0,6	-2,0	-0,4
Unselbständige Landwirtschaft	- 1,1	-1,5	-0,6	-0,1
Unselbständige Nichtlandwirtsch.	+ 9,3	+6,1	+9,0	+6,9
Beschäftigte insgesamt	- 7,8	-4,3	-1,3	+2,0
(davon Ausländer)	+ 0,1	+0,6	+0,1	-0,1
Inländische Beschäftigte	- 7,9	-4,9	-1,4	+2,1
Arbeitslose	- 0,9	-0,9	-0,2	+0,4
Inländisches Arbeitsmarkt-angebot	- 8,9	-5,8	-1,6	+2,5
Demographisches Angebot	-8,8		+3,0	+5,9
Wanderung und Pendelwanderung	-5,9		-4,6	-3,4

Übersicht 10

Arbeitslosigkeit im Burgenland und in Österreich

	Burgenland		Österreich	
	Jahresdurchschnitt absolut	Variationskoeffizient	Jahresdurchschnitt absolut	Variationskoeffizient
1961	4.348	1,231	60.505	0,690
1962	4.414	1,209	61.658	0,630
1963	4.498	1,262	67.642	0,677
1964	4.003	1,269	62.828	0,632
1965	3.859	1,225	61.464	0,604
1966	3.445	1,285	56.188	0,572
1967	4.060	1,126	57.967	0,532
1968	4.157	1,163	61.505	0,601
1969	4.067	1,199	55.235	0,671
1970	3.323	1,211	45.106	0,624
1971	2.568	1,129	36.979	0,508
1972	1.993	1,164	33.235	0,448
1973	1.895	1,100	31.327	0,440
1974	1.771	1,103	35.931	0,444
1975	2.526	0,789	55.464	0,303
1976	2.395	1,015	55.257	0,432
1977	1.894	1,075	51.165	0,411
1978	1.975	1,109	58.570	0,358
1979	1.928	1,122	56.719	0,398
1980	2.213	1,164	53.161	0,425
1981	2.797	1,027	69.295	0,410
1982	4.734	0,739	105.346	0,325
1983	5.464	0,675	127.376	0,276

Die Arbeitslosenrate des Burgenlandes, in die ja auch die Zahl der Beschäftigten eingeht, hat die hohen Werte der sechziger Jahre noch nicht übertroffen, wohl aber bereits wieder erreicht. Demgegenüber hat die Arbeitslosenrate für Österreich insgesamt eine Höhe erreicht, die erheblich über der in den vergangenen 20 Jahren beobachteten liegt. Der Anteil des Burgenlandes an den Arbeitslosen Österreichs ist derzeit niedriger als in den sechziger Jahren und hat sich außerdem in den letzten vier Jahren nicht wesentlich verändert.

Aus diesen Zahlen könnte zunächst der Eindruck entstehen, daß sich die Situation des Burgenlandes auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit zumindest relativ zu Österreich insgesamt in den letzten Jahren verbessert hat. Eine genauere Betrachtung bestätigt diesen Eindruck nicht. Zunächst einmal ist zu berücksichtigen, daß der Österreich-Durchschnitt wesentlich von Sonderentwicklungen in anderen Problemgebieten beeinflußt wird. Einschränkungen oder Stillegungen von Industriebetrieben in Ballungsgebieten oder in den alten Industriegebieten schlagen auf das Österreich-Mittel durch und lassen die Situation ländlicher Gebiete, wie etwa des Burgenlandes, vergleichsweise günstiger erscheinen. Dazu kommt, daß es sich bei den angeführten Werten um Jahresdurchschnitte handelt, die eine nach wie vor bestehende sehr starke Saisonarbeitslosigkeit verdekken. Die Variationskoeffizienten der monatlichen Arbeitslosenzahlen waren seit 1961 im Burgenland immer mit Abstand die höchsten von allen Bundesländern und sind auch im Verlauf dieser beiden Jahrzehnte - im Gegensatz zur Entwicklung in Österreich insgesamt - nicht wesentlich

kleiner geworden. (Das starke Absinken der Variationskoeffizienten in den Jahren 1975, 1982 und 1983, das übrigens auch in den meisten anderen Bundesländern beobachtet werden konnte, ging nicht auf eine Eindämmung der Winterarbeitslosigkeit, sondern auf eine im Zeitvergleich ungewöhnlich hoch bleibende Sockelarbeitslosigkeit im Sommer zurück.) Diese hohe Saisonarbeitslosigkeit ergibt sich aus einem hohen Betroffenheitsgrad bei relativ kurzer Verweildauer, wie es für die im Burgenland nach wie vor überdurchschnittlich stark vertretenen Bauberufe typisch ist. Auf das Vorherrschen der Bauberufe unter den Arbeitslosen geht auch die Tatsache zurück, daß im Burgenland als einzigem Bundesland die männliche Arbeitslosenrate regelmäßig höher ist als die weibliche.

Die Entwicklung der Beschäftigungssituation im Burgenland reicht für die Erklärung dieser Erscheinungen nicht aus. Es wird vielmehr aus anderen Bundesländern Arbeitslosigkeit ins Burgenland "exportiert", und zwar in der Form, daß Pendler, die ihren Arbeitsplatz verlieren, nicht am Ort ihrer letzten Beschäftigung, sondern an ihrem Wohnort als arbeitslos registriert werden.

Wenn man nun die Entwicklung des inländischen Arbeitskräfteangebotes (Beschäftigte insgesamt und registrierte Arbeitslose) dem aus der demographischen Entwicklung zusammen mit geschätzten Erwerbsquoten sich ergebenden demographischen Angebot gegenüberstellt, so ergibt sich daraus das Ausmaß, in dem sich die Mobilität der Arbeitskräfte über die Grenzen des Bundeslandes hinweg verändert hat. Es zeigt sich, daß

Wohnsitzverlegung und Pendelwanderung zusammengenommen zwischen 1971 und 1981 mit insgesamt 8.000 Personen ein etwas größeres Ausmaß gehabt haben dürften als im Jahrzehnt zuvor mit 5.600 Personen. Das erscheint zunächst überraschend, da doch die Ergebnisse der Volkszählungen auf eine Abnahme der Wanderungsbewegungen hinweisen. Aber gerade die weitere Zusammenführung mit den Wanderungssalden aus den Volkszählungen weist auf eine charakteristische Veränderung im burgenländischen Arbeitsmarkt hin, auf die in den folgenden Abschnitten noch näher einzugehen sein wird.

Es wurde schon darauf hingewiesen (vgl. auch Übersicht 4), daß die Wanderungsbilanz der Wohnbevölkerung im Burgenland von 1961 bis 1971 mit -10.200, von 1971 bis 1981 aber nur mehr mit -1.900 Personen negativ war. Aus den Ergebnissen der Volkszählungen geht ferner hervor, daß die Pendlerbilanz des Burgenlandes 1961 mit -22.500 Personen und 1971 mit -25.500 Personen negativ war. Nun ist zu berücksichtigen, daß die Volkszählung 1961 im März stattfand, in einem Monat, in dem die Arbeitslosigkeit noch deutlich über dem Jahresdurchschnitt liegt, die Beschäftigung (und damit wohl auch die Pendelwanderung) aber noch darunter. Die Volkszählung 1971 hingegen fand im Mai statt, und die Beschäftigungsstände dieses Monats liegen erfahrungsgemäß im allgemeinen sehr nahe am Jahresdurchschnitt. Gerade im Burgenland, wo die Saisonschwankungen auf dem Arbeitsmarkt seit jeher und insbesondere im Jahre 1961 sehr groß waren, ist die Annahme berechtigt, daß der im März 1961 gezählte Stand der Pendelwanderung den Jahresdurchschnitt unterschätzt, der im Mai 1971

gezählte hingegen nicht. Es kann deshalb angenommen werden, daß der negative Pendlersaldo des Burgenlandes in diesem Zeitraum keine nennenswerte Veränderung erfahren hat. Das heißt ferner, daß die negative Arbeitsmarktbilanz von -5.900 Personen in diesem Zeitraum praktisch ausschließlich aus Wohnsitzverlegungen bestanden haben dürfte, was plausibel erscheint: Die durchschnittliche Erwerbsquote der burgenländischen Wohnbevölkerung betrug 1971 41,1%. Es liegt auf der Hand, daß die Erwerbsquote der (meist aus ökonomischen Gründen) wandernden Bevölkerung erheblich höher liegt. Bei einer Gegenüberstellung von 5.900 abwandernden Berufstätigen zu 10.200 abwandernden Einwohnern ergibt sich eine durchschnittliche Erwerbsquote der abwandernden Bevölkerung von rund 58%. Das könnte eine durchaus realistische Größenordnung sein.

Zwischen 1971 und 1981 lagen die Verhältnisse erheblich anders. Zunächst kann an die Wanderungsbilanz der Wohnbevölkerung die gleiche Erwerbsquote wie im Jahrzehnt zuvor angelegt werden. Das erscheint vertretbar, da Veränderungen in der Erwerbsneigung wohl eher die verbleibende als die wandernde Bevölkerung betreffen. Bei einer negativen Wanderungsbilanz der Wohnbevölkerung ergibt das eine Abwanderung von 1.100 berufstätigen Personen. Gegenüber einer negativen Arbeitsmarktbilanz von -8.000 Personen bedeutet das, daß sich das Ausmaß der negativen Pendlerbilanz von 1971 bis 1981 um 6.900 Personen erhöht haben muß. Es darf somit die ex-post-Prognose gewagt werden, daß sich die negative Pendlerbilanz des Burgenlandes, die von 1961 bis 1971 praktisch gleich geblieben war, von 1971 bis 1981 auf einen Saldo von -33.000 Personen, also um rund 25%,

erhöht hat. Die zur Zeit noch in Ausarbeitung befindlichen Detailergebnisse der Volkszählung 1981 werden diese Schätzung überprüfbar machen.

Insgesamt wird der Arbeitsmarkt des Burgenlandes nach wie vor von Angebotsüberschüssen gekennzeichnet. Die in der Vergangenheit hohen positiven Geburtensalden sind zwar im letzten Jahrzehnt erheblich kleiner geworden, doch ist die Abwanderung in andere Bundesländer in noch viel stärkerem Maße zurückgegangen und das burgenländische Angebot an Arbeitskräften weiter gewachsen. Aus der derzeitigen Altersstruktur läßt sich aber ableiten, daß die Zahl der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung etwa ab Mitte der achtziger Jahre rückläufig sein wird, eine Entwicklung, die in anderen Bundesländern erst fünf Jahr später zu erwarten ist.

Diesem in den letzten zehn Jahren expansiv gewesenen Angebot stand und steht eine nur gleichbleibende Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft ist zwar zurückgegangen, aber nur in dem Maße, in dem auch die Aufnahmefähigkeit der übrigen Wirtschaftssektoren nachgelassen hat. Das Ergebnis ist eine Zunahme der Überschüsse in Form eines wachsenden negativen Pendlersaldos und, jedenfalls in den letzten Jahren, wachsender Arbeitslosenzahlen. Bei auch auf mittlere Sicht kaum sehr expansiver Nachfrage wird es trotz Aufhören der Angebotzuwächse schwierig sein, den bis dahin aufgebauten Sockel an Arbeits-

kräften, die im Lande keine Beschäftigung finden können, wieder zu reduzieren.

Teil B: Die burgenländische Industrie - Problemanalyse und Konzept zur Verbesserung der regionalen Industriestruktur

Gerhard Palme

1. Globalanalyse[3)]

1.1 Produktion

1.1.1 Aufholprozeß bis Mitte der siebziger Jahre

Im Burgenland setzte die Industrie in den letzten drei Jahrzehnten zu einem beachtlichen Aufholprozeß an. Es wurden vermehrt Ressourcen in der Industrie eingesetzt, und die Produktion nahm überdurchschnittlich zu. Der Wachstumspfad der burgenländischen Industrieproduktion verlief tendenziell steiler als in der österreichischen Industrie. Im Zeitraum 1961/1981[4)] wuchs die (nominelle) Brutto-Wertschöpfung der burgenländischen Industrie mit einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von 9,4% und übertraf damit das jährliche Wachstum der Industrie Österreichs (8,0%) um 1,4 Prozentpunkte (Übersicht 11). Der Aufholprozeß verlief nicht kontinuierlich, sondern konzentrierte sich auf jene zwei Zeitabschnitte, in denen der österreichische Arbeitsmarkt relativ angespannt war: auf die erste Hälfte der sechziger Jahre, als der steigende Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft noch nicht durch ausländische Arbeitskräfte gedeckt wurde, und auf jenen Konjunkturzyklus um die Wende der

Übersicht 11

Wachstum der Brutto-Wertschöpfung in der Industrie

	Burgenland		Österreich	
	mittlere jährliche Wachstumsrate	Standardabweichung der jährlichen Veränderungsraten	mittlere jährliche Wachstumsrate	Standardabweichung der jährlichen Veränderungsraten
1961/1966	9,10		7,84	
1966/1971	9,25		9,39	
1971/1976	12,01		8,49	
1976/1981	7,24		6,43	
1961/1981	9,38	7,63	8,03	4,67

Q: WIFO-Berechnungen.

siebziger Jahre, in dem die wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt fand. In diesen beiden Entwicklungsphasen wuchs die Brutto-Wertschöpfung der burgenländischen Industrie um 1,3 Prozentpunkte (1961/1966) bzw. 3,5 Prozentpunkte (1971/1976) schneller als die österreichische.

Auch im Konjunkturmuster kommt die enge, allerdings einseitige Verflechtung zwischen der burgenländischen und der österreichischen Industrie zum Ausdruck. Im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft stimmte in der Industrie der kurzfristige Produktionsverlauf zwischen dem Burgenland und Österreich weitgehend überein. Aus der Abhängigkeit der burgenländischen von der österreichischen Industrieentwicklung resultierten aber größere Schwankungen. Die höhere konjunkturelle Instabilität ist typisch für periphere, entwicklungsschwache Regionen, sofern dort organisatorisch außenabhängige Betriebe stärker vertreten sind. Insbesonders dienen Zweigbetriebe von multiregionalen Unternehmungen mit Parallelproduktion (Herstellung des gleichen Produktes wie der Stammbetrieb) als "Konjunkturpuffer". Die von den Nachfrageschwankungen ausgelösten Produktionsschwankungen werden auf die peripheren Produktionsstätten konzentriert (K.Gerlach - P.Liepmann, 1972). Die Standardabweichung der jährlichen Veränderungsraten der Brutto-Wertschöpfung betrug in der burgenländischen Industrie (1961/1981) 7,63, in der österreichischen hingegen 4,67. Innerhalb eines Konjunkturzyklus fällt sowohl der Aufschwung als auch der Abschwung in der burgenländischen Industrie beschleunigt aus. Zwischen der höchsten Wachstums- und der höchsten

Abnahmerate ergibt sich ein größerer Abstand (Spannweite). Im Zeitraum 1961/1981 machte die Spannweite in bezug auf die Veränderungsrate der nominellen Brutto-Wertschöpfung in der Industrie Burgenlands 30,3 Prozentpunkte (Österreich: 20,4 Prozentpunkte) aus.

In den siebziger Jahren entfaltete sich die industrielle Wachstumsdynamik des Burgenlandes unter allen österreichischen Bundesländern am stärksten. Zwischen den Eckjahren 1971 und 1981 stieg der nominelle Nettoproduktionswert der burgenländischen Industrie um 148,6% (Österreich: 110,9%) oder mit einer mittleren Jahresrate von 9,5% an (Übersicht 12, Abbildung 2). Das ergibt eine Wachstumsdifferenz zu Österreich (7,7%) von durchschnittlich 1,8 Prozentpunkten pro Jahr. Wenn man die Preissteigerungen, die zur Erhöhung des nominellen Produktionswertes beitragen, herausnimmt, dann erhält man die reale Veränderung des Nettoproduktionswertes. Die Industriepreise stiegen im Burgenland (zwischen 1971 und 1980; 67,3%) weitgehend ähnlich wie in Österreich (68,5%) an. Der reale Nettoproduktionswert (Preisbasis 1976) der Industrie Burgenlands nahm im zurückliegenden Jahrzehnt mit jährlich 4,1% um mehr als das Doppelte der Wachstumsrate der österreichischen Industrie (1,8%) zu (Übersicht 13).

Im jährlichen Wachstumsmuster der siebziger Jahre fällt insbesondere der Boom der ersten Jahre auf. So nahm die burgenländische Industrieproduktion zwischen 1971 und 1974 pro Jahr real um durchschnittlich 7,5% (Österreich: 3,7%) zu. Unmittelbar nach dem Rezessionsjahr 1975 mit

Übersicht 12

Nettoproduktionswert der Industrie

	Burgenland				Österreich			
	Nettoproduktionswert nominell		Nettoproduktionswert real1)		Nettoproduktionswert nominell		Nettoproduktionswert real1)	
	in 1000	Veränderungsindex 1971=100	in 1000	Veränderungsindex 1971=100	in 1000	Veränderungsindex 1971=100	in 1000	Veränderungsindex 1971=100
1971	1.077,1	100,0	1.490,4	100,0	100.271,7	100,0	144.608,7	100,0
1972	1.289,9	119,8	1.598,8	107,3	112.240,1	111,9	156.084,1	107,9
1973	1.508,2	140,0	1.674,9	112,4	123.072,2	122,7	155.217,8	107,3
1974	1.683,3	156,3	1.852,8	124,3	144.396,7	144,0	161.211,0	111,5
1975	1.540,6	143,0	1.639,8	110,0	140.567,1	140,2	146,637,9	101,4
1976	2.010,2	186,6	2.010,2	134,9	157,546,0	157,1	157,546,0	108,9
1977	2.175,6	202,0	2.052,5	137,7	161.747,3	161,3	156.474,1	108,2
1978	2.368,5	219,9	2.111,9	141,7	172.490,3	172,0	165.553,6	114,5
1979	2.505,7	232,6	2.141,6	143,7	186.878,2	186,4	173.243,9	119,8
1980	2.580,6	239,6	2.134,8	143,2	198.825,2	198,3	170.154,2	117,7
1981	2.677,6	248,6	2.067,0	138,7	211.445,1	210,9	165.372,4	114,4

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

1) Preisbasis 1976.

Übersicht 13

Jährliche Veränderungsraten des Nettoproduktionswertes der Industrie

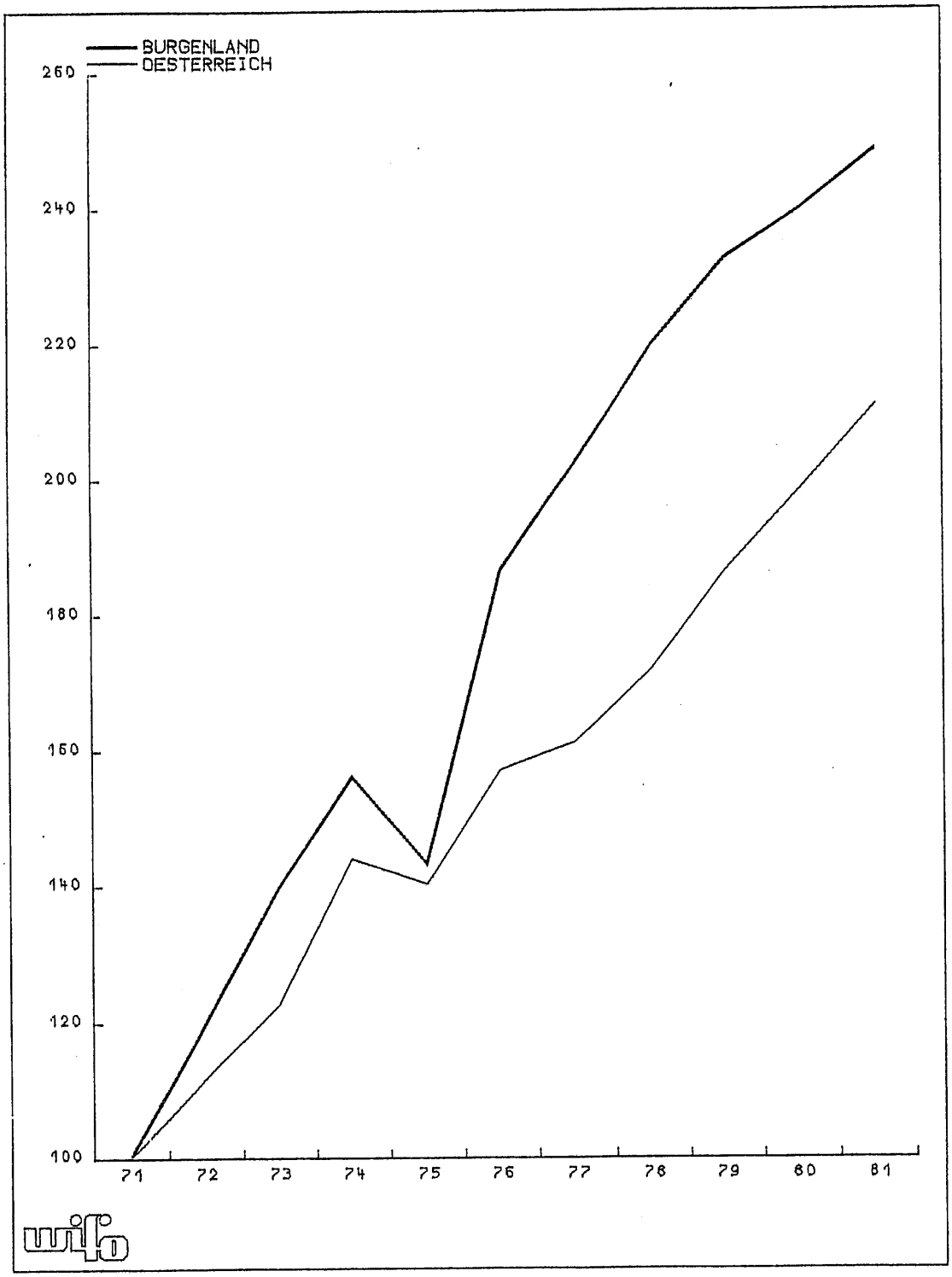
	Burgenland		Österreich	
	Nettoproduktionswert nominell	Nettoproduktionswert real1)	Nettoproduktionswert nominell	Nettoproduktionswert real1)
	jährliche bzw. mittlere jährliche Veränderungsrate			
1972	19,8	7,3	11,9	7,9
1973	16,9	4,8	9,7	-0,5
1974	11,6	10,6	17,3	3,9
1975	-8,5	-11,5	-2,7	-9,0
1976	30,5	22,6	12,1	7,4
1977	8,2	2,1	2,7	-0,7
1978	8,9	2,9	6,6	5,8
1979	5,8	1,4	8,3	4,6
1980	3,0	- 0,3	6,4	-1,8
1981	3,8	- 3,2	6,3	-2,8
1971/1974	16,0	7,5	12,9	3,7
1974/1976	9,3	4,2	4,5	-1,1
1976/1980	4,3	1,5	6,0	1,9
1971/1980	10,2	4,1	7,9	1,8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976.

Abbildung 2

INDEX DES NETTOPRODUKTIONSWERTES (NOMINELL)

1971=100



einem relativ starken Einbruch (Burgenland: -11,5% real, Österreich: -9,0%) expandierte die burgenländische Industrie zunächst auch noch stärker als die gesamtösterreichische. Der reale Nettoproduktionswert der Industrie stieg 1976 im Burgenland um 22,6% gegenüber 7,4% in Österreich an. In den darauffolgenden Jahren verschoben sich jedoch die Wachstumsrelationen. Die weltweite Wachstumsverlangsamung nach der Trendwende 1974/1975 traf die burgenländische Industrie viel härter.

Für sie trat ab 1976 ein Wachstumsknick ein, welcher vorläufig den Aufholprozeß beendete. Der jährliche Zuwachs des realen Nettoproduktionswertes der burgenländischen Industrie fiel von durchschnittlich 6,2% zwischen 1971 und 1976 auf 1,5% zwischen 1976 und 1980. Hingegen wuchs in Österreich der (reale) Nettoproduktionswert der Industrie mit größerer Stetigkeit weiter und erreichte auch nach 1976 noch mittlere Wachstumsraten von 1,9%. 1981 nahm der Nettoproduktionswert nur noch nominell zu (Burgenland: 3,8%, Österreich: 6,3%), real war die Abnahme in der burgenländischen Industrie (-3,2%) geringfügig stärker als in der österreichischen (-2,8%). Für das Jahr 1982 liegen noch keine Nettoproduktionswerte vor, am Produktionsindex wird aber ersichtlich, daß sich die Rezession in der burgenländischen Industrie mit großer Vehemenz ausbreitete. Der Gesamtindex (ohne Energie) nahm in der Industrie Burgenlands im Jahr 1982 um -5,1% (Industrie Österreichs: -1,1%) und 1983 im I.Quartal um -10,4% (Österreich: -4,7%) bzw. um -9,8% (Österreich: +0,4%) im II.Quartal ab.

1.1.2 Keine Nachfragedynamik

Die überdurchschnittliche Produktionsentwicklung der burgenländischen Industrie basierte hauptsächlich auf Angebots- und kaum auf Nachfragefaktoren. Die burgenländische Produktionsdynamik wurde nicht von einem globalen Nachfragewachstum, sondern von Marktanteilsgewinnen getragen. Die Angebotskomponenten bewirkten, daß in den meisten Branchen, die für die burgenländische Industriestruktur bedeutungsvoll sind, der burgenländische Nettoproduktionswert stärker als der österreichische anstieg. Zwischen 1971 und 1980 nahm der nominelle Nettoproduktionswert einer burgenländischen Industriebranche im Durchschnitt[5] um 79,4% (oder um 6,7% im Jahresmittel) kräftiger als in der Industrie Österreichs zu. Dadurch kam es zu einer Erhöhung der burgenländischen Anteile an den Nettoproduktionswerten der österreichischen Industriebranchen um 29,1% im Branchendurchschnitt. Dieser Wert wird in einer Shift-/Share-Analyse durch den "Standorteffekt" (1,291) angezeigt[6]. Im "Standorteffekt" werden die Einflüsse der Strukturveränderungen auf die relativen Wachstumsunterschiede isoliert, indem die Branchenstruktur über einen Zeitraum konstant gesetzt wird, sodaß in bezug auf das Wachstum der burgenländischen Industrieproduktion jene "Restwirkung" verbleibt, die auf Standorts- bzw. Angebotsdeterminanten zurückgeht. Es ist evident und wird weiter unten noch näher behandelt werden, daß der "positive Standorteffekt" hauptsächlich das Ergebnis von Betriebsansiedlungen gewesen ist.

Da die Wachstumsdynamik der burgenländischen Industrie kein Ergebnis einer allgemeinen Nachfrageexpansion ist, kann sie auch nicht "strukturell" in dem Sinne erklärt werden, daß die burgenländische Industriestruktur von Wachstumsbranchen oder Wachstumsprodukten dominiert wird. Wenn die burgenländische Industrie von Wachstumsbranchen geprägt wäre, dann wäre sie mit den österreichischen Wachstumsraten (für jede Industriebranche) stärker gewachsen als die Industrie Österreichs. Mit der Branchenstruktur (Übersicht 14) zu Beginn des Beobachtungszeitraumes (1971) macht diese fiktive Wachstumsrate des (nominellen) Nettoproduktionswertes lediglich 77,0% (Wachstumsrate der österreichischen Industrie 1971/1980: 98,3%) aus. In den siebziger Jahren hat sich die burgenländische Industriestruktur etwas mehr zu den Wachstumsbranchen hin verschoben, sodaß diese strukturdeterminierte Wachstumsrate mit den (burgenländischen) Branchengewichten des Jahres 1980 etwas größer ist (84,4%). Somit wäre im vergangenen Jahrzehnt das Wachstum der burgenländischen Industrie (mit der gegenwärtigen Industriestruktur) nominell noch immer um 13,9 Prozentpunkte (im Jahresmittel: 0,868 Prozentpunkte) hinter dem tatsächlichen Wachstum der österreichischen Industrie zurückgeblieben. Es kommt somit den Wachstumsbranchen in der österreichischen Industriestruktur ein höheres Gewicht zu als in der burgenländischen. Von einem <u>Nachfragestandpunkt</u> aus gesehen besitzt die <u>burgenländische Industrie keine überdurchschnittlich wachsenden Branchen.</u> Die Nachfrageschwäche wurde aber durch Angebotsfaktoren mehr als wettgemacht.

Übersicht 14

Produktionswachstum der Industrie nach Branchen

Fachverbände	Burgenland: Anteil des (nominellen) Nettoproduktionswertes 1971	Burgenland: Anteil des (nominellen) Nettoproduktionswertes 1981	Burgenland: Wachstum des Nettoproduktionswertes (1971/1980) in %	Österreich: Anteil des (nominellen) Nettoproduktionswertes 1971	Österreich: Anteil des (nominellen) Nettoproduktionswertes 1981	Österreich: Wachstum des Nettoproduktionswertes (1971/1980) in %
Bergwerke (einschl. Magnesit)	1,866	1,143	60,63	2,599	2,090	62,30
Eisenhütten	0,445	0,339	99,39	5,722	5,181	76,53
Erdölindustrie	-	-	-	3,193	4,696	182,58
Steine- und Keramik	7,524	5,386	90,38	5,178	4,466	73,49
Glas	0,525	0,494	184,48	1,254	1,322	111,88
Chemie	4,005	3,246	139,74	10,205	9,312	98,27
Papiererzeugung	-	-	-	2,325	2,711	129,81
Papierverarbeitung	-	1,339	-	1,398	1,356	92,79
Holzverarbeitung	6,260	6,381	196,24	3,961	3,659	87,84
Nahrungs- u. Genußmittel	19,806	19,541	158,27	10,098	8,691	82,34
Ledererzeugung	-	-	-	0,263	0,109	-18,75
Lederverarbeitung	4,106	7,785	395,32	1,598	1,316	71,45
Gießereien	-	-	-	1,648	1,448	70,52
NE-Metallindustrie	-	0,194	-	1,145	1,447	154,33
Maschinen- u. Stahlbau	5,261	0,495	-47,17	10,980	11,366	123,86
Fahrzeugindustrie	0,093	0,003	-90,07	4,008	3,702	96,23
Eisen- u. Metallwarenind.	3,378	6,739	441,70	7,419	6,835	92,42
Elektroindustrie	8,397	6,985	130,53	7,772	8,169	136,66
Textilien	16,258	12,180	95,90	6,905	4,741	39,08
Bekleidung	19,727	10,338	49,43	3,404	2,567	57,63
Gas- u. Wärmeversorgung	2,342	17,406	-	8,926	14,809	259,86
Industrie insgesamt	100,0	100,0	132,61	100,0	100,0	96,82

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Die Aussage von einer ungünstigen Branchenstruktur kann durch weitere Belege abgestützt werden. So ergaben Untersuchungen über die Verschiebungen der sektoralen Produktionsstruktur nach 1960, daß die traditionellen Konsumgüterbranchen wie Nahrungs-/Genußmittel, Textil, Bekleidung und Schuhe in den westlichen Industriestaaten nach 1960 zu den Anteilsverlierern zählten (z.B. P.Mooslechner, 1978, für Österreich; K.H.Oppenländer, 1982, für die BRD). Aber gerade diese Branchen dominieren in der burgenländischen Industriestruktur, indem sie insgesamt einen Nettoproduktionswertanteil von 57,7% (1980) einnehmen (Österreich: 23,5%, Übersicht 14). Weiters gehörte der Bausektor mit Steine und Erden, Glas- und Holzverarbeitung in der BRD nicht zu den Anteilsgewinnern der siebziger Jahre, sondern im günstigsten Fall (Glas, Holz) zu den stagnierenden Branchen. Und auch hier ist der burgenländische Nettoproduktionswertanteil mit 14,5% bedeutend höher als der österreichische (8,6%).

Die <u>burgenländische Industriestruktur</u> ist aber nicht nur von <u>Branchen</u> mit geringem Nachfragewachstum, sondern auch von solchen <u>mit geringen Wachstumsaussichten</u> geprägt. Diese Beurteilung soll durch RCA ("Revealed Comparative Advantage")-Werte für die BRD empirisch untermauert werden. Der RCA-Wert ergibt sich als Quotient aus dem Export-Import-Verhältnis einer bestimmten Warengruppe (bzw. Branche) und dem Export-Import-Verhältnis des gesamten Außenhandels. Aus Standardisierungsgründen wird zumeist der Logarithmus dieses Bruchwertes genommen. Es ist dies eine Kennziffer über den Grad der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wobei

positive Werte auf komparative Standortvorteile und negative Werte auf komparative Standortnachteile hinweisen. Gemäß den klassischen Hypothesen des Außenhandels ist es für ein Land wie Österreich, das durch ein "mittleres" technologisches Niveau charakterisiert ist, sinnvoll, zur Beurteilung der Wachstumschancen die RCA-Werte der höchstentwickelten Industriestaaten heranzuziehen. Ein positiver RCA-Wert in der BRD würde somit eine Branche mit Wachstumsaussichten (bzw. bei Produkten eine Wachstumsphase des Produktzyklus) anzeigen. So werden auch in der Top-Investitionsförderungsaktion des Bundes die Investitionsprojekte nach einem strukturpolitischen Bewertungsschema ausgewählt, und in diesem Kriterienkatalog stellt der RCA-Wert (der europäischen Industrieländer) ein Kriterium mit hohem Gewicht dar (WIFO-Monatsberichte, 10/1982).

Es zeigt sich, daß für die burgenländische Industrie so wichtige Branchen wie die Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitungsindustrie mit hohen negativen RCA-Werten innerhalb der deutschen Industrie die Schlußlichter der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bildeten (H.Reisen, 1982, S.52). Darüberhinaus hat sich auch in der früher wettbewerbsstarken Holzverarbeitungsindustrie in den letzten Jahren eindeutig ein negativer RCA-Trend eingestellt. Im Burgenland haben also Branchen einen hohen Strukturanteil, die gemäß der Außenhandelstheorie wegen ihrer Rohstoff- und/oder Arbeitsintensität sowie der standardisierten Technologie in hochentwickelten Industriestaaten Standort- und Wettbewerbsnachteile haben. In diesen Branchen ist ein Abwanderungsprozeß aus den

westlichen Industriestaaten voll im Gang, sodaß aus den "Schwellenländern" ein mächtiger Konkurrenzdruck mit konzentrierten negativen Beschäftigungsauswirkungen[7] entsteht. Schließlich sind in der burgenländischen Industrie nur 22,7% der Beschäftigten in Branchen (3-Steller) tätig, die nach einer österreichischen Untersuchung durch eine Niedriglohnkonkurrenz nicht gefährdet sind (W.Urban, WIFO-Monatsberichte, 4/1980; Übersicht 15).

Im strukturellen Entwicklungsprozeß hängen die Einflüsse der Nachfrage eng mit den Einkommenselastizitäten zusammen. Industriezweige mit hohem Wachstum sind häufig Industriezweige mit überdurchschnittlichen, langfristigen Einkommenselastizitäten[8]. Sie umfassen mehr Güter, die in der Bedürfnishierarchie relativ weit oben liegen ("gehobener Bedarf") und weniger Güter des Grundbedarfs, sodaß ihre Nachfrage bei einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens überproportional zunimmt. Das Umgekehrte gilt für schrumpfende Branchen, sie bleiben im Zuge der Einkommensentwicklung in der Ausgabenstruktur der Haushalte relativ zurück. Demgemäß wurden für die Branchen der traditionellen Konsumgüterindustrie Einkommenselastizitäten von kleiner als eins geschätzt (z.B. E.Görgens, 1975).

In der burgenländischen Industrie kam es also in den siebziger Jahren zu einem überdurchschnittlichen Wachstum, obwohl <u>allgemein schrumpfende Branchen mit niedriger Einkommenselastizität</u> und <u>internationaler Wettbewerbsschwäche</u> (der hochentwickelten Industriestaaten) die Industriestruktur prägten.

Übersicht 15

Gefährdung der burgenländischen Industrie durch Billiglohnkonkurrenz

3-Steller 1980	Zahl der Betriebe		Zahl der Beschäftigten	
	absolut	in %	absolut	in %
Gefährdungsklasse I 1)	74	42,04	7.312	60,79
Gefährdungsklasse II 2)	43	24,43	1.986	16,51
Nicht Gefährdet	59	33,52	2.729	22,69

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

1) Gefährdungsklasse I : überdurchschnittlich arbeitsintensiv und unterdurchschnittlich skillintensiv (1976)

2) Gefährdungsklasse II: unterdurchschnittlich arbeitsintensiv und unterdurchschnittlich skillintensiv (1976); nach W.Urban, Monatsbericht 4/1980.

Nun gibt es gegen die Anwendung des Branchenkonzepts Einwände, die aus der Heterogenität der Industriezweige abgeleitet werden. Demnach kommen auch in Wachstumsbranchen nachfragegesättigte Produkte und umgekehrt in schrumpfenden Branchen erfolgreiche Unternehmungen mit Wachstumsprodukten vor. So werden auch in den traditionellen Konsumgüterbranchen nicht nur Produkte des Grundbedarfs, sondern auch des gehobenen Bedarfs (z.B. in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie: Fertiggerichte) erzeugt. Die Streuung der Wachstumsunterschiede innerhalb der Branchen ist weit größer als die Streuung der Wachstumsunterschiede zwischen den Branchen (E.Streissler, 1982).

Da Produkte mit höherer Einkommenselastizität zumeist auch höhere Preise erzielen, kann man für eine Industriestruktur die Bedeutung von Wachstumsprodukten mit Hilfe von sog. "Mengeneinheitswerten" ("Unit Values": Produktionswert dividiert durch Produktionsmenge) abschätzen. Es wurde für die Industrieprodukte ein Index der Mengeneinheitswerte (für das Jahr 1980) gebildet, indem für jede Branche die Mengeneinheitswerte für die wichtigsten Produkte Burgenlands und Österreichs in den jeweiligen Mengendimensionen (z.B. kg, Stück, m^2, etc.) berechnet wurden. Für die burgenländische Industrie ergab sich dabei selbstverständlich ein anderer Produktkorb als für die österreichische Industrie (Übersicht 16). Wegen der verschiedenen Mengendimensionen wurden Teilkörbe gebildet, für diese Regionalfaktoren (burgenländischer Mengeneinheitswert dividiert durch österreichischen Mengeneinheitswert) berechnet und dann mit den Nettoproduktionswertanteilen als Gewichte zu

Übersicht 16

Vergleich der Mengeneinheitswerte zwischen burgenländischer und österreichischer Industrie

	Mengeneinheitswert für Burgenland	Regionalfaktor1) der Mengeneinheitswerte für dieselben Produkte	für die jeweils wichtigsten Produkte
Steine - Keramik	1.827 S je kg	74,27	24,16
Holzverarbeitung	3.967,70 je Stück 1.924,51 je m^3	114,05	94,16
Nahrungs- und Genußmittel	21,14 je kg	110,20	59,31
Ricardo-Lösch-Güter		106,38	64,04
Textilindustrie	106,63 je kg	77,87	23,27
Bekleidungsindustrie	127,56 je Stück	95,13	39,02
Hekscher-Ohlin-Güter		86,99	31,59
Eisen- und Metallw.	124,34 je kg	131,30	142,87
Maschinen und Stahlb.	114,21 je kg	86,02	105,98
Chemische Industrie	62,53 je kg	109,32	141,63
Thünen-Güter		114,96	133,96
Burgenland insgesamt (75% des Burgenlandwertes)		101,81	63,43

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

1) (Burgenland: Österreich) x 100.

einem Gesamtindex aggregiert. Dieser Mengeneinheitswert-Index war für die burgenländische Industrie um 36,6% niedriger als für die österreichische Industrie (Übersicht 16). Es werden somit in der Industrie Burgenlands relativ mehr niedrigwertige Güter als in der Industrie Österreichs erzeugt. Der burgenländische Produktionsapparat ist nicht allzusehr auf Qualitätsgüter spezialisiert.

Die Aussagen auf der Branchenebene gelten also prinzipiell auch auf der Produktebene: Das überdurchschnittliche Wachstum der burgenländischen Industrieproduktion in der ersten Hälfte der siebziger Jahre war nicht nachfragedeterminiert, denn es dominierten Produktionsbereiche mit niedrigen Einkommenselastizitäten. In der burgenländischen Industrie wurden wenig (hochwertige) Wachstumsprodukte erzeugt. Das Wachstum ging vielmehr auf Angebotsfaktoren zurück. Wenn von der Nachfrageseite keine dynamischen Impulse hinzukommen, dann trägt eine solche Industriestruktur eine latente Wachstumsschwäche in sich. Diese ist in den letzten Jahren, vor allem durch den Konkurrenzdruck der Niedriglohnländer, bereits zum Vorschein gekommen und hat den Aufholprozeß der burgenländischen Industrie beendet.

Was waren die Angebotsfaktoren, die bewirkten, daß über einen Zeitraum von nahezu zwei Jahrzehnten die burgenländische Produktion in den meisten Industriebranchen stärker zunahm als die österreichische? Wir

werden zu diesem Zweck das Produktionswachstum - gemäß einer definitorischen Beziehung - in eine Beschäftigungs- und in eine Produktivitätskomponente zerlegen. Ein hoher Wachstumsbeitrag der Beschäftigung würde bedeuten, daß sich die burgenländische Produktionskapazität bloß, ohne Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, vervielfacht hat. Vom Ausmaß der Produktivitätskomponente wird es somit abhängen, ob das Wirtschaftspotential des Burgenlandes dermaßen umgestaltet worden ist, daß eine landwirtschaftlich geprägte Region in eine neue Entwicklungsphase ("take-off") eingetreten ist.

1.2 Beschäftigung

1.2.1 Überdurchschnittlicher Wachstumsbeitrag der Beschäftigung

Im Burgenland leistete die Beschäftigungskomponente tatsächlich einen maßgeblichen Beitrag zum Produktionswachstum der Industrie. Das Produktionswachstum beschränkte sich aber nicht auf diese Faktorvermehrung, sondern es wurde auch von Produktivitätsfortschritten gestützt. Und zwar resultierte das Produktionswachstum der burgenländischen Industrie zu ungefähr gleichen Teilen aus einer erhöhten Beschäftigung und einer gestiegenen Produktivität. In der Dekade 1971/1980 teilte sich die mittlere jährliche Wachstumsrate des realen Nettoproduktionswertes der burgenländischen Industrie (4,1%) zu 53% auf die Produktivitätskomponente (mittlere jährliche Wachstumsrate: 2,2%) und zu 47% auf die Beschäftigungskomponente (1,9%) auf (Übersicht 17).

Worauf ist diese burgenländische Beschäftigungsexpansion zurückzuführen? Existierte eine monokausale Beziehung zwischen Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung? Etwa derart, daß eine höhere Produktivität zu einer Senkung der Preise und damit zu einer Erhöhung der Absatz- und Beschäftigungsmenge geführt hat? Ein solcher Mechanismus (Produktivität als Wachstumsursache) kann in der burgenländischen Industrie nicht vorgeherrscht haben, da dieser zumeist in Wachstumszweigen auftritt, und diese dort - bekanntlich - nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Hypothese ist endgültig zu verwerfen, wenn man berücksichtigt, wie die

Übersicht 17

Komponenten des industriellen Produktionswachstums

	Burgenland			Österreich		
	Nettoproduktionswert real1)	Mann-Produktivität real1)	Unselbständig Beschäftigte	Nettoproduktionswert real1)	Mann-Produktivität real1)	Unselbständig Beschäftigte
	mittlere jährliche Veränderungsrate					
1971/1974	7,5	2,6	4,8	3,7	2,7	0,9
1974/1976	4,2	6,0	-1,8	-1,1	0,2	-1,4
1976/1980	1,5	-0,0	1,5	1,9	2,6	-0,7
1971/1980	4,1	2,2	1,9	1,8	2,1	-0,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976.

angebotsbezogenen Wachstumskomponenten der burgenländischen Industrie von der gesamtösterreichischen abwichen.

In dieser Divergenz spiegeln sich vor allem Mengenunterschiede im Arbeitskräfteangebot. Da in der österreichischen Wirtschaft der Arbeitsmarkt in bestimmten Konjunkturphasen angespannt war, wurde ein Druck auf arbeitssparende Investitionen ausgeübt. Dieser hielt übrigens auch bei stagnierender Nachfrage an, als durch Rationalisierungsinvestitionen die Konkurrenzfähigkeit gestärkt werden sollte. Dementsprechend wurde das Produktionswachstum der österreichischen Industrie in den siebziger Jahren fast ausschließlich über Produktivitätsfortschritte ermöglicht. In der burgenländischen Industrie hingegen korrespondierte eine Ausweitung der Produktion viel stärker mit einer Ausdehnung der Beschäftigung. Und zwar sowohl in den siebziger als auch in den sechziger Jahren, als sich ebenfalls bereits regional unausgeglichene Arbeitsmärkte (burgenländisches Arbeitskräfteüberangebot, österreichische Arbeitskräfteknappheit) gegenüberstanden. Die positive Standortkomponente des überdurchschnittlichen Wachstums der burgenländischen Industrieproduktion bezog sich also auf einen regionalen Arbeitsmarkt mit einem strukturellen Angebotsüberschuß. Die Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften brachte primär einen Prozeß der Industrialisierung von agrarischen Randgebieten (und damit auch des Burgenlandes) in Gang. In den letzten zwanzig Jahren übertraf das burgenländische Wachstum das österreichische in bezug auf die Industriebeschäftigung viel stärker als in bezug auf die Produktion. Während in der burgenländischen Industrie die Beschäftigung pro Jahr

(jeweils Juniwerte) durchschnittlich um 3,0% (1961/1981) zunahm, schrumpfte die österreichische Industriebeschäftigung mit einer geringfügigen Jahresrate von -0,1% (Übersicht 18; Abbildung 3). Die burgenländische Industriebeschäftigung holte somit gegenüber Österreich jährlich 3,1 Prozentpunkte (oder das 2 1/4-fache der Produktionsdifferenz) auf.

Selbstverständlich schritt der Aufholprozeß nicht mit einer konstanten Jahresrate (im Ausmaß der durchschnittlichen Rate) voran, sondern war immer wieder kurzfristigen Schwankungen ausgesetzt. Parallel zur Produktionsentwicklung gab es auch in der Beschäftigung ab 1960 zwei herausragende Expansionsphasen, die jeweils von Kontraktionsjahren unterbrochen bzw. abgelöst wurden.

In der <u>ersten Aufholphase (1961/1966)</u> klaffte die Beschäftigungsentwicklung mit einem besonders großen Abstand auseinander. Die burgenländische Industriebeschäftigung dehnte sich mit einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von 6,8% aus, die österreichische Industriebeschäftigung verringerte sich hingegen um -0,15% pro Jahr. In dieser Phase der Nachkriegsentwicklung trat zum erstenmal auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ein Angebotsdefizit auf, welches durch eine Mobilisierung der ländlichen Arbeitskraftreserven (landwirtschaftliche und weibliche Arbeitskräfte) geschlossen werden sollte. Wegen der teilweisen regionalen Immobilität dieses Arbeitskräftepotentials wanderte das Kapital zum Faktor Arbeit und begründete die erste Ansiedlungswelle von Industriebetrieben in agrarischen Randgebieten. So war damals auch im

Übersicht 18

Beschäftigte in der Industrie

(Juni)

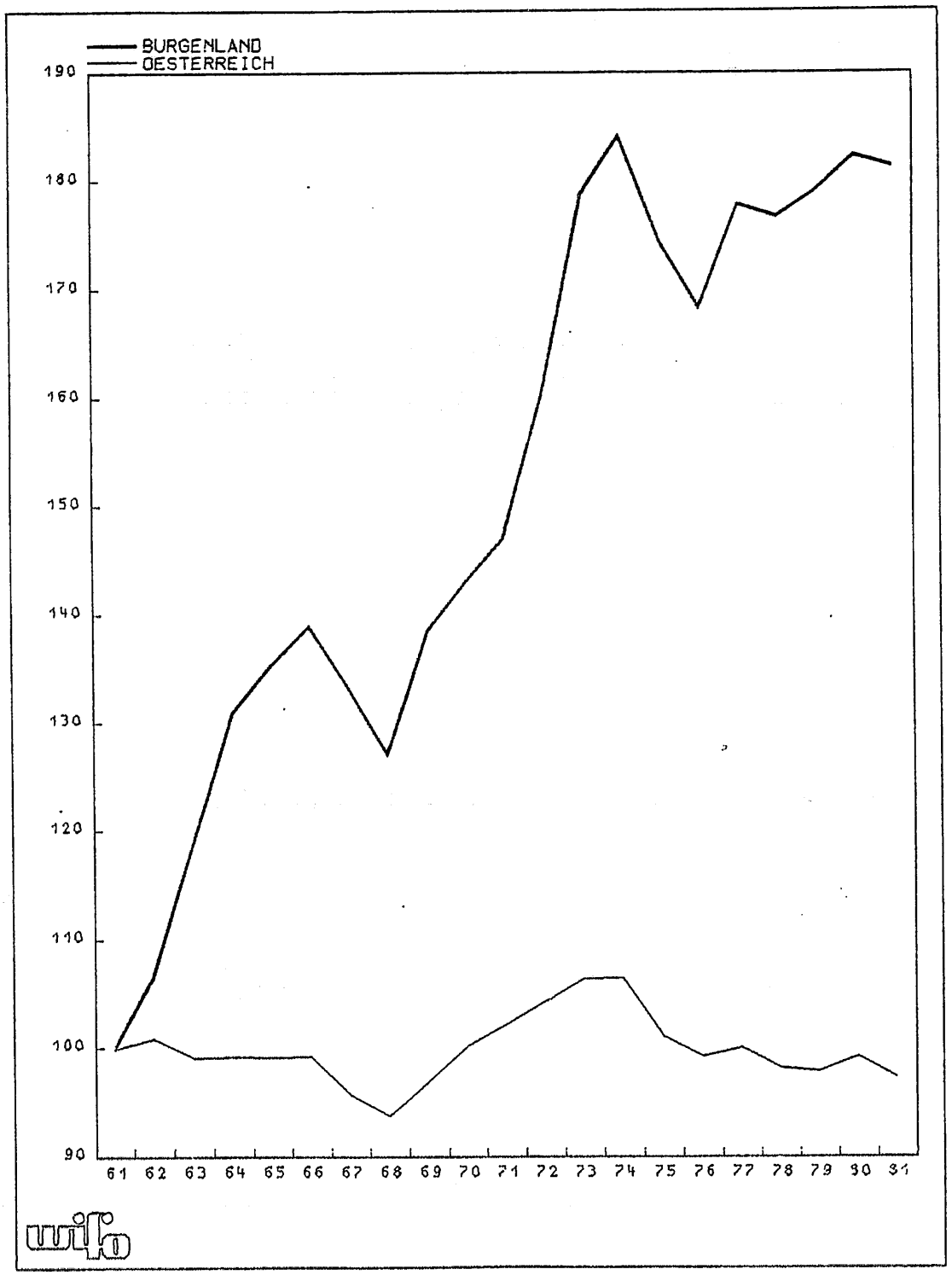
	Burgenland			Österreich		
	Beschäftigte	Veränderungs-index 1961=100	jährliche bzw. mittlere jährliche Veränderungsrate	Beschäftigte	Veränderungs-index 1961=100	jährliche bzw. mittlere jährliche Veränderungsrate
1961	6.423	100,00	-	629.922	100,00	-
1962	6.845	106,57	+ 6,57	636.032	100,97	+0,97
1963	7.643	118,99	+11,66	624.631	99,16	-1,79
1964	8.410	130,94	+10,04	625.143	99,24	+0,08
1965	8.698	135,42	+ 3,42	624.917	99,21	-0,04
1966	8.929	139,02	+ 2,66	625.074	99,23	+0,03
1967	8.563	133,32	- 4,10	603.237	95,76	-3,49
1968	8.152	126,92	- 4,80	590.709	93,77	-2,08
1969	8.903	138,61	+ 9,21	610.668	96,94	+3,38
1970	9.192	143,11	+ 3,25	631.091	100,19	+3,34
1971	9.433	146,86	+ 2,62	643.397	102,14	+1,95
1972	10.286	160,14	+ 9,04	656.855	104,28	+2,09
1973	11.483	178,78	+11,64	670.373	106,42	+2,06
1974	11.837	184,29	+ 3,08	670.435	106,43	+0,01
1975	11.196	174,31	- 5,42	636.522	101,05	-5,06
1976	10.798	168,11	- 3,55	624.890	99,20	-1,83
1977	11.428	177,92	+ 5,83	630.179	100,04	+0,85
1978	11.341	176,57	- 0,76	618.408	98,17	-1,87
1979	11.430	178,95	+ 0,78	616.456	97,86	-0,32
1980	11.714	182,38	- 2,48	625.175	99,25	+1,41
1981	11.637	181,18	- 0,66	612.828	97,29	-1,97
1961/1966			+ 6,81			-0,16
1968/1974			+ 6,41			+2,13
1976/1980			+ 2,06			+0,01
1961/1981			+ 3,02			-0,14

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie).

Abbildung 3

INDEX DER INDUSTRIEBESCHAEFTIGTEN

1961=100



Burgenland die Gründungsintensität von Industriebetrieben sehr hoch. Von den geschätzten Arbeitsplätzen (auf Grund von Beschäftigtengrößenklassen) der im Zeitraum 1960 bis 1981 neugegründeten bzw. neuübernommenen Industriebetriebe (8.635 Beschäftigte) entfielen die meisten (2.763) auf das Jahrfünft 1960 bis 1965. Auf ein Viertel der Zeitperiode kam somit nahezu ein Drittel (32,0%) der neugegründeten Industriearbeitsplätze des Burgenlandes.

In der zweiten "Industrialisierungswelle" nahm das burgenländische Wachstum der Industriebeschäftigten ähnliche Ausmaße (1968/1974: 6,4% pro Jahr) wie in der ersten Expansionsphase an, fast zwei Drittel (1971/1974: 64,0%) der Produktionszunahme gingen auf eine Aufstockung der Beschäftigung zurück. Es verkleinerte sich aber der Abstand zu den österreichischen Wachstumsraten auf 4,3 Prozentpunkte pro Jahr. In dieser Periode der Arbeitskräfteknappheit konnte das Beschäftigungsvolumen der gesamtösterreichischen Industrie deshalb ausgeweitet werden, weil die Unternehmungen nicht nur die Arbeitskraftreserven der ländlichen Gebiete mobilisieren, sondern darüberhinaus in den verdichteten Regionen ausländische Arbeitskräfte nachfragen konnten. Das Burgenland wies damals unter allen Bundesländern die höchste Gründungsintensität auf (Übersicht 19). Die Gründungsrate (Arbeitsplätze in neugegründeten Industriebetrieben in Prozent der Industriebeschäftigten) der burgenländischen Industrie betrug zwischen 1971 und 1975 durchschnittlich 3,5% pro Jahr (Österreich: 1,0%). Allerdings war das Gründungsausmaß in den burgenländischen Bezirken nicht höher als in vergleichbaren (peripheren,

Übersicht 19

Gründungs- und Stillegungsintensität der Industrie in den österreichischen Bundesländern

	Arbeitsplätze in neugegründeten Industriebetrieben (Jahresdurchschnitt)			Gründungsrate			Arbeitsplätze in stillgelegten Industriebetrieben (Jahresdurchschnitt)			Stillegungsrate		
	Ø 1971 bis 1975	Ø 1976 bis 1982	Ø 1971 bis 1982	1971 bis 1975 1)	1976 bis 1982 2)	1971 bis 1982 3)	Ø 1971 bis 1975	Ø 1976 bis 1982	Ø 1971 bis 1982	1971 bis 1975 1)	1976 bis 1982 2)	1971 bis 1982 3)
Burgenland	392	241	304	3,5	2,0	2,7	94	191	151	0,8	1,6	1,3
Kärnten	340	265	296	1,1	0,9	0,9	277	177	219	0,9	0,6	0,7
Niederösterreich	1.272	1.012	1.120	1,0	0,9	0,9	971	1.380	1.210	0,8	1,2	1,0
Oberösterreich	1.202	803	969	0,9	0,6	0,7	534	821	702	0,4	0,6	0,5
Salzburg	197	324	271	0,8	1,4	1,1	210	196	202	0,9	0,8	0,8
Steiermark	1.248	684	919	1,2	0,7	0,9	460	686	592	0,4	0,7	0,6
Tirol	261	343	308	0,9	1,2	1,1	120	270	208	0,4	0,9	0,7
Vorarlberg	252	274	265	0,7	0,7	0,7	171	256	221	0,4	0,7	0,6
Wien	1.224	786	968	0,7	0,6	0,6	1.628	1.527	1.569	1,0	1,1	1,0
Österreich	6.387	4.731	5.421	1,0	0,8	0,8	4.466	5.505	5.072	0,7	0,9	0,8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Neugegründete (bzw. stillgelegte) Industriearbeitsplätze pro Jahr (Durchschnitt 1971-1975) in Prozent der Industriebeschäftigten 1973.
2) Neugegründete (bzw. stillgelegte) Industriearbeitsplätze pro Jahr (Durchschnitt 1976-1982) in Prozent der Industriebeschäftigten 1979.
3) Neugegründete (bzw. stillgelegte) Industriearbeitsplätze pro Jahr (Durchschnitt 1971-1982) in Prozent der Industriebeschäftigten 1976.

entwicklungsschwachen) Bezirken Niederösterreichs oder der Steiermark. Die burgenländische Spitzenposition resultierte aus der ländlichen Wirtschaftsstruktur des Bundeslandes.

Genauso wie in Österreich ging in den Jahren 1967 (-4,1%) und 1968 (-4,8%) sowie 1975 (-5,4%) und 1976 (-3,6%) die burgenländische Industriebeschäftigung zurück. Und ähnlich wie in der Industrieproduktion schlug dabei das Pendel im Burgenland weiter nach unten aus als in Österreich. Nach 1976 (bis zur Rezession) leistete die Beschäftigungskomponente im Burgenland noch immer einen positiven Wachstumsbeitrag. Das abgeschwächte Produktionswachstum von durchschnittlich 1,5% (1976/1980) pro Jahr kam - bei stagnierender Produktivität - vollständig durch eine ausgeweitete Arbeitskräftenachfrage zustande.

Erst mit der gegenwärtigen Rezession änderten sich die Verhältnisse grundlegend. In der burgenländischen Industrie kam es zu einer dramatischen Beschäftigungsentwicklung. Vom Juli 1980 (11.608 Beschäftigte) bis zum Juli 1983 (9.557 Beschäftigte) gingen etwas mehr als 2.000 Arbeitsplätze oder mehr als ein Sechstel des Bestandes (17,6%) verloren. In drei Jahren wurden somit fast 40% des Nettozuwachses aus einem Zeitraum von 20 Jahren (1961 bis 1980) abgebaut. Dabei beschleunigte sich der Prozeß der industriellen Demontage von Jahr zu Jahr, von -1,4% (im Jahresdurchschnitt 1981) auf -6,1% (1982), bis schließlich in der ersten Hälfte des Jahres 1983 ca. 10% der Industriebeschäftigten (gegenüber dem Vorjahr) freigesetzt wurden. Gleichzeitig vervielfachte sich die Zahl

der burgenländischen Arbeitslosen in typischen Industrieberufen. So war die Zahl der monatlichen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1982 bei den Textilberufen 4,1 mal (Österreich: 1,8) so groß wie 1981 oder bei den Bekleidungs-/Schuhherstellern 2,0 mal (Österreich: 1,3) höher als im Vorjahr (Übersicht 20).

1.2.2 Arbeitsplatzdynamik infolge einer Gründungsdynamik

Für die Entwicklung der burgenländischen Industriebeschäftigung haben also Betriebsgründungen eine überaus wichtige Rolle eingenommen. Sie brachten für die burgenländische Industrie eine "junge" (gemessen nach dem Entstehungszeitpunkt) Betriebsstruktur hervor. Schätzungen ergeben, daß von den burgenländischen Industriearbeitsplätzen des Jahres 1981 (11.630) ca. drei Viertel auf Neugründungen bzw. Neuübernahmen nach 1960 zurückzuführen sind. Auch wenn es sich statistisch nicht direkt belegen läßt, dürfte zutreffen, daß die industrielle Arbeitsplatzdynamik hauptsächlich von Gründungstätigkeiten und weniger von Kapazitätserweiterungen getragen wurde. Zwei Anhaltspunkte vor allem erhärten diese Fest-Feststellung.

Die burgenländische Industriestruktur nach Branchen (Fachverbänden) wandelte sich viel schneller als die österreichische. Die Branchenanteile am Nettoproduktionswert verschoben sich während des Zeitraums 1971/1981 im Burgenland dreimal so stark wie in Österreich[9]. Eine Kapazitätserweiterung in bestehenden Betrieben ist nur selten mit einer

Übersicht 20

Arbeitslosenbestand in ausgewählten Berufsgruppen

	Burgenland			Österreich		
	Jahresdurchschnitt					
	1980	1981	1982	1980	1981	1982
Textilberufe (28/29)	17	16	64	403	509	940
Bekleidungs-, Schuhhersteller (30/31, 32)	68	80	158	1.738	2.258	2.866
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller (36/37)	51	58	92	738	996	1.642

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Produktionsaufnahme in einer anderen Branche verbunden. Eine veränderte Branchenzusammensetzung hängt unmittelbar mit der Gründung von Industriebetrieben zusammen, weshalb sich z.B. die Geschwindigkeit des Strukturwandels im zweiten Abschnitt der siebziger Jahre sowohl im Burgenland wie auch in Österreich auf etwa die Hälfte verlangsamte.

Zweitens durchschritten die gegründeten Betriebe selbst nach dem Gründungsereignis kaum noch eine Expansionsphase. Eine Stichprobe (von nahezu 50% der burgenländischen Industriebeschäftigten) zeigte auf, daß die Beschäftigung nach Beendigung des Gründungsprogramms nur noch unterdurchschnittlich gewachsen ist. Zwischen dem gegenwärtigen Beschäftigtenstand und jenem, welcher drei Jahre nach dem Gründungsjahr gegeben war, errechnete sich nur eine Veränderung von insgesamt 8,1%. Wenn diese kapazitätserhöhenden Arbeitsplätze mit derselben Geschwindigkeit wie die gesamte burgenländische Industriebeschäftigung (bekanntlich 3% pro Jahr) gewachsen wären, dann hätten sie für ihre Expansion nicht einmal drei Jahre brauchen dürfen. Die mittlere Verweildauer der burgenländischen Gründungsbetriebe (nach 1960) reicht aber über fünf bis sechs Jahre hinaus, weshalb ihre Expansionsgeschwindigkeit unter dem Landesdurchschnitt blieb. Es ging somit die Expansion der burgenländischen Industriearbeitsplätze zu einem kleineren Teil auf das Konto von standortgebundenen Betriebserweiterungen. Der größere Teil wurde durch die Gründungstätigkeit von mobilen Betrieben geschaffen. Im gesamten, mittels der Industriestatistik (des ÖStZ), beobachtbaren Zeitraum (1971 bis 1982) kamen im Jahresdurchschnitt 2,7% Arbeitsplätze auf Grund von neu-

gegründeten Industriebetrieben zum Bestand hinzu. Die burgenländische Gründungsrate war dabei dreimal höher als die österreichische (0,8%).

Die burgenländischen Gründungsaktivitäten waren im vergangenen Jahrzehnt besonders in den Jahren 1971 bis 1973 sowie 1976 und 1977 sehr zahlreich. Vor dem ersten Ölpreisschock errichteten vor allem Unternehmungen der traditionellen Konsumgüterbranchen im Burgenland Industriebetriebe. Führend war dabei die Bekleidungsindustrie, die zwischen 1971 und 1974 allein 28,9% (13 Betriebe) aller burgenländischen Gründungsbetriebe stellte (Übersicht 21). In dieser Phase wurden auch die größten Betriebskapazitäten installiert. Gründungsbetriebe mit über 100 Beschäftigten (zum Gründungszeitpunkt) stellten etwas mehr als die Hälfte (52,1%) der neugegründeten Industriearbeitsplätze bereit. Mit der Branchenkonzentration war jedoch keine örtliche Konzentration auf wenige Standorte verbunden. Diese Branchen waren keine Wachstumsmotoren ("industrie motrice"), welche sektorale und regionale Wachstumspole hätten bilden können. Das "Wachstumspol"-Konzept (nach F.Perroux, 1955) hätte den Intentionen der Betriebsgründer widersprochen, da diese an regional immobilen Arbeitskräften und damit an dezentralen Standorten interessiert waren. Wohl aber bevorzugten sie gemäß den Standortvoraussetzungen ganz bestimmte Regionen, in denen sie ihre Betriebe nach einem mehr/weniger dispersen Verteilungsmuster lokalisierten. Im Burgenland gehörten zu diesen Gunstregionen die Bezirke Oberwart (1971 bis 1977: 1174 neugegründete Industriearbeitsplätze) und Oberpullendorf (801 neugegründete Industriearbeitsplätze), die in diesem Zeitraum fast zwei Drittel

Übersicht 21

Neugegründete Industriebetriebe im Burgenland1)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Bergwerke	–	–	–	1	–	–	–	1	–	–	2	–
Eisenhütten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erdöl	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Steine - Keramik	1	2	–	2	–	2	–	–	–	–	–	–
Glas	–	–	–	1	–	–	–	–	–	1	–	–
Chemie	2	–	1	1	2	1	4	4	1	–	1	–
Papiererzeugung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Papierverarbeitung	–	–	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–
Audiovisionsindustrie	–	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
Holzverarbeitung	–	1	2	1	–	–	–	–	–	–	–	–
Nahrungs- u. Genußmittel	1	2	–	1	–	1	2	3	2	–	3	–
Ledererzeugung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Lederverarbeitung	2	1	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–
Gießereien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
NE-Metallindustrie	–	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
Maschinen u. Stahlbau	–	1	–	–	1	1	1	–	–	–	–	1
Fahrzeugindustrie	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–
Eisen u. Metallwarenind.	1	–	2	–	–	2	3	2	–	1	3	–
Elektroindustrie	–	2	–	–	1	–	2	–	–	–	–	–
Textilien	–	3	–	–	–	1	1	–	–	–	1	–
Bekleidung	3	3	4	3	–	1	2	1	4	–	2	–
Gas- u. Wärmeversorgung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	10	15	10	10	6	10	17	11	7	2	12	1

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Als Zeitpunkt der Gründung wurde der Monat vor Eingang der ersten industriestatistischen Meldung angenommen.

(65,0%) der burgenländischen Arbeitsplatzgründungen auf sich zogen (Übersicht 22).

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre schwächte sich die burgenländische Gründungsdynamik stark ab (Abbildung 4 und 5). Seit 1978 wurde der Trendwert (über den Zeitraum 1971 bis 1980: 304 neugegründete Arbeitsplätze pro Jahr) in keinem Jahr mehr erreicht. Die Jahre 1978, 1980 und 1982 stellten sogar ausgesprochen flaue Gründungsjahre dar. Der Rückgang der Gründungsintensität ist kein spezifisch burgenländischer Sachverhalt, sondern ist in allen europäischen Industriestaaten zu beobachten. Beispielsweise entfielen in der BRD nur 47% der zwischen 1972 und 1981 neuerrichteten und verlagerten Industriearbeitsplätze (137.188) auf die sechs Jahre (=60%) nach 1976 (K.Schliebe, 1982). Die Gründungsflaute erfaßte jedoch das Burgenland ziemlich deutlich. Der burgenländische Durchschnittswert der jährlichen Arbeitsplätze in neugegründeten Industriebetrieben fiel zwischen 1971 bis 1975 und 1976 bis 1982 um fast 40% (Österreich: 26%), und zwar von 392 auf 241. Nur in der Steiermark und in Wien schwächte sich die Gründungstätigkeit noch stärker ab. Ihre gesamtösterreichischen Gründungsanteile (gemessen nach Arbeitsplätzen) verringerten sich von 19,5% (1971 bis 1975) auf 13,8% (1976 bis 1980; Steiermark) bzw. von 19,2% auf 14,2% (Wien), der Anteil des Burgenlandes ging von 6,1% auf 5,7% zurück.

Für die geringe Dynamik kann eine Branchendeterminante geltend gemacht werden. In jenen Branchen, die für die Industrialisierung ländlicher

Übersicht 22

Arbeitsplätze in neugegründeten und stillgelegten Industriebetrieben in den burgenländischen Bezirken

	Arbeitsplätze in neugegründeten Industriebetrieben (Jahresdurchschnitt)			Gründungsrate			Arbeitsplätze in stillgelegten Industriebetrieben (Jahresdurchschnitt)			Stillegungsrate		
	Ø 1971 bis 1975	Ø 1976 bis 1982	Ø 1971 bis 1982	1971 bis 1975 1)	1976 bis 1982 2)	1971 bis 1982 3)	Ø 1971 bis 1975	Ø 1976 bis 1982	Ø 1971 bis 1982	1971 bis 1975 1)	1976 bis 1982 2)	1971 bis 1982 3)
Eisenstadt (+Rust Eisenstadt St.)	60	38	48	3,1	1,8	2,5	10	17	14	0,5	0,8	0,7
Güssing	24	19	21	2,6	2,4	2,9	16	30	24	1,7	3,7	3,4
Jennersdorf	22	0	9	1,6	0,0	0,7	6	1	3	0,5	0,1	0,3
Mattersburg	18	20	19	1,0	1,3	1,2	27	19	23	1,5	1,2	1,4
Neusiedl	14	23	19	1,2	2,2	1,9	13	33	25	1,1	3,1	2,5
Oberpullendorf	58	80	71	6,1	5,8	6,0	2	30	18	0,2	2,2	1,5
Oberwart	196	62	118	6,1	1,6	3,2	20	63	45	0,6	1,6	1,2
Burgenland	392	241	304	3,5	2,0	2,7	94	191	151	0,8	1,6	1,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Neugegründete (bzw. stillgelegte) Industriearbeitsplätze pro Jahr (Durchschnitt 1971-1975) in Prozent der Industriebeschäftigten 1973.
2) Neugegründete (bzw. stillgelegte) Industriearbeitsplätze pro Jahr (Durchschnitt 1976-1982) in Prozent der Industriebeschäftigten 1979.
3) Neugegründete (bzw. stillgelegte) Industriearbeitsplätze pro Jahr (Durchschnitt 1971-1982) in Prozent der Industriebeschäftigten 1976.

Abbildung 4

ARBEITSPLAETZE IN NEUGEGRUENDETEN UND STILLGELEGTEN INDUSTRIEBETRIEBEN

BURGENLAND

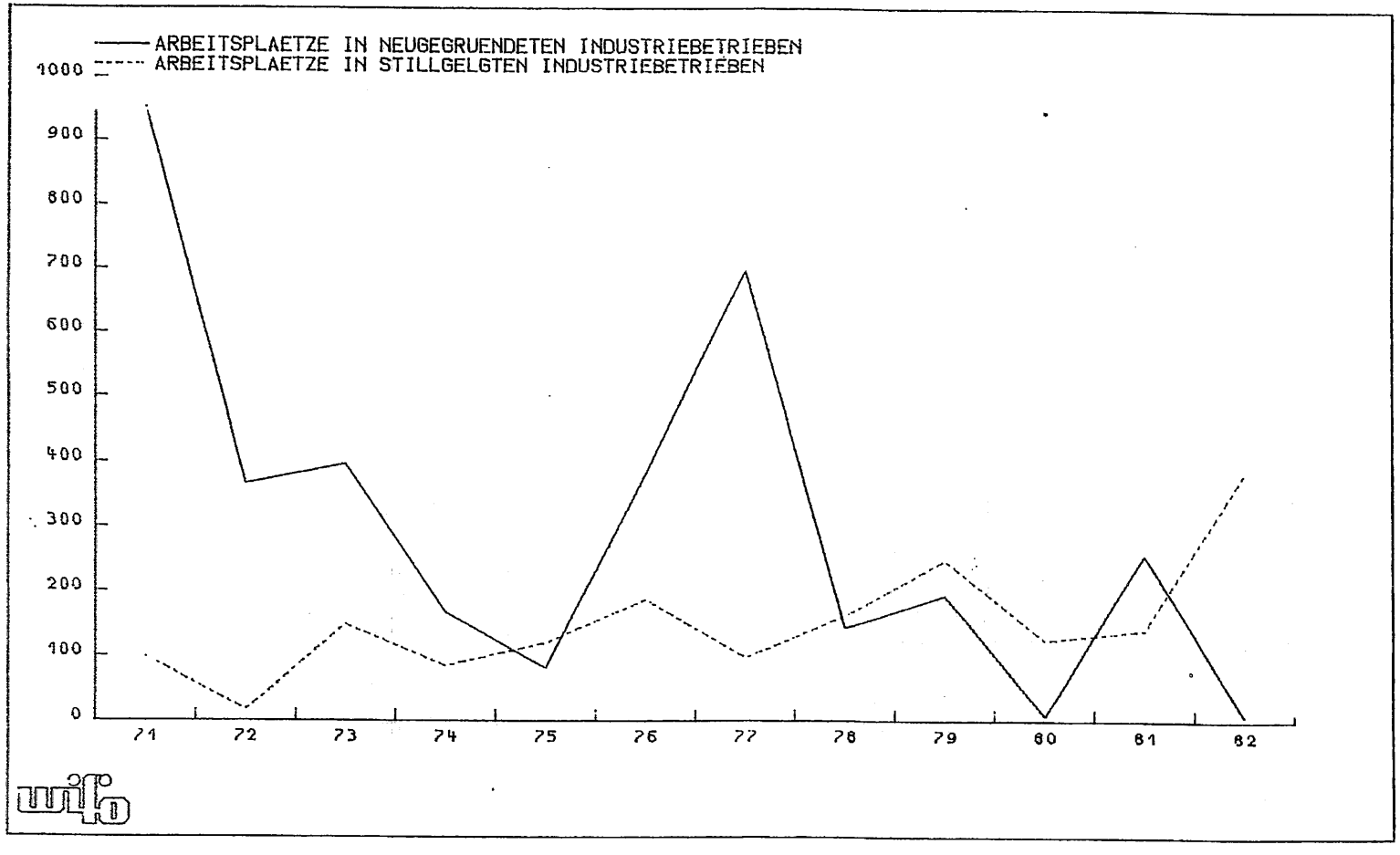
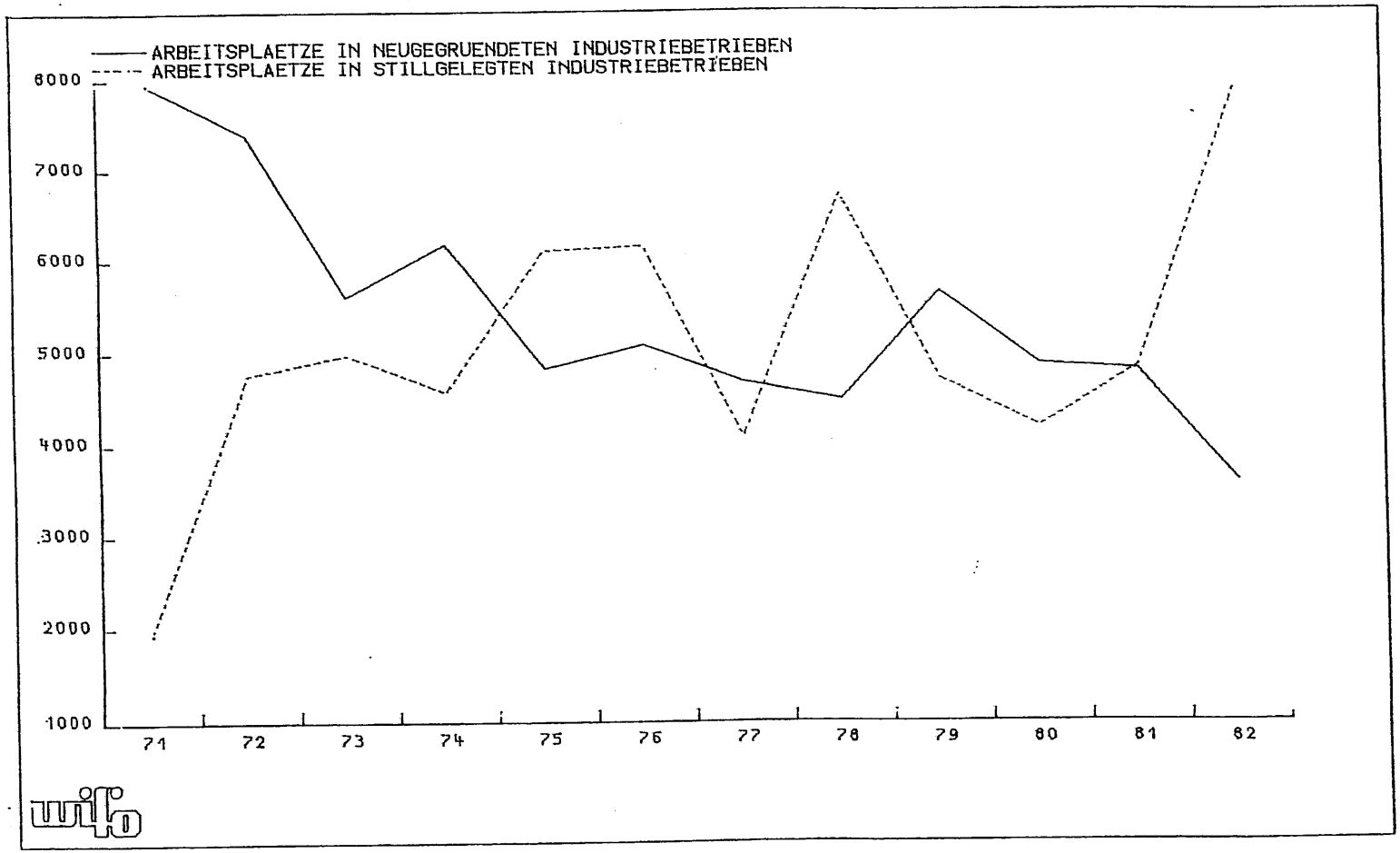


Abbildung 5

ARBEITSPLAETZE IN NEUGEGRUENDETEN UND STILLGELEGTEN INDUSTRIEBETRIEBEN

OESTERREICH



Regionen wichtig waren (traditionelle Konsumgüter, Elektroindustrie) ging österreichweit die Gründungsintensität zurück. Dementsprechend büßten auch die Agrargebiete ihre Position im Gründungsgeschehen ein, ihr Österreichanteil an den neugegründeten Arbeitsplätzen verkleinerte sich von 17,4% (1971 bis 1975) auf 14,3% (1976 bis 1980). Und dementsprechend verlor auch das Südburgenland für den burgenländischen Gründungsprozeß an Bedeutung. Als Kehrseite dazu konnten die nordburgenländischen Bezirke Eisenstadt und Mattersburg ihre Anteile am Gründungsvolumen von 18,5% (neugegründete Industriearbeitsplätze zwischen 1971 und 1977) auf 39,4% (zwischen 1978 und 1981) erhöhen. Nunmehr gründeten die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie Branchen des technischen Verarbeitungssektors (vor allem Eisen- und Metallwaren, Chemie) mehr burgenländische Betriebe als in der vergangenen Periode und stellten schließlich im Burgenland das größte Gründungskontingent. Sie errichteten aber viele (im Durchschnitt um etwa zwei Drittel) kleinere Betriebe, sodaß der Rückgang der neugegründeten Industriearbeitsplätze zu einem größeren Teil auf die reduzierte Betriebsgröße und zu einem kleineren Teil auf die verminderten Gründungsfälle (um etwa ein Drittel) zurückzuführen war.

1.2.3 Ansiedlung von arbeitskostenorientierten Zweigbetrieben

Es ist evident, daß es sich bei den industriellen Neugründungen im Burgenland überwiegend um (exogene) Betriebsansiedlungen und nur selten um erstmalige Unternehmensgründungen von zumeist einheimischen Unterneh-

mern ("endogene Erstgründungen") gehandelt hat. Billige Arbeitskräfte sind kein Standortfaktor für endogene Erstgründungen, sondern für "arbeitskostenorientierte Betriebsansiedlungen" (G.Palme, 1981). Der hohe Anteil von Betriebsansiedlungen am gesamten Gründungsvolumen kommt statistisch in einer überdurchschnittlichen Betriebsgröße der Gründungsbetriebe zum Ausdruck. Endogene Erstgründungen weisen zum Gründungszeitpunkt keine großen Kapazitäten auf. Sie sind kleiner als die Verlagerungen (ein Betrieb wird an einem Standort aufgegeben und vollständig auf einen anderen Standort verlagert), für die gerade eine Engpaßsituation im Faktorbereich (während einer Wachstumsphase) das ausschlaggebende Motiv für einen Standortwechsel ist. Und auch die Zweigbetriebe, die in Verfolgung einer mittel- bis langfristigen Unternehmensstrategie (also nicht bloß "Konjunkturpuffer" sind) errichtet werden, haben zumeist größere Kapazitäten. Dementsprechend lag die mittlere Betriebsgröße der Neugründungen in Bundesländern mit einem relativ hohen Anteil von Betriebsansiedlungen (Steiermark, Niederösterreich, Burgenland) über dem österreichischen Durchschnitt (Übersicht 23). Sie war beispielsweise im Burgenland (1973/1982: 27,1 Beschäftigte) um fast ein Drittel größer als in Salzburg (20,6 Beschäftigte).

Auf das große Gewicht der Betriebsansiedlungen weist schließlich auch der diskontinuierliche Jahresverlauf hin. Die industrielle Gründungstätigkeit verlief im Burgenland nicht gleichmäßig, sondern schwankte sehr stark zwischen den einzelnen Jahren (Übersicht 24). Und zwar derart, daß auch der Variationskoeffizient (Standardabweichung dividiert durch

Übersicht 23

Betriebsgröße der neugegründeten und stillgelegten Industriebetriebe

	Verteilung der neugegründeten Arbeitsplätze auf Betriebsgrößenklassen; Beschäftigtenanteil in % (Durchschnitt 1973 bis 1982)			Durchschnittliche Arbeitsplätze eines neugegründeten Industriebetriebes (zum Gründungszeitpunkt; 1973 bis 1982)	Verteilung der stillgelegten Arbeitsplätze auf Betriebsgrößenklassen; Beschäftigtenanteil in % (Durchschnitt 1973 bis 1982)			Durchschnittliche Arbeitsplätze eines stillgelegten Industriebetriebes (zum Gründungszeitpunkt; 1973 bis 1982)
	bis 19 Beschäftigte	20 bis 100 Beschäftigte	unter 100 Beschäftigte		bis 19 Beschäftigte	20 bis 100 Beschäftigte	unter 100 Beschäftigte	
Eisenstadt (+Rust Eisenstadt St.)				34,1				12,2
Güssing				18,0				23,8
Jennersdorf				37,0				12,3
Mattersburg				14,9				23,8
Neusiedl				39,2				40,7
Oberpullendorf				34,3				19,5
Oberwart				24,5				30,8
Burgenland	18,0	47,6	34,4	27,1	13,3	77,8	8,9	24,2
Wien	20,8	50,4	28,8	22,8	22,6	49,9	27,6	21,5
Niederösterreich	14,3	57,9	27,8	29,0	13,2	50,6	36,3	31,6
Steiermark	14,9	45,0	40,1	32,4	18,4	51,5	30,1	26,3
Kärnten	27,1	53,4	19,5	19,2	14,2	41,9	43,9	27,3
Oberösterreich	22,2	58,0	19,7	24,3	16,0	55,1	28,9	27,5
Salzburg	22,3	55,3	22,4	20,6	23,5	47,6	28,9	21,9
Tirol	16,2	60,0	23,8	25,9	14,2	44,1	41,8	28,0
Vorarlberg	26,5	52,9	20,7	20,4	21,6	53,2	25,2	23,1
Österreich	18,9	53,4	27,6	25,6	17,8	51,3	30,9	25,5

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Übersicht 24

Jährliche Schwankung der industriellen Gründungstätigkeit nach Bundesländern

	Variationskoeffizient[1] der jährlichen Arbeitsplätze in	
	neugegründeten Industriebetrieben (1971-1982)	stillgelegten Industriebetrieben (1971-1982)
Wien	0,4160	0,2986
Niederösterreich	0,2289	0,3650
Burgenland	0,9296	0,6131
Steiermark	0,4266	0,6225
Kärnten	0,6781	0,8584
Oberösterreich	0,4321	0,3982
Salzburg	0,7608	0,5901
Tirol	0,4639	1,2221
Vorarlberg	0,6816	0,5478
Österreich	0,2288	0,2970

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Standardabweichung:arithmetisches Mittel.

arithmetisches Mittel; relatives Streuungsmaß) der jährlichen Gründungen von Industriearbeitsplätzen im Burgenland (0,89) am größten war, und ein Vierfaches des österreichischen Durchschnitts (0,219) ausmachte. Umgekehrt entstanden in Bundesländern mit einer endogen determinierten Industrieentwicklung neue Industriebetriebe viel regelmäßiger, z.B. betrug der Variationskoeffizient der neugegründeten Industriearbeitsplätze in Wien lediglich 0,523 oder in Oberösterreich 0,413.

Der burgenländischen Industrie mangelt es offensichtlich an einer "Saatbeet"-Funktion für Unternehmensgründer (G.Palme, 1984). In den burgenländischen Industriebetrieben werden wenige dispositive Aufgaben ausgeführt. Es ist hier sowohl der Beschäftigtenanteil in Zentralbüros (Burgenland: 0,62, Österreich: 3,86%) als auch die Angestelltenquote (Anteil der Angestellten an den unselbständig Beschäftigten im Burgenland: 16,7% und in Österreich: 28,8%) unter den österreichischen Bundesländern mit Abstand am geringsten (Übersicht 25). Dadurch können weder genügend kaufmännische Fachkräfte ausgebildet werden (der Beschäftigtenanteil der kaufmännischen Lehrlinge liegt in der burgenländischen Industrie mit 0,47% um mehr als 40% unter dem österreichischen Industriedurchschnitt), noch finden Mitarbeiter Gelegenheit, unternehmerische Erfahrungen zu sammeln. Es kommt somit zu keinen "spin-off"-Effekten (z.B. P.S.Johnson-D.G.Cathcart, 1979) zwischen bestehenden Industriebetrieben und Unternehmungsgründungen. In den peripheren Produktionsstätten von Mehr-Betriebs-Unternehmungen werden kaum potentielle Unternehmer herangebildet. Am ehesten treten Neugründungen durch Regi-

Qualifkationsstruktur der burgenländischen Industrie

	Anteil der ..... an den unselbständigen Industriebeschäftigten						
	männl. unselbst. Beschäftigten	weibl. unselbst. Beschäftigten	Ausländer unselbst. Beschäftigten	Angestellten	gelernten Arbeiter	angelernten Arbeiter	sonstigen Arbeiter
				31.12.1971			
Eisenstadt (Eisenstadt-St., Rust)	48,8	51,2	4,1	13,9	15,8	58,5	9,5
Mattersburg	31,4	68,6	1,0	12,5	14,5	54,9	16,5
Neusiedl/See	44,8	55,2	4,1	18,5	12,6	31,5	36,3
Oberpullendorf	36,6	63,4	–	11,1	8,5	53,6	25,0
Oberwart	46,9	53,1	1,0	8,7	7,8	41,6	40,0
Güssing	19,2	80,8	1,0	6,1	5,7	84,7	2,3
Jennersdorf	.	.	.	.	.	.	.
Burgenland	39,4	60,6	2,2	11,8	10,6	54,8	21,0
Österreich	65,7	34,3	7,7	23,6	19,1	37,8	15,4
				31.12.1975			
Eisenstadt (Eisenstadt-St., Rust)	54,9	45,1	9,2	18,4	14,2	54,9	10,3
Mattersburg	46,2	53,8	1,9	18,7	18,3	42,7	17,5
Neusiedl/See	47,9	52,1	5,2	19,6	18,1	34,4	25,8
Oberpullendorf	35,1	64,9	0,4	15,8	14,5	65,6	3,5
Oberwart	36,5	63,5	1,7	11,4	12,2	57,4	17,3
Güssing	29,0	71,0	0,1	8,5	11,8	73,0	1,6
Jennersdorf	41,6	58,4	1,6	15,3	5,0	70,5	5,9
Burgenland	42,4	57,6	3,2	15,2	13,6	55,4	13,5
Österreich	67,3	32,7	8,6	28,3	18,0	37,3	11,4
				31.12.1979			
Eisenstadt (Eisenstadt-St., Rust)	55,5	44,5	3,2	23,5	21,2	48,9	3,8
Mattersburg	52,9	47,1	1,2	19,0	20,0	43,5	13,0
Neusiedl/See	55,9	44,1	4,0	28,5	9,9	37,3	21,9
Oberpullendorf	42,8	57,2	0,2	16,0	12,4	63,1	3,8
Oberwart	34,2	65,8	0,9	10,4	10,6	69,6	7,6
Güssing	49,4	60,6	–	14,6	13,9	42,7	22,0
Jennersdorf	.	.	.	.	.	.	.
Burgenland	44,7	55,3	1,6	16,7	14,0	56,9	9,0
Österreich	67,8	32,2	7,5	28,8	19,0	37,2	10,2

Q: Sonderauswertung der Industriestatistik.

onsansässige noch in jenen Bereichen auf, die an die Management-Qualifikation der Unternehmer geringe Anforderungen stellen ("craftsman"-Typ nach R.W.Wettmann, E.Ciciotti, 1980) und die überwiegend der lokalen Bedarfsdeckung dienen. In diesen Zweigen wirken sich die fehlenden Agglomerationseffekte ("urbanisation economies" in der Form von vielfältigen "service Industries", hoher Informationsdichte, etc.) noch am wenigsten als Mangel aus.

Aus der geringen Angestelltenquote der burgenländischen Industrie läßt sich weiter ableiten, daß die Betriebsansiedlungen kaum Verlagerungen, sondern hauptsächlich Zweigbetriebe von multiregionalen Unternehmungen darstellten. Zumal darüberhinaus innerhalb der burgenländischen Industrie die Angestellten sowohl in den wichtigsten Ansiedlungsbezirken als auch in den wichtigsten Ansiedlungsbranchen einen unterdurchschnittlichen Anteil einnehmen. So beträgt die Angestelltenquote (1980) im Bezirk Oberwart 10,4% oder im Bezirk Oberpullendorf 16,0% bzw. in der Konsumgütererzeugung ca. 14%. Zweigbetriebe sind typischerweise Betriebe mit einem unvollständigen unternehmerischen Funktionsspektrum. In diesen Betrieben werden größtenteils bloß Fertigungsaufgaben wahrgenommen, während die Management-, Entwicklungs- und sonstigen dispositiven Tätigkeiten in den Stammbetrieben ausgeübt werden. Mit dieser funktionalen Arbeitsteilung ist zumeist auch eine räumliche Arbeitsteilung verknüpft, da bzw. insofern die Standorte von Zweig- und Stammbetrieben in verschiedenen Regionen liegen. Unter den Gegebenheiten dieser räumlich-funktionalen Arbeitsteilung werden also die Zweigbetriebe (wie auch

Zulieferunternehmungen) von auswärts gesteuert bzw. gelenkt ("Regions-externe Kontrolle"). Und damit fehlen die Wurzeln für eine regional eigenständige Industrieentwicklung ("Duale Polarisationstheorie"; z.B. J.Friedman, 1972).

Für das Burgenland trifft eben auch nichts anderes zu als etwa für die ländlichen Regionen von Großbritannien, der Schweiz, der BRD oder der übrigen Teile Österreichs. Fast die Hälfte aller industriellen Ansiedlungen, die zwischen 1964 und 1975 in den peripheren Räumen der BRD stattfanden, waren Zweigbetriebe, die nur in geringem Umfang nicht-produktive Funktionen ausgeübt haben (F.J.Bade, 1978). Weiters befanden sich unter den industriellen Neugründungen im nördlichen Niederösterreich (1950 bis 1977) zwischen 53% und 75% organisatorisch außenabhängige Betriebe (F.Tödtling, 1983). Für die burgenländischen Industriegründungen nach 1960 läßt sich nur eine Untergrenze abschätzen, und danach besitzt zumindest ein Drittel der Industriebetriebe den eigentumsmäßigen Status von Zweigbetrieben. Zwar weist auch die Arbeitsstättenzählung 1981 für die burgenländische Sachgütererzeugung nur 22,6% von Arbeitsstätten in der Funktion eines Unternehmensteiles aus. Die Gewerbebetriebe bringen aber zweifellos eine sehr starke Verzerrung. Und dennoch liegt selbst dort in manchen Branchen der Anteil von rechtlich unselbständigen Betrieben sehr hoch (z.B. Elektro: 57,7%, Textilien: 47,8%, Steine/Keramik: 42,6%).

Die regionsexterne Kontrolle setzt eine organisatorische Differenziertheit der Tätigkeiten voraus, welche vor allem in Großunternehmungen gegeben ist. Da deren Zahl infolge der Unternehmenskonzentrationen laufend zunimmt, ist zu erwarten, daß auch die räumlich-funktionale Arbeitsteilung zunimmt. Dieser Prozeß der räumlichen Konzentration von wirtschaftlicher Entscheidungsmacht könnte über folgende Erscheinungsformen ablaufen (K.Müller, 1981): (1) Übernahme mittelständischer Unternehmen durch außerregional domizilierte (Groß-)Unternehmen; (2) Verlagerung dispositiver Betriebsfunktionen aus den peripher gelegenen Betriebsstätten in zentral gelegene bzw. verdichtete Regionen (und zwar sowohl bei übernommenen als auch bei selbständig gebliebenen Betriebsstätten); (3) Regionale Ansiedlung von (außerregional gesteuerten) Zweigbetrieben mit einseitiger Dominanz produktiver Funktionen.

Für die burgenländische Industrie läßt sich jedoch keine nennenswerte Verschärfung der regionsexternen Kontrolle in den siebziger Jahren statistisch belegen. Zwischen 1971 und 1979 (Stichtag jeweils 31.Dezember) hat in der burgenländischen Industrie die Angestelltenquote (4,9 Prozentpunkte) nur etwas weniger stark zugenommen als in Österreich (5,2 Prozentpunkte; Übersicht 25). Es haben offensichtlich nicht sehr viele multiregionale Unternehmungen burgenländische Industriebetriebe übernommen und/oder manche Ein-Betriebs-Unternehmungen oder rechtlich selbständige Tochtergesellschaften (von Konzernen) haben sich an moderne Marketing- und Managementerfordernisse angepaßt. Letzteres könnte auf einige nordburgenländische Industriebetriebe zutreffen, da hier die

Angestelltenquote überdurchschnittlich zugenommen hat (z.B. Bezirk Eisenstadt-Umgebung: 9,5 Prozentpunkte, Bezirk Neusiedl/See: 10,0 Prozentpunkte).

1.2.4 Sekundäre, externe Teilarbeitsmärkte in der Industrie

Wird in den Zweigbetrieben multiregionaler Unternehmungen standardisierte Massenproduktion betrieben, dann weisen deren Arbeitsplätze nur relativ geringe Qualifikationsanforderungen auf. Das niedrige Anspruchsniveau resultiert ebenfalls aus dem zunehmenden Prozeß der räumlichen (internationalen oder interregionalen) Arbeitsteilung und Spezialisierung; diesmal aber nicht zwischen den betrieblichen Funktionen, sondern innerhalb einer Funktion. Im Fertigungsbereich hat sich die Zerlegung der Arbeitsprozesse in viele einfache und repetive Arbeitsschritte und damit die Dequalifizierung der Arbeitskräfte in besonders raschem Tempo ausgebreitet. Damit war die technologische Grundlage für die Entstehung von sekundären, externen Teilarbeitsmärkten (Arbeitsmarktsegmentation nach P.B.Doeringer, M.Piore, 1971) geschaffen.

Im Gegensatz zu den internen, primären Teilarbeitsmärkten existieren hier keine institutionalisierten (mit Karriereleitern, Senioritätsregeln, etc.), stabilen Beschäftigungsverhältnisse. Die Arbeitsplätze im sekundären Segment haben die Eigenschaften von "schlechten" Arbeitsplätzen, d.h. niedrige Löhne (wegen niedriger Produktivität), uninteressante oder gefährliche Tätigkeiten, keine Karrieremöglichkeiten (strukturlose,

anonyme Taschbeziehungen) etc. Da es sich um Tätigkeitsbereiche mit geringen Ansprüchen an eine spezifische Motivations- und Leistungsfähigkeit handelt, besteht für die Arbeitgeber keine Veranlassung, diese Arbeitskräfte durch ein ausgeklügeltes sozio-technisches Anreizsystem an das Unternehmen zu binden. Wegen der geringen Kapitalintensität und der beschränkten Großbetriebsvorteile ist weder ein formalisiertes Ausbildungsprogramm noch ein intensives on-the-job-training erforderlich. Von den Arbeitnehmern müssen kaum betriebsspezifische Fertigkeiten und Fähigkeiten erworben werden, für einen Aufbau eines betriebsspezifischen Humankapitals besteht keine Notwendigkeit. Da bei solchen Bedingungen eine Fluktuation der Arbeitskräfte für einen Arbeitgeber wenig Aufwand verursacht, kommt der Weg zum externen Arbeitsmarkt billiger als die Organisation eines internen Arbeitsmarktes. Bei der Rekrutierung fallen wegen der Homogenität der Arbeitskräfte kaum Informationskosten an, durch die generelle (im Gegensatz zu spezifischer) Qualifikation entstehen kaum Humankapital-Investitionskosten. Unqualifizierte Arbeitskräfte werden je nach Bedarf aufgenommen und bei kleinen Anlässen auf dem Gütermarkt oder im Arbeitnehmerverhalten wieder entlassen. Und ebenso haben die Arbeitnehmer im sekundären Segment eine hohe Kündigungsneigung. Da für diese Arbeitskräfte ein Arbeitskontrakt nur "konsumtive" und keinerlei "investive" Aspekte beinhaltet, wechseln sie das Unternehmen, sobald sie erwarten, an einem anderen Arbeitsplatz (auch bei geringer Lohndifferenz) mehr zu verdienen.

Der sekundäre Teilarbeitsmarkt wird somit fast uneingeschränkt durch den Lohnmechanismus flexibel gesteuert. Es existiert eine hohe Kündigungs- und Entlassungsneigung, die temporäre, fluktuierende Arbeitsbeziehungen (instabile Beschäftigungsverhältnisse) zur Folge hat. Hinsichtlich der Zugangsbedingungen zu "guten" Arbeitsplätzen (primäres Arbeitsmarktsegment) wirken soziale Diskriminierungsmechanismen, sodaß bestimmte Gruppen ins sekundäre Arbeitsmarktsegment abgedrängt werden. Gemäß der Humankapitaltheorie sind dies jene Gruppen, für die eine kurze Beschäftigungsdauer (somit kurze Verwertungsdauer des Humankapitals) erwartet wird (z.B. ältere, weibliche oder ausländische Arbeitskräfte). So hat G.Schmid (1978) für die BRD folgende Eigenschaften für sekundäre Teilarbeitsmärkte ermittelt: "Überdurchschnittlich hoher Frauenanteil mit entsprechend niedrigem Einkommen sowie ein ungünstiges Verhältnis Arbeitslose/Offene Stellen für Frauen".

Die multiregionalen Unternehmungen besitzen eine größere Standortflexibilität und machen sich in der räumlichen Zuordnung der Arbeitsplätze unterschiedlicher Qualifikation bzw. der Arbeitsmarktsegmente die räumlichen Disparitäten zunutze: Standardisierte Produkte in der Reifephase des Produktzyklus und/oder standardisierte Produktbestandteile (Neue internationale Arbeitsteilung) werden in Billiglohnregionen verlagert. Dabei verfolgen multinationale Unternehmungen eine Offensivstrategie, indem sie ihre Produktionsstätten in Schwellenländern errichten (Internationale Arbeitsteilung). Auf der anderen Seite lagern kleinere, eher defensiv orientierte Unternehmungen mit einem geringeren

räumlichen Aktionsradius einen Teil ihrer Fertigung in agrarische Randregionen (von westlichen Industriestaaten) aus (Interregionale Arbeitsteilung). In ländlichen Regionen mit einem hohen Anteil von "arbeitskostenorientierten Betriebsansiedlungen" befinden sich demnach überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze für an- und ungelernte Arbeiter (oder genauer: Arbeiterinnen). Andererseits sind in solchen Regionen für Facharbeiter und/oder Arbeiter mit einem Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz zuwenig Arbeitsplätze vorhanden. Das Defizit an primären, internen Arbeitsmärkten veranlaßt diese (insgesamt jüngere) Arbeitskräftegruppe (mit teilweise höherer Qualifikation) abzuwandern oder auszupendeln. Wenn, wie im Burgenland, die Auspendlerquote der männlichen Arbeitskräfte von vornherein hoch ist, dann ist von solchen arbeitskostenorientierten Ansiedlungsbetrieben keine Trendumkehr zu erwarten. Die Zunahme des Pendlersaldos der burgenländischen Berufstätigen während der siebziger Jahre bestätigt dies.

Entsprechend den skizzierten Zusammenhängen weist die burgenländische Industriebeschäftigung im Vergleich zu anderen Bundesländern eine äußerst hohe Instabilität auf. Die monatlichen Beschäftigungsstände schwanken in der burgenländischen Industrie sehr stark (Übersicht 26). Ihr Variationskoeffizient nimmt im Burgenland (z.B. 1979: 0,0273; 1980: 0,02307) zwei- bis vierfache Werte von Österreich (1979: 0,00970; 1980: 0,00583) an. Und ebenso treffen für das Burgenland die aus der räumlichen Arbeitsteilung abgeleiteten Aussagen über die Qualifikationsstruktur zu. Demnach ist in der burgenländischen Industrie der Anteil von

Übersicht 26

Monatliche Schwankungen der unselbständigen Industriebeschäftigten nach Bundesländern

	Variationskoeffizient[1] der monatlichen (unselbständigen) Industriebeschäftigten			
	1979	1980	1981	1982
Wien	0,0043	0,0036	0,0057	0,0143
Niederösterreich	0,0087	0,0080	0,0169	0,0120
Burgenland	0,0273	0,0231	0,0164	0,0228
Steiermark	0,0120	0,0059	0,0137	0,0092
Kärnten	0,0157	0,0119	0,0089	0,0157
Oberösterreich	0,0137	0,0102	0,0046	0,0080
Salzburg	0,0178	0,0078	0,0085	0,0122
Tirol	0,0166	0,0084	0,0074	0,0166
Vorarlberg	0,0108	0,0056	0,0085	0,0120
Österreich	0,0097	0,0058	0,0075	0,0110

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Standardabweichung:arithmetisches Mittel.

angelernten (und sonstigen) Arbeitern (65,9%) um 39% höher als in der österreichischen Industrie (47,4%; Übersicht 25). Dabei nehmen innerhalb des Burgenlandes die beiden wichtigsten Ansiedlungsbezirke (Oberwart: 77,2%; Oberpullendorf: 66,9%) die Spitze ein. Weiters sind in der burgenländischen Industrie relativ weniger "Gewerbliche Lehrlinge" (2,7%) beschäftigt als in der österreichischen Industrie (3,6%). Schließlich weist die burgenländische Industrie den höchsten weiblichen Beschäftigtenanteil (1981: 54,6%) auf, wobei diese Quote den österreichischen Industriedurchschnitt (31,6%) um das 1,7-fache übersteigt. In der burgenländischen Konsumgütererzeugung, die in der burgenländischen Industrieansiedlung eine bedeutende Rolle einnahm, sind sogar 69,3% (Österreich: 57,8%) Frauen beschäftigt gewesen (1979).

Ein prinzipiell ähnliches Ergebnis wie für die angelernten Arbeiter zeigt ein Regionalfaktor für einen zusammengefaßten Qualifikationsindex an. Dieser ist ein gewichteter Mittelwert über das Verhältnis zwischen burgenländischer und österreichischer Industrie bezüglich der jeweiligen Anteile an einem Qualifikationsstatus (Angestellter, Facharbeiter, angelernter Arbeiter), wobei die beiden qualifizierteren Beschäftigungsgruppen mit einem positiven und die unqualifizierte Gruppe mit einem negativen Vorzeichen versehen sind[10]. Gemäß diesem Index war im Jahr 1979 das Qualifikationsniveau der burgenländischen Industrie um 37,9% (Oberwart: 60,9%, Oberpullendorf: 40,9%) niedriger als in Österreich (Übersicht 27). Die Dequalifizierung der burgenländischen Industriebeschäftigten schritt allerdings (zumindest was den Status betrifft) nicht

Übersicht 27

Relative Qualifikation der burgenländischen Industriebeschäftigten

	Relativer Qualifikationsindex der Industriebeschäftigten1)		
	1971	1979	Veränderung 1971/1979 in Prozentpunkten
Eisenstadt-Stadt	-47,25	-31,06	+16,19
Eisenstadt-Land	-23,43	+ 0,34	+23,77
Güssing	-64,56	-37,06	+27,50
Mattersburg	-34,34	-17,02	+17,32
Neusiedl/See	-27,18	-20,25	+ 6,93
Oberpullendorf	-48,97	-40,85	+ 8,12
Oberwart	-54,70	-60,96	- 6,26
Jennersdorf	-55,92 2)	-	-
Burgenland	-43,60	-37,70	+ 5,90

Q: WIFO-Berechnungen.
1) Mittlere Abweichung des Beschäftigtenanteils einer bestimmten Qualifiaktionsstufe (Angestellte, Facharbeiter, sonstige Arbeiter) an den gesamten Industriebeschäftigten eines Bezirkes vom Österreichdurchschnitt (siehe Anmerkungen: Fußnote 9).
2) Bezieht sich auf das Jahr 1975.

weiter voran. Vielmehr verbesserte sich die burgenländische Qualifikationsstruktur im Vergleich zur österreichischen gegenüber 1971 um 5,9%. Dabei haben vor allem die Facharbeiter Strukturanteile aufholen können. Während der Facharbeiteranteil zwischen 1971 und 1979 in der österreichischen Industrie stagnierte (19,0%), nahm er in der burgenländischen Industrie von 10,6% auf 14,0% zu. Und auch hier wiederum (wie bei der Veränderung der Angestelltenquote) ragten nordburgenländische Bezirke (Eisenstadt-Umgebung: 6,7 Prozentpunkte, Mattersburg: 5,5 Prozentpunkte) aus dem Durchschnittsfeld heraus. Diese Uneinheitlichkeit in der burgenländischen Industriestruktur wird uns später zu einer differenzierteren Betrachtung veranlassen. Es dominieren zwar im Burgenland typische Industriebetriebe agrarischer Randregionen, darüberhinaus gibt es aber auch noch Industriebetriebe mit anderen Merkmalen. Und gerade diese bieten für strategische Überlegungen wichtige Ansatzpunkte.

1.2.5 Strukturelles Stillegungsrisiko

Die hohe Dynamik im burgenländischen Entwicklungsprozeß von Arbeitsplätzen kommt nicht nur bei den Industriegründungen, sondern auch bei den Betriebsstillegungen zum Ausdruck (Übersicht 28). Auch bei diesen wies die burgenländische Industrie in Österreich die höchste Intensität auf. Im Zeitraum 1971 bis 1982 gingen im Jahresdurchschnitt 1,3% der burgenländischen Industriearbeitsplätze (Österreich: 0,8%) durch Betriebsschließung verloren (Übersicht 19). Die hohe Stillegungsrate hängt mit dem "jungen" Betriebsbestand der burgenländischen Industrie zusammen.

Übersicht 28

Stillgelegte Industriebetriebe im Burgenland

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Bergwerke	–	1	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–
Eisenhütten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erdöl	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Steine - Keramik	–	3	–	1	1	1	2	–	1	–	–	3
Glas	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	–
Chemie	–	–	–	1	–	–	1	1	2	–	–	2
Papiererzeugung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Papierverarbeitung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Audiovisionsindustrie	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Holzverarbeitung	–	1	1	–	1	–	1	–	–	–	–	1
Nahrungs- u. Genußmittel	–	1	1	1	–	2	–	–	–	–	–	–
Ledererzeugung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Lederverarbeitung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gießereien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
NE-Metallindustrie	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Maschinen u. Stahlbau	1	–	–	–	–	1	–	1	–	–	4	–
Fahrzeugindustrie	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	1	–
Eisen u. Metallwarenind.	–	–	–	–	1	–	1	1	–	1	1	–
Elektroindustrie	–	–	2	1	1	1	–	–	–	–	–	–
Textilien	–	1	–	–	1	1	–	–	1	–	1	2
Bekleidung	3	2	2	1	3	6	2	–	3	2	–	1
Gas- u. Wärmeversorgung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4	9	6	5	8	12	8	3	7	4	8	9

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Neugründungen haben nun einmal ein größeres Stillegungsrisiko als alteingesessene Unternehmungen. Und ganz besonders werden für Zweigbetriebe in peripheren, entwicklungsschwachen Gebieten überproportionale Stillegungsintensitäten erwartet (F.Tödtling, 1981).

Dennoch stellten im Burgenland die Stillegungen nicht einfach das Spiegelbild der Gründungen dar. So schwankten etwa die Stillegungen nicht in demselben Ausmaß wie die Gründungen (Übersicht 24). Der burgenländische Variationskoeffizient der Arbeitsplätze in den jährlich stillgelegten Industriebetrieben (0,587) übertraf den österreichischen Industriedurchschnitt nur noch um das Doppelte (Österreich: 0,2843). Und ebenso war die Verteilung der stillgelegten Arbeitsplätze über die burgenländischen Bezirke ausgeglichener (Standardabweichung der bezirksweisen Anteile: 6,0%) als bei den neugegründeten Arbeitsplätzen (Standardabweichung: 12,9%; Übersicht 22). Es war aber auch das kurzfristige Stillegungsrisiko der burgenländischen Industriegründungen durchaus nicht exorbitant. Vielmehr blieb die Wahrscheinlichkeit, daß ein im Burgenland gegründeter Industriebetrieb bald wieder stillgelegt wird, vergleichsweise gering. Während im österreichischen Durchschnitt auf 10 neugegründete Arbeitsplätze 9,4 stillgelegte entfielen (1971/1982), wurden im Burgenland nur 49,5% von einer Stillegung betroffen (Übersicht 29). Unter den österreichischen Bundesländern war dies das niedrigste Stillegungs/Gründungs-Verhältnis.

Übersicht 29

Bilanz der industriellen Gründungen und Stillegungen

	Zahl der neugegründeten Industriebetriebe	Zahl der stillgelegten Industriebetriebe	Gründungssaldo der Betriebe1)	Gründungssaldo der Arbeitsplätze1)	Stillegungsquote von neugegründeten Industriearbeitsplätzen2)
	1973-1982	1973-1982		1971-1982	1971-1982
Eisenstadt (+Rust, Eisenstadt St.)	14	12	+ 2	+404	29,2
Mattersburg	12	11	+ 1	- 41	117,9
Neusiedl/See	5	7	- 2	- 68	129,7
Oberpullendorf	20	11	+ 9	+631	25,4
Oberwart	22	15	+ 7	+877	38,0
Güssing	12	11	+ 1	- 33	113,1
Jennersdorf	1	3	- 2	+ 71	34,3
Burgenland	86	70	+ 16	+1.841	49,5
Wien	370	742	-372	-7.205	162,0
Niederösterreich	359	417	- 58	-1.075	108,0
Steiermark	247	243	+ 4	+3.924	64,4
Kärnten	125	87	+ 38	+ 926	73,9
Oberösterreich	357	279	+ 78	+3.210	72,4
Salzburg	137	97	+ 40	+ 827	74,6
Tirol	126	83	+ 43	+1.211	67,3
Vorarlberg	132	106	+ 26	+ 527	83,4
Österreich	1.939	2.124	-185	+4.186	93,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Neugegründete Betriebe (bzw. Arbeitsplätze) - stillgelegte Betriebe (bzw. Arbeitsplätze).
2) (Arbeitsplätze in stillgelegten Industriebetrieben:Arbeitsplätze in neugegründeten Industriebetrieben) x 100.

Das kleinere Stillegungsrisiko ist teilweise auf den unbedeutenden Anteil von endogenen Erstgründungen zurückzuführen, teilweise aber auch auf eine längere Regionspersistenz der angesiedelten Betriebe.

Endogene Erstgründungen sind einem hohen Erfolgs- und Überlebensrisko ausgesetzt. Kleine, unabhängige Ein-Betriebs-Unternehmungen sind zwar für den Arbeitsmarkt jeder Region äußerst wichtig, gemäß einer amerikanischen Untersuchung bringen sie die meisten neuen Arbeitsplätze (zwischen 50% und 60%) hervor (D.L.Birch, 1979). Auf der anderen Seite ergab dieselbe Untersuchung, daß fast zwei Drittel (63,9%) der jungen (bis zu einem Betriebsalter von vier Jahren) und insbesondere auch der kleinen (bis zu 20 Beschäftigten) Unternehmungen wieder aus dem Markt ausscheiden. Für das Burgenland kommt dieser fehlende Einflußfaktor wiederum in einer größeren mittleren Betriebsgröße der stillgelegten Betriebe (1972/1982: 24,2 Beschäftigte) zum Ausdruck (Übersicht 23).

Für die Beurteilung der burgenländischen Industrieentwicklung ist aber ein Vergleich mit anderen Ansiedlungsregionen sinnvoller. Und auch hier zeigte sich, daß im Burgenland bis vor kurzem die Stillegungsneigung relativ gering blieb. Die in anderen agrarischen Regionen beobachteten "Rucksack-Betriebe", die nur für die kurze Dauer einer Boomphase geschaffen wurden, sind hier offensichtlich seltener angesiedelt worden. In den burgenländischen Ansiedlungsbezirken entfielen auf einen neugegründeten Arbeitsplatz im Durchschnitt weniger stillgelegte (Oberwart: 38,0%, Oberpullendorf: 25,4%) als in den meisten Bezirken des Wald- und

Weinviertels (z.B. Zwettl: 85,0%, Mistelbach: 56,7%) oder der Oststeiermark (z.B. Feldbach: 58,6%). Wenngleich auch hier nicht übersehen werden soll, daß diejenige Branchengruppe (Bekleidung-Leder-Textil), die fast 60% (oder 19 Betriebe) ihrer Gründungen (1971 bis 1982) in den Jahren 1971 bis 1974 vornahm, allein in den Jahren 1975 und 1976 11 Betriebe stillegte. Für das günstige Verhältnis zwischen Stillegung und Neugründung sorgten in erster Linie Branchen, die ihren Gründungsschwerpunkt nach 1976 setzten: In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurden bloß 33,3% der gegründeten Betriebe (1971 bis 1982), in der Eisen- und Metallwarenindustrie 38,5% und in der chemischen Industrie 41,2% stillgelegt.

Wie auch immer die kurzfristige Beurteilung ausfallen mag, <u>außengeleitete Betriebe</u> bleiben <u>für Betriebsstillegungen</u> besonders <u>anfällig.</u> Diese Eigenschaft ist Bestandteil des strukturellen Problems fehlender regionaler Eigenständigkeit. Zweigbetriebe mit standardisierten Produktionstechnologien fallen einem Strukturwandel insofern zum Opfer, als hier selten Rationalisierungen oder Produktionsumstellungen vorgenommen werden. Produktions- und erst recht Produktinnovationen werden prinzipiell nicht in den peripheren Zweigbetrieben realisiert, da dafür die Standortaffinitäten nicht gegeben sind. Wenn in einem Zweigbetrieb eine Produktionslinie aus ökonomisch-technologischen Gründen einzustellen ist, dann wird zugleich der Betrieb geschlossen. Mehr-Betriebs-Unternehmungen stellen in einem solchen Fall die Produktion in ihren, in peripheren Räumen angesiedelten, Zweigbetrieben gänzlich ein, um qualitativ

anspruchsvolle Fertigungsprozesse in zentral gelegenen Regionen des Stammlandes, qualitativ weniger anspruchsvolle Fertigungsprozesse dagegen in industriellen Schwellenländern auszuüben (K.Müller, 1981). Dazu kommt, daß auf sekundären externen Arbeitsmärkten (der Zweigbetriebe) ein politischer Widerstand gegen Arbeitskräftefreisetzungen und Betriebsstillegungen zumeist schwächer wirksam ist als etwa auf den internen Arbeitsmärkten der "alten Industriegebiete". Diese Erfahrungen der strukturellen Stillegung von industriellen Zweigbetrieben macht das Burgenland (mit einer örtlichen Konzentration um Pinkafeld) derzeit durch. Diese sind deshalb so bitter, weil in agrarischen Randregionen (anders als in den meisten Agglomerationen) kein endogenes Gründungspotential vorhanden ist, sodaß bei abgeschwächter Ansiedlungstätigkeit schließlich Netto-Arbeitsplatzverluste auftreten.

Fassen wir also zusammen: Die Beschäftigungskomponente, die ungefähr zur Hälfte das Produktionswachstum der burgenländischen Industrie determinierte, war das Resultat von Betriebsansiedlungen. Standörtlich flexible Mehr-Betriebs-Unternehmungen reagierten auf ein strukturelles burgenländisches Arbeitskräfteüberangebot (und die Subventionen der Investorenwerber), indem sie dort hauptsächlich Zweigbetriebe errichteten. Solange die Ansiedlungswelle nicht abebbte, spielte dabei der traditionelle Konsumgütersektor mit arbeitskostenorientierten Ansiedlungen im südlichen und mittleren Burgenland (Schwerpunkt: Bezirke Oberwart, Oberpullendorf) die entscheidende Rolle. Dieser Prozeß fand

spätestens mit dem Jahr 1977 ein Ende. Danach flaute die Gründungsintensität sehr stark ab, und es blieben die nördlichen Bezirke (Eisenstadt, Mattersburg) als wichtigste Standortregionen für kleine Gründungsbetriebe des technischen Verarbeitungssektors und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie übrig. Der Standortvorteil des Burgenlandes war also abgedriftet und mit ihm die "positive" Angebotskomponente der Industrieproduktion, welche die Nachfrageschwäche vieler burgenländischer Branchen überdeckte. Mehr noch als die Ansiedlungsflaute nährt die fragwürdige Dauerhaftigkeit der angesiedelten Arbeitsplätze Zweifel an einer traditionellen Regionalpolitik.

Zu den Negativbeispielen des Burgenlandes zählen die Stillegungen von Bekleidungsbetrieben in der Rezession zu Mitte der siebziger Jahre. Noch schwerer aber wiegt der Verlust in der jüngsten Rezession, in der bislang 2.000 Industriearbeitsplätze abgebaut wurden. Selbstverständlich betreffen die Mißerfolge nicht das Burgenland allein, sie sind dort auch nicht am ärgsten (schließlich bleibt noch immer ein nennenswerter industrieller Netto-Arbeitsplatzgewinn übrig), und sie sind schon gar nicht einer spezifisch burgenländischen Ansiedlungspolitik zuzuschreiben. Ein Abgang von arbeitskostenorientierten Ansiedlungsbetrieben findet in allen europäischen Industriestaaten statt und genauso trifft überall ein stockender Zugang zu. In Nicht-Agglomerationen ist eben die industrielle Betriebsdynamik kein eigenständiger, von der Industriestruktur der Region gleichsam selbstbewegter Prozeß.

Bedeutet dies nun, daß die burgenländische Industrientwicklung der sechziger und siebziger Jahre lediglich eine episodenhafte Erscheinung war, in der exogene Kräfte von außen hereinkamen, um für eine begrenzte Zeit burgenländische Ressourcen zu benutzen und danach wieder abzuziehen? Derzeit kann dieser Schluß auf Grund der Beschäftigungseffekte nicht gezogen werden. Die Beschäftigung allein reicht aber auch für eine Beurteilung dieser Industrialisierungspolitik nicht aus. Wie sah es mit der Modernisierung des Produktionsapparates aus? Wenn schon der Transmissionsmechanismus zwischen Stillegung und Neugründung von Betrieben nicht reibungslos funktioniert hat, so könnten die angesiedelten Industriebetriebe vielleicht doch technologische Vermittlungsdienste geleistet haben. Wir knüpfen damit an einen früheren Ausgangspunkt an und setzen mit der Analyse der Produktivitätsentwicklung fort.

1.3 Produktivität

1.3.1 Keine Verringerung des burgenländischen Produktivitätsrückstandes

Zunächst das Faktum: Mit der überdurchschnittlichen Produktionsentwicklung der burgenländischen Industrie war lediglich eine durchschnittliche Produktivitätsentwicklung verbunden. In den siebziger Jahren stieg die Arbeitsproduktivität in der burgenländischen Industrie ungefähr im gleichen Ausmaß wie in der österreichischen Industrie an. Der reale Nettoproduktionswert je unselbständig Beschäftigten (Mannproduktivität; Preisbasis 1976) nahm zwischen 1971 und 1980 in der burgenländischen Industrie um 21,3% und in der österreichischen Industrie um 20,9% zu (Übersicht 30; Abbildung 6). Das bedeutete eine mittlere jährliche Wachstumsrate von 2,2% bzw. 2,1%. Die burgenländische Industrie konnte also ihren deutlichen Produktivitätsrückstand nicht verringern und blieb unter den österreichischen Bundesländern an letzter Stelle. Der Produktivitätsabstand der Industrie Burgenlands zu jener Österreichs betrug auch 1981 immer noch 34,8% (real) bzw. 33,9% (nominell). In der burgenländischen Industrie erarbeitete 1981 ein unselbständig Beschäftigter einen Nettoproduktionswert von 177.699 S (zu Preisen von 1976) bzw. 230.196 S (zu laufenden Preisen) und in der österreichischen Industrie von 272.431 S bzw. 348.331 S. Dieser Rückstand ist aus einer internationalen Perspektive noch bedenklicher, da bereits die Produktivität der österreichischen Sachgüterproduktion hinter westlichen Industriestaaten nachhinkt, z.B. um 31,1% hinter der BRD (K.Bayer, 1982). Es kommt somit

Übersicht 30

Nettoproduktionswert je unselbständig Beschäftigten (Produktivität) in Burgenland und Österreich

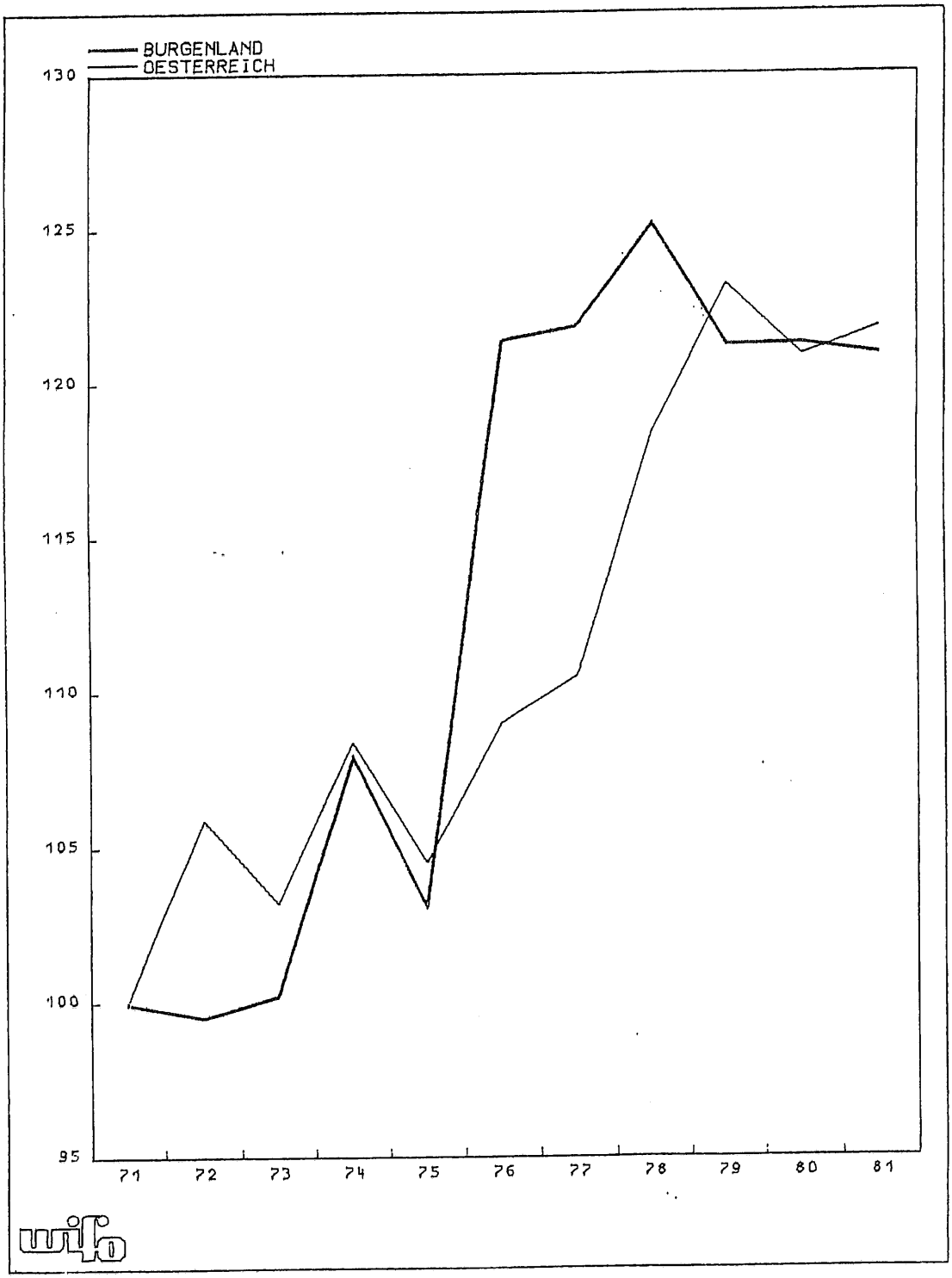
	Burgenland				Österreich			
	Produktivität nominell	Veränderungsindex 1971=100	Produktivität real1)	Veränderungsindex 1971=100	Produktivität nominell	Veränderungsindex 1971=100	Produktivität real1)	Veränderungsindex 1971=100
1971	106.254	100,0	147.024	100,0	155.112	100,0	223.698	100,0
1972	118.020	111,1	146.288	99,5	170.343	109,8	236.884	105,9
1973	132.652	124,8	147.304	100,2	183.091	118,0	230.913	103,2
1974	144.198	135,7	158.727	108,0	217.297	140,1	242.600	108,4
1975	142.262	133,9	151.427	103,0	224.155	144,5	233.835	104,5
1976	178.525	168,0	178.525	121,4	243.786	157,2	243.786	109,0
1977	189.829	178,7	179.081	121,8	255.427	164,7	247.099	110,5
1978	206.463	194,3	184.092	125,2	276.032	178,0	264.931	118,4
1979	208.423	196,2	178.142	121,2	297.370	191,7	275.674	123,2
1980	215.556	202,8	178.304	121,3	314.901	203,0	270.549	120,9
1981	230.196	216,6	177.699	120,9	348.331	224,6	272.431	121,8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976.

Abbildung 6

INDEX DER REALEN PRODUKTIVITAET

1971=100



die (reale) Arbeitsproduktivität der burgenländischen Industrie nicht einmal ganz auf die Hälfte (-51,4%) des Effizienzniveaus der bundesdeutschen Sachgüterproduktion heran.

Ein solches gleichschrittiges Wachstum zwischen Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsstand ist durchaus nicht der Regelfall, zeigte sich doch in einem internationalen Vergleich, daß das Wachstum der Produktivität (in der Nachkriegszeit) gerade in Ländern mit niedrigem Ausgangsniveau am schnellsten war (E.F.Denison, 1967). So konnte auch Österreich auf dem Gebiet der Sachgüterproduktion den deutlichen Produktivitätsrückstand gegenüber der BRD verringern. Im Zeitraum 1964 bis 1980 wuchs in Österreich der Output je Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um rund 5,1% gegenüber 4,0% in der BRD bzw. je Beschäftigtenstunde um 5,7% gegenüber 5,0% (K.Bayer, 1982). Die vom Regelmuster abweichende Produktivitätsentwicklung in der burgenländischen Industrie ist vielmehr ein Hinweis auf burgenländische Besonderheiten, die einen Schluß von Entwicklungserscheinungen in der nationalen Ebene auf das Burgenland nicht zulassen. Das Burgenland besitzt eben keine abgerundete und integrierte Wirtschaftsstruktur, es stellt nicht einfach eine Volkswirtschaft im kleinen Maßstab dar. Vielmehr ist die burgenländische Industrieentwicklung größtenteils ein unselbständiger, von außen gesteuerter Prozeß, der entsprechend dem Mechanismus der interregionalen Arbeitsteilung nach einem speziellen Muster abläuft.

1.3.2 Zusammenhang mit dem Produktionswachstum (Verdoorn-Hypothese)

1.3.2.1 Tatbestand

Sowohl in der burgenländischen als auch in der österreichischen Industrie besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum: Starke Produktionszunahmen waren mit hohen Produktivitätsfortschritten und schwache Produktionszunahmen waren mit geringen Produktivitätszuwächsen verbunden (Verdoorn-Hypothese). Für den Zeitraum 1971 bis 1980 machte der Korrelationskoeffizient zwischen den jährlichen Veränderungsraten des realen Nettoproduktionswertes und jenen der realen Arbeitsproduktivität in der burgenländischen Industrie (österreichischen Industrie) r=0,90 (0,89) aus. Dabei zeigte die Regressionsgleichung (am Regressionskoeffizienten b der Variablen) ein zwischen Burgenland und Österreich ähnliches Reaktionsausmaß an[11]. Eine 1%ige Zunahme des realen Nettoproduktionswertes bewirkte im Durchschnitt in der burgenländischen Industrie eine 0,67%ige Zunahme der Arbeitsproduktivität und in der österreichischen Industrie eine 0,65%ige Produktivitätszunahme[12]. Zu diesen ähnlichen Einflüssen der Produktionszunahme kommen aber gegensätzliche "autonome" (vom Produktionswachstum unabhängige) Einflüsse hinzu. Die Konstante der Regressionsgleichung hatte im Burgenland ein negatives Vorzeichen (a=-0,587) und in Österreich ein positives (a=0,925). Die burgenländische Industrie benötigt demnach ein Mindestwachstum (0,7%), damit die Produktivität überhaupt ansteigt, wogegen es in der österreichischen Industrie auch ohne Produktions-

wachstum zu einem Produktivitätsfortschritt kommt. Es führen also Faktoren, die den produktionsdeterminierten Produktivitätsanstieg im Burgenland weniger stark als in Österreich unterstützen oder diesen im Burgenland stärker behindern, dazu, daß die parallel verlaufenden Regressionsgeraden nicht zusammenfallen, sondern diejenige für das Burgenland unterhalb der österreichischen zu liegen kommt. Daraus ergeben sich in Summe für das Burgenland unterdurchschnittliche (im Vergleich zu Österreich) Produktivitätszuwächse.

Tendenziell gilt auf der Branchenebene ebenfalls, daß Industriezweige mit hohem Produktionswachstum auch solche mit hohem Produktivitätswachstum sind. Vor allem für die burgenländische Industrie fällt der Korrelationskoeffizient in einer Analyse mit den Veränderungsraten zwischen den Eckjahren 1971 und 1980 signifikant (r=0,54) aus[13]. Einen ähnlichen Wert (r=0,57) nimmt der Korrelationskoeffizient in einer Analyse mit den Regionalfaktoren, d.h. mit den Quotienten aus dem burgenländischen und österreichischen Veränderungsraten (zwischen 1971 und 1980), ein[14]. Es war also in den meisten burgenländischen Industriebranchen ein zu Österreich überdurchschnittliches Produktionswachstum mit einem überdurchschnittlichen Produktivitätswachstum kombiniert.

Einen über das in der Regressionsgleichung geschätzte Ausmaß hinausgehenden Produktivitätsanstieg (positive Residuen) wiesen insbesondere für die burgenländische Industriestruktur wichtige Branchen auf (Über-

sicht 31): Holzverarbeitung, Lederverarbeitung und Bekleidung. Auf der anderen Seite fielen in der Textil-, in der Eisen-/Metallwarenindustrie und im Maschinen-/Stahlbau die burgenländischen Produktivitätsfortschritte vergleichsweise gering aus (negative Residuen). Es ist bezeichnend für den geringen Entwicklungsstand der burgenländischen Industrie, daß die Industriebranchen mit positiven Residuen in der Produktivitätsentwicklung Österreichs im unteren Feld (Bekleidung an 13. und letzter Stelle, Lederverarbeitung an 12.Stelle und Holzverarbeitung an 9.Stelle) lagen. Es verbesserte sich also die Produktivität im Burgenland (ähnlich wie in industriellen Schwellenländern) in an sich wenig expansiven oder schrumpfenden Branchen mit offensichtlich begrenzten technologischen Entwicklungsmöglichkeiten. Umgekehrt lagen die Branchen mit einem relativen Rückstand im burgenländischen Produktivitätswachstum teilweise in der oberen Hälfte der österreichischen Produktivitätsgewinner. Insgesamt zeigte eine Korrelationsanalyse keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Produktivitätsentwicklung der österreichischen und der burgenländischen Industriebranchen an (r=0,09)[15]. Dieses abweichende Branchenmuster bestätigt die vorne getroffene Aussage, daß von anderen Volkswirtschaften kaum auf die burgenländische Industrieentwicklung zu schließen ist; und wenn überhaupt, dann zumeist in der gegenläufigen Richtung. Die spezielle Funktion der burgenländischen Industrie im Rahmen einer räumlich-funktionalen Spezialisierung ist mit einer spezifischen Entwicklung verbunden.

Übersicht 31

Produktivitätsentwicklung nach Branchen

	Nomineller Nettoproduktionswert je Beschäftigten (1980) in 1.000 S		Veränderung (1971/1980) der (nominellen) Nettoproduktionswerte je Beschäftigten in %			Abweichung vom Schätzwert2) (Residuen)
	Burgenland	Österreich	Burgenland	Österreich	Regionalfaktor1)	
Bergwerke	226	338	+ 88,64	+131,62	+ 67,34	-18,68
Eisenhütten	199	274	+123,82	+ 96,49	+128,32	+35,00
Steine und Keramik	370	367	+ 95,26	+ 85,26	+111,73	+19,91
Glas	210	354	+ 96,87	+157,24	+ 61,61	-39,33
Chemie	241	344	+ 73,16	+ 94,59	+ 77,34	-18,66
Holzverarbeitung	238	271	+188,46	+ 90,06	+209,26	+95,57
Nahrungs- u. Genußmittel	308	551	+ 98,13	+ 91,31	+107,47	+ 0,58
Lederverarbeitung	158	187	+203,84	+ 87,61	+232,67	+47,16
Maschinen- und Stahlbau	79	294	- 61,52	+ 94,70	+ 19,76	-50,42
Eisen- und Metallwaren	241	243	+ 89,76	+ 87,61	+102,45	-66,64
Elektroindustrie	252	268	+108,00	+107,87	+100,10	+14,26
Textilien	173	214	+ 52,34	+ 97,31	+ 53,78	-64,69
Bekleidung	143	171	+108,89	+ 83,97	+129,67	+45,95
Industrie insgesamt	211	314	+100,66	+103,86	+ 96,92	

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) (Burgenland:Österreich) x 100.
2) Die Residuen (tatsächliche minus geschätzte Werte für abhängige Variable) beziehen sich auf die Regressionsgleichung mit den Regionalfaktoren in bezug auf die prozentuelle Veränderung (1971/1980) der (nominellen) Produktivität und des (nominellen) Nettoproduktionswertes (siehe Anmerkung: Fußnote 13).

1.3.2.2 Überdurchschnittliche Kapitalintensivierung

Zur Begründung der Verdoorn-Hypothese führt eine Argumentationslinie über die Investitionen, die bei schnellem Produktionswachstum - a priori - hoch sein müssen. Die zunehmende Nachfrage stößt auf eine Kapazitätslücke, die durch Investitionen zu schließen ist. Mit den Investitionen werden aber nicht nur die Kapazitäten erweitert, sondern zugleich nimmt auch der technische Fortschritt zu.

Ein Grund für die Erhöhung des technischen Niveaus infolge von Investitionsaktivitäten kann sich daraus ergeben, daß mit der Verjüngung des Kapitalstocks neuestes technisches Wissen in den Produktionsapparat gelangt (Embodiment-Ansatz). In diesem Embodiment-Ansatz wird technisches Wissen als öffentliches (allgemein verfügbares) Gut angesehen, welches erst durch Investitionen zu angewandtem Wissen wird (Kapitalgebundener technischer Fortschritt). Demnach besteht der Kapitalstock einer Volkswirtschaft aus Maschinen unterschiedlicher Konstruktionszeitpunkte oder entsprechend zusammengefaßter Jahrgänge ("vintages") mit dem in ihnen verkörperten ("embodied") technischen Wissen, mit welchem eine bestimmte "Jahrgangseffizienz" korrespondiert.

Unter der zugrundegelegten Annahme, daß technisches Wissen einen (autonomen) positiven Zeittrend aufweist, führt eine Verjüngung des Anlagevermögens zu einer Steigerung der Produktivität. Je höher die Bruttoinvestitionsrate eines Wirtschaftszweiges (einer Region) ist, umso jünger

ist die Altersstruktur des Kapitalstocks und umso moderner ist die Durchschnittstechnologie. Der kapitalgebundene technische Fortschritt verbreitet sich aber nicht gleichförmig über Betriebe, Regionen oder Branchen. Zur Einführung neuer Technologien werden die Unternehmer in expandierenden Zweigen eher bereit sein als in schrumpfenden Branchen (E.J.Horn, 1976). In schrumpfenden Wirtschaftsbereichen ist der Anlagenaltbestand ein Fortschrittshindernis, da nicht-amortisierte Abschreibungen als Opportunitätskosten zu kalkulieren sind. Dazu kommt ein geringer Druck auf Rationalisierungsinvestitionen von Seiten des Arbeitsmarktes, da bei einer Wachstumsschwäche keine zusätzlichen Arbeitskräfte benötigt werden. In expandierenden Branchen hingegen nehmen die Erweiterungsinvestitionen einen relativ hohen Anteil ein, wodurch neue Technologien nicht anstelle von, sondern zusätzlich zu den alten Anlagen eingeschleust werden können.

Die Investitionen übernehmen aber für das Wissen nicht nur eine Transmissionsrolle, sondern sie können selbst Ursache für einen Wissensfortschritt sein ("investitionsinduzierter Fortschritt"); und zwar dann, wenn sie Wissen und Fähigkeit der Menschen in der Produktion fördern. Es kann also zu einem Lernprozeß der Arbeitskräfte im Zuge der Anwendung von Produktionsmethoden ("learning by doing") und zu einer Effizienzsteigerung durch die Erfahrung kommen (K.J.Arrow, 1962). Das Ausmaß der Produktivitätssteigerung hängt dann von der Summe der zeitlich kumulierten Bruttoinvestitionen (als "geronnene" Erfahrung) ab.

N.Kaldor hat den investitionsinduzierten technischen Fortschritt in einer "Fortschrittsfunktion" dargestellt. In dieser Kurve dient die Veränderungsrate der Kapitalintensität als Bestimmungsgröße für die Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität, wobei eine konkave (degressiv zunehmende) Funktionsgestalt abgeleitet ist. Demnach nehmen die Möglichkeiten, zusätzliche Investitionsanstrengungen in zusätzliche Produktivität zu transformieren, relativ ab (auch K.J.Arrow unterstellte abnehmende Grenzerträge). Der degressive Verlauf wird mit einer Art "Ausschöpfungshypothese" (erste Grundlegung von J.Wolf, 1912) begründet. Diese besagt, daß am Anfang der Entwicklung eines Industriezweiges oder eines Gutes ein hohes technologisches Potential (etwa auf Grund von Basisinnovationen) existiert, das relativ leicht mit hohen Produktivitätsraten genutzt werden kann. Die Weiterentwicklung folgt bestimmten Trassen, weil sich die Unternehmungen aus Gründen der Risikominimierung auf die Verbesserung von bekannten Methoden konzentrieren. Damit wird der innovatorische Spielraum für Prozeßtechnologien (bei gegebener Produkttechnologie) nach und nach kleiner, sodaß Produktivitätsfortschritte immer schwieriger zu erzielen sind. In "alten" Branchen oder für Produkte in der "Reifephase" des Produktzyklus sind dann die Möglichkeiten zu Produktivitätsfortschritten bereits weitgehend "ausgereift". Ebensowenig werden von schrumpfenden Branchen technologie-produzierende Aktivitäten in der (vorgelagerten) Investitionsgüterindustrie stimuliert (J.Schmookler, 1966). Auf diesen theoretischen Hintergründen wurde empirisch versucht, sektorale oder regionale Produktivitätsunter-

schiede auf Unterschiede in der Kapitalausstattung je Beschäftigten zurückzuführen (z.B. H.J.Wagener, 1978).

G.Tichy (1981) reichert die Diskussion um die Interpretation der Verdoorn-Hypothese zusätzlich an, indem er den Arbeitsmarkt in den Zusammenhang mit einbezieht. Wenn die Produktion rascher wächst als die Produktivität, dann werden wegen des angespannten Arbeitsmarktes arbeitssparende Investitionen getätigt. Im gegenteiligen Fall eines schwachen Produktionswachstums wird die Produktivitätsentwicklung durch den Druck der Gewerkschaften, das Horten von Arbeitskräften etc. gehemmt, Rationalisierungsinvestitionen unterbleiben.

In der burgenländischen Industrie wurde in den siebziger Jahren tatsächlich viel investiert (Übersicht 32, Übersicht 33). Der durchschnittliche Anteil des Burgenlandes an den Investitionen der Industrie Österreichs betrug 1,38%, während der Nettoproduktionswertanteil im Durchschnitt 1,25% ausmachte. Dementsprechend war die mittlere Investitionsquote (prozentueller Anteil der Investitionen am Nettoproduktionswert) in der Industrie des Burgenlandes höher. Der Wert der realen Investitionsquote (zu Preisen 1976) bezifferte sich im Burgenland auf 20,3% (1971/1980) und in Österreich auf 17,3% (Übersicht 34a). In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verringerte sich zwar die burgenländische Investitionsquote (1976/1980: 17,8%), sie hielt aber einen positiven, wenn auch verkürzten Abstand zur österreichischen Investitionsquote (1976/198o: 16,6%) aufrecht. Die relativ umfangreichen Investitionen

Übersicht 32

Investitionen der burgenländischen Industrie

(Zu laufenden Preisen)

	Insgesamt	Ausrüstung1)	Gebäude2)
1971	347.816	255.704	86.469
1972	401.071	197.651	193.274
1973	289.227	158.587	119.654
1974	386.131	231.290	138.983
1975	262.583	156.043	92.499
1976	298.005	171.075	118.699
1977	400.901	235.761	150.769
1978	547.459	244.664	267.287
1979	435.034	252.247	153.714
1980	512.715	277.010	216.895
1981	484.688	286.061	184.338

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

1) Maschinen, Einrichtungen, Fahrzeuge und gebrauchte Sachanlagen.

2) Grundstücke, Altbauten, Gebäude und Baulichkeiten.

Übersicht 33

Entwicklung der (realen) Investitionen in der Industrie

	Burgenland						Österreich					
	Insgesamt		Ausrüstung2)		Gebäude3)		Insgesamt		Ausrüstung2)		Gebäude3)	
		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100
1971	451.682	100,0	320.310	100,0	131.372	100,0	26,675.468	100,0	17,316.639	100,0	9,357.829	100,0
1972	491.087	108,7	235.299	73,5	255.788	194,7	32,053.413	120,2	21,014.624	121,4	11,038.789	117,9
1973	326.573	72,3	180.849	56,5	145.724	110,9	28,544.093	107,0	19,938,506	115,1	8,605.587	91,9
1974	399.721	88,5	246.420	76,9	153.301	116,7	27,624.671	103,6	18,446.991	106,5	9,177.680	98,1
1975	256.989	56,9	160.142	50,0	96.847	73,7	23,109.619	86,6	15,739.935	90,9	7,369.684	78,7
1976	289.774	64,1	171.075	53,4	118.699	90,3	25,914.159	97,1	16.750.048	96,7	9,164.111	97,9
1977	361.894	80,1	222.332	69,4	139.562	106,2	27,416.039	102,8	18,320.814	105,8	9,095.225	97,2
1978	455.960	100,9	223.233	69,7	232.727	177,1	26,787.233	100,4	18,978.246	109,6	7,808.987	83,4
1979	353.092	78,2	225.603	70,4	127.489	97,0	26,529.324	99,4	19,038.073	109,9	7,491.251	80,0
1980	402.436	89,1	237.044	74,0	165.392	125,8	29,877.381	112,0	21,487.615	124,1	8,389.766	89,6
Durchschnitt 1971/1980	378.921		222.231		156.690		27,453.040		18,703.149		8,749.891	

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976. – 2) Maschinen, Einrichtungen, Fahrzeuge und gebrauchte Sachanlagen. –
3) Grundstücke, Altbauten, Gebäude und Baulichkeiten.

Übersicht 34a

Investitionsquote

(Reale Investitionen in % des Nettoproduktionswertes)1)

Durchschnitt 1971/80	20,25	11,88	8,37	17,30	11,79	5,51
Durchschnitt 1971/76	21,58	12,80	8,78	17,79	11,85	5,94
Durchschnitt 1976/80	17,83	10,33	7,50	16,59	11,49	5,10

Übersicht 34b

Investitionsintensität

(Reale Investitionen je Beschäftigten)1)

	Burgenland			Österreich		
	Insgesamt	Ausrüstung2)	Gebäude3)	Insgesamt	Ausrüstung2)	Gebäude3)
Durchschnitt 1971/80	33.884	19.872	14.011	43.024	29.311	13.713
Durchschnitt 1971/76	33.754	20.018	13.736	42.052	28.016	14.036
Durchschnitt 1976/80	32.670	18.925	13.745	43.945	30.442	13.503

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976. - 2) Maschinen, Einrichtungen, Fahrzeuge und gebrauchte Sachanlagen. - 3) Grundstücke, Altbauten, Gebäude und Baulichkeiten.

begründeten aber keine außerordentlichen Produktivitätssteigerungen. Im Verhältnis zu den Investitionen waren die Produktivitätsfortschritte der burgenländischen Industrie unterdurchschnittlich.

Zu diesem Tatbestand trug sicherlich eine ungünstige Investitionsstruktur bei. Im Burgenland wurden in den siebziger Jahren die Produktionskapazitäten in einem beträchtlichen Ausmaß in neugeschaffenen Betriebsstätten aufgebaut. Deshalb entfiel ein überdurchschnittlicher Teil der burgenländischen Investitionen auf die Errichtung von Gebäuden und auf den Erwerb von Grundstücken. Diese Bauteninvestitionen (i.w.S.) sind nicht direkt produktiv. Sie machten in der Industrie des Burgenlands 41,3% (1971/1980) des gesamten Investitionsvolumens (zu Preisen von 1976) oder um fast 10 Prozentpunkte mehr als in der Industrie Österreichs (31,9%) aus (Übersicht 35). Dabei fällt auf, daß in der Industrie des Burgenlands nach 1976 die Bauten-Investitionen vermehrt und die Ausrüstungs- Investitionen (Maschinen, Fahrzeuge) verringert wurden (Übersicht 33; Abbildung 7). In der Industrie Österreichs war es genau umgekehrt. Dadurch erhöhte sich der Bautenanteil an den gesamten Investitionen der Industrie im Burgenland von 40,7% zwischen 1971/1976 auf 42,1% zwischen 1976/1980.

Es ist also nach dem Trendbruch zu Mitte der siebziger Jahre in der österreichischen Industrie zu größeren Umstrukturierungen gekommen (Rationalisierungen, neue Technologien), während in der burgenländischen Industrie Kapazitätserweiterungen zu arbeitsintensiveren Produktionspro-

Übersicht 35

Investitionsstruktur real (nach Ausrüstung und Gebäude)1)

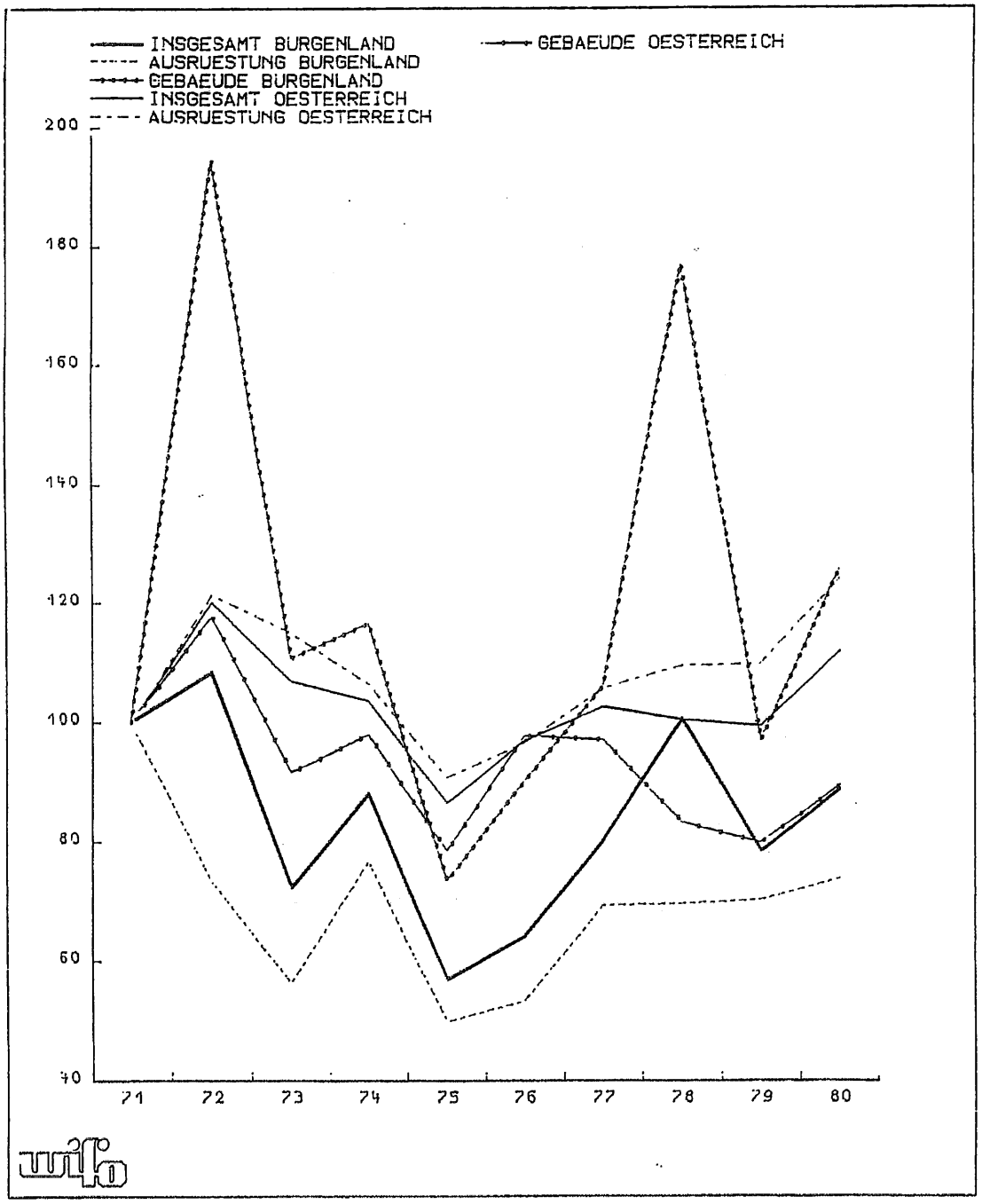
	Anteile an den Anlageinvestitionen (insgesamt)			
	Burgenland		Österreich	
	Ausrüstung2)	Gebäude3)	Ausrüstung2)	Gebäude3)
1971	70,9	29,1	64,9	35,1
1972	47,9	52,1	65,6	34,4
1973	55,4	44,6	69,9	30,1
1974	61,6	38,4	66,8	33,2
1975	62,3	37,7	68,1	31,9
1976	59,0	41,0	64,6	35,4
1977	61,4	38,6	66,8	33,2
1978	49,0	51,0	70,8	29,2
1979	63,9	36,1	71,8	28,2
1980	58,9	41,1	71,9	28,1
Durchschnitt 1971/1980	58,6	41,3	68,1	31,9
Durchschnitt 1971/1976	59,3	40,7	66,6	33,4
Durchschnitt 1976/1980	57,9	42,1	69,3	30,7

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976.
2) Maschinen, Einrichtungen, Fahrzeuge und gebrauchte Sachanlagen.
3) Grundstücke, Altbauten, Gebäude und Baulichkeiten.

Abbildung 7

ENTWICKLUNG DER INVESTITIONEN (REAL) IN DER INDUSTRIE

1971=100



zessen führten. Dies erkennt man auch an der Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigte). Sie war im Burgenland von vornherein geringer als in Österreich, und sie hat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in bezug auf die gesamten Anlageninvestitionen und insbesondere in bezug auf die Ausrüstungsinvestitionen abgenommen (Übersicht 34b). Auf einen Beschäftigten kamen im Durchschnitt der Jahre 1976/1980 in der burgenländischen Industrie Ausrüstungs-Investitionen (zu Preisen 1976) von 18.925 (1971/1976: 20.018), in der österreichischen Industrie hingegen von 30.442 (1971/1976: 28.016).

Die Investitionsstruktur allein reicht aber zur Erklärung der (im Vergleich zum österreichischen Produktionswachstum) unterproportionalen burgenländischen Produktivitätsentwicklung nicht aus. Auch unter Ausschluß der Bauten und einer ausschließlichen Analyse der Ausrüstungen bleibt der technische Fortschritt der burgenländischen Industrie relativ zurück. Für das Ausgangsjahr 1971 scheint die Kapitalintensitäts-Hypothese zur Erklärung der Produktivitätsunterschiede zwischen der burgenländischen und der österreichischen Industrie geeignet zu sein. Die Formulierung wird deshalb so vorsichtig gewählt, da diese Hypothese wegen fehlender Kapitalstockrechnungen für die Bundesländer empirisch nicht unmittelbar überprüfbar ist. Als "Näherungsindikator" haben wir die "Strom"-Größe der (normalen) Abschreibungen verwendet, wobei ihr meßtechnischer Wert in erster Linie von der durchschnittlichen ökonomischen Nutzungsdauer der Anlagen abhängt. Unter Ausschluß der Bauten wird somit die Kapitalintensität durch den Indikator "Reale Abschreibungen

für Ausrüstungen (Preisbasis 1976) je unselbständig Beschäftigten" erfaßt. Diese Meßgröße war 1971 in der burgenländischen Industrie um 33,7% geringer als in der österreichischen Industrie, was also ziemlich genau den Produktivitätsrelationen entsprach (Übersicht 36).

In den siebziger Jahren wurde in der burgenländischen Industrie ein rasch wachsender Maschinen-Kapitalstock aufgebaut (Übersicht 37; Abbildung 8). Die (realen) Ausrüstungs-Abschreibungen nahmen zwischen 1971 und 1980 im Burgenland (109,3%) um 33,6% stärker als in Österreich (56,9%) zu. Dadurch verschob sich in der burgenländischen Industrie das Faktoreinsatz-Verhältnis relativ stärker (ca. 10%) als in der österreichischen Industrie - trotz einer Beschäftigungsausdehnung - zugunsten des Produktionsfaktors Kapital. Die realen Abschreibungen für Ausrüstungen je unselbständig Beschäftigten nahmen im zurückliegenden Jahrzehnt in der burgenländischen Industrie um 77,2% und in der österreichischen Industrie um 61,2% zu. Durch dieses unterschiedliche Wachstum (mittlere Wachstumsrate im Burgenland: 6,6%, in Österreich: 5,5%) verringerte sich der Rückstand des Burgenlands in der "Kapitalintensität" auf 27,2% (1980).

Somit bewirkte in der burgenländischen Industrie ein <u>beschleunigter Technisierungsprozeß lediglich</u> eine <u>durchschnittliche Effizienzsteigerung.</u> In der "Fortschrittsfunktion" von N.Kaldor würde die burgenländische Industrie (der siebziger Jahre) weiter rechts als die österreichische Industrie zu liegen kommen, da hier die Kapitalintensität stärker

Übersicht 36

Kapitalintensität (real)1)

	Burgenland				Österreich			
	Ausrüstungs-abschreibungen2) real1) in 1.000 S	Veränderungs-index 1971=100	Ausrüstungs-abschreibungen2) je unselbst. Beschäftigten	Veränderungs-index 1971=100	Ausrüstungs-abschreibungen2) real1) in 1.000 S	Veränderungs-index 1971=100	Ausrüstungs-abschreibungen2) je unselbst. Beschäftigten	Veränderungs-index 1971=100
1971	82.331	100,0	8.122	100,0	7,918.597	100,0	12.249	100,0
1972	85.192	103,5	7.795	95,9	8,856.686	111,8	13.441	109,7
1973	125.274	152,1	11.018	135,7	10,456.693	132,0	15.556	127,0
1974	142.270	172,8	12.188	150,1	10,706.638	135,2	16.112	131,5
1975	140.552	170,7	12.979	159,8	10,678.353	134,8	17.028	139,0
1976	120.615	146,5	10.712	131,9	10,723.812	135,4	16.594	135,5
1977	124.633	151,4	10.874	133,9	10,082.040	127,3	15.921	130,0
1978	135.033	164,0	11.771	144,9	10,143.146	128,1	16.232	132,5
1979	163.327	198,4	13.585	167,3	11,235.998	141,9	17.879	145,9
1980	172.317	209,3	14.392	177,2	12,421.620	156,9	19.750	161,2

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976.
2) Geräte, Maschinen, Einrichtungen und Fahrzeuge.

Übersicht 37

Entwicklung der Abschreibungen (nominell) in der Industrie

	Burgenland						Österreich					
	Insgesamt		Gebäude		Geräte, Maschinen, Fahrzeuge		Insgesamt		Gebäude		Geräte, Maschinen, Fahrzeuge	
		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100		Veränderungsindex1) 1971=100
1971	85.754	100,0	14.645	100,0	65.725	100,0	8,533.553	100,0	1,319,303	100,0	6,321,416	100,0
1972	106.558	124,3	25.063	171,1	71.561	108,8	9,842.276	115,3	1,526.342	115,7	7,439.616	117,6
1973	146.976	171,4	28.951	197,7	109.853	167,1	11,770.263	137,9	1,779.478	134,9	9,169.474	145,0
1974	179.097	208,8	33.028	225,5	133.535	203,2	13,116.805	153,7	2,094.333	158,7	10,049,251	158,9
1975	180.819	210,9	36.877	251,8	136.954	208,4	13,638.735	159,8	2,375.179	180,0	10.404.987	164,6
1976	187.972	219,2	59.747	408,0	120.615	183,5	14,198.483	166,4	2,663.785	201,9	10,723.812	169,6
1977	219.446	255,9	76.501	522,4	132.161	201,1	14,460.691	169,5	2,867.005	217,3	10,690.995	169,1
1978	258.695	301,7	81.515	556,6	147.997	225,2	15,145.068	177,5	3,080,307	233,5	11,116.888	175,8
1979	298.170	347,7	89.806	613,2	182.616	277,8	16,948.628	198,6	3,363.609	255,0	12,562.970	198,7
1980	307.637	358,7	92.214	629,7	201.267	306,2	19,142.269	224,3	3,464.623	262,6	14,515.905	229,6
1981	333.103	388,4	86.382	589,8	230.722	351,0	20,737.623	243,0	3,836.128	290,8	15.707.036	248,5

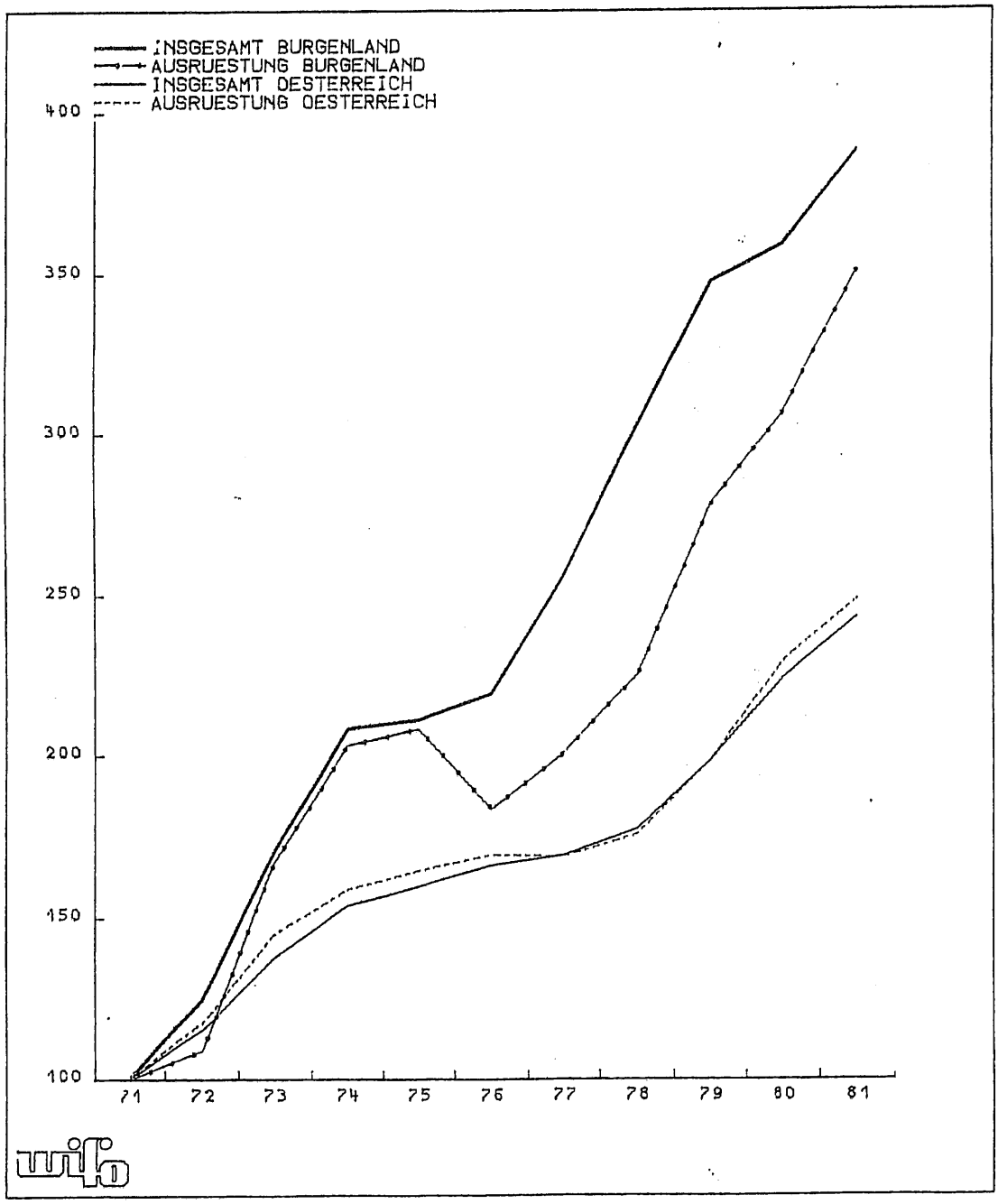
Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

1) Preisbasis 1976.

Abbildung 8

ENTWICKLUNG DER ABSCHREIBUNGEN (NOMINELL) IN DER INDUSTRIE

1971=100



und die Arbeitsproduktivität pro zusätzlicher Kapitalintensitätseinheit schwächer zunahm. Und dies obwohl die burgenländische Industrie vom Entstehungsalter her weiter links liegen müßte, da im Burgenland in der jüngeren Vergangenheit viel mehr Industriebetriebe als in Österreich gegründet wurden.

In bezug auf die Verwirklichung des technischen Fortschritts haben also im Burgenland andere Voraussetzungen existiert als im österreichischen Industriedurchschnitt. Zur geringeren Effizienzsteigerung kann beigetragen haben, daß sich in dieser Randregion "ältere" Branchen (im Sinne des Produktzyklus; teilweise durch Ansiedlung in den letzten fünfzehn Jahren) befinden, sodaß die Möglichkeiten zu weiterreichenden Faktorsubstitutionen und damit zu arbeitssparenden Produktivitätsfortschritten begrenzt sind (Struktureffekte entsprechend der Ausschöpfungshypothese). Weiters können intrasektorale Unterschiede maßgebend gewesen sein, indem in den einzelnen Industriebranchen aus Rentabilitätsgründen weniger moderne Maschinen eingesetzt wurden (vintage-Effekt), sodaß die Ergiebigkeit einer Kapitalintensivierung in bezug auf die Produktivität kleiner ausfiel. Eine Zerlegung der Veränderungsrate der Kapitalintensität bestätigte für die burgenländische Industrie den negativen Struktureffekt.

Es spielen in der burgenländischen Industrie Branchen eine wichtige Rolle, bei welchen auch in Österreich die Entwicklung der Kapitalintensität unterdurchschnittlich war (z.B. Textil, Steine/Keramik, Nah-

rungs-/Genußmittel, Bekleidung). Die Komponentenzerlegung der Kapitalintensität stützt indirekt auch die zweite Erklärungsvariante. Danach ergab sich für die Entwicklung der burgenländischen Kapitalintensität ein positiver Standorteffekt, d.h. es wurde in vielen Branchen die Kapitalausstattung je Beschäftigten im Burgenland stärker als in Österreich erhöht; dies aber offensichtlich nicht mit der neuesten Technologie, sodaß der Produktivitätsanstieg relativ (d.h. im Vergleich zu Österreich) niedrig blieb. Dies deckt sich mit Ergebnissen aus Schwellenländern, indem z.B. bei Produktionsauslagerungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie zumeist "second-hand"-Maschinen übertragen wurden (F.Fröbel, J.Heinrichs, O.Kreye, 1977).

Ein ähnliches Resultat folgt auch in bezug auf die Humankapitalinvestitionen, die als spezielle Investitionen (als eine zusätzliche Kategorie zu den Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen) den technischen Fortschritt ebenfalls positiv beeinflussen. Eine Veränderung in der qualitativen Zusammensetzung des Arbeitskräftebestands müßte eine Produktivitätssteigerung zur Folge haben. Denn es wurde auch das Qualifikationsniveau der burgenländischen Industriebeschäftigten stärker als jenes der österreichischen angehoben. Dabei war der Rückstand der burgenländischen Industrie besonders groß gewesen (Übersicht 25). Im Jahr 1971 waren in der Industrie Burgenlands 22,4% der Beschäftigten Angestellte oder Facharbeiter (Qualifikationsindex[16] nach W.Urban, 1980), in der Industrie Österreichs jedoch 42,7%, also um fast das Doppelte mehr. In den siebziger Jahren nahm aber dieser Qualifikations-

index der burgenländischen Industrie um 37,1%, jener der österreichischen Industrie nur um 12,0% zu. Dadurch entfielen im Jahr 1979 30,7% der in der Industrie Burgenlands Beschäftigten auf höher qualifizierte Arbeitskräfte.

Als Zwischenergebnis können wir somit festhalten: In den siebziger Jahren war in der burgenländischen Industrie der Zuwachs an produktivitätssteigernden Inputfaktoren im Vergleich zu Österreich größer. Durch umfangreiche Investitionen nahm der Kapitaleinsatz rascher als der Einsatz der Arbeitskräfte zu und die Qualifikation der Arbeitskräfte hat sich relativ verbessert. Der angebotsseitige Aufholprozeß drang aber nicht in demselben Ausmaß bis zum Output durch, im Verhältnis dazu hätte die Produktivitätssteigerung größer sein müssen.

1.3.2.3 Mäßig steigende Skalenerträge

Eine zweite Argumentationslinie begründet die Verdoorn-Hypothese mit steigenden Skalenerträgen. Schnelles Produktionswachstum erfordert eine Ausweitung der Faktorinputs, deren Einsatz aber unterproportional zum Output zunimmt. Bei gleichbleibenden Faktorpreisen verringern sich (wegen der Variabilität der Produktionskapazitäten) die langfristigen Stückkosten mit zunehmender Betriebsgröße (Großbetriebsvorteile). Die Kurve der langfristigen Stückkosten fällt nicht ad infinitum, sondern

bis zu einer bestimmten Kapazitätsgrenze ("mindestoptimale Betriebsgrösse"). Es gibt eine Reihe von betriebsinternen wie auch externen Faktoren, die zur Entstehung von Großbetriebsvorteilen (wie auch -nachteilen) beitragen.

Innerbetrieblich ergeben sich Größenersparnisse einmal aus der unvollständigen Teilbarkeit bestimmter Produktionsfaktoren (insbesondere des Produktionskapitals). Sie realisieren sich weiters durch zunehmende Arbeitsteilung, wobei in der Regel der höhere Spezialisierungsgrad mit organisatorischen Fortschritten in den Unternehmungen einhergeht. Die externen Skalen- oder Verdichtungseffekte ("localisation economies") können etwa aus einer spezialisierten Infrastruktur (z.B. Verkehrswegenetz, Abwassersystem), einem spezialisierten Arbeitsmarkt u.a.m. resultieren.

Diese Determinanten kennzeichnen aber nicht die burgenländische Wirtschafts- oder Infrastruktur (z.B. kein zusammenhängendes Eisenbahnnetz), hier treffen keine Verdichtungsmerkmale zu. Der burgenländischen Industriegeschichte fehlte die Phase einer "Gründerzeit", es kam weder in der 2.Hälfte des 19.Jahrhunderts, noch knapp vor bzw. im 2.Weltkrieg (wie in Oberösterreich) zu einem, die Wirtschaftsstruktur grundlegend verändernden Wachstumsprozeß (siehe K.Bachinger, 1973). Gemäß der räumlichen Gliederung der Wirtschaftsstruktur Österreichs von H.Bobek-A.Hofmayer (1981) enthält das Burgenland keine Region, die als "Industrieregion" (mit einem hohen Anteil von Industriebeschäftigten)

klassifiziert ist. Und auch innerhalb der burgenländischen Industrie ist die räumliche Streuung der Betriebsstandorte ziemlich groß. Die geringe regionale Konzentration drückt sich etwa im Variationskoeffizienten der Industriebeschäftigten in den politischen Bezirken aus: Dieser beträgt im Burgenland 0,605 (1980) und z.B. in Oberösterreich 1,586 oder in der Steiermark 1,177.

Ebensowenig bietet die Betriebsgrößenstruktur der burgenländischen Industrie günstige Voraussetzungen für außerordentliche Skalenerträge. Die Industrie Burgenlands ist aus einer Vielzahl von Kleinbetrieben zusammengesetzt, 42,3% (1980) der Industriebetriebe haben unter 20 Beschäftigte (Übersicht 38a). Es gibt nur zwei Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten. Im Burgenland waren 1980 im Durchschnitt 68 Beschäftigte pro Industriebetrieb eingesetzt, das ist um 32,7% weniger als in der Industrie Österreichs (durchschnittliche Betriebsgröße: 101 Beschäftigte). Noch größer wird der Betriebsgrößenunterschied, wenn man ihn für jene Industriebranchen (2-Steller) mißt, deren mittlere Betriebsgröße in Österreich mehr als 100 Beschäftigte (ohne 35: Erzeugung und Reparatur von Schuhen) ausmacht. In diesen für die Realisierung von Großbetriebsvorteilen wichtigen Branchen ist die durchschnittliche Betriebsgröße im Burgenland um 51,5% kleiner als in Österreich.

In der burgenländischen Industrie hatte das <u>überdurchschnittliche Wachstum</u> der siebziger Jahre <u>keine überdurchschnittlich steigenden Skalenerträge</u> zur Folge. Mit einer mittleren jährlichen Wachstumsrate

Übersicht 38a

Beschäftigtenklassen in der burgenländischen Industrie

	Burgenland 1980				Österreich 1980				Unterschied im Beschäftigtenanteil zwischen Burgenland und Österreich in Prozentpunkten
	Betriebe		Unselbständig Beschäftigte		Betriebe		Unselbständig Beschäftigte		
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
0 - 19 Besch.pro Betrieb	69	40,59	570	4,76	1.936	32,07	15.730	2,51	+ 2,25
20 - 49 Besch.pro Betrieb	40	23,53	1.322	11,04	1.319	21,85	43.075	6,87	+ 4,17
50 - 99 Besch.pro Betrieb	20	11,76	1.421	11,87	863	14,30	60.981	9,73	+ 2,13
100 -499 Besch.pro Betrieb	32	18,82	6.692	55,89	999	16,55	208.124	33,21	+22,68
über 500 Besch.pro Betrieb	2	1,76	1.895	15,83	222	3,68	274.577	43,81	-27,98
Zentralbüros	7	4,12	73	0,61	698	11,56	24.247	3,87	- 3,25
Insgesamt	170	100,00	11.973	100,00	6.037	100,00	626.734	100,00	

Übersicht 38b

Betriebsgrößenstruktur in der burgenländischen Industrie

	Burgenland			Österreich		
	1971	1980	mittlere jährliche Wachstumsrate 1971/1980	1971	1980	mittlere jährliche Wachstumsrate 1971/1980
Beschäftigte pro Betrieb	75	68	-1,09	116	101	-1,45
Bruttoproduktionswert (real)1) je Betrieb (in Millionen)	31,42	36,07	1,98	66,97	83,61	3,22

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Preisbasis 1976.

von 3,2% (1971/1980) nahm der reale Bruttoproduktionswert je Industriebetrieb in Österreich stärker als im Burgenland (2,0%) zu (Übersicht 38b). Im Vergleich zur Industrie Österreichs war also die jährliche Wachstumsrate des Skalenniveaus um 1,2 Prozentpunkte niedriger, obwohl jene der Nettoproduktion um 2,3 Prozentpunkte höher war. Wenn man sich schließlich die gegenwärtige Verteilung des Bruttoproduktionswertes je Beschäftigten auf die, in aufsteigender Reihenfolge angeordneten, Beschäftigtengrößengruppen ansieht, dann kann man für die gesamte burgenländische Industrie keinen monoton zunehmenden Verlauf ersehen.

Fazit: In der burgenländischen Industrie führte ein Produktionswachstum zu relativ schwächer ansteigenden Skalenerträgen und damit zu unterproportionalen Produktivitätsfortschritten. Für die Realisierung von Großbetriebsvorteilen sind weder innerbetrieblich noch infrastrukturell günstige Bedingungen gegeben, und durch die geringe zwischenbetriebliche Verflechtung der burgenländischen Industrie gibt es auch kaum Übertragungseffekte.

Damit bestätigt die Produktivitätsanalyse nicht nur die Ergebnisse der Beschäftigungsentwicklung, sondern zeigt eine weitere prinzipielle Konsequenz. Die Industrialisierungswelle der letzten beiden Jahrzehnte war nicht eingebunden in eine Strategie der regionalen Konzentration. Bei der Industrialisierung des ländlichen Raumes wurde im Burgenland -

genau so wie in anderen österreichischen Agrarregionen - kein Wachstums-Pol-Konzept verwirklicht. Selbst wenn die regionalpolitischen Träger versuchten, die Ansiedlungen hauptsächlich auf zentrale Orte zu lenken ("dezentrale Konzentration"), fehlte für Wachstumspole eine fundamentale Voraussetzung: eine Wachstumsbranche als Wachstumsmotor. Und deshalb konnten die regionsexternen Kräfte, welche die Ansiedlungen steuerten, der übrigen Industrie keine Impulse geben. Die exogenen Kräfte wurden nicht "endogenisiert", sie bauten keine Brücke zu einer eigenständigen burgenländischen Industrieentfaltung.

Das wurde durch die Analyse der Verdoorn-Hypothese offengelegt. Mit der fehlenden Eigendynamik trafen im Burgenland jene Voraussetzungen nicht zu, welche die Hypothese begründeten. Mit dem Ergebnis, daß das (im Vergleich zur Industrie Österreichs) überdurchschnittliche Produktionswachstum der burgenländischen Industrie nicht auch mit einem überdurchschnittlichen Produktivitätswachstum, sondern lediglich mit einem durchschnittlichen einherging.

1.3.3 Zusammenhang mit der betrieblichen Mobilität (Strukturhypothese)

Die Produktivitätsentwicklung der burgenländischen Industrie (genauso wie die Beschäftigung) war und blieb also von außen gesteuert. Ein Produktivitätsfortschritt kam weniger von den im Burgenland ansässigen Industriebetrieben, als vielmehr durch die Dynamik der Betriebsansiedlungen. Das burgenländische Produktivitätswachstum ist die Folge eines

durch die betriebliche Mobilität verursachten Wandels in der Branchenzusammensetzung. Diese Aussage ist nicht nur eine indirekte Schlußfolgerung, sondern wird auch direkt durch das Jahresmuster der burgenländischen Produktivität in den siebziger Jahren bestätigt.

Es zeigt sich, daß der Anstieg der realen Arbeitsproduktivität auf wenige Jahre beschränkt blieb (Übersicht 39). In der burgenländischen Industrie kam es nur 1974 (7,8%) und 1976 (17,9%) zu einem ausgeprägten und 1978 (2,8%) zu einem schwachen Produktivitätswachstum. Im Rezessionsjahr 1975 ging das Produktivitätsniveau am stärksten zurück (-4,6%), weiters verschlechterte es sich noch im Jahr 1979 (-3,2%). In den dazwischenliegenden Jahren blieb die burgenländische Produktivitätsentwicklung weitgehend unverändert. Es gab also in der burgenländischen Industrie (anders als in der österreichischen) Jahre mit extremen Veränderungen und ziemlich häufig Jahre mit stagnierendem Produktivitätsverlauf. Dieses diskontinuierliche Produktivitätsmuster drückt sich in einer hohen Standardabweichung aus. Sie betrug für die jährlichen Veränderungsraten im Zeitraum 1971 bis 1980 in der Industrie Burgenlands 6,8% und in der Industrie Österreichs 4,0%.

In diesem unregelmäßigen Verlauf und insbesondere in den drei Jahren mit Produktivitätszunahmen läßt sich die Wirkungslinie der industriellen Neugründungen und Stillegungen erkennen (Übersicht 40; Abbildung 9). Im Jahr 1976 war die betriebliche Mobilität besonders hoch, es wurden im Burgenland viele Industriebetriebe stillgelegt und viele Industriebe-

Übersicht 39

Jährliche Veränderung der industriellen Arbeitsproduktivität (real)1)

	Burgenland	Österreich
	jährliche bzw. mittlere jährliche Veränderungsrate in %	
1972	- 0,50	+5,89
1973	+ 0,69	-2,52
1974	+ 7,75	+5,06
1975	- 4,60	-3,61
1976	+17,89	+4,25
1977	+ 0,31	+1,36
1978	+ 2,80	+7,22
1979	- 3,23	+4,05
1980	+ 0,09	-1,86
1971/1974	+ 2,59	+2,74
1974/1976	+ 6,05	+0,24
1976/1980	- 0,03	+2,64
1971/1980	+ 2,16	+2,13

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, WIFO-Berechnungen.
1) Preisbasis 1976.

Übersicht 40

Zahl der gegründeten und stillgelegten Betriebe nach Sektoren im Burgenland

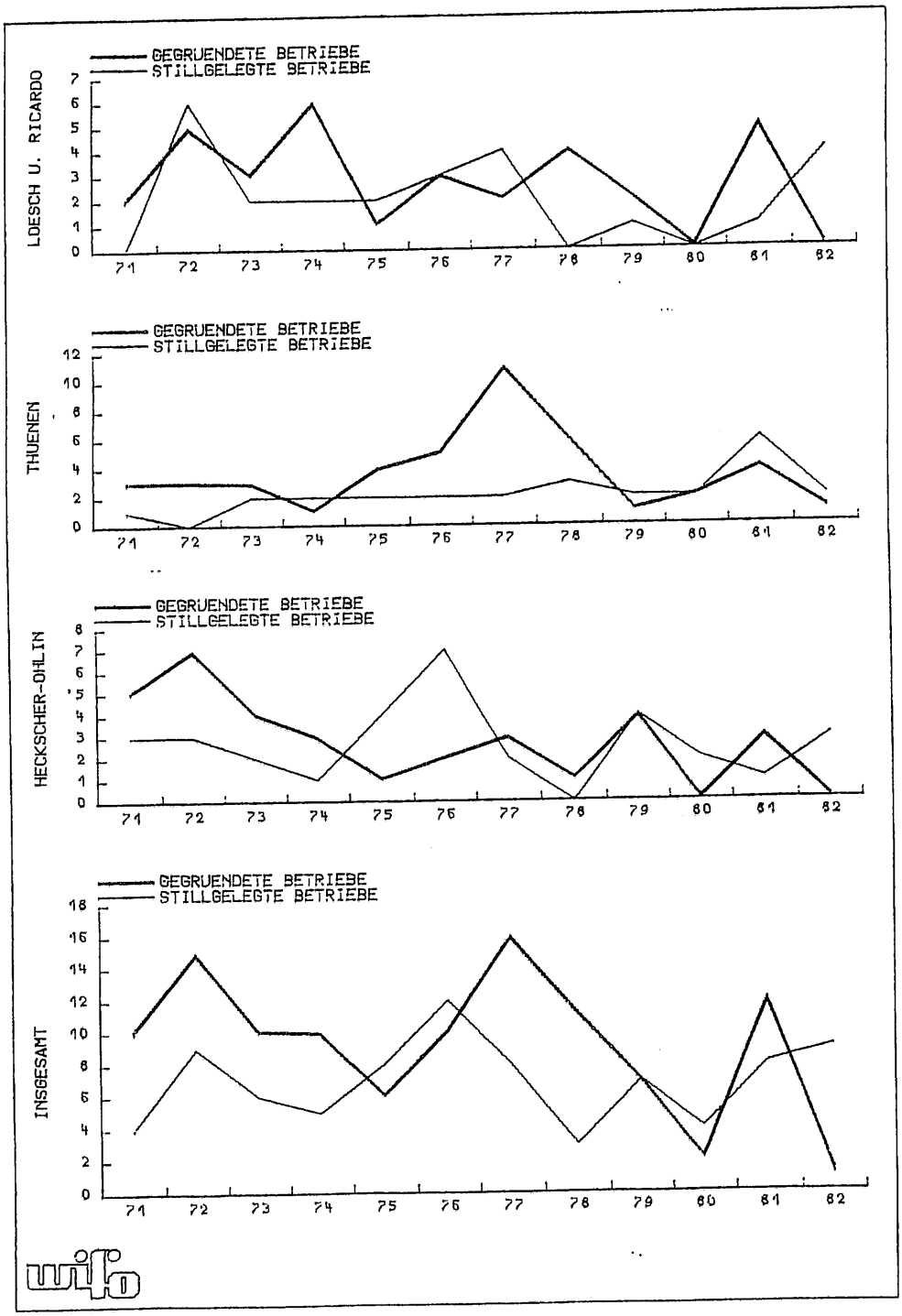
		Lösch- u. Ricardo-Sektor1)	Thünen-Sektor2)	Heckscher-Ohlin-Sektor3)	Insgesamt
1971	gegründete Betriebe	2	3	5	10
	stillgelegte Betriebe	-	1	4	4
1972	gegründete Betriebe	5	3	7	15
	stillgelegte Betriebe	6	-	3	9
1973	gegründete Betriebe	3	3	4	10
	stillgelegte Betriebe	2	2	2	6
1974	gegründete Betriebe	6	1	3	10
	stillgelegte Betriebe	2	2	1	5
1975	gegründete Betriebe	1	4	1	6
	stillgelegte Betriebe	2	2	4	8
1976	gegründete Betriebe	3	5	2	10
	stillgelegte Betriebe	3	2	7	12
1977	gegründete Betriebe	2	11	3	16
	stillgelegte Betriebe	4	2	2	8
1978	gegründete Betriebe	4	6	1	11
	stillgelegte Betriebe	-	3	-	3
1979	gegründete Betriebe	2	1	4	7
	stillgelegte Betriebe	1	2	4	7
1980	gegründete Betriebe	-	2	-	2
	stillgelegte Betriebe	-	2	2	4
1981	gegründete Betriebe	5	4	3	12
	stillgelegte Betriebe	1	6	1	8
1982	gegründete Betriebe	-	1	-	1
	stillgelegte Betriebe	4	2	9	9

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Fachverband: Bergwerke (010), Stein- und keramische Industrie (030), Glasindustrie (040), Papierverarbeitende Industrie (070), Holzverarbeitende Industrie (100), Nahrungs- und Genußmittelindustrie (110). - 2) Fachverband: Chemische Industrie (050), Maschinen- und Stahlbauindustrie (160), Fahrzeugindustrie (170), Eisen- und Metallwarenindustrie (180), Elektroindustrie (190). - 3) Fachverband: Lederverarbeitende Industrie (130), Textilindustrie (200), Bekleidungsindustrie (210).

Abbildung 9

ZAHL DER GEGRUENDETEN UND STILLGELEGTEN BETRIEBE

BURGENLAND



triebe gegründet. In bezug auf die Produktivität war dabei entscheidend, daß besonders viele Betriebe (58,3%) einer Branche mit niedriger Produktivität (Bekleidung) stillgelegt und zugleich außerordentlich viele Betriebe (80%) in Branchen mit einer höheren Produktivität gegründet wurden (Strukturhypothese). Letztere gehörten zum technischen Verarbeitungsbereich. Sie stellten auch in den Jahren 1974 und 1978 die Mehrzahl der industriellen Betriebsgründungen (1974: 70%, 1978: 90,1%). Ihr positiver Gründungssaldo (mehr neugegründete als stillgelegte Industriebetriebe) rief in diesen Jahren hauptsächlich das Produktivitätswachstum der burgenländischen Industrie hervor.

Zusammenfassend ergab die Produktivitätsanalyse, daß in der burgenländischen Industrie keine günstigen Bedingungen für herausragende Produktivitätsfortschritte gegeben waren. Es bewirkte weder die Kapitalintensivierung einen überdurchschnittlichen technischen Fortschritt noch löste das Produktionswachstum deutlich steigende Skalenerträge aus. Vielmehr waren im Burgenland unterproportionale Produktivitätszuwächse die Folge, sie konnten über eine Änderung der Branchenstruktur "erklärt" werden (Strukturhypothese). Diese Wirkungen kamen durch Betriebsansiedlungen zustande.

Die Zwischenbilanz, die wir jetzt nach der Globalanalyse ziehen können, ist somit auch Teil einer Wirkungsanalyse von Betriebsansiedlungen. Sie wird im folgenden Abschnitt zusammengefaßt.

1.4 Wirkungen der Betriebsansiedlungen

Die bisherige Analyse hat gezeigt, daß die Entwicklung der burgenländischen Industrie von außen gesteuert wurde. Wir haben gesehen, daß die Mobilität der Industriebetriebe maßgeblich Verlauf und Ausmaß von Produktion, Produktivität und Beschäftigung bestimmte. So konnte die Produktion der burgenländischen Industrie überdurchschnittlich wachsen, obwohl weder Branchen mit hoher Einkommenselastizität noch Branchen mit überdurchschnittlichen Fortschritten in der Arbeitsproduktivität dominieren. Somit besitzen in der burgenländischen Industriestruktur weder Wachstumsindustrien der ersten Art noch solche der zweiten Art (nach E.Streissler) ein größeres Gewicht. Zum Mangel an Wachstumsindustrien kommt hinzu, daß sich der Industrialisierungsprozeß, wegen der Orientierung an regional immobilen Produktionsfaktoren (billige Arbeitskräfte), dezentral über den Raum verbreitete. Beides zusammen bedingte, daß die burgenländische Industriestruktur keinen essentiellen Wandel durchgemacht hat. Eine Änderung in der Branchenzusammensetzung allein macht noch keinen Strukturwandel aus. Auch nach 25 Jahren Ansiedlungstätigkeit hat das Burgenland keine hinreichenden Merkmale einer industriell höher entwickelten Wirtschaftsregion angenommen.

Deshalb hat sich auch die Auspendlerneigung der burgenländischen Berufstätigen nicht abgeschwächt, sondern - auf Grund von Schätzungen - noch verstärkt. Es fand keine Re-Allokation der burgenländischen Arbeitskräfte im gewerblich-industriellen Sektor statt. Die in der burgen-

ländischen Industrie geschaffenen Arbeitsplätze entbehren großteils jener "investitiven" Elemente, die das Humankapital der Arbeitnehmer anreichern und aufwerten. Aus diesem Grund finden "dynamischere" (z.B. jüngere und höher qualifizierte) Berufstätige keine adäquaten, d.h. mit Ausbildungs- und Aufstiegsgelegenheiten versehene Arbeitsplätze vor. Und da die industrielle Produktionsweise der burgenländischen Ansiedlungsbetriebe weitgehend stationär bleibt, dürfte diese qualitative Nachfragelücke im burgenländischen Arbeitsmarkt zukünftig noch größer werden.

Die Stationärität der industriellen Produktionsweise auf qualitativ niedrigem Niveau und die Instabilität der industriellen Arbeitsplätze sind jene zwei Punkte, die die strukturpolitische Problematik der ländlichen Betriebsansiedlungen kennzeichnen. Darüberhinaus bestätigt der lose Integrationsgrad der burgenländischen Industrie (eine Eigenschaft "weniger entwickelter" Wirtschaftsstrukturen; Ch.Kindleberger, B.Herrick, 1977) die Hypothese, daß die jüngste Industrialisierung des Burgenlandes zu keinem Entwicklungs-take-off geführt hat.

Ungeachtet dessen, brachte die Ansiedlungspolitik aber auch - vor allem kurzfristig - positive Effekte. Die zweifellos wichtigsten waren die Beschäftigungsauswirkungen, und zwar sowohl direkt durch den bislang noch immer eindeutig positiven Beschäftigungssaldo in der Industrie als auch indirekt über die Einkommensverwendung. Durch die zusätzlichen Industriebeschäftigten sind Einkommen entstanden, die indirekte Beschäftigungseffekte in den haushaltsnahen Dienstleistungen ausgelöst haben.

Da viele Industriebeschäftigte vor der Betriebsansiedlung in keinem Dienstverhältnis standen (mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft, Haushalt), hat sich durch die Industrialisierung die Erwerbsbeteiligung erhöht. Die höhere Erwerbsquote wiederum vergrößerte, trotz niedriger Verdienste der Industriearbeiter, das Einkommen der burgenländischen Haushalte (Übersicht 41). In einer Stichprobe (IFES, 1981) für die drei Jahre 1970, 1974 und 1980 zeigt sich ein paralleler Verlauf zwischen Einkommensentwicklung und Ansiedlungsintensität, wobei dieser nur teilweise einen Begründungszusammenhang ausdrückt; ein anderer Teil hängt mit der Einkommensentwicklung der burgenländischen Auspendler in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage in anderen Bundesländern zusammen. Zwischen den ersten beiden Stützjahren hat im Burgenland der Median (50% der Haushalte) des Haushaltseinkommens unter allen Bundesländern mit Abstand (58,3%) am stärksten zugenommen (Österreich: 43,6%). Als die Ansiedlungshäufigkeit in der 2.Hälfte der siebziger Jahre zurückging, blieb auch die burgenländische Steigerungsrate des nominellen Haushaltseinkommens (1974/1980: 52,8%) hinter allen österreichischen Bundesländern zurück (Österreich: 69,4%).

Mit den überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen erhöhte sich die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen, was einen, die Beschäftigung überdurchschnittlich erhöhenden Multiplikatorprozeß in Gang setzte. Zwischen 1970 und 1980 expandierten im Burgenland die unselbständig Beschäftigten im privaten Dienstleistungsbereich (Wirtschaftsklassen 15 bis 20) im Jahresdurchschnitt um 4,9% (Österreich:

Übersicht 41

Haushaltseinkommen

	Median1)			Veränderung in %		
	1970	1974	1980	1974/ 1970	1980/ 1974	1980/ 1970
Wien	5.763	8.161	13.392	41,61	64,09	132,38
Niederösterr.	4.493	6.528	10.766	45,29	64,92	139,62
Burgenland	4.420	6.999	10.699	58,35	52,86	142.05
Wien, Niederösterr. Burgenland	5.038	7.315	12.066	45,19	64,12	138,31
Steiermark	4.234	6.082	10,973	43,64	80,42	159,16
Kärnten	4.544	6.305	10.772	38,75	70,85	137,06
Steiermark, Kärnten	4.330	6.142	10,907	41,85	77,58	151,89
Oberösterreich	4.585	6.834	11.400	49,05	66,81	148,64
Salzburg	4.546	6.740	11.624	48,26	72,46	155,69
Tirol	5.243	6.547	11.456	24,87	74,98	118,50
Vorarlberg	5.382	7.881	13,813	46,43	75,27	156,65
Oberösterreich, Steiermark, Tirol, Vorarlberg	4.783	6.846	11.690	43,13	70,75	144,41
Gesamt	4.783	6.869	11.639	43,61	69,44	143,34

Q: Erhebung des IFES-Institutes.
1) 50% der Haushalte

2,7%) und im öffentlichen Dienstleistungsbereich (Wirtschaftsklassen 21 bis 24) um 4,7% (Österreich: 3,1%; Übersicht 42). Diese Entwicklung konzentrierte sich in den zentralen Orten, die wahrscheinlich die sichtbarste Veränderung innerhalb der burgenländischen Siedlungsstruktur erfahren haben. Im Zusammenhang mit den Diensten ist es bezeichnend, daß sich im Burgenland die Rechts- und Wirtschaftsdienste schwächer (7,1% Beschäftigtenzunahme pro Jahr) ausbreiteten als in Österreich (8,0%). Das ist ein zusätzliches Kennzeichen für die geringen Übertragungseffekte der Ansiedlungsbetriebe auf die einheimische Wirtschaft.

Schließlich gingen von den industriellen Betriebsansiedlungen Stabilisierungswirkungen in demographischer Hinsicht aus. Indem den Frauen in Wohnortnähe industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten geboten wurden, wurde die regionale Bindung der Bevölkerung verstärkt. Durch die Nähe von Wohn- und Arbeitsstätten konnte auch die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe im Zu- und/oder Nebenerwerb aufrechterhalten bleiben. Das Burgenland hat die höchste Nebenerwerbsquote.

Neben der kürzeren Dauer des Industrialisierungsprozesses liegt in der dezentralen Standortstruktur ein entscheidender Unterschied zu den verdichteten Industriegebieten (z.B. Vorarlberger Rheintal), wo die standörtliche Konzentration der Industriebetriebe die Aufgabe von landwirtschaftlichen Höfen beschleunigte. Obwohl die landwirtschaftlichen Betriebe des Burgenlandes die mit Abstand kleinsten mittleren Betriebsgrößen (Realteilung) besitzen und die Zahl der landwirtschaftli-

Übersicht 42

Entwicklung der Beschäftigten nach Wirtschaftsklassen

1970-1981

		Burgenland Unselbständig Beschäftigte		Österreich Unselbständig Beschäftigte	
		Anteile in % 1981	mittlere jährliche Veränderungsrate in % (1970-1981)	Anteile in % 1981	mittlere jährliche Veränderungsrate in % (1970-1981)
01	Land- und Forstwirtschaft	1,95	- 5,03	1,44	-4,06
02	Energie- und Wasserversorgung	1,35	+ 1,76	1,14	+0,91
03	Bergbau, Steine	0,54	- 0,62	0,91	-2,41
04	Nahrungs- und Genußmittel	5,58	+ 1,40	3,79	+0,01
05	Textilien	3,27	+ 3,91	1,92	-2,80
06	Bekleidung	6,58	+ 3,16	2,22	-1,75
07	Lederverzeugung und -verarbeitung	0,18	+ 7,00	0,18	-3,28
08	Holzverarbeitung	3,64	+ 3,78	3,12	+1,53
09	Papier und Pappe	0,50	+ 9,68	0,87	-2,16
10	Graphik, Verlagswesen	0,36	+ 4,14	1,26	+0,75
11	Chemie, Erdöl	1,76	+ 6,34	2,72	+0,86
12	Stein- und Glaswaren	1,54	+ 2,12	1,45	+0,17
13	Metallerzeugung und -verarbeitung	7,59	+ 3,65	14,30	+1,19
14	Bauwesen	12,77	- 0,34	9,24	+0,31
15	Handel, Lagerung	9,74	+ 3,87	13,27	+2,79
16	Beherberungs- und Gaststättenwesen	3,92	+ 6,75	4,47	+3,20
17	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	5,39	+ 4,32	7,30	+0,89
18	Geldwesen, Privatversicherungen	3,10	+ 7,32	3,35	+4,14
19	Rechts- und Wirtschaftsdienste	1,54	+ 7,13	2,44	+7,96
20	Körperpflege	1,05	+ 3,58	1,61	+2,11
21	Kunst, Unterhaltung	0,52	+ 4,79	0,73	+0,81
22	Gesundheitswesen	3,21	+ 6,17	2,86	+4,46
23	Unterricht, Forschung	5,18	+23,16	3,57	+3,79
24	Öffentlicher Dienst	18,21	+ 2,59	14,27	+2,89
25	Haushaltung	0,32	- 4,64	0,33	-4,83
26	Hauswartung	0,15	+10,00	1,16	-0,16
	Aggregate				
04 - 14		43,80	+ 1,31	41,09	+0,32
15 - 20		24,74	+ 4,93	32,46	+2,75
21 - 24		27,13	+ 4,77	21,44	+3,15
Insgesamt		100,00	+ 2,71	100,00	+1,45

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

chen Arbeitskräfte überdurchschnittlich zurückging, nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nur mit dem Tempo des österreichischen Durchschnitts ab. Wenn dadurch auch die landwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung gehemmt wurde, in bezug auf die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung ergab sich ein positiver Effekt, indem der Prozeß der regionalen Abwanderung gebremst wurde. Eine Folge dieser Abschwächung der demographischen Destabilisierung ist eine jüngere Bevölkerungsstruktur als in anderen agrarischen Rand- und Abwanderungsregionen, was auch die durchschnittliche Konsumquote gegenüber diesen erhöht.

Bislang blieb also - zusammenfassend - der Beschäftigungssaldo der burgenländischen Betriebsansiedlungen, trotz ihres hohen Stillegungsrisikos, positiv. Sie schwächten darüberhinaus den regionalen Abwanderungsprozeß etwas ab. Auf der anderen Seite gaben die Betriebsansiedlungen keine Initialzündung für einen Entwicklungs-take-off: Die industrielle Produktionsweise blieb großteils auf qualitativ niedrigem Niveau stehen. Die traditionellen Instrumente der Regionalpolitik haben im Burgenland (ebenso wie in anderen ländlichen Gebieten) keinen überzeugenden Erfolg gebracht.

Das Soll/Ist-Mißverhältnis der burgenländischen Industrieansiedlungspolitik liegt aber sicherlich nicht nur in den Instrumenten begründet, sondern hängt teilweise auch mit zu hochgesteckten Erwartungen, zu wenig

landesbezogenen Zielsetzungen, falschen theoretischen Konzepten etc. zusammen. Es liegt also kein bestimmtes Einzelversagen vor, sondern eine von allen geübte und von den Theoretikern empfohlene Praxis greift nicht mehr. Vielleicht fällt das Urteil deshalb auch härter aus, weil sich die Bewertungsmaßstäbe geändert haben. Teilweise wird die Industrialisierungspolitik an Kriterien gemessen, die ursprünglich als Zielsetzungen gar nicht beabsichtigt waren. Beispielsweise wird das Problem der externen Kontrolle erst seit kurzem gesehen. Mit der weltweiten Wirtschaftskrise ist es für die Regionalpolitik viel schwieriger geworden, erfolgreich zu sein. Und auch die Regionalforschung wird mit Aufgaben konfrontiert, die nur teilweise lösbar sind.

Aus dieser Situation heraus wurden in den letzten Jahren Alternativen zur traditionellen Regionalpolitik angeboten (z.B. innovationsorientierte Regionalpolitik, autozentrierte Entwicklung). Sie sind sicherlich sehr wertvoll, dennoch halte ich es nicht für sinnvoll, eines dieser Konzepte den regional- und wirtschaftspolitischen Handlungsträgern des Burgenlandes als globales Konzept zu empfehlen. Gerade das Burgenland scheint für die Anwendung von Globalrezepten wenig geeignet, da es keinen zusammenhängenden Wirtschaftsraum darstellt.

Strategische Überlegungen zur Verbesserung der burgenländischen Wirtschaftsstruktur müssen meines Erachtens davon ausgehen, daß es der burgenländischen Industrie an einer Integrierung mangelt. Deshalb scheint es zweckmäßig zu sein, die Kräfte- und Bedingungsfelder, denen

die Unternehmungen in unterschiedlicher Weise ausgesetzt sind, herauszuarbeiten. Auf der Suche nach positiven Ansatzpunkten für eine burgenländische Industriepolitik wählen wir eine differenzierte Betrachtungsmethode. Wir versuchen, für die burgenländische Industrie ein Branchen--Schema zu entwickeln, welches auf Unterschiede in den Standort- und Wettbewerbsvoraussetzungen abgestimmt ist. Branchen mit ähnlichen dynamischen Bedingungen werden zu Sektoren zusammengefaßt und nach ihren Entwicklungschancen im Burgenland analysiert. Selbstverständlich geht es bei diesem strukturalistischen Ansatz nur um Tendenzen, um typische Bedingungskonstellationen, die nicht für jeden einzelnen Betrieb eines Sektors zutreffen müssen. Zumal ja auch die Branchen (2-Steller), welche die Sektoren bilden, nicht vollkommen homogen sind.

Insgesamt haben wir für die burgenländische Industrie vier Sektoren konzipiert: rohstofforientierter Sektor, absatzmarktorientierter Sektor, arbeitskostenorientierter Sektor und agglomerationsorientierter Sektor. Die ersten beiden Sektoren sind stärker auf den österreichischen Binnenmarkt hin ausgerichtet, die beiden anderen intensiver in den Außenhandel eingebunden. Wir werden sie in dieser Reihenfolge im folgenden Kapitel abhandeln.

2. Strukturanalyse

2.1 Rohstofforientierter Sektor (Ricardo-Güter)

2.1.1 Standortfaktoren

Der rohstofforientierte Sektor umfaßt jene Branchen, bei denen transportkostenintensive Güter an einer Rohstofflagerstätte oder in ihrer unmittelbaren Umgebung erzeugt werden.

Eine hohe Transportintensität bedeutet, daß die Transportkosten im Verhältnis zu den Ab-Werk-Preisen relativ hoch sind und daher in beträchtlichem Ausmaß in die Höhe der Orts- bzw. Lieferpreise (Ab-Werk--Preise plus Frachtkosten) eingehen. Dadurch sind die Transportkosten eine maßgebliche Bestimmungsgröße für Absatzmenge, Marktgebietsgröße, Gewinn etc. Wenn sie von Standort zu Standort stark variieren, werden sie zu einem Standortfaktor und dienen bei der Wahl des Produktionsstandortes als wichtigstes Entscheidungskriterium: Jener Standort ist optimal, wo die Transportkosten ein Minimum sind.

Den rohstofforientierten Sektor kennzeichnet eine ganz spezifische Abhängigkeit der Transportkosten. Allgemein ist die Höhe der Transportkosten das Produkt aus Entfernung und Gewicht des Transportgutes. Die standortabhängigen Transportkosten dieses Sektors werden in erster Linie vom Transportgewicht und weniger von der Distanz bestimmt. Wenn das

Bezugs- und Liefernetz mehr/weniger gegeben ist, dann isoliert sich der Einfluß der Entfernung. Ob der Produktionsstandort in Rohstoffnähe oder am Marktort oder irgendwo dazwischen gewählt wird, die Summe der zu überwindenden Entfernungen bleibt immer dieselbe. Für die Standortwahl werden dann Gewichtsrelationen entscheidend. Für die Betriebe des rohstofforientierten Sektors sind rohstoffnahe Standorte deshalb optimal, weil sie sog. "Gewichtsverlustmaterialien" verarbeiten: Es ist das Gewicht aller Vorprodukte schwerer als jenes des Fertigproduktes (Materialindex[17] größer als eins). Dadurch ergeben sich für die Vorprodukte bzw. für die Rohstoffe höhere Transportkosten pro Entfernungseinheit.

Dabei kommt es auf jene Inputmaterialien an, die nur an wenigen Standorten vorkommen ("lokalisierte Materialien" zum Unterschied von den "ubiquitären Materialen"). Dasselbe Ergebnis leitet sich ab, wenn die Vorprodukte leichter verderblich sind als das Fertigprodukt. Die Unternehmer werden den Produktionsstandort so wählen, daß die Entfernung für den Transport der lokalisierten Rohstoffe möglichst gering bleibt. Die Rohstofforientierung wird allerdings - insbesondere bei hochentwickelter Verkehrstechnologie - dann aufgehoben, wenn die standörtlichen Unterschiede in der Wertigkeit der Rohstoffe so groß sind, daß die Frachtkosten, auch bei einem Transport über größere Entfernungen, die Verarbeitungsersparnisse nicht überschreiten (z.B. Eisenerz für Stahlwerke). Bei einem weitgespannten (etwa globalen) Bezugsnetz für Rohstoffe benötigen die Produktionsstandorte eine günstige Verkehrslage

(z.B. Küstenhäfen). Solche verkehrslagebezogenen Verarbeitungen von importierten Rohstoffen sind hier nicht gemeint. Wir beziehen uns in diesem Sektor auf jene rohstoffverarbeitende Produktionen, bei welchen die standörtlichen Qualitätsunterschiede der Rohstoffe relativ gering und somit die Transportradien im Bezugsmarkt eng begrenzt sind. In diesem Fall ist eine Produktionsstätte in der Nähe des Rohstoffvorkommens optimal, weil transportkostenminimal.

Der rohstofforientierte Sektor kann in Anlehnung an H.Giersch (1979) wegen der theoretischen Grundlegung durch D.Ricardo (1821) als "Ricardo"-Sektor bezeichnet werden: Industrien, die Güter produzieren, die einen hohen Einsatz von natürlichen, nicht oder wenig mobilen Ressourcen erfordern und ihre Standortwahl nach der Verfügbarkeit der eingesetzten Rohstoffe treffen, weil die Fertigprodukte weniger transportkostenintensiv als die benötigten Rohstoffe sind.

In der burgenländischen Industrie sind folgende Branchen (2-Steller) des rohstofforientierten Sektors vertreten: Erzbergbau (22), Gewinnung von Steinen und Erden (27), Erzeugung von Waren aus Steinen (47), Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung (32) und Bearbeitung von Holz (37). Der rohstofforientierte Sektor war seit Beginn der burgenländischen Industrieentwicklung eine wichtige industrielle Basis. Das Burgenland ist vor 1921 (als Teil von Ungarn) und nach 1921 (als Teil von Österreich) ein agrarisch geprägtes Randgebiet gewesen. In einem solchen nimmt die Gewinnung und Verarbeitung von natürlichen Ressourcen nicht zuletzt

deshalb einen wichtigen Platz im industriellen Strukturgefüge ein, weil andere Verarbeitungsbereiche zu schwach vertreten sind. Aus demselben Grund haben auch in den Entwicklungsländern die Güter der rohstoffabhängigen Industrien den weitaus höchsten Anteil an den Industriewarenexporten (Durchschnitt 1976/1978: 76,4% nach UNIDO, 1982, zit. bei F.Breuss, 1983). Je höher das Einkommensniveau der Länder liegt, desto niedriger wird ihr Anteil am Gesamtexport von Industriewaren.

Analog zu diesem Entwicklungsmuster ist im Burgenland in den letzten Jahrzehnten die Bedeutung des Ricardo-Sektors für die burgenländische Industriestruktur stark zurückgegangen. Der rohstofforientierte Sektor ist etwas geschrumpft, und durch die Ansiedlung von Industriebetrieben sind andere Sektoren stärker hinzugekommen, da Ricardo-Industrien keine mobilen Industrien sind. So betrug der Beschäftigtenanteil eines Teiles des rohstofforientierten Sektors, nämlich von Bergbau und Steine-Keramik, an der burgenländischen Industrie 1927 immerhin 36% und 1955 immer noch 28%. Im Jahr 1980 beschränkte sich der gesamte rohstofforientierte Sektor nur noch auf 8,3% der burgenländischen Industriebeschäftigten (Übersicht 43).

Dessenungeachtet konnte sich in den siebziger Jahren der rohstofforientierte Wirtschaftssektor im Burgenland besser als in Österreich behaupten. Der gewerblich-industrielle Ricardo-Bereich (nach Arbeitsstättenzählung) verlor zwischen 1973 und 1981 im Burgenland 9,1%, in Österreich hingegen 12,1% der Arbeitsplätze (Übersicht 44). Alles in

Übersicht 43

Beschäftigtenstruktur nach Sektoren

	Industriebeschäftigte (1980)			
	Burgenland		Österreich	
	absolut	in %	absolut	in %
A Ricardo-Sektor	980	8,31	51.827	8,82
B Lösch-Sektor	2.610	22,15	154.953	26,38
C Heckscher-Ohlin-Sektor	5.696	48,33	93.194	15,86
D Thünen-Sektor	2.499	21,20	287.429	48,93
Insgesamt	11.785	100,00	587.403	100,00

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
A: Erzbergbau (22), Gewinnung von Steinen und Erden (27), Erzeugung von Waren aus Steinen (47), Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung (32), Holzbearbeitung (37).
B: Nahrungs- und Genußmittel (31), Holzverarbeitung (38), Papierverarbeitung (41), Bearbeitung von Glas (48), Erzeugung von Stahl (51).
C: Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren (34), Erzeugung von Textilien und Textilwaren (33), Erzeugung und Reparatur von Schuhen (35), Ledererzeugung und -verarbeitung (36).
D: Erzeugung von Waren aus Gummi, Kautschuk (44), Erzeugung von Chemikalien und Chemischen Produkten (45), Metallbearbeitung (52), Metallwarenerzeugung (53), Maschinenerzeugung (54/55), Erzeugung von Elektrotechnischen Einrichtungen (56/57), Erzeugung von Transportmitteln (58).

Übersicht 44

Beschäftigtenstruktur der burgenländischen Bezirke nach gewerblich-industriellen Sektoren

Politische Bezirke 1973	Beschäftigte in Sektoren: Lösch-Sektor2) absolut	in%1)	Ricardo-Sektor3) absolut	in%1)	Thünen-Sektor4) absolut	in%1)	Heckscher-Ohlin-Sektor5) absolut	in%1)	Beschäftigte insgesamt
Eisenstadt, (Eisenstadt-St., Rust)	1.308	39,67	326	9,89	838	25,42	825	25,02	3.297
Mattersburg	1.407	41,14	505	14,77	1.006	29,42	502	14,68	3.420
Neusiedl/See	1.012	41,14	193	7,85	913	37,11	342	13,90	2.460
Oberpullendorf	534	22,96	368	15,82	602	25,88	822	35,34	2.326
Oberwart	801	13,75	656	11,26	1.400	24,03	2.969	50,96	5.826
Güssing	614	32,44	169	8,93	426	22,50	684	36,13	1.893
Jennersdorf	252	13,21	141	7,39	124	6,50	1.390	72,89	1.907
Burgenland	5.928	28,06	2.358	11,16	5.309	25,13	7.534	35,66	21.129
Österreich	270.093	29,04	94.329	10,14	400.026	43,01	165.539	17,80	929.987
Politische Bezirke 1981									
Eisenstadt, (Eisenstadt-St., Rust)	1.388	43,04	224	6,95	1.050	32,58	563	17,46	3.225
Mattersburg	1.295	45.00	424	14,73	871	30,26	288	10,01	2.878
Neusiedl/See	1.055	44,05	263	10,98	879	36,70	198	8,27	2.395
Oberpullendorf	594	21,96	433	16,01	1.055	39,00	623	23,03	2.705
Oberwart	775	13,95	616	11,09	1.400	25,20	2.765	49,77	5.556
Güssing	595	33,60	134	7,57	455	25,69	587	33,15	1.771
Jennersdorf	338	25,94	49	3,76	109	8,37	807	61,93	1.303
Burgenland	6.040	30,45	2.143	10,81	5.819	29,34	5.831	29,40	19.833
Österreich	262.109	30,37	82.894	9,60	394.727	45,73	123.345	14,29	863.075

Veränderung in %punkten 1981/1973

	Lösch-Sektor	Ricardo-Sektor	Thünen-Sektor	Heckscher-Ohlin-Sektor
Eisenstadt, (Eisenstadt-St., Rust)	3,37	-2,94	7,16	-7,56
Mattersburg	3,86	-0,04	0,84	-4,58
Neusiedl/See	2,91	3,13	-0,41	-5,63
Oberpullendorf	-1,00	0,19	13,12	-12,31
Oberwart	0,20	-0,17	0,97	-1,19
Güssing	1,16	-1,36	3,19	-2,98
Jennersdorf	12,73	-3,63	1,87	-10,96
Burgenland	2,39	-0,35	4,21	-6,26
Österreich	1,33	-0,54	2,72	-3,51

Q: Arbeitsstättenzählung 1973, 1981.
1) Bezirkssumme = 100.
2) Nahrungs- und Genußmittel (31), Holzverarbeitung (38), Papiererzeugung und -verarbeitung (41), Bearbeitung von Glas (48), Erzeugung von Eisen und NE-Metallen (51).
3) Erzbergbau (22), Gewinnung von Steinen und Erden (27), Erzeugung von Waren aus Steinen und Erden (47), Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung (32), Holzbearbeitung (37).
4) Metallbearbeitung (52), Metallwarenerzeugung (53), Maschinenerzeugung (54/55), Erzeugung von Elektrotechnischen Einrichtungen (56/57), Erzeugung von Transportmitteln (58), Erzeugung von Waren aus Gummi, Kautschuk (44), Erzeugung von Chemikalien und Chemischen Produkten (45).
5) Erzeugung von Textilien und -waren (33), Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren (34), Erzeugung und Reparatur von Schuhen (35), Ledererzeugung und -verarbeitung (36).

allem wird aber die burgenländische Industriestruktur nicht durch den Ricardo-Sektor charakterisiert. Der gegenwärtige burgenländische Strukturanteil entspricht weitgehend derselben Stellung, welche die Ricardo-Gruppe im österreichischen Wirtschaftsgefüge einnimmt (österreichischer Industriebeschäftigtenanteil: 8,8%).

Die Standortorientierung an den Rohstofflagerstätten hat zur Folge, daß sich die Ricardo-Betriebe im allgemeinen räumlich eher ungleich und punktförmig verteilen. Nicht so sehr jedoch im Burgenland, wo der räumliche Konzentrationsgrad schwächer ist. Im Burgenland kommen die Rohstoffstandorte des Ricardo-Sektors in einer größeren regionalen Streuung vor. Die Standardabweichung der Bezirksanteile an den gesamten burgenländischen Ricardo-Arbeitsstätten (8,46) ist nicht viel höher als bei den meisten anderen Branchengruppen. Ein gewisser räumlicher Schwerpunkt ergibt sich in jenen Bezirken, wo die Alpen mit ihrer Südost-Abdachung auslaufen: Oberwart (20,2%) und Mattersburg (19,8%; Übersicht 43). Nahezu keine Rolle spielt die Produktion von Ricardo-Gütern für die Wirtschaftsstruktur des Bezirkes Jennersdorf (3,8% der gewerblich-industriellen Arbeitsplätze des Bezirkes; Übersicht 44, Abbildung 10). Die strukturelle Bedeutung ist weiters noch in den Bezirken Güssing (7,6%) und Eisenstadt (6,9%) unter dem Landesdurchschnitt. Neusiedl/See und Oberpullendorf waren die beiden einzigen Bezirke, wo zwischen 1973 und 1981 die gewerblich-industriellen Arbeitsplätze für Ricardo-Güter zugenommen haben.

Übersicht 45

Allokation der Beschäftigten in gewerblich-industriellen Sektoren auf die politischen Bezirke des Burgenlandes

Politische Bezirke 1981	Beschäftigte in Sektoren									
	Lösch-Sektor1)		Ricardo-Sektor2)		Thünen-Sektor3)		Heckscher-Ohlin Sektor4)		Beschäftigte insgesamt	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Eisenstadt (Eisenstadt-St., Rust)	1.388	22,98	224	10,45	1.050	18,04	563	9,66	3.225	16,3
Mattersburg	1.295	21,44	424	19,79	871	14,97	288	4,94	2.878	14,5
Neusiedl/See	1.055	17,47	263	12,27	879	15,11	198	3,40	2.395	12,1
Oberpullendorf	594	9,83	433	20,21	1.055	18,13	623	10,68	2.705	13,6
Oberwart	775	12,83	616	28,74	1.400	24,06	2.765	47,42	5.556	28,0
Güssing	595	9,85	134	6,25	455	7,82	587	10,07	1.776	8,9
Jennersdorf	338	5,60	49	2,29	109	1,87	807	13,84	1.303	6,6
Burgenland	6.040	100,00	2.143	100,00	5.819	100,00	5.831	100,00	19.833	100,00

Q: Arbeitsstättenzählung 1981.

1) Nahrungs- und Genußmittel (31), Holzverarbeitung (38), Papiererzeugung und -verarbeitung (41), Bearbeitung von Glas (48), Erzeugung von Eisen und NE-Metallen (51).

2) Erzbergbau (22), Gewinnung von Steinen und Erden (27), Erzeugung von Waren aus Steinen und Erden (47), Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung (32), Holzbearbeitung (37).

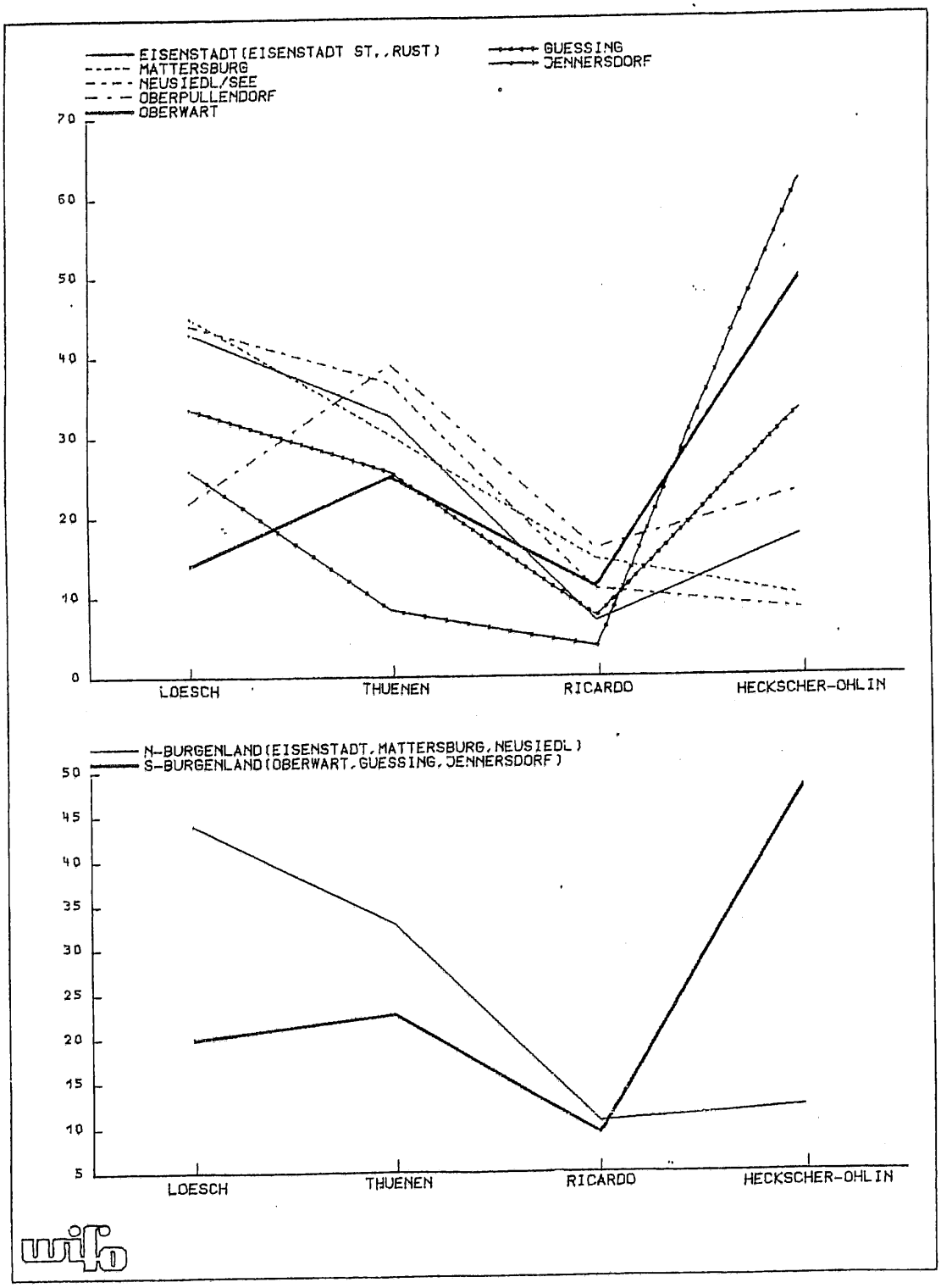
3) Metallbearbeitung (52), Metallwarenerzeugung (53), Maschinenerzeugung (54/55), Erzeugung von Elektrischen Einrichtungen (56/57), Erzeugung von Transportmitteln (58), Erzeugung von Waren aus Gummi, Kautschuk (49), Erzeugung von Chemikalien und Chemischen Produkten (45).

4) Erzeugung von Textilien und -waren (33), Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren (34), Erzeugung und Reparatur von Schuhen (35), Ledererzeugung und -verarbeitung (36).

Abbildung 10

BESCHAEFTIGTENSTRUKTUR DER BURGENLAENDISCHEN BEZIRKE

NACH GEWERBLICH-INDUSTRIELLEN SEKTOREN (1981)



2.1.2 Struktureigenschaften

In der Stufenleiter der vertikalen Verarbeitungsgrade, die vom Rohstoff bis zum konsumreichen Fertigprodukt führt, liegen die Güter dieses Sektors am unteren Ende. Die Betriebe nehmen die ersten Be- und Verarbeitungsschritte an einem gewonnenen Rohstoff vor, es gehen keine oder nur wenige Halbfertigfabrikate in den Produktionsprozeß ein. Dementsprechend groß ist der Wertschöpfungsanteil, er ist unter allen Sektoren am größten. Die Nettoquote (Nettoproduktionswert in Prozent des Bruttoproduktionswertes) erreichte im rohstofforientierten Sektor der österreichischen Industrie einen Wert von 44,0% und übertraf damit den österreichischen Industriedurchschnitt (35,5%) um 8,5 Prozentpunkte (Übersicht 46). In der burgenländischen Ricardo-Industrie war sie sogar noch um ein Drittel (Nettoquote: 58,8) höher als in Österreich.

Unter den Vorleistungen haben Energieprodukte eine überdurchschnittliche Bedeutung. Es handelt sich also um einen großteils energieintensiven Sektor mit einer hohen Wertschöpfungs- bzw. niedrigen Vorleistungsquote. Im rohstofforientierten Sektor (für die im Burgenland vertretenen Branchen) der österreichischen Industrie betrug der Energieverbrauch 6,6% des Bruttoproduktionswertes 1980. In manchen Branchen überstieg er 10% (z.B. Erzbergbau: 18,8%, Stein-/Keramikindustrie: 10,5%). Demgegenüber machte der Energieverbrauchsanteil im Durchschnitt der österreichischen Industrie lediglich 4,6% aus.

Übersicht 46

Merkmalsprofil der Industriesektoren

	Arbeitsproduktivität2) (1980) in 1.000		Kapitalintensität Abschreibungen je Beschäftigten (1980) in 1.000		Beschäftigte pro Betrieb (1980)	
	Österreich	Regional-faktor1)	Österreich	Regional-faktor1)	Österreich	Regional-faktor1)
A Ricardo-Sektor	504	84,6	48,48	152,7	94,7	75,7
B Lösch-Sektor	311	84,7	28,83	92,6	91,3	119,6
C Heckscher-Ohlin-Sektor	190	83,1	12,36	77,9	104,5	186,2
D Thünen-Sektor	274	88,7	20,82	99,9	126,2	48,3
Insgesamt	260	84,4	20,81	92,0	105,4	133,0

	Nettoquote3) (1980)		Personalaufwand je Beschäftigen in 1.000		Qualifikationsindex (Angestellte u. Facharbeiter) in % der Beschäftigten (1980)		Frauenanteil in % der Beschäftigten (1980)	
	Österreich	Regional-faktor1)	Österreich	Regional-faktor1)	Österreich	Regional-faktor1)	Österreich	Regional-faktor1)
A Ricardo-Sektor	44,0	133,6	252	95,5	42,25	96,9	16,4	66,2
B Lösch-Sektor	28,20	167,0	218	86,1	48,35	98,5	37,0	109,4
C Heckscher-Ohlin-Sektor	36,81	220,6	146	86,9	30,38	57,0	72,5	106,1
D Thünen-Sektor	36,70	98,7	218	80,7	48,64	73,0	32,0	125,4
Insgesamt	35,47	175,6	186	86,1	39,48	71,6	51,4	107,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) (Burgenland:Österreich) x 100. - 2) Nettoproduktionswert/Beschäftigte. - 3) Nettoproduktionswert/Bruttoproduktionswert.

A: Erzbergbau (22) Gewinnung von Steinen und Erden (27), Erzeugung von Waren aus Steinen (47), Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung (32), Holzbearbeitung (37).

B: Nahrungs- und Genußmittel (31), Holzverarbeitung (38), Papierverarbeitung (41), Bearbeitung von Glas (48), Erzeugung von Stahl (51).

C: Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren (34), Erzeugung von Textilien und Textilwaren (33), Erzeugung und Reparatur von Schuhen (35), Ledererzeugung und -verarbeitung (36).

D: Erzeugung von Waren aus Gummi, Kautschuk (44), Erzeugung von Chemikalien und Chemischen Produkten (45), Metallbearbeitung (52), Metallwarenerzeugung (53), Maschinenerzeugung (54/55), Erzeugung von Elektrotechnischen Einrichtungen (56/57), Erzeugung von Transportmitteln (58).

Mit dem niedrigen Verarbeitungsgrad sind weiters relativ (im Vergleich zum Industriedurchschnitt) niedrige Ab-Werk-Preise verbunden. Das macht ja die zweite Komponente der Transportkostenempfindlichkeit aus: hohe Transportkosten bei niedrigen Preisen (hohe Frachtbelastung). Beispielsweise beträgt der Wert eines Gutes der burgenländischen Steine-Keramik-Industrie im Durchschnitt der wichtigsten neun Produkte (gemessen am Netto-Produktionswertanteil) 1,82 S je kg (1980; Übersicht 16). Dieselben neun Produkte erzielten in Österreich einen etwas höheren Preis (2,46 S). Aussagekräftiger ist jedoch der Unterschied in der Produktpalette. In der österreichischen Steine-Keramik-Industrie machte der mittlere Mengeneinheitswert der wichtigsten neun Produkte immerhin 7,56 S (je kg) aus. Die wichtigsten Güter der burgenländischen Steine-Keramik-Industrie sind also so einfach beschaffen, daß ihr Mengeneinheitswert lediglich 1/4 der wichtigsten österreichischen Güter (desselben Fachverbandes) beträgt.

Die Produkte des Ricardo-Sektors sind somit auch weitgehend homogen (im Burgenland mehr als in Österreich), d.h. ein bestimmtes Produkt hat bei allen Produzenten ähnliche Eigenschaften. Diese Standardisierung im Merkmalsbündel der Güter ist typisch für ausgereifte Märkte und impliziert eine preiselastische Nachfrage. Die Nachfrager reagieren auf Preisänderungen sehr heftig, indem sie etwa bei Preiserhöhungen die Kaufmenge deutlich zurücknehmen. Die Unternehmungen des rohstofforientierten Sektors stehen somit hauptsächlich in einer Situation des Preiswettbewerbs, wo für das Ausmaß der betrieblichen Absatzmengen in

erster Linie Preisunterschiede zu den Konkurrenten (und nicht irgendwelche Unterschiede in den Produktqualitäten) ausschlaggebend sind.

Bei einer preiselastischen Nachfrage kommt dem Kostengesichtspunkt besondere Bedeutung zu, und bei einem homogenen Gütermarkt werden die Unternehmungen das Hauptaugenmerk auf eine Verbesserung der Produktionstechnik richten. Einer Prozeßinnovation wird Vorrang vor einer Produktinnovation eingeräumt. Da im rohstofforientierten Sektor der Fortschritt in der Produktionstechnologie hauptsächlich kapitalgebunden ist, sind die Investitionen wichtigster Motor für die Steigerung der Produktivität. Großbetriebsvorteile sind daher eine ausschlaggebende Komponente für die Wettbewerbsstärke. Durch die Senkung der Stückkosten und der Ab-Werk-Preise kann ein Betrieb in den Marktbereich eines Konkurrenten eindringen und die Produktionsmenge ausweiten. Wenn der Konkurrent nicht unmittelbar reagieren kann, bleibt sein Ab-Werk-Preis höher als beim Prozeßinnovator. Dies ist der Fall eines sog. "Hotelling-Smithies"-Wettbewerb (D.R.Capozza-R.v.Order, 1978), wonach jedes Unternehmen davon ausgeht, daß der Preis des Konkurrenten bei eigenen Preisvariationen konstant bleibt. Die Folge einer einseitigen Preisreduktion ist dann eine Ausdehnung des Absatzmarktradius um den Kehrwert des doppelten Transportkostensatzes (Transportkosten je Entfernungseinheit).

Auf Grund dieser Konkurrenz- und Marktstrukturen ist der rohstofforientierte Sektor durch eine hohe Kapitalintensität bzw. Arbeitsprodukti-

vität mit zunehmenden Skalenerträgen gekennzeichnet. In dieser Branchengruppe waren in Österreich im Jahr 1980 die Abschreibungen je Beschäftigten mit 48.800 um ca. das 2 1/3-fache höher als im Industriedurchschnitt (Übersicht 46). Der (nominelle) Nettoproduktionswert je Beschäftigten betrug im rohstofforientierten Sektor 504.000, im österreichischen Industriedurchschnitt hingegen 260.000. Erstaunlicherweise übersteigt die Kapitalintensität des burgenländischen Ricardo-Sektors noch beträchtlich jene des österreichischen Sektors, und zwar sind die Abschreibungen je Beschäftigten (1980: 74.028 bzw. Ausrüstungs-Abschreibungen: 63.818) um die Hälfte größer als im österreichischen Sektor-Durchschnitt.

Die burgenländische Produktivität bleibt jedoch, wie in anderen Sektoren auch, um ca. 15% hinter dem Österreich-Niveau zurück. Allerdings konnten die burgenländischen Betriebe in den siebziger Jahren ihren Produktivitätsrückstand gegenüber Österreich etwas verringern (nominelle Zunahme zwischen 1971 und 1980 im Burgenland: 149,5%, in Österreich 100,6%; Übersicht 47). Die Verdoorn-Hypothese fand in diesem Sektor die beste Bestätigung, es kam zu einer "offensiven Produktivitätssteigerung" (nach H.Walter, 1983). Ein deutlich über den Durchschnitt hinausragendes Produktionswachstum (nomineller Nettoproduktionswert: 208,5%) führte zu einer überdurchschnittlichen Kapitalintensivierung (277,8%), zu einer ebensolchen Skalenertragsentwicklung (Bruttoproduktionswert je Betrieb: 289,6%) und somit schließlich zu einem überdurchschnittlichen Produktivitätsanstieg (nominell: 149,5%).

Übersicht 47

Entwicklung der Industriesektoren

	Ricardo-Sektor1)			Lösch-Sektor2)			Heckscher-Ohlin-Sektor3)			Thünen-Sektor4)		
	Burgenland	Österreich	Regionalfaktor5)	Burgenland	Österreich	Regionalfaktor5)	Burgenland	Österreich	Regionalfaktor5)	Burgenland	Österreich	Regionalfaktor5)
	Veränderung 1980/1971 in %											
Bruttoproduktionswert (nominell)	343,3	99,7	222	98,8	116,4	92	124,1	59,5	140	207,8	141,4	127
Nettoproduktionswert (nominell)	208,5	75,5	176	135,9	91,6	123	103,7	47,0	138	143,3	115,7	113
Unselbständig Beschäftigte	23,6	-12,5	141	21,7	-5,9	129	1,9	-22,2	131	51,3	9,6	138
Nettoproduktionswert je unselbständig Beschäftigten (Arbeitsproduktivität)	149,5	100,6	124	93,9	103,6	95	99,9	89,0	106	60,8	96,9	82
Zahl der Betriebe	13,8	3,7	110	3,0	-1,4	104	8,1	-15,7	128	59,5	19,4	134
Bruttoproduktionswert je Betrieb	289,6	92,6	202	93,0	119,5	88	107,3	89,2	109	93,0	102,2	95
(Normale) Ausrüstungsabschreibungen	367,1	70,9	273	229,4	158,3	127	54,8	44,0	108	510,4	148,6	245
Ausrüstungs-Abschreibungen je unselbständig Beschäftigten ("Kapitalintensität")	277,8	95,3	193	170,7	174,6	98	52,0	85,1	82	303,5	126,9	178

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO-Berechnungen.
1) Nahrungs- und Genußmittel (31), Holzverarbeitung (38), Papiererzeugung und -verarbeitung (41), Bearbeitung von Glas (48), Erzeugung von Eisen und NE-Metallen (51).
2) Erzbergbau (22), Gewinnung von Steinen und Erden (27), Erzeugung von Waren aus Steinen und Erden (47), Erzeugung von Getränken/Tabakverarbeitung (32), Holzbearbeitung (37).
3) Metallbearbeitung (52), Metallwarenerzeugung (53), Maschinenerzeugung (54/55), Erzeugung von Elektrischen Einrichtungen (56/57), Erzeugung von Transportmitteln (58), Erzeugung von Waren aus Gummi, Kautschuk (49), Erzeugung von Chemikalien und Chemischen Produkten (45).
4) Erzeugung von Textilien und -waren (33), Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren (34), Erzeugung und Reparatur von Schuhen (35), Ledererzeugung und -verarbeitung (36).
5) Regionalfaktor=(burgenländischer Veränderungsindex:österreichischen Veränderungsindex) x 100.

Die hohe Produktivität schlägt sich auch in einem dementsprechenden Lohnniveau nieder (Übersicht 46). Der Personalaufwand je Beschäftigten im rohstofforientierten Sektor liegt weit an der Spitze der österreichischen Industrie. Mit 252.000 (1980) übertrafen die Arbeitskosten je Beschäftigten den österreichischen Industriedurchschnitt um 35%, wobei auch die burgenländischen Unternehmungen kaum zurückstanden (Regionalfaktor: 95,5). Größer ist der Unterschied im Beschäftigtenanteil der Frauen. Die Frauenquote ist in diesem Sektor wegen der Art der Tätigkeit (Schwerarbeit) und wohl auch aus traditionellen Gründen an sich sehr gering (Österreich: 16,4%), im Burgenland erreichte sie nur 2/3 der österreichischen Quote. Im rohstofforientierten Sektor der burgenländischen Industrie befinden sich viele Unternehmungszentralen außerhalb des Landes. Es spielen daher die Büroarbeitskräfte eine vergleichsweise geringe Rolle und dies drückt die burgenländische Frauenquote.

Durch die hohe Transportintensität entsteht für einen einzelnen Produzenten ein gewisser Wettbewerbsschutz. Selbst bei gleichen Ab-Werk-Preisen gibt es keinen (neoklassischen) vollständigen Wettbewerb, da die Nachfrager das Verhalten am Lieferpreis orientieren. Sie kaufen beim Anbieter mit dem niedrigsten Lieferpreis, von seiner Höhe wird das Ausmaß der nachgefragten Menge bestimmt (negativ geneigte Nachfragekurve). Dadurch können die Produzenten im Umland ihrer Betriebsstätten ein Monopol aufbauen. Bei Berücksichtigung der Transportkosten entstehen "Preistrichter" um die Produktionsstandorte, sodaß jeder Anbieter über

ein Marktgebiet verfügt, das sich mit dem des unmittelbaren Konkurrenten nicht überlappt.

Diese Marktgebiete sind nun für die Betriebe des rohstofforientierten Sektors prinzipiell klein, für diese sind also sowohl die Bezugs- als auch die Absatzgebiete räumlich eng begrenzt. Der Grund liegt einmal in der hohen Transportkostenintensität, da die Ausdehnung der Absatzmarktgebiete umso kleiner ist, je höher der Transportkostensatz ist. Dazu kommen als weitere Bestimmungsgründe für die Absatzradien die Differenz in den Ab-Werk-Preisen (je relativ teurer das Produkt eines Betriebes, desto kleiner der Lieferradius) und der räumliche Abstand der Produktionsstandorte der Konkurrenten (D.R.Capozza-R.V.Order, 1978). Die Standortstruktur ist umso engmaschiger ausgebildet, je höher die räumliche Nachfrageintensität ist. Eine hohe Nachfrage pro Flächeneinheit ist mit einem hohen Gewinn gekoppelt, welcher Anlaß zu neuen Marktzutritten gibt (sofern die Fixkosten nicht zu hoch sind). Mit jedem zusätzlichen Anbieter wird dann das Marktgebiet reduziert. Transportkostenintensive Güter des Grundbedarfs bzw. Güter mit niedriger Einkommenselastizität haben daher kleinere Marktgebiete als solche des gehobenen Bedarfs. Infolgedessen haben auch die Betriebe des rohstofforientierten Sektors relativ kleine Reichweiten. Diese Branchen sind nicht exponiert im internationalen Konkurrenzkampf, ihre Exportquote liegt weit unter dem österreichischen Industriedurchschnitt. In der Steine-Keramik-Industrie Österreichs wurden 1981 lediglich 11,4% des Brutto-Produktionswertes exportiert (Übersicht 48). Es handelt sich somit im

Übersicht 48

Außenhandelsverflechtung der Industriebranchen Österreichs

Fachverband	Marktanteil-Inland1) 1981	Veränderung des inländischen Marktanteils in % - punkten 1961 - 1981	Exportquote2) 1981
010 Bergbau	19,36	- 7,06	63,45
014 Eisenhütten	18,67	-36,17	91,87
030 Steine und Keramik	83,66	- 7,06	11,39
040 Glasindustrie	57,94	- 1,08	53,49
050 Chemische Industrie	46,86	-22,93	47,45
060 Papiererzeugung	69,85	-19,89	48,61
070 Papierverarbeitung	81,08	-12,88	38,70
100 Holzverarbeitung	71,78	-24,11	32,96
110 Nahrungs- und Genußmittel	83,16	- 1,74	9,46
120 Ledererzeugung	21,95	-38,79	71,71
130 Lederverarbeitung	30,29	-65,48	73,65
140 Gießereiindustrie	95,19	- 2,58	10,89
150 Metallindustrie	38,38	-30,82	57,95
160 Maschinen- u.Stahlbauind.	36,23	- 3,70	60,82
170 Fahrzeugindustrie	35,24	-18,97	43,05
180 Eisen- und Metallwarenind.	50,70	-26,64	46,17
190 Elektroindustrie	31,99	-25,16	67,74
200 Textilindustrie	24,94	-46,42	75,53
210 Bekleidungsindustrie	59,06	-38,37	31,64
Insgesamt (ohne Erdöl)	51,89	-17,90	45,65
Sektoren			
Ricardo- und Löschsektor3)	78,81	- 7,22	20,35
Thünensektor4)	39,87	-19,12	55,06
Heckscher-Ohlinsektor5)	37,38	-46,61	60,05

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.
1) Marktanteil-Inland=(Produktionswert-Export):Inlandverbrauch.
2) Exportquote=Export:Produktionswert.
3) Fachverband: 030, 040, 070, 100, 110.
4) Fachverband: 050, 160, 170, 180, 190.
5) Fachverband: 120, 130, 200, 210.

Ricardo-Sektor um einen sog. "geschützten" Bereich mit einem hohen Inlandsmarktanteil (Steine-Keramik: 83,7%), wobei selbst der Binnenmarkt oftmals nicht das ganze Bundesgebiet umfaßt.

Im Marktzutritt neuer Unternehmungen liegt aber auch nicht der große Konkurrenzdruck für die bestehenden Betriebe des Ricardo-Sektors, zumal die Märkte die Expansionsphase meist hinter sich gelassen haben. Durch die Verfügbarkeit über knappe Rohstoffe und durch die zunehmenden Skalenerträge ist nämlich eine Barriere gegen einen fortlaufenden Marktzutritt aufgebaut. Diese Barriere wirkt insofern, als für einen neuen Konkurrenten der Marktanteilsgewinn von den bestehenden Unternehmungen zu keiner gewinnbringenden Produktionsmenge führt. Die bestehenden Produzenten ordnen nämlich ihre Produktionsstandorte in einem solchen Abstand zueinander an, daß für einen potentiellen Konkurrenten nicht jenes minimale Absatzgebiet übrigbleibt, das auf Grund der Unteilbarkeiten des Produktionskapitals und damit der Großbetriebvorteile zur Kostendeckung notwendig ist (D.A.Hay, 1976). Durch eine derartige Strategie der (nicht zu großen) Marktgebiete wird ein weiterer Marktzutritt und damit die Reduktion der Marktpreise und der Reichweiten des Absatzes behindert.

Der Wettbewerb wird in dieser Branchengruppe in erster Linie als <u>Verdrängungswettbewerb</u> ausgetragen. Dabei sind jene Unternehmungen im Vorteil, die in ihrem angestammten Absatzgebiet ein großes Umsatzpotential besitzen. Bei einem begrenzten Marktgebiet setzt jene Unternehmung

eine größere Outputmenge ab, für welche die Zahl der Nachfrager größer und/oder die Einkommensverteilung günstiger ist (z.B. A.v.Lösch, 1943). Innerhalb einer Volkswirtschaft geht daher von Unternehmungen aus bevölkerungsreichen, wirtschaftsstarken Regionen (Verdichtungsregionen) potentiell ein Verdrängungsdruck auf Betriebe in einem dünn besiedelten Einzugsgebiet (periphere Regionen) aus. Beispielsweise stammten in Großbritannien nahezu 45% (bezogen auf übernommene Betriebe in vier Branchen im Zeitraum 1973/74) der Unternehmungen, welche Betriebe aufgekauft haben aus der Agglomerationsregion Südost um London, während sich die übernommenen Betriebe regional viel gleichmäßiger verteilten (R.Leigh-D.H.North, 1978). Aus peripheren Regionen stammende Betriebsübernehmer stellten eher eine Seltenheit dar. Durch Fusionen wird versucht, Betriebsgrößenersparnisse zu erzielen.

Mit der (horizontalen) Unternehmenskonzentration fällt aber zwangsläufig keine Betriebskonzentration in demselben Umfang zusammen. In diesem Sektor beschränkt die hohe Transportintensität die Möglichkeiten zu einbetrieblichen Größenersparnissen, weil eine größere Ausbringungsmenge mit einem längeren Transportradius und höheren Transportkosten je Outputeinheit verbunden ist. Der Betrieb erfährt auf der einen Seite, daß seine Stückkosten der Produktion mit wachsender Größe sinken, andererseits muß er die Ausbringung über einen größeren Radius um seinen Standort verteilen, sodaß die Transportkosten je Ausbringungseinheit steigen. Beispielsweise wurde für linear mit der Entfernung steigende Transportkosten abgeleitet, daß die Transportkosten je Outputeinheit

eine degressiv zunehmende Funktion der Ausbringungsmenge sind (F.M. Scherer-A.Beckenstein-E.Kaufer-R.D.Murphy, 1975). Durch die erhöhten Transportkosten kommt das Minimum der gesamten Betriebskosten (je Stück) bei einer geringeren Erzeugungsmenge zu liegen als sie der mindestoptimalen Betriebsgröße auf Grund der langfristigen Stückkostenkurve entspricht. Die mindestoptimale Betriebsgröße wird umso stärker unterschritten, je größer die Transportkosten je km sind, je kleiner der Marktanteil des Betriebes ist und je kleiner die Dichte der flächenmäßigen Verteilung der Nachfrage ist (E.Kaufer, 1980).

Aus diesen Gründen wird im rohstofforientierten Sektor häufiger versucht, Größenersparnisse bei mehrbetrieblichen Produktionen in regional getrennten Märkten zu verwirklichen. Das führt zwar auch zu einer "externen Kontrolle" der peripheren Betriebe, indem sie nach der Übernahme von auswärtigen Unternehmungen gelenkt und kontrolliert werden, sodaß dispositive Unternehmenstätigkeiten verlorengehen und die regionsinternen Entwicklungsbedingungen verschlechtert werden. Auf der anderen Seite läuft in diesem Verdrängungswettbewerb der räumliche Konzentrationsprozeß abgeschwächt ab, indem wegen der Vorteilhaftigkeit einer dezentralen Produktionsstruktur die Stillegung von aufgekauften Betrieben ein selteneres, primäres Übernahmemotiv ist. In der burgenländischen Industrie kann dieser Prozeß etwa bei den Ziegelwerken beobachtet werden, wo in den letzten fünfzehn Jahren die Zahl der Unternehmungen stärker als die Zahl der Betriebe abgenommen hat.

Die transportkostenbedingte Beschränkung der Großbetriebsvorteile gilt insbesondere für die im Burgenland vertretenen Branchen des rohstofforientierten Sektors. Andernfalls wäre das Burgenland kein ländliches Randgebiet geblieben, sondern hätte sich zu einem industriellen Verdichtungsgebiet in der Art der grundstoffdominierten "alten Industriegebiete" (z.B. Mur-Mürz-Furche) entwickelt. Die durchschnittliche Betriebsgröße dieses Sektors liegt für alle österreichischen Betriebe mit 95 Beschäftigten je Betrieb geringfügig unter dem österreichischen Industriedurchschnitt (105 Beschäftigte je Betrieb; Übersicht 46). Die burgenländischen Betriebe bleiben erwartungsgemäß wegen der geringeren Bevölkerungsdichte hinter der österreichischen Durchschnittsgröße des rohstofforientierten Sektors zurück, und zwar um 24,3% (72 Beschäftigte pro Betrieb). Der Wettbewerbsnachteil des rohstofforientierten Sektors des Burgenlandes gegenüber Konkurrenten aus den Agglomerationen drückt sich schließlich auch in einer unterdurchschnittlichen Produktivität aus. Wenn auch dieser sektorspezifische Produktivitätsrückstand jenem der gesamten burgenländischen Industrie entsprach, so ist er dennoch kritischer zu beurteilen, da hier der Verdrängungsdruck besonders groß ist.

Zusammenfassend läßt sich der rohstofforientierte Sektor als transportkosten- und energieintensive Branchengruppe mit hoher Wertschöpfungsquote und hohem Lohnniveau (bei niedrigem Frauenanteil) charakterisieren. Das relativ hohe Gewicht der Roh- bzw. Vorprodukte begründet die opti-

malen Produktionsstandorte in der Nähe der Rohstoffvorkommen. Die Homogenität der großteils billigen Produkte führt zu einem Preiswettbewerb auf vorwiegend inländischen Märkten (mit kleinen Absatzradien). Von dieser Konkurrenzsituation geht ein Kostendruck aus, und diesem wirken bei steigenden Skalenerträgen die Unternehmungen durch hohe Kapitalintensität bzw. Arbeitsproduktivität (Großbetriebsvorteile) entgegen. Obwohl die burgenländischen Unternehmungen in den siebziger Jahren effizienzmäßig aufgeholt haben, bleibt ihre Widerstandsfähigkeit gegen eine Wettbewerbsverschärfung im rohstofforientierten Sektor tendenziell eher schwach. Relativ kleine Betriebsgrößen und ein relativ niedriges Produktivitätsniveau stellen Hindernisse für die Umsetzung von neuen Produktionsverfahren, Marktbearbeitungsmethoden, etc. dar. In dieser Innovationsschwäche liegt die Kernproblematik in bezug auf die zukünftige Entwicklung des burgenländischen Ricardo-Sektors. Sie wirkt sich vor allem in einer qualitativen Verschlechterung der Industriestruktur aus: Verlust von dispositiven Funktionen bei mehrbetrieblicher Produktion. Demgegenüber treten die quantitativen Arbeitsplatzverluste in der Bedeutung zurück, da sie nicht sehr umfangreich sind (rationalisierungsbedingte Betriebsstillegungen treffen nur einen Teil der Betriebe) und räumlich nicht allzu konzentriert auftreten.

2.2 Absatzmarktorientierter Sektor (Lösch-Sektor)

2.2.1 Standortfaktoren

Der absatzmarktorientierte Sektor enthält jene Branchen, bei denen die Standorte der Betriebsstätten in einer wichtigen Absatzmarktregion gewählt werden.

Im absatzmarktorientierten Sektor der burgenländischen Industrie ist ca. ein Fünftel (22,1%) der gesamten Industriebeschäftigten tätig (Übersicht 43). Sie verteilen sich auf folgende Branchen: Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln (2-Steller 31), Verarbeitung von Holz (38), Verarbeitung von Papier (41), Erzeugung und Bearbeitung von Glas (48) und Erzeugung von Stahl (51)[18].

Die Güter des absatzmarktorientierten Sektors sind prinzipiell höherwertiger als die Ricardo-Güter. Die höhere Wertigkeit der Produkte folgt a priori aus der größeren Verarbeitungstiefe, da die Güter des absatzorientierten Sektors viel häufiger zu den (konsumreifen) Fertiggütern gehören. Es werden also viel mehr Vor- und Zwischenprodukte eingekauft, dementsprechend niedrig ist die Nettoquote (Österreich: 28,2, Burgenland: 47,1; Übersicht 46). Die Höherwertigkeit der Güter des absatzmarktorientierten Sektors wird darüberhinaus durch die Mengeneinheitswerte empirisch belegt (Übersicht 16). Für die wichtigsten burgenländischen Produkte (sie machen 72% des Nettoproduktionswertes aus) der Nah-

rungs- und Genußmittelindustrie (bezogen auf den 2-Steller 31) beträgt der Preis jeweils im Durchschnitt 21,12 S je kg (1980). In der burgenländischen Holzverarbeitungsindustrie liegen die Stückpreise der (sechs) wichtigsten Güter bei nahezu 4.000 S (1980; Österreich: ca. 2.600 S).

Auch im absatzmarktorientierten Sektor gilt die für den Ricardo-Sektor getroffene Aussage über die burgenländischen Mengeneinheitswerte. Für ein- und dasselbe Produkt sind die Preisunterschiede zwischen dem Burgenland und Österreich nicht sehr groß; teilweise sind sie niedriger, teilweise sind sie höher. Beispielsweise liegen die Mengeneinheitswerte für die gleichen Produkte der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bzw. der Holzverarbeitungsindustrie im Burgenland über dem Österreichwert, und zwar um 6,4% bzw. 14%. Entscheidend sind vielmehr die Unterschiede in der Produktstruktur: In der burgenländischen Industrie werden relativ mehr billige Produkte als in der österreichischen erzeugt. Der burgenländische Industriewaren-Korb enthält mehr niedrigwertige Güter als jener Österreichs. Für die wichtigsten Produkte des rohstoff- und absatzmarktorientierten Sektors zusammen bleibt der Mengeneinheitswert der burgenländischen Produkte im Durchschnitt um 36% unter jenem der österreichischen Produkte (Regionalfaktor: 64,0).

Das stimmt gut mit den Erkenntnissen der Regionalökonomie überein, wonach komplexe, know-how-intensive Güter in Agglomerationen und technologisch einfache, know-how-extensive Güter in peripheren Regionen produziert werden (z.B. H.J.Ewers-R.W.Wettmann, 1980). Diese Unterschie-

de zwischen Zentrum und Peripherie sind jedoch in diesen beiden binnenmarktorientierten Sektoren schwächer ausgeprägt als in so manchen exportorientierten Branchen. In der Holzverarbeitungsindustrie besteht sogar eine annähernde Gleichwertigkeit zwischen den burgenländischen und den gesamtösterreichischen Produkten (Regionalfaktor der Mengeneinheitswerte für die jeweils zehn wichtigsten Produkte: 94,2).

Durch die Höherwertigkeit ist für die Güter des absatzmarktorientierten Sektors die Transportkostenintensität geringer als im rohstofforientierten Sektor, dennoch sind die Transportkosten nicht völlig bedeutungslos. Deshalb sind die Marktgebiete zwar räumlich ausgedehnter als bei den unmittelbaren Rohstoffverarbeitungen, die Absatzradien bleiben aber weiterhin begrenzt. So trifft auch für den absatzmarktorientierten Sektor eine geringe Außenhandelsverflechtung zu. Da die Außenhandelsstatistik nur nach Fachverbänden und nicht nach 2-Stellern der Industriestatistik aggregiert ist, werden die empirischen Belege über die geringe Außenhandelsverflechtung für den rohstoff- und den absatzmarktorientierten Sektor zusammengefaßt, wobei die Sektorzuordnung nur für die Nahrungs- und Genußmittel- sowie die Holzverarbeitungsindustrie nicht eindeutig ist. Die Steine-Keramikindustrie gehört ausschließlich zum Ricardo-Sektor (ihre Außenhandelsverflechtung wurde weiter oben schon erwähnt), die übrigen Fachverbände ausschließlich zum absatzmarktorientierten Sektor.

Fast jeder, zu diesen beiden Sektoren gehörende Fachverband hat einen inländischen Marktanteil (1981) von zumindest 55% und die Abnahme des Binnenmarktanteils während der letzten beiden Jahrzehnte (1961/1981) hat jeweils weniger als 25 Prozentpunkte betragen. Im Durchschnitt der beiden Sektoren macht der inländische Marktanteil 78,8% aus, wobei diese mittleren Anteile in den Branchen Steine-Keramik (83,7%), Nahrungs- und Genußmittel (83,2%) und Papierverarbeitung (81,1%) übertroffen werden (Übersicht 48). In diesen Industriebranchen sowie in der Glasindustrie gab es auch nur eine geringe Dynamik in der Veränderung der Binnenmarktanteile. Zwischen 1961/1981 verloren die heimischen Industrieunternehmungen im Durchschnitt der beiden Sektoren 7,2 Prozentpunkte auf dem Österreichmarkt. Weiters bleibt die Exportquote relativ gering. In den österreichischen Fachverbänden Steine-Keramik, Nahrungs- und Genußmittel, Papierverarbeitung, Holzverarbeitung und Glas wird im Durchschnitt bloß 1/5 (20,3%) der Umsätze exportiert.

Anders als beim rohstofforientierten Sektor ist beim absatzmarktorientierten Sektor nicht das Gewicht, sondern die Entfernung die wichtigere Transportkostenkomponente. Es liegen hier keine Gewichtsverlust-, sondern sog. "Reingewichtsmaterialien" (Materialindex kleiner oder gleich eins) vor, sodaß die unmittelbare Rohstoffnähe als Standortfaktor außer Kraft tritt. Für die Höhe der Transportkosten bedeutsamer sind ein unterschiedliches Volumen zwischen Vor- und Fertigprodukt sowie unterschiedliche Transporthäufigkeit zwischen Bezug und Absatz. Beispielsweise beeinflußt in der Möbelindustrie das größere Volumen (die Sperrig-

keit) des Fertigproduktes die Standortwahl zugunsten einer Absatznähe. Oder, wenn zutrifft, daß aus einem bezogenen Grundstoff mehrere Fertigprodukte hergestellt werden, dann wird das Fertigprodukt häufiger transportiert als das Vorprodukt. Die Transportkosten sind dann von der Weglängensumme in einer Zeitperiode (Distanz mal Transporthäufigkeit) abhängig. Dabei werden die Weglängen "verkürzt", wenn die Produktion dort lokalisiert wird, wo die Nachfrage am häufigsten ist. In einem solchen Fall sind absatznahe und/oder zentral gelegene Produktionsstandorte transportkostenminimal.

Allerdings steht bei der Absatzmarktorientierung weniger die Kosten-, als vielmehr die Nachfragedimension im Vordergrund. Für die Standortwahl sind nicht so sehr die Transportkosten, sondern deren Einfluß auf die betrieblichen Absatzmengen ausschlaggebend. Indem die Transportkosten in den Lieferpreis eingehen, wirken sie sich auf den erzielbaren Absatz aus: Die Nachfrage ist elastisch in bezug auf die Transportkosten. Selbst wenn für ein bestimmtes Gut zwei Nachfrager dieselben Präferenzen bezüglich des Merkmalsbündels aufweisen, würde der weiter vom Produktionsort entfernte Konsument weniger nachfragen als jener mit dem näheren Konsumort. Eine Unternehmung des absatzmarktorientierten Sektors wählt den Betriebsstandort so aus, daß die Zahl der Kunden möglichst groß ist. Für diese ist also jener Standort optimal, an dem das Absatz- oder Umsatzpotential ein Maximum erreicht. Wegen der grundlegenden theoretischen Arbeiten, die August von Lösch (1943) hinsichtlich der standortabhängigen Ausdehnung der Marktgebiete und hinsichtlich der

standortdeterminierten Absatz- und Umsatzwerte geleistet hat, bezeichne ich den absatzmarktorientierten Sektor auch als "Lösch-Sektor".

Die Standortabhängigkeit des Absatzpotentials trifft grundsätzlich für jede räumliche Preisstrategie zu, sie beschränkt sich keineswegs auf das "fob-pricing". Beim fob-pricing werden zum Ab-Werk-Preis die Transportkosten, die tatsächlich zwischen Anbieter- und Nachfragerstandort entstehen, in voller Höhe hinzugerechnet. Dieses Preissetzungsverhalten ist eigentlich nur bei einem nahezu "vollständigen" räumlichen Wettbewerb günstig (J.G.Greenhut - M.L.Greenhut, 1975). Damit ist eine Situation gemeint, in der es viele Anbieter mit lediglich geringen Skalenerträgen gibt, die überdies in einer einzigen, spezialisierten Produktionsregion konzentriert sind. Im absatzmarktorientierten Sektor herrschen aber häufig oligopolistische bis monopolistische Marktformen vor, und bei diesen ist eine räumliche Preisdiskriminierung die adäquate Preisstrategie; besonders dann, wenn der Fixkostenanteil hoch ist und daher eine Deckungsbeitragskalkulation zweckmäßig ist. Bei dieser Preistechnik wird in der Festsetzung der Ortspreise nur ein Teil der tatsächlich entstandenen Transportkosten berücksichtigt. In Abhängigkeit von der Preiselastizität der Nachfrage findet bei der räumlichen Preisdiskriminierung eine positive oder negative Frachtabsorption statt, wobei diese überlicherweise zu Lasten der näher gelegenen Nachfrager geht. Sowohl beim räumlichen Monopol als auch bei den meisten räumlichen Wettbewerbssituationen wird die räumliche Preisdiskriminierung als gewinnmaximale Strategie abgeleitet (z.B. K.Schöler, 1983). Mit dem

höheren Gewinn fällt beim preisdiskriminierenden Anbieter auch ein - im Vergleich zum fob-pricing und zur Einheitspreisbildung - größerer Output in einem größeren Marktgebiet an.

Eine spezielle Form der räumlichen Preisdiskriminierung stellt die Einheitspreisbildung dar, wo unabhängig von der tatsächlichen Entfernung zwischen Anbieter und Nachfrager der Preis eines Gutes an jedem Lieferort gleich hoch ist. Diese Preisstrategie wird zahlreich angewendet, eine empirische Untersuchung über amerikanische, japanische und deutsche Industrieunternehmungen ergab eine Häufigkeit von insgesamt 24% (M.L.Greenhut, 1981). Sie ist gerade für den absatzmarktorientierten Sektor interessant, weil sie jene Preisstrategie ist, die nur unter seltenen Wettbewerbsbedingungen zu einem Gewinnmaximum, wohl aber in vielen Fällen zu einem Umsatzerlösmaximum (mit einem Mindestgewinn als Randbedingung) führt. Und zwar dann, wenn das Marktgebiet - aus welchen Gründen auch immer - begrenzt ist und die Gewinnrestriktion nicht allzu beengend wirkt (G.Norman, 1981). Letzteres ist insbesondere dann gegeben, wenn die Nachfragerdichte in der Nähe der Produktionsstandorte sehr hoch ist und ab einer größeren Entfernung deutlich abfällt. Eine Situation, die für viele Lösch-Güter zutrifft, etwa wenn sie zum überwiegenden Teil in einer einzigen Großstadt abgesetzt und in deren Umgebung hergestellt werden.

Die Überlegungen ergaben, daß im absatzmarktorientierten Sektor die optimalen Betriebsstandorte ein möglichst großes Absatz- bzw. Umsatzpo-

tential aufweisen. Mit dem "Potentialbegriff" ist dann auch die Messung des Zielkriteriums angedeutet, da dieser in der Regionalwissenschaft eine ganz bestimmte formale Struktur besitzt. Vereinfacht ausgedrückt kommt es darauf an, wie groß die Einwohnerzahl oder die Kaufkraft (bzw. das Volkseinkommen) der jeweiligen Orte (Bezirke) in der Umgebung des Betriebsstandortes ist, und wie weit von diesem die potentiellen Kundenorte entfernt sind. Die Entfernungen bzw. die davon abhängigen Transportkosten bilden die Grundlage für eine Gewichtung, die in Rechnung stellt, daß weiter entfernte Kundenorte ein gegenüber nahen Orten vermindertes Nachfragepotential pro Einwohner haben. Dementsprechend ist der Gewichtungsfaktor, mit dem die Einwohner (oder deren Einkommen) multipliziert werden, für entferntere Gemeinden geringer als für nahe. Das Bevölkerungspotential eines zur Auswahl stehenden Produktionsstandortes ist schließlich - in dieser einfachsten methodischen Form - die Summe der gewichteten Einwohner aus allen zugänglichen bzw. belieferbaren Kundenorten[19].

Die Lage des Standortes mit dem größten Kundenpotential hängt dann von der Siedlungsstruktur des Absatzmarktgebietes ab. Wenn in diesem eine Großstadt bzw. Agglomeration dominiert, dann ist dort das Einwohnerpotential am größten; hier oder in der Umgebung (bei hohen Grundstücks- und/oder Arbeitskosten) liegt auch der optimale Produktionsstandort. Wenn sich etwa das Absatzmarktgebiet über die Ostregion ausdehnt, dann ist ein Standort im Wiener Agglomerationsraum (z.B. Wiener Becken mit seinen Übergängen in das nördliche Burgenland) am günstigsten. Anders

ist es, wenn das Absatzmarktgebiet mehrere größere Nachfragezentren umfaßt, dann ist das Einwohnerpotential irgendwo dazwischen am größten. Als optimaler Produktionsort ergibt sich dann kein zentrumsnaher, sondern ein verkehrslagegünstiger Standort. Dies trifft beispielsweise für die Möbelindustrie zu, die sich zur Belieferung eines gesamtösterreichischen plus süddeutschen Marktgebietes entlang der Westtrasse zwischen Wels und Salzburg konzentriert hat.

Für ein solches österreichweites Absatzgebiet kommt also dem Burgenland ein Standortnachteil zu. Es stellt in erster Linie für Güter, die zu einem überwiegenden Teil in der Ostregion abgesetzt werden, eine ökonomische Standortalternative dar. Je mehr in dieses Marktgebiet die Steiermark eingebunden ist, desto größer wird der komparative Standortvorteil des Burgenlandes (z.B. des Mattersburger Raumes) gegenüber niederösterreichischen Standorten in der Umgebung Wiens. Noch günstiger fiele die Standortbewertung in bezug auf den Lösch-Sektor aus, wenn das Marktgebiet der Ostregion um den angrenzenden COMECON-Raum erweitert wäre. Bei einer solchen Absatzausdehnung wären insbesondere die verkehrsmäßig erschlossenen Teile des Nordburgenlandes begünstigte, intermediäre Produktionsstandorte (etwa Parndorf).

Diese Standortkomponenten bewirken, daß der absatzmarktorientierte Sektor in der burgenländischen Wirtschaftsstruktur eine gewisse Bedeutung einnimmt. Im großen und ganzen weicht die Position der burgenländischen Betriebe nicht allzusehr von jener der österreichischen Betriebe

nach unten hin ab. Unter Einbeziehung des Gewerbes ist der burgenländische Beschäftigtenanteil der Lösch-Betriebe (30,4%) ungefähr gleich groß wie der österreichische (Übersicht 44). Auf die Industriestruktur allein bezogen, liegt der burgenländische Strukturanteil um 4,3 Prozentpunkte niedriger als der österreichische Anteil (26,4%; Übersicht 43). Dieser Sektor hat in den siebziger Jahren sowohl in Österreich als auch im Burgenland Strukturanteile gewonnen; in Österreich wegen einer schwächeren Beschäftigtenabnahme als der gesamte gewerblich-industrielle Sachgüterbereich, im Burgenland wegen einer geringfügig überdurchschnittlichen Beschäftigungszunahme.

Die absatznahen Standortfaktoren führen innerhalb des Burgenlandes zu einer Konzentration im nördlichen Landesteil. 61,9% der gewerblich-industriellen Arbeitsplätze des burgenländischen Lösch-Sektors entfallen auf die drei Bezirke Eisenstadt, Mattersburg und Neusiedl/See (Übersicht 44, Abbildung 10). In diesen drei Bezirken stellen die gewerblich-industriellen Betriebe des absatzmarktorientierten Sektors innerhalb der Sachgüterproduktion auch die meisten Arbeitsplätze (ca. 44%) zur Verfügung. Im Bezirk Güssing, der eine relativ ausgeglichene Sektorstruktur aufweist, sind die Lösch-Beschäftigten ebenfalls noch ein strukturbestimmender Bestandteil (33,6%), ohne allerdings für den gesamtburgenländischen Löschsektor (Bezirksanteil: 9,8%) überdurchschnittliche Bedeutung zu besitzen.

Der Vorteil der Marktnähe kann weiters noch auf Service- und Informationsgründe zurückgeführt werden. Wenn es etwa auf eine schnelle Lieferzeit ankommt oder die Kunden sich über Preis und/oder Qualität eines Produktes erkundigen möchten, dann ist es günstig, wenn die Distanzen zwischen Anbietern und Nachfragern kurz sind. Der Informationsaspekt veranlaßte P.Nelson (1970) zu einer Zweiteilung der Güter in "Suchgüter" und "Erfahrungsgüter"[20]. Bei Erfahrungsgütern wird der Nutzen erst nach dem Kauf während des Konsumaktes festgestellt, während bei Suchgütern der Nutzen vor dem Kauf durch Inspektion abgeschätzt wird. Bei Suchgütern handelt es sich um nicht-homogene dauerhafte Güter mit zumeist höheren Preisen. Diese Merkmale treffen vor allem auf Güter mit hoher Verarbeitungsreife (Finalgüter) in einem fortgeschrittenen Stadium der Wachstumsphase bzw. am Übergang zur Reifephase des Produktzyklus zu. Wenn sich das Wachstum auf Grund von Sättigungstendenzen abschwächt, dann versuchen die Unternehmungen über eine Strategie der Produktdifferenzierung ihre Marktposition zu verteidigen. Auf Grund der Produktunterschiede überläßt der Kunde den Kaufakt nicht dem Zufall, sondern er organisiert die Suche nach der für ihn besten Alternative. Das Suchereignis ist umso wahrscheinlicher, je niedriger die Such- und Inspektionskosten sind, je höher der Preis des Gutes ist und je stärker der Nutzen auf eine Produkteigenschaft gerichtet ist (L.L.Wilde, 1981). Der Konsument prüft nicht alle objektiv vorhandenen Alternativen, sondern er bricht den Suchprozeß irgendwann (bei Erreichung einer "befriedigenden", d.h. das Abbruchkriterium erfüllenden Lösung) ab.

Der Prozeß der Informationssammlung unterliegt der Beschränkung durch die Suchkosten. Die Nachfrager können die Suchkosten dann minimieren, wenn die Anbieter räumlich konzentriert sind (Ch.Stuart, 1979). Auf der anderen Seite wollen die Anbieter die Werbungskosten gering halten, was bei einer Agglomeration der Nachfrager und durch einen Standort im Nachfragerzentrum erreicht wird. Dabei entstehen den Unternehmungen nicht nur bei Suchgütern Informationskosten. Bei diesen intensivieren sich die Werbungsmaßnahmen ("information advertising" nach L.G.Telser, 1964), wenn sie als neues Produkt, neue Markenware etc. eingeführt werden. Da sich die Informationen räumlich nicht gleichmäßig und gleich schnell ausbreiten, sondern zumeist nach einem, von den Großstädten ausgehenden hierarchischen Prinzip, ist auch hier ein agglomerations(absatzmarkt-)naher gegenüber einem peripheren Standort im Vorteil. Eine andere Art der Werbungsaktivitäten ("Persuasive advertising") bezweckt eine Beeinflußung der Kundenpräferenzen, was vor allem bei niedrigwertigen und/oder Erfahrungsgütern effektiv ist. Und auch hier ist wegen der räumlich ungleichförmigen Verteilung der Nachfrage eine Standortabhängigkeit zugunsten der Agglomerationen gegeben. Schließlich kann die Nähe zu den Nachfragern fester Bestandteil einer Präferenzordnung sein, indem etwa bei einer (öffentlichen) Auftragsvergabe nur Produzenten aus der eigenen Region zum Zuge kommen.

2.2.2 Struktureigenschaften

Diese informationstheoretischen Gesichtspunkte sind zwar eine hinreichende, aber keine notwendige Bedingung für eine Absatzmarktorientierung der Produktionsstandorte. Die Marketingaufgaben, die eine Kontaktnähe zu den Kunden erfordern, können auch durch räumlich ausgegliederte Verkaufsbüros wahrgenommen werden. Eine solche räumlich-funktionelle Arbeitsteilung ist aber gerade im absatzmarktorientierten Sektor wenig verbreitet, da in diesem die Absatzmarktnähe wegen der Transportintensität der produzierten Güter ohnedies eine notwendige Bedingung darstellt.

Im absatzmarktorientierten Sektor werden somit sämtliche unternehmerischen Funktionsbereiche am Produktionsstandort ausgeübt, es gibt keine räumliche Trennung zwischen dispositiven und operativen Tätigkeiten. Im Lösch-Sektor fehlt also die regionsexterne Kontrolle bzw. ist sie in keinem anderen Branchen-Sektor so schwach ausgebildet. Darin liegt ein hoher regionalwirtschaftlicher Stellenwert, der sich u.a. in einer höheren Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte ausdrückt (Übersicht 46). Der Anteil der Facharbeiter sowie der Angestellten an den Beschäftigten nimmt im österreichischen Lösch-Sektor mit 48,5% ein weitaus überdurchschnittliches Ausmaß (Industrie insgesamt: 39,5%) an. In bezug auf diesen Qualifikationsindex steht der absatzmarktorientierte Sektor der burgenländischen Industrie (Regionalfaktor: 98,5) kaum nach. Das Qualifikationsgefälle zwischen Österreich und dem Burgenland ist in

diesem Sektor am geringsten, was die These vom vollständigen Funktionsspektrum der Lösch-Betriebsstandorte erhärtet.

In diesen Zusammenhang paßt weiters eine höhere Frauenquote als im Ricardo-Bereich, aber eine niedrigere als in der Gesamtindustrie. Der Anteil weiblicher Beschäftigter beträgt im Lösch-Sektor Österreichs 37,0% (Industrie insgesamt: 51,4%) und ist im Burgenland nicht signifikant höher (Regionalfaktor: 109,4). Mit der relativ hohen Skill-Intensität des absatzmarktorientierten Sektors ist schließlich auch ein überdurchschnittliches Einkommen verbunden. Der Personalaufwand je österreichischen Beschäftigten übersteigt den Industriedurchschnitt um 17,2%, wobei hier der burgenländische Rückstand (Regionalfaktor: 86,1) größer als beim Qualifikations-Indikator ist, ohne aber den Durchschnitt des Arbeitskostenabstandes der anderen Sektoren zu übertreffen.

Betriebsgrößenersparnisse spielen auch im absatzmarktorientierten Sektor eine überdurchschnittliche, wenngleich im Vergleich zum Ricardo-Sektor abgeschwächte, Rolle. In diesem Sektor ist sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die Kapitalintensität am zweitgrößten (Übersicht 46). Im österreichischen Lösch-Sektor beträgt der Nettoproduktionswert je Beschäftigten 311.000 S (1980), im burgenländischen Lösch-Sektor 263.000 S. Die Abschreibungen je Beschäftigten machen in Österreich 28.830 S und im Burgenland 26.696 S aus. Einzig in der Holzverarbeitungsindustrie werden noch relativ arbeitsintensive Produktionstechniken angewendet, was zu einer gewissen Konkurrenzierung durch die Billiglohn-

länder führt. Auf Grund einer Analyse der österreichischen Holzverarbeitungsindustrie erscheinen davon die Erzeugung von Verpackungen, Sport- und Spielwaren, Körben und Bürsten, der Holzbau sowie die Drechsler-, Hobel- und Korbwarenerzeugung besonders gefährdet (W.Puwein, 1982). Im Burgenland ist davon die Korbwarenerzeugung in einem größeren Ausmaß vertreten, sie wurde aber schon immer mehr zugunsten des Handels mit importierten Waren zurückgedrängt.

Durch den kleinen Binnenmarkt (gerade in den Branchen des Lösch-Sektors sind nationale Geschmacksunterschiede weit verbreitet) und durch die Anwendung der Produktdifferenzierung bleibt der Einsatz von Massenproduktionsverfahren für standardisierte Konsumgüter beschränkt. Im absatzmarktorientierten Sektor liegt deshalb die durchschnittliche Betriebsgröße sowohl im Burgenland als auch in Österreich unter dem Industriedurchschnitt (in Österreich um 13,4%; Übersicht 46). Die burgenländischen Betriebskapazitäten übertreffen die österreichischen um ein Fünftel (Regionalfaktor: 119,6), die überwiegende Produktion für den Wiener Markt sorgt vor allem in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie für relativ große Produktionseinheiten.

Die relativ hohe Kapitalbindung reduziert das Abwanderungsrisiko von Betrieben, die sich zum Zwecke einer besseren Einbettung in den österreichischen bzw. ostösterreichischen Markt im Burgenland angesiedelt haben. Die regionalen Arbeitsmärkte werden vom absatzmarktorientierten Sektor nicht so sehr durch Stillegungen multiregionaler Unternehmungen

bedroht. Es sei denn, es ging eine Betriebsübernahme durch einen Konkurrenten mit dem Ziel voraus, durch eine Betriebsstillegung entweder Überkapazitäten abzubauen oder Rationalisierungsgewinne (wegen der Großbetriebsvorteile) zu verwirklichen. Die Papierindustrie hat in Österreich in jüngster Zeit einige Beispiele dieser Art gesetzt. Sie kommen grundsätzlich im Lösch-Sektor häufiger als im Ricardo-Sektor vor, da hier wegen des größeren, aber dennoch begrenzten Marktgebietes weniger monopolistische und mehr oligopolistische Marktstrukturen vorherrschen.

Noch wichtiger als im Ricardo-Sektor ist im Lösch-Sektor die Innovationsfähigkeit der Unternehmungen. Liegt im Ricardo-Sektor noch ein gewisses Schwergewicht bei den Prozeßinnovationen (die teilweise mit den Maschinen eingekauft werden können), so wird im Lösch-Sektor die Konkurrenzfähigkeit durch Produktinnovationen bestimmt. Schließlich herrscht auf den Märkten der Lösch-Güter ein Produktwettbewerb vor. Nun ist ganz allgemein die Innovationsfähigkeit der burgenländischen Industrie sehr gering, im Vergleich zum übrigen Österreich liegt eine Technologie-Lücke vor. Bezogen auf Industrie und Großgewerbe nimmt das Burgenland sowohl hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) als auch hinsichtlich des F&E-Personals einen Anteil von 0,4% an Gesamtösterreich ein (Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, 1981; Übersicht 49). Dieser Beitrag ist doch beträchtlich kleiner als bei den Beschäftigten (Industrie: 1,88%) oder in bezug auf den Umsatz (Industrie: 1,25%). Daraus leitet sich für die burgenländische Industrie ein weitaus gerin-

Übersicht 49

Forschungs- und Entwicklungsausgaben nach Bundesländern

	Ausgaben für Forschungs- u. Entwicklungspersonal		Forschungs- und Entwicklungspersonal (VZÄ)1)		Personalaufwand pro Forschungs- u. Entwicklungsbeschäftigtigen (VZÄ)1) in S	Regionalfaktor2)
	in 1.000 S	in %	Anzahl	in %		
Wien	2,484.774	37,8	3.936,8	38,5	409.613	114,3
Niederösterreich	517.308	7,9	889,8	8,7	297.800	83,1
Oberösterreich	1,777.643	27,0	2.604,9	25,5	355.917	99,3
Salzburg	131.238	2,0	190,7	1,9	312.549	87,2
Steiermark	801.211	12,2	1.363,4	13,3	317.576	88,6
Kärnten	230.614	3,5	349,5	3,4	290.730	81,1
Tirol	471.586	7,2	598,0	5,8	283.848	79,2
Vorarlberg	130.154	2,0	250,5	2,4	326.212	91,0
Burgenland	28.391	0,4	44,5	0,4	342.225	95,5
Österreich	6,572.919	100,0	10.228,1	100,0	358.381	

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Fragebogenaktion 1981).
1) VZÄ ... Vollzeitäquivalent.
2) Regionalfaktor=(Burgenland:Österreich) x 100.

gerer "Personalfaktor" ab (Prozentanteil des F&E-Personals an den Gesamtbeschäftigten) und eine weitaus geringere "Forschungsquote" (Prozentanteil der Forschungsausgaben an den Bruttoproduktionswerten aller Unternehmen) als im österreichischen Industriedurchschnitt.

Daß dann speziell auch in gewissen Sparten des Lösch-Sektors Know-how-Rückstände existieren, kann indirekt aus den relativ niedrigen Mengeneinheitswerten der burgenländischen Lösch-Güter gefolgert werden. Demzufolge ist die Verdrängung burgenländischer Unternehmungen vom Markt durch potente auswärtige (vor allem ausländische) Unternehmungen eine latente Gefahr. Insbesondere in jenen Fällen, wo die Linder'sche Außenhandelshypothese zutrifft. Demnach wird der internationale Handel mit industriellen Fertigwaren als Ausdehnung des heimischen Marktes betrachtet, und zwar auf jene Exportmärkte, wo die Nachfrager ähnliche Präferenzstrukturen wie am Binnenmarkt besitzen (S.B.Linder, 1961). Durch eine solche Ausdehnung der Marktgebiete in das Ausland können überdies Großbetriebsvorteile realisiert werden, was dann aus der "neuen Sicht" der Außenhandelstheorie (F.Breuss, 1983) einen intra-industriellen Handel zwischen Ländern mit gleichen Wirtschaftsverhältnissen erklärt. Im Falle des Burgenlandes ist allerdings die Ähnlichkeit der Entwicklungsbedingungen (etwa zur BRD oder der Schweiz) nicht gegeben, sodaß es zu keinem beidseitigem Handel, sondern zu einer einseitigen Verdrängung von burgenländischen Unternehmungen kommen kann.

Dieser Verdrängungsgefahr sollte nach Möglichkeit wirtschaftspolitisch entgegengetreten werden. Der Verlust von Lösch-Betrieben beeinträchtigt die Industriestruktur einer Region empfindlich, da es sich hierbei um einen grundsätzlich anpassungsfähigen und vielfältigen Wirtschaftsbereich mit überdurchschnittlicher Produktivität, überdurchschnittlicher Arbeitskräftequalifikation und einem ebensolchen Lohnniveau handelt. In diesem werden die dispositiven Unternehmungsaufgaben zumeist am Produktionsstandort wahrgenommen, das strukturelle Problem der regionsexternen Kontrolle wird hier nur selten aufgeworfen. Und ebensowenig ausgeprägt ist die Gefahr von Betriebsstillegungen durch multiregionale Unternehmungen dieses Sektors. Gegenüber diesen positiven Struktureigenschaften sollte das kurzfristige Arbeitsplatzziel an Priorität verlieren. Nicht zuletzt auch deshalb, weil der Standortschwerpunkt der burgenländischen Lösch-Betriebe im nördlichen Burgenland liegt, wo die regionalen Arbeitsmarktprobleme leichter lösbar sind. Die räumliche Konzentration in Nordburgenland resultiert aus der günstigen Lage zur Wiener Agglomeration (bzw. innerhalb der Ostregion), wobei diese optimale Standorteigenschaft der Absatznähe sowohl durch geringe Transport- als auch Informationskosten, insbesondere aber durch den Distanzeinfluß auf das Nachfragevolumen begründet wird.

2.3 Arbeitskostenorientierter Sektor (Heckscher-Ohlin-Güter)

2.3.1 Produktionstechnologie, Arbeits- und Gütermarkt (Reifephase des Produktzyklus)

Zum arbeitskostenorientierten Sektor zählen jene Branchen, die Güter in einem arbeitsintensiven Produktionsprozeß in einer mehr/weniger beliebigen Billiglohnregion herstellen.

Dieser Sektor umfaßt ausschließlich Branchen der traditionellen Konsumgüterindustrie, und zwar werden diesem in einer 2-Steller-Codierung folgende Branchen zugeordnet: Erzeugung von Textilien und Textilwaren (33), Erzeugung von Bekleidung und Bettwaren (34), Erzeugung und Reparatur von Schuhen (35) sowie Erzeugung und Verarbeitung von Leder (36).

Im arbeitskostenorientierten Sektor ist der Produktionsprozeß durch arbeitsintensive Produktionsmethoden gekennzeichnet. In vielen Fällen ist die Produktionstechnologie ausgereift und die Produkt- und Prozeßentwicklung nahezu abgeschlossen. Die Standardtechnologien sind weltweit verbreitet, sodaß die Produktivität für einen bestimmten Ausrüstungstyp von Standort zu Standort nur wenig abweicht. Diese technologische Situation ist typisch für Produkte in der letzten Phase des Produktzyklus ("Reifephase"). So liegt die Arbeitsproduktivität des arbeitskostenorientierten Sektors der österreichischen Industrie (1980: 190.000 S Nettoproduktionswert je Beschäftigten) um ca. ein Viertel (-26,9%) unter

dem Industriedurchschnitt (Übersicht 46). Noch größer ist der Rückstand bei der Kapitalintensität, da in diesem arbeitsintensiven Sektor die Abschreibungen je Beschäftigten (1980: 12.360) um 40,6% weniger als im Durchschnitt der Industrie ausmachen. Tiefer liegt dann noch das sektorspezifische Produktivitätsniveau im Burgenland. Mit einem Nettoproduktionswert von 157.700 (1980) je Beschäftigten liegt es um 16,9% unter dem gesamtösterreichischen Sektorniveau und um 26,8% unter jenem der burgenländischen Industrie. Und ebenso kommt die burgenländische Kapitalintensität nicht an den Industriedurchschnitt heran. Die Abschreibungen je Beschäftigten machen im arbeitskostenorientierten Sektor des Burgenlandes (1980: 9.628) um 22,1% weniger als im österreichischen Sektordurchschnitt aus, wobei dieser (1980: 12.360) um weitere 40,6% unter den gesamtösterreichischen Industriedurchschnitt fällt.

In den siebziger Jahren hielt dieser arbeitsintensive Sektor im Burgenland mit der Produktivitätsentwicklung der gesamten burgenländischen Industrie Schritt, obwohl die Kapitalintensivierung unterdurchschnittlich verstärkt wurde (Übersicht 47). Der Nettoproduktionswert (zu laufenden Preisen) je unselbständig Beschäftigten nahm zwischen 1971 und 1980 um 99,9% zu und die (nominellen) Abschreibungen für Ausrüstungen je unselbständig Beschäftigten erhöhten sich um 52,0% (Österreich 159,2%). Der Grund für die günstige Produktivitätsentwicklung liegt in der zurückhaltenden Arbeitskräftenachfrage der Unternehmungen, die den Beschäftigtenstand zwischen 1970 und 1981 (zum Unterschied von der gesamten burgenländischen Industrie) kaum (insgesamt um 1,9%) auswei-

teten (Ausnahme: Textilindustrie). In der burgenländischen Bekleidungsindustrie wurde die Beschäftigung sogar um 23,3% verringert. Es handelte sich um eine "defensive Produktivitätssteigerung" (nach H.Walter, 1983), die durch Faktorfreisetzungen infolge geschrumpfter Nachfrage hervorgerufen wurde. Dabei sei nochmals auf den Unterschied zwischen wirtschaftlichen Zentralräumen und Randregionen hingewiesen. In den letzteren fällt der Beschäftigungsabbau oftmals mit einer Stillegung der Betriebsstätten zusammen, während in den Kernräumen die Beschäftigten viel öfter unter Fortbestand der Betriebe wegrationalisiert werden.

Allerdings entwickelte sich der technische Fortschritt nicht in allen Branchen des Sektors einheitlich. Während sich in der Bekleidungsindustrie keine großen Möglichkeiten zu Produktivitätsfortschritten geboten haben, konnten in manchen Textilbereichen (etwa im Primärtextilbereich) durch Rationalisierungsinvestitionen große Produktivitätsfortschritte erzielt werden (OECD, 1983). Auch in der österreichischen Textilindustrie wuchs in den siebziger Jahren die Mannproduktivität rascher (mittlere jährliche Wachstumsrate zwischen 1970 bis 1973: 6,8% und zwischen 1973 bis 1980: 3,9%) als in der Gesamtindustrie (4,8% bzw. 3,1%). In der Textilindustrie wirken die Skaleneffekte größerer Produktionseinheiten stärker als in den übrigen Branchen des arbeitskostenorientierten Sektors und dementsprechend sind auch die Konzentrationstendenzen ausgeprägter. Und ähnlich wie die Veränderung ist auch das Niveau von Arbeitsproduktivität (1980: 214.000 S) sowie Kapitalintensität (Abschreibungen je Beschäftigten: 18.760 S) in der österreichischen

Textilindustrie innerhalb des arbeitsintensiven Sektors am größten, ohne hierbei aber den Industriedurchschnitt Österreichs zu erreichen. Der Modernisierungsgrad des Produktionsapparates der österreichischen Textilindustrie bleibt offenkundig hinter manchen Industriestaaten zurück, wo die mittlere Kapitalintensität in der Textilindustrie jener der Gesamtindustrie entspricht (OECD, 1983). Bezeichnenderweise konnte die Textilindustrie des Burgenlandes mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Der Produktivitätsfortschritt erreichte in der burgenländischen Textilindustrie (nominelle Veränderung zwischen 1971/1980: 52,3%) nur das halbe Ausmaß der österreichischen Textilindustrie.

Der operative Arbeitsprozeß ist in viele einzelne, einfache und repetitive Arbeitsschritte zerlegt. Die Zerlegung des Produktionsprozesses ist hinreichend weit vorangetrieben, sodaß bei den hiezu erforderlichen Arbeitskräften keine besondere Ausbildung vorausgesetzt wird. Eine kurze Zeit der Einarbeitung reicht aus, um den Qualifikationserfordernissen zu genügen. Noch viel weniger benötigen die Betriebe wissenschaftlich-technisches Personal, da es kaum Forschungs- und Entwicklungsaufgaben gibt. Dementsprechend gering ist das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Der Qualifikationsindex ist im arbeitskostenorientierten Sektor unter allen Sektoren am niedrigsten (Übersicht 46). Hier entfallen in der Industrie Österreichs 30,4% der Beschäftigten auf Angestellte oder Facharbeiter, während in der gesamten Industrie 39,5% der Beschäftigten diesen Status einnehmen. Mit den bescheidenen Qualifikationsanforderungen geht eine Nachfrage nach Randbelegschaften einher, was sich in einer

starken Frauen- und Ausländerbeschäftigung niederschlägt. In Österreich sind fast 3/4 (72,5%) der Beschäftigten des arbeitskostenorientierten Sektors Frauen, wobei das Spektrum von 59,3% (Textil) bis 87,0% (Bekleidung) reicht.

Somit führen also die technologischen Gegebenheiten des arbeitskostenorientierten Sektors zur Ausbildung von externen sekundären Arbeitsmarktsegmenten. Dementsprechend werden in einer OECD-Studie (1983) die Arbeitskräfte in der Textil- und Bekleidungsindustrie folgendermaßen charakterisiert: hoher Frauenanteil, niedrige Skill-Intensität, niedrige Löhne und regionale Konzentration. Dementsprechend ist weiters der gewerkschaftliche Organisationsgrad geringer als im Industriedurchschnitt. Beispielsweise sind in der amerikanischen Bekleidungsindustrie 37% der Beschäftigten Mitglieder einer Gewerkschaft, in der gesamten Industrie der USA hingegen 49% (OECD, 1983).

Durch die geringe Kapitalintensität existieren nur wenig Eintrittsbarrieren in den Gütermarkt. Die mindestoptimale Betriebsgröße ist sehr klein, sie beträgt in der Bekleidungsindustrie weniger als 1% des Branchen-Outputs und übersteigt in der Textilindustrie nur in wenigen Teilbereichen die 5%-Marke (D.C.Elliot-R.H.Gleed, 1980). Es überwiegen zahlreiche kleine und mittelgroße, hauptsächlich im Familienbesitz befindliche Unternehmungen. Der Konzentrationsprozeß hat sich zwar in der Textilindustrie, kaum aber in der Bekleidungsindustrie verstärkt. In der Bekleidungsindustrie geht in den führenden Ländern (z.B. Italien,

teilweise USA und Frankreich) der Trend zu komplexen, aber sehr flexiblen Produktionssystemen, bei welchen kleine Zulieferfirmen mit Kontraktunternehmen und Verteilerorganisationen netzwerkartig verknüpft sind (OECD, 1983). In Österreich ist die mittlere Betriebsgröße des arbeitskostenorienierten Sektors relativ hoch, mit 104,5 Beschäftigten je Betrieb entspricht sie etwa dem österreichischen Industriedurchschnitt (Übersicht 46). Noch größer ist die mittlere Produktionskapazität im Burgenland (194,6 Beschäftigte pro Betrieb), wo sie sowohl die mittlere Betriebsgröße des österreichischen Sektors (Regionalfaktor: 186,2) als auch den Industriedurchschnitt des Bundeslandes (140,2 Beschäftigte) übertrifft. Hier stellt der arbeitskostenorientierte Sektor die größten Industriebetriebe des Landes.

Durch die Vielzahl der Anbieter ist die Konkurrenzsituation durch einen Preiswettbewerb geprägt; und zwar in einem Markt, auf dem die Einkommenselastizität gering und die Preiselastizität hoch ist. Für Bekleidungsgüter ist die Einkommenselastizität im Durchschnitt kleiner als eins, sodaß ihr Anteil an den gesamten Haushaltsausgaben mit zunehmenden Pro-Kopf-Einkommen zurückgeht. In Österreich betrug 1960/61 der Anteil von Bekleidung/Schuhe am gesamten privaten Konsum 12,6% (zu laufenden Preisen) und 1978/79 11,5%. Darüberhinaus verfielen in den meisten OECD-Ländern in den letzten zwanzig Jahren die relativen Preise für Bekleidungsgüter; so auch in Österreich. In Österreich nahm der Preisdeflator für die gesamte Industrie (Basis 1976) zwischen 1971 und 1981 um 84,4% zu, für die Ledererzeugungsindustrie hingegen um 81,0%, für die

Bekleidungsindustrie um 69,3%, für die Lederverarbeitungsindustrie um 48,5% und für die Textilindustrie um 42,4%. Für den burgenländischen Sektor dürfte sich die prekäre Preissituation noch mehr zuspitzen, hier dürfte die Preiselastizität, auf Grund der Geringwertigkeit der Produkte, besonders hoch sein. Der mittlere Mengeneinheitswert der wichtigsten Produkte der Textil- und Bekleidungsindustrie erreicht nämlich im Burgenland nur ungefähr ein Drittel (Regionalfaktor: 31,6) des österreichischen Wertes (Übersicht 16). Ein solches Gefälle in der Wertigkeit der Produkte ist in keinem anderen Sektor auch nur annähernd festzustellen.

Mit der Standardisierung des Produktes ist zugleich auch die Marktdurchdringung ziemlich weit fortgeschritten. Die Produkte sind allgemein bekannt, die Kommunikationsnähe zur intensiven Erschließung eines Absatzmarktes hat keine Bedeutung. Da bei dem geringen Gewicht der Güter die Transportkosten ebenfalls keine Rolle spielen, kommt den Transport- und Informationskosten keine Eigenschaft als "Standortfaktor" zu. Damit fällt auch die räumliche Begrenzung im Bezugs- und Absatzmarkt weg. Für den arbeitskostenorientierten Sektor trifft eine hohe Außenhandelsverflechtung zu (Übersicht 48). Für die meisten Fachverbände dieses Sektors liegt die Exportquote (1981) um 70% (Textil: 75,5%, Lederverarbeitung: 72,6%, Ledererzeugung: 71,7%). Nur die Bekleidungsindustrie hat einen deutlich geringeren Exportanteil (31,6%); hier dürfte wegen der vielen Kleinstbetriebe und der nationalen Geschmacksunterschiede noch am ehesten eine Begrenzung der Absatzradien gegeben sein. Für den Sektor

zusammengenommen ist die Exportquote (60,0%) unter allen Sektoren am größten.

Der Exportwert wird aber, wie in vielen anderen Industriestaaten (z.B. BRD, Großbritannien, Niederlande) vom Importwert übertroffen. In Österreich betrug 1982 das Export/Import-Verhältnis des arbeitskostenorientierten Sektors 93,3%. Die hohen Importe führen zu einem niedrigen inländischen Marktanteil, welcher mit 37,4% unter allen Sektoren am geringsten ist; er variiert in den dazugehörigen Fachverbänden zwischen 21,9% (Ledererzeugung) und 59,1% (Bekleidung). Besonders auffällig ist der Wandel in der Außenhandelsintensität, wobei die Binnenmarktanteile (und hier auch in der Bekleidungsindustrie) sehr stark zurückgegangen sind. Am österreichischen Markt verlor der arbeitskostenorientierte Sektor zwischen 1961 und 1981 einen Marktanteil von 46,6 Prozentpunkten, und zwar vor allem an die weniger entwickelten Billiglohnstaaten. Die jährliche Wachstumsrate des Exports aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer betrug im Durchschnitt des Zeitraumes 1955/1979 für die Bekleidungsgüter 28,6% (gesamter Welthandel: 17,0%).

2.3.2 Standortfaktoren

Aus den bisherigen Eigenschaften des arbeitskostenorientierten Sektors folgt, daß die Standortanforderungen für die Produktionsstandorte sehr einfach sind. Wegen der vernachlässigbaren Transportkostenintensität benötigen die Betriebe weder eine Rohstoff- noch eine Absatzmarktnähe.

Ein günstiger Standort in Agglomerationsnähe aus einem Informations- und Marketinggesichtspunkt heraus, ist auch nicht erforderlich. Und ebensowenig sind die Produktionsbetriebe auf externe Effekte in den Arbeitsmärkten (keine spezialisierten Arbeitsmarktregionen, keine localisation economies) angewiesen. Es sind gewissermaßen neoklassische Bedingungen gegeben, bei welchen den Faktorkosten die standortbildende Funktion zukommt. Sie werden zu einem entscheidenden Standortfaktor. In einem arbeitsintensiven Sektor stellen dabei selbstverständlich die Arbeitskosten das ausschlaggebende Kriterium dar. Für Produktionsstätten sind jene Standorte optimal, wo die Arbeitskosten ein Minimum sind.

Arbeitskostengünstige Standorte sind tendenziell regionale Arbeitsmärkte mit einem strukturellen Arbeitskräfteüberschuß, d.h. der Angebotsüberhang ist durch regionale Mobilität nicht völlig abzubauen. Ein Teil der Arbeitskräfte kann nur Arbeitsplätze in der Umgebung der Wohnorte annehmen, ihr Arbeitsmarktverhalten ist regional immobil. In den westlichen Industriestaaten findet sich diese Arbeitsmarktsituation in den agrarischen Randgebieten. Dort ergibt sich der Arbeitskräfteüberschuß vor allem durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft, wo auf Grund der Produktivitätsfortschritte Arbeitskräfte freigesetzt werden, und durch die (im Vergleich zu den Agglomerationen) geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen. Während die Männer auf fehlende Arbeitsplätze in den agrarischen Wohnregionen vor allem durch Auspendeln reagieren, können die Frauen, wenn sie verheiratet sind und Kinder haben, diesen Weg oftmals nicht beschreiten. Sie stellen eine Art industrielle Reserve-

armee dar, und sind auch zu relativ niedrigen Löhnen bereit, in ein Arbeitsverhältnis einzutreten. So wird das weibliche Arbeitskräftepotential als eine der wichtigsten Determinanten für die geographische Dezentralisierung der industriellen Arbeitsplätze in den letzten beiden Dekaden (insbesondere zwischen der Mitte der sechziger und der siebziger Jahre) angesehen (D.Massey, 1983).

Arbeitskraft ist also in den agrarischen Randgebieten ein reichlich vorhandener Produktionsfaktor. In der Theorie des internationalen Handels basiert das sog. Faktor-Ausstattungstheorem (Heckscher-Ohlin) auf den nationalen Unterschieden in der Ausstattung mit den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit: Jedes Land spezialisiert sich auf die Produktion von jenen Gütern, bei welcher der überschüssige Produktionsfaktor intensiv benutzt wird. Diese werden exportiert und Güter mit einer hohen Faktorintensität des knappen Faktors werden importiert (intersektoraler Außenhandel). So weist ein Land mit einem Arbeitskräfteüberschuß in der Herstellung eines arbeitsintensiven Produktes ein niedrigeres Lohn-Zinssatz-Verhältnis und einen niedrigeren Produktpreis auf als ein kapitalreiches Land. Gemäß dieser internationalen Arbeitsteilung erzeugten in der Vergangenheit die Entwicklungsländer Rohstoffe und Nahrungsmittel und die Industriestaaten industrielle Fertigprodukte. Diese intersektorale Arbeitsteilung besteht zwar auch heute noch, doch sind andere Produkte hinzugekommen. So erzeugen die Schwellenländer mehr und mehr traditionelle Konsumgüter und kaufen von den Industrieländern mehr technologisch-komplexe Investitionsgüter. Wenn man diese Aussagen

der Außenhandelstheorie auf die regionale Ebene transformiert, dann müßten die agrarischen Randregionen hauptsächlich arbeitsintensive Produkte erzeugen, welche sie in anderen Regionen (etwa Agglomerationen) verkaufen, während sie kapitalintensive Güter von auswärts beziehen.

Auf Grund dieser Hypothesen und der zugrundeliegenden Annahmen werden wir den arbeitskostenorientierten Sektor auch als Heckscher-Ohlin-Sektor bezeichnen. Auf regionaler Ebene trifft hier zu, was auf internationaler Ebene unterstellt und abgeleitet wurde: regionale Faktorausstattungsunterschiede wegen Beschränkung in der regionalen Mobilität, keine Begrenzung der Absatzmärkte bzw. Unabhängigkeit der Nachfrage vom Produktionsstandort (entspricht in der Außenhandelstheorie der Annahme, daß alle Konsumenten dieselbe Nutzenfunktion haben) und Transferierbarkeit der Produktionstechnologie (entspricht der Annahme, daß die Technologie in allen Ländern dieselbe ist).

Das Burgenland stellt für den Heckscher-Ohlin-Sektor eine günstige Standortregion dar. Hier ist die Stellenandrangziffer überdurchschnittlich (Arbeitslose je offene Stelle im Jahresdurchschnitt 1980: 2,5 gegenüber 1,5 in Österreich) und hier ist die weibliche Erwerbsquote immer noch unterdurchschnittlich (26,7 gegenüber 33,5 in Österreich). Es ist ein Bundesland mit einem strukturellen Arbeitskräfteüberschuß und einem niedrigen Lohnniveau. So liegt der Personalaufwand je Beschäftigten des arbeitskostenorientierten Sektors im Burgenland um 13,1% unter Österreich, dessen Personalaufwand seinerseits (1980: 146.600 S je

Beschäftigten) um 21,5% niedriger als im Industriedurchschnitt ist (Übersicht 46).

Die Lohn- und Gehaltsaufwendungen im burgenländischen Heckscher-Ohlin-Sektor machen somit pro Beschäftigten nur etwa zwei Drittel (68,2%) des österreichischen Industriedurchschnitts aus. Auf Grund dieser Standortvorteile nimmt dann auch dieser Sektor in der burgenländischen Industriestruktur die größte Bedeutung ein. Fast die Hälfte aller burgenländischen Industriebeschäftigten (48,3%) ist im Heckscher-Ohlin-Sektor beschäftigt (Übersicht 43). Seine dominierende Stellung ist seit Beginn der Industrialisierung gegeben. Bereits zur Zeit der Eingliederung in Österreich arbeiteten etwa 50% der Industriebeschäftigten in diesen Branchen (K.Bachinger, 1973), allerdings mit einer anderen Allokationsstruktur als heute; früher kam in diesem Sektor eindeutig der Textilindustrie das größte Gewicht zu. Die damaligen Gründungen der Textilbetriebe sind auch nicht aus einem Heckscher-Ohlin-Erklärungszusammenhang heraus zu begründen. Vielmehr stellten sie absatzmarktorientierte Gründungen auf dem Boden Westungarns dar, wobei innerhalb des Absatzmarktes arbeitskostengünstige Regionen (in Randlage) gewählt wurden. Die Stellung der burgenländischen Textilindustrie hat sich mittlerweile deutlich abgeschwächt, nunmehr kommt der Bekleidungsindustrie der höchste Beschäftigungsanteil zu. Auch die Lederverarbeitungsindustrie stellt relativ viele Arbeitsplätze zur Verfügung. Beide Branchen breiteten sich erst in den letzten beiden Jahrzehnten als typische arbeitskostenorientierte Betriebsansiedlungen mit dem organisa-

torischen Status von Zweigbetrieben im Burgenland aus (vgl. Abbildung 9).

Auf die Problematik der arbeitskostenorientierten Betriebsansiedlungen wurde schon weiter vorne im Beschäftigungsabschnitt hingewiesen. An dieser Stelle sei nochmals hervorgehoben, daß ihr Wert kein struktur-, sondern ein arbeitsmarktpolitischer ist. Heckscher-Ohlin-Betriebe reichern die Wirtschaftsstruktur einer Region nicht an, sie fragen aber in nennenswertem Umfang Arbeitskräfte nach. Und in diesem Zusammenhang wiegt der Umstand umso schwerer, als das Burgenland (wie andere Agrarregionen der westlichen Industriestaaten) für Heckscher-Ohlin-Betriebe zunehmend komparative Standortnachteile aufweist. Durch die Konkurrenz der Billiglohnländer als Standortanbieter kommt den burgenländischen Heckscher-Ohlin-Betrieben eine hohe Stillegungswahrscheinlichkeit zu. Trifft dies zu, würde es dem regionalen Arbeitsmarkt im Südburgenland besonders hart zusetzen (Übersicht 44, Abbildung 10). Die periphere Lage hat diesen agrarisch strukturierten Teilraum (mit hohen Arbeitskräfteüberschüssen) für die Ansiedlung von Heckscher-Ohlin-Betrieben besonders attraktiv gemacht. In den Bezirken Jennersdorf und Oberwart sind die meisten industriell-gewerblichen Arbeitskräfte im Heckscher-Ohlin-Sektor beschäftigt, sie prägen dort eindeutig die nichtlandwirtschaftliche Wirtschaftsstruktur.

Der arbeitskostenorientierte Sektor läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: In dieser Branchengruppe werden im Burgenland vorwiegend billige Produkte in der Reifephase des Produktzyklus erzeugt. Sie werden auf internationalen Gütermärkten ausgetauscht, auf diesen herrscht bei einer Nachfrage mit geringer Einkommenselastizität und hoher Preiselastizität ein starker Preiswettbewerb vor. Die Produktionsprozesse sind standardisiert und arbeitsintensiv, sie werden hauptsächlich von unqualifizierten und weiblichen Arbeitskräften ausgeführt, die einem sekundären, externen Arbeitsmarktsegment zugehören. Auf Grund des hohen weiblichen Arbeitskräftepotentials stellte das Burgenland eine attraktive Standortregion für Ansiedlungen von Heckscher-Ohlin-Betrieben dar. Dieser Sektor hat für die burgenländische Industrie die größte Bedeutung, kann aber den strukturpolitischen Ansprüchen nicht genügen. Durch die Konkurrenz der Billiglohnländer verliert das Burgenland zunehmend seine Standortvorteile. Die Folge ist eine hohe Stillegungswahrscheinlichkeit, die insbesondere im Südburgenland große Arbeitsmarktprobleme hervorruft.

2.4 Agglomerationsorientierter Sektor (Thünen-Güter)

2.4.1 Standortfaktoren

Zum agglomerationsorientierten Sektor werden jene Branchen zusammengefaßt, bei denen heterogene Produktionstechnologien auf jeweils unterschiedlichen Standorten eingesetzt werden, wobei diese innerhalb eines Betriebsverbandes (z.B. Mehr-Betriebs-Unternehmung) netzartig um einen Agglomerationskern als Zentrum angeordnet sind.

Dieser Sektor setzt sich aus Branchen zusammen, die in einer ökonomischen Betrachtung ohne regionale Dimension zum technologischen Sektor (z.B. Monatsberichte, 1/1980) gezählt werden. Davon produzieren im Burgenland: EHV.Waren aus Gummi, Kautschuk (2-Steller 44), Erzeugung von Chemikalien und Chemischen Produkten (45), Bearbeitung von Metallen (52), Erzeugung von Metallwaren (53), Erzeugung von Maschinen (54/55), Erzeugung von Elektrischen Einrichtungen (56/57) und Erzeugung von Transportmitteln (58).

Diese Branchengruppe wird durch das Merkmal der technologischen Heterogenität begründet. In einem regionalökonomischen Kontext sind die technologischen Unterschiede insoweit wichtig, als damit unterschiedliche Standortanforderungen einhergehen. Auf Grund der Eignung der Standorte in bezug auf die Ausführung von bestimmten Technologien ergeben sich komparative Standortvor- und -nachteile. Entsprechend

diesen Standortaffinitäten sind die Betriebsstätten dieser Branchen (zumeist ihrer Mehr-Betriebsunternehmungen) auf Standorte mit unterschiedlicher Wertigkeit verteilt.

Technologie- bzw. Produktivitätsunterschiede dienten schon früh (D.Ricardo, 1817) als Bestimmungsfaktor für die Erklärung des internationalen Handels. Die Gründe der internationalen Unterschiede in den Produktionsfunktionen versuchten mehrere theoretische Ansätze, die unter der Bezeichnung "Neo-technologische Außenhandelstheorie" zusammengefaßt sind (N.Hood, St.Young, 1979), zu erforschen. Unter diesen kommt in einer regionalen Anwendungsebene der Produktzyklushypothese (R.Vernon, 1966; S.Hirsch, 1967) der höchste Erklärungswert zu.

Die Produktzyklushypothese baut auf Markteigenschaften auf. In ihrem Kern besagt sie, daß ein Produkt im Laufe eines "Lebenszyklus" verschiedene Monopolgrade auf seinen Absatzmärkten durchlaufe; und daß diese unterschiedlichen Absatzmöglichkeiten mit unterschiedlichen Produktionsbedingungen und Chancen zur Produktivitätssteigerung verbunden sind. Innovations-, Wachstums- und Reifephase sind jene drei Produktzyklus-Phasen, die sich durch jeweils spezifische Produktions-, Management- und Marktvoraussetzungen unterscheiden. Demzufolge beschreiten die Produkte auf ihrem Lebensweg einen Standort-Pfad, der idealtypisch von den Agglomerationskernen über die Agglomerationsränder bis hin zur Peripherie führt.

Für die Produkte des agglomerationsorientierten Sektors läuft dieser Phasen-Prozeß nicht ausschließlich in einem zeitlichen Nacheinander, sondern zunehmend häufiger in einem räumlichen Nebeneinander ab. Und zwar deshalb, weil die Produktion dieser Güter in die Produktion (einschließlich Planung) von Bestandteilen mit unterschiedlicher technologischer Komplexität zerlegt ist. Sie werden in verschiedenen Standorten hergestellt und beschleunigen dadurch gewissermaßen den Produktzyklus.

Bestandteile, die zur Kern- oder Schlüsseltechnologie gehören, und deshalb die Standortanforderungen der Innovationsphase voraussetzen, werden in den Agglomerationskernen (von entwickelten Industriestaaten) erzeugt. Hier finden die Unternehmungen in hinreichender Weise hochqualifizierte Arbeitskräfte für die Ausführung von betriebsinternen Entwicklungs- und Produktionsaufgaben vor, und können darüberhinaus, wenn Spezialprobleme zu lösen sind, mühelos auf betriebsexterne Spezialisten zugreifen. Diese Zugänglichkeit zu vielfältigen "service industries" sowie ein kaufkräftiger Absatzmarkt und ein dichtes Informationsnetz sind jene "urbanisation economies", welche die Kernräume der Agglomerationen zu bevorzugten Standorten für technologisch hochwertige Produktionen machen.

Hingegen werden die Komponenten der Randtechnologie, sofern sie lediglich einfache und routinisierte Produktionsmethoden benötigen, außerhalb der Agglomerationskerne hergestellt. Und zwar dort, wo erstens die Standortfaktoren der Reifephase, nämlich die Verfügbarkeit von billigen

Arbeitskräften, zu günstigen Bedingungen vorhanden sind; und zweitens, eine gewisse Nähe zu den Standorten der Weiterverarbeitung (z.B. Assemblingstätten) und/oder zum zentralen Standort der Kerntechnologie gegeben ist. Eine gute Erreichbarkeit über Personenverkehrssysteme ist deshalb wichtig, weil die interregionale Arbeitsteilung der Produktion eine hohe Kontakt- und Kontrollintensität erfordert. In bezug auf die Lage der dezentralen Betriebsstätten kann eine äußere Reichweite von etwa 1 1/2 Stunden zur Zentrale angenommen werden. Diese Schwelle steckt hinsichtlich der interregionalen Arbeitsteilung der Produktion einen Kreis mit einem Radius von ungefähr 100 km ab. In der internationalen Ausprägung der Komponentenerzeugung (neue internationale Arbeitsteilung) ist das Flugnetz das adäquate Personenverkehrssystem, weshalb für die dezentralen Produktionsstätten eine "terminalorientierte" Standortwahl (am Rande von Großstädten) in nicht-höchstentwickelten Industriestaaten getroffen wird.

Dieselbe Problemstellung der standörtlichen Produktionsspezialisierung hat H.v.Thünen (1850) zum erstenmal grundlegend für die Landwirtschaft analysiert. Auch bei ihm ging es um eine optimale Zuordnung von Technologien (Produktionsfunktionen) auf Standorte mit unterschiedlichen Eigenschaften (bei Thünen: Nähe zu einer Stadt als Absatzzentrum), wobei er die optimale Standortnutzung als Funktion der Bodenrente ableitete. Wegen dieser analytischen Wurzel werden wir den agglomerationsorientierten Sektor auch als "Thünen-Sektor" bezeichnen.

Im Thünen-Sektor kommen die Standortunterschiede zwischen dem Burgenland und dem übrigen Österreich sehr deutlich zum Ausdruck. Die Standorteignung des Burgenlandes beschränkt sich hauptsächlich auf die Produktion von ausgereiften Komponenten. Während in Österreich fast die Hälfte der Industriebeschäftigten auf den Thünen-Sektor entfällt, nimmt dieser in der burgenländischen Industriestruktur lediglich ein Fünftel (1980: 21,2%) der Beschäftigten ein (Übersicht 43). Die burgenländischen Betriebe der Thünen-Branchen gehen großteils auf Betriebsansiedlungen zurück. Ihre Ansiedlungswelle erreichte in den siebziger Jahren einen Höhepunkt, wobei fast die Hälfte der Gründungen in die Jahre 1976 bis 1978 fiel. Die unselbständigen Industriebeschäftigten dieser technischen Branchen nahmen zwischen 1971 und 1980 um das Dreifache (Veränderungsrate: 52,3%) des burgenländischen Industriedurchschnitts zu (Übersicht 47).

Wegen der ungünstigeren Ausprägung des Standortfaktores "Lage zum Zentrum" kommt den Thünenbranchen im Südburgenland eine unterdurchschnittliche Bedeutung zu (Übersicht 44 und 45, Abbildung 10). Im Bezirk Jennersdorf spielen sie bereits eine völlig untergeordnete Rolle (8,4% der Bezirks-Beschäftigten in der Sachgüterproduktion). Fast drei Viertel (71,9%) der industriell-gewerblichen Arbeitsplätze des burgenländischen Thünen-Sektors befinden sich in den Bezirken Neusiedl/See, Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf. Der Thünen-Sektor spielt im Nordburgenland nach dem Lösch-Sektor für die industriell-gewerbliche Beschäftigung die größte Rolle. Der Bezirk Oberpullendorf weicht hievon insofern ab,

als hier der Lösch-Sektor keine größere Bedeutung hat, es dafür aber in bezug auf den Thünen-Sektor zu Wien offensichtlich günstig entfernt liegt. Die Entfernung ist nicht so groß, daß die Vorteile niedrigerer Arbeitskosten durch erhöhte Kontroll- und Transportkosten wettgemacht werden, und umgekehrt liegt es auch nicht so nah, daß die Arbeitskosten nicht mehr in der Nähe des unteren Gefällsrandes liegen. Im Bezirk Oberpullendorf ist diese Branchengruppe des Thünen-Sektors für die Beschäftigtenstruktur der Sachgüterproduktion (39% Beschäftigtenanteil) mit Abstand am wichtigsten.

2.4.2 Struktureigenschaften

An sich handelt es sich um eine hochentwickelte, außenhandelsorientierte Branchengruppe (Übersicht 48). So beträgt die Exportquote des österreichischen Thünen-Sektors 59,6% (1982) gegenüber 47,0% im gesamten Industriedurchschnitt (ohne Erdöl) und der Binnenmarktanteil ist mit 39,9% relativ klein (gesamte Industrie: 51,9%). Am Österreichmarkt hat der Thünen-Sektor an Bedeutung verloren, wenngleich die Marktanteilsverluste (1961 bis 1981: -19,1%) bei weitem nicht das Ausmaß der Heckscher-Ohlin-Branchen angenommen haben. Die Waren des Thünen-Sektors zählen zu jenen Sparten, die für die Länder der "Ersten und Zweiten Welt" als zukunftsträchtig eingeschätzt werden (positive RCA-Werte). Schließlich sind auch die Mengeneinheitswerte der Thünen-Waren höher als für viele Waren der anderen Sektoren. Für Österreich stellen sich dabei allerdings gewisse Strukturprobleme. Mehrere Untersuchungen der Außenhandelssta-

tistik kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Österreich bei diesen technologie- und humankapitalintensiven Produkten komparative Nachteile im Außenhandel aufweist, wobei diese im Handel mit hochentwickelten Industrieländern besonders ausgeprägt sind (siehe F.Breuss, 1983).

Ein weiteres wichtiges Kennzeichen für den Thünen-Sektor ist der hohe Qualifikationsstandard der Arbeitskräfte (Übersicht 46). Der Anteil der Angestellten plus Facharbeiter an den gesamten Beschäftigten (48,6%) ist ähnlich hoch wie im Lösch-Sektor, und zwar um ca. 10 Prozentpunkte über dem österreichischen Industriedurchschnitt. Damit sind höhere Löhne und Gehälter sowie ein leicht überdurchschnittliches Produktivitätsniveau verbunden. Im Durchschnitt kommt auf einen Beschäftigten dieses Sektors ein um 17,2% höherer Personalaufwand und eine um 5,4% höhere Arbeitsproduktivität als in der gesamten Industrie. Es paßt in diesen Zusammenhang, daß die Frauen an der Beschäftigtenstruktur des Thünen-Sektors im österreichischen Durchschnitt zu schwach (-37,7%) repräsentiert sind.

Diese Österreich-Merkmale treffen jedoch in dieser Ausprägung für das Burgenland nicht zu. Auf Grund der weniger komplexen Technologie weichen die Regionalfaktoren deutlich von 100 ab. Der Qualifikationsindex des burgenländischen Thünen-Sektors liegt um 27%, der Personalaufwand je Beschäftigten um 19,3% und die Arbeitsproduktivität um 11,3% unter dem österreichischen Sektordurchschnitt. Schließlich ist im burgenländischen Thünen-Sektor der Frauenanteil um ein Viertel höher als im gleichen österreichischen Sektor. Die burgenländischen Thünen-Betriebe gehen eben

großteils auf Ansiedlungen zurück, die an einem billigen, insbesondere weiblichen Arbeitskräftepotential interessiert waren.

Am größten ist aber die burgenländische Abweichung in der Betriebsgröße. Da im burgenländischen Thünen-Sektor kaum komplette Produktionsprogramme, sondern nur Bestandteile erzeugt werden, genügen diesen Zweigbetrieben kleine Betriebskapazitäten. Im agglomerationsorientierten Sektor entspricht die mittlere burgenländische Betriebsgröße (60,9 Beschäftigte) nur der halben österreichischen Kapazität. Im Falle einer interregionalen Arbeitsteilung sind demnach die Arbeitsplatzeffekte eines Thünen-Betriebes in der Regel viel geringer als jene eines Heckscher-Ohlin-Betriebes. Dies gilt natürlich auch im negativen Sinn. Eine Stilllegung im Thünen-Bereich höhlt den Arbeitsmarkt einer Region vergleichsweise schwächer aus.

Auch im Thünen-Bereich existiert (wie im Heckscher-Ohlin-Bereich) für das Burgenland die Gefahr der Standortentwertung. Die bisherigen komparativen Standortvorteile des Burgenlandes werden im Thünen-Sektor aber nicht durch Billiglohnländer bedroht, sondern durch Agglomerationskerne. Und zwar dann, wenn eine bisherige Produktionslinie aus technisch-ökonomischen Gründen eingestellt wird. Für neue, weniger ausgereifte Produktionen besitzen die burgenländischen Standorte wegen der mangelhaften Ausprägung wichtiger externer Effekte Standortnachteile. Die potentielle Stillegungsgefahr für die burgenländischen Zweigbetriebe des Thünen-Sektors geht also von unternehmensinternen Umstrukturierungsmaßnahmen aus.

Zusammenfassend ist der agglomerationsorientierte Sektor durch eine technologische Heterogenität gekennzeichnet. Diese ist mit unterschiedlichen Standortansprüchen verbunden und hat zu einer interregionalen Arbeitsteilung der Produktion geführt. Dabei werden im Burgenland hauptsächlich ausgereifte Bestandteile bzw. Komponenten der Randtechnologie von Mehr-Betriebs-Unternehmungen erzeugt. Der Thünen-Sektor entwickelte sich im Burgenland vorwiegend durch Betriebsansiedlungen während der siebziger Jahre. Sie konzentrierten sich auf das nördliche und mittlere Burgenland, weil hier als Standortfaktoren billige Arbeitskräfte in Kombination mit einer relativ günstigen Lage zum Agglomerationskern Wien wirkten. Die Thünen-Ansiedlungsbetriebe tragen ebenfalls ein Stillegungsrisiko, welches insbesondere bei unternehmensinternen Umstrukturierungsmaßnahmen akut wird. Neue Produktionslinien werden zumeist in zentralen Standorten bei gleichzeitiger Stillegung der peripheren Betriebe errichtet.

3. Überlegungen zu einem Konzept der Verbesserung der regionalen Industriestruktur

3.1 Strategisches Grundkonzept

Die Analyse (vor allem jene der Branchengruppen) hat ergeben, daß die burgenländische Industrie erhebliche Strukturmängel aufweist. Diese treten hauptsächlich in drei Problembereichen auf, wovon zwei eine einzelwirtschaftliche (mikroökonomische) und einer eine gesamtwirtschaftliche (makroökonomische) Dimension haben. Die mikroökonomische Problemlage besteht in der mangelnden Anpassung der Betriebe an geänderte wirtschaftliche Umweltbedingungen. Die Anpassungsschwächen unterscheiden sich je nach dem, ob es sich um (endogen kontrollierte) einheimische Betriebe oder um (exogen) von auswärtigen Unternehmenszentralen gesteuerte Betriebe handelt. Der makroökonomische Strukturmangel basiert auf der geringen Verflechtung der Wirtschaft und läßt das Burgenland als einen unselbständigen, unzusammenhängenden Wirtschaftsraum erscheinen.

Das mikroökonomische Strukturmanko geht bei den endogenen (also einheimischen) Entwicklungskräften auf die unzureichende Anpassungsfähigkeit der Unternehmungen zurück und begründet (1) das Innovationsproblem. Die mangelnde Innovationsfähigkeit gilt einmal für bestehende Unternehmungen, wie sich bei der Analyse des rohstofforientierten (Ricardo-) und des absatzmarktorientierten (Lösch-)Sektors herausgestellt hat. Zum anderen wird das regionale Innovationspotential des Burgenlandes auch

durch Unternehmungs-Neugründungen nicht entscheidend verbessert. Für know-how-intensive (endogene) Erstgründungen stellen die fehlenden Agglomerationseffekte (urbanisation economies) des Burgenlandes ein schwerwiegendes Gründungs- und Existenzhindernis dar. Für die vorhandenen burgenländischen Industriebetriebe wiederum stellt sich das Problem der längerfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Zumeist können sie in einem Produktwettbewerb mit großstädtischen österreichischen Unternehmungen (bei Ricardo-Gütern) oder mit ausländischen Unternehmungen (bei Lösch-Gütern) nicht Schritt halten. Sobald der Verdrängungsdruck stark wird, sind sie in ihrer Existenz gefährdet.

Diese Verdrängungsgefahr ist bei homogenen Gütern in rezessiven Wirtschaftsphasen prinzipiell größer, weil dann bei stagnierender oder schrumpfender Gesamtnachfrage ein erbitterter Kampf um Marktanteile geführt wird. Diese Umstände treffen für Ricardo-Güter mit einer höheren Wahrscheinlichkeit als für Lösch-Güter zu. Bei nicht-homogenen Gütern ist die Substitutions- und Verdrängungsgefahr eher in wirtschaftlichen Boomphasen stärker, da dann die höhere heimische Kaufkraft für auswärtige Unternehmungen ein Anreiz sein kann, Marktexpansionsstrategien einzusetzen. Diese Verdrängungsvariante gilt insbesondere für den Lösch-Sektor.

Bei den exogenen Entwicklungskräften, die über Betriebsansiedlungen wirken, resultiert das burgenländische Strukturproblem aus dem fehlenden Anpassungswillen und begründet <u>(2) das standörtliche Persistenzproblem</u>

(Stillegungsgefahr). Auswärtige Zweigbetriebe benützen eine bestehende Regionalstruktur ohne sie zu verändern. Etwaige Änderungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Region veranlassen das Management multiregionaler Unternehmungen nicht etwa zu betriebsinternen, sondern zu standörtlichen Anpassungen. Im technologisch-agglomerationsorientierten (Thünen-) und im arbeitskostenorientierten (Heckscher-Ohlin-)Sektor reagieren die Unternehmungen auf eine komparative Verschlechterung der Standortbedingungen (in bezug auf bestimmte, gewissermaßen als fix angenommene Produktionen) mit einer Betriebsstillegung. Die stillgelegte Produktion wird dann entweder in Billiglohnländern (bei Heckscher-Ohlin-Gütern) oder in Agglomerationskernen (bei Thünen-Gütern) wieder bzw. unter anderen technischen Gegebenheiten aufgenommen.

Zu diesen mikroökonomischen Anpassungsproblemen kommt schließlich noch ein regionalwirtschaftlicher Strukturnachteil: Zwischen den burgenländischen Industrie- bzw. Gewerbebetrieben besteht kein intensiver Leistungsaustausch. Der Verflechtungsgrad der burgenländischen Industriestruktur ist sehr lose (eine Eigenschaft, die im internationalen Maßstab wirtschaftlich wenig entwickelten Gesellschaften zugeschrieben wird). Diese Verhältnisse hängen teilweise mit dem Produktionsprogramm sowie dem unselbständigen Organisationsstatus der Betriebe und teilweise mit der stark gestreuten Standort-Verteilung der Betriebsstätten sowie der mangelhaften Infrastrukturausstattung bzw. -erschließung zusammen. Sie begründen <u>(3) das regionalwirtschaftliche Integrationsproblem.</u>

Keines der drei strukturellen Problemfelder kann mit einer "einfachen" Strategie (durch ein Instrument) gelöst werden. Die burgenländischen Entwicklungskräfte sind meines Erachtens so gering, daß das Problem der betrieblichen Strukturanpassung nicht ausschließlich und sofort mit einer endogen adressierten Wirtschaftspolitik beseitigt werden kann. Das in der gegenwärtigen regionalpolitischen Diskussion favorisierte Konzept einer "endogenen Entwicklung" mag zwar als Zielorientierung dienen. Nur fehlen im Burgenland (wie auch in anderen Problemregionen) die Voraussetzungen für eine kurze Reaktionszeit der einheimischen Unternehmer auf solche strukturpolitischen Instrumente. Davon abgesehen kann auch bis zu ihrem Einsatz eine längere Zeitdauer verstreichen. Es kann nicht gewartet werden, bis das regionale Innovationspotential durch Entfaltung der einheimischen Produktivkräfte auf ein wettbewerbsfähiges Niveau gehoben ist. Zuviele burgenländische Betriebe könnten diese Durststrecke nicht überstehen.

Meiner Einschätzung nach ist die burgenländische Wirtschaft in der raschen Anwendung moderner Technologien - zumindest vorübergehend - auf eine auswärtige Hilfe angewiesen. Durch einen vorübergehenden Technologieimport soll der Prozeß abnehmender Wettbewerbsfähigkeit burgenländischer Industriebetriebe eingedämmt werden. Dadurch werden die endogenen Kräfte stabilisiert und bis zu einem gewissen Grad effizienter. Zugleich gewinnt man jene Zeit, die man zur Ausreifung von endogenen Entwicklungsprogrammen braucht. Denn letztlich sollte eine imitative (nachbildende) Technologiestrategie nur eine Zwischenstufe sein, bis eine Wirt-

schaftsregion selbst in die Lage kommt, "originäre" Innovationen hervorzubringen. Selbstverständlich sind damit keine Basisinnovationen, die ganze Industriezweige begründen können, gemeint, sondern hauptsächlich bedarfsgerechte Anpassungen und Weiterentwicklungen von bestehenden Technologien.

Die exogene Know-how-Unterstützung kann aber sicherlich nicht von den traditionellen Betriebsansiedlungen erwartet werden. Eine Regionalpolitik der sechziger und siebziger Jahre scheidet nunmehr als problemgerechte Entwicklungsstrategie aus. Mehr noch, die Wirtschaftspolitik sollte den akuten und latenten Negativfolgen der arbeitskostenorientierten Betriebsansiedlungen entgegenwirken. Und auch hier, in der Beseitigung der Gefahr der Stillegung von Zweigbetrieben, soll langfristig eine endogene Zielorientierung angestrebt werden. Schließlich haben burgenländische Unternehmungen nicht diese Standortflexibilität wie multiregionale Konzerne und suchen nicht ständig nach alternativen Standorten. Sie haben ferner auch nicht jene Größenwachstumsziele wie multiregionale Konzerne, sodaß für sie das Absatzpotential eines burgenländischen Standortes (z.B. für eine Lösch- oder Ricardo-Produktion) auch dann noch tragbar erscheint, wenn es für einen Großkonzern nicht mehr in Frage kommt. Unter der Voraussetzung fehlender Großbetriebsvorteile (economies of scale) ist damit keine Gewinn-, sondern eine Umsatzbeschränkung gemeint. In solchen Fällen können einheimische Unternehmungen eher als andere in Marktnischen ihrer Region tätig sein.

Bis dahin soll die Persistenzfrage stufenweise bewältigt werden. Die Abhängigkeit der Zweigbetriebe von den Konzernzentralen soll allmählich zurückgedrängt werden. Als ein Zwischenziel sollte die Überführung der Zweigbetriebe (womöglich vor ihrer Stillegung) in rechtlich selbständige Zulieferbetriebe gesetzt werden. Durch vertraglich geregelte Zulieferbeziehungen ("subcontracting") wird erreicht, daß solche Betriebe bei Änderungen des Produktionsprogrammes nicht zwangsläufig stillgelegt werden, sondern sich lediglich die Notwendigkeit ergibt, neue Vertragspartner zu suchen. Und dies wird wiederum umso leichter möglich sein, je weniger diese Zulieferbetriebe den Charakter von Lohnfertigungsbetrieben (nach einem genauen Produktionsmuster der Auftraggeber) und je mehr sie den Charakter von entwicklungsfähigen, produktgestaltenden Komponentenerzeugern haben.

Das regionalwirtschaftliche Integrationsproblem erfordert im großen und ganzen keine spezifischen Maßnahmen. Mit einer fortschreitenden Entfaltung der endogenen Kräfte der burgenländischen Wirtschaft würde auch deren Verflechtungsintensität zunehmen. Etwas verkürzt läßt sich formulieren: Mit der Lösung des Innovations- und Persistenzproblems fällt die Lösung des Integrationsproblems gleichsam als Kuppelprodukt an. Die ersten beiden Probleme sollen - zusammenfassend - durch eine Doppelstrategie bewältigt werden: Nutzung auswärtiger Entwicklungskräfte (zur Eindämmung der burgenländischen Entindustrialisierung) in Kombination mit einer Entfaltung der endogenen Kräfte.

Mit diesem konzeptionellen Hintergrund werden im folgenden einige konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der burgenländischen Wirtschaftsstruktur überlegt. Den Schwerpunkt wird die Innovationsförderung einnehmen. Dabei ist nicht beabsichtigt, die allerorten geführte Innovationsdiskussion um zusätzliche Vorschläge zu vermehren, sondern einige empfohlene Maßnahmen sollen in bezug auf ihre Anwendbarkeit für das Burgenland diskutiert werden.

3.2 Vorschläge zum Innovationsproblem

3.2.1 Regionales Innovationspotential als Entwicklungsfaktor

Angesichts des weltwirtschaftlichen Strukturwandels, der sich mit dem ersten Ölpreisschock zu Mitte der siebziger Jahre beschleunigt hat, ist das Innovationspotential einer Region ein Schlüsselfaktor für die regionale Wirtschaftsentwicklung. Im weltweiten Konkurrenzkampf werden jene Regionen bestehen, die in der Lage sind, den Verlust alter Märkte entweder durch Entwicklung und Erschließung neuer Märkte oder durch eine Verbesserung im Bereich des Produktionsprozesses auszugleichen. Das regionale Innovationspotential wird deshalb zum entscheidenden Engpaßfaktor in bezug auf die Entwicklung von Problemregionen (H.J.Ewers, R.W.Wettmann, 1980). Aus diesem Grund schlagen Ewers-Wettman eine "innovations-orientierte Regionalpolitik" als regionalpolitische Strategie vor.

Die Innovationsschwäche der Industriebetriebe ist kein burgenländisches Spezifikum, sondern typisch für nicht-großstädtische, insbesondere periphere Regionen. In einer englischen Untersuchung wurde festgestellt, daß hinsichtlich der Produktinnovationen die wirtschaftlich selbständigen Unternehmungen in den "Development Areas" hinter jenen in den übrigen Regionen nachhinken, und es darüberhinaus innerhalb der Problemregionen mit der Produkt-Innovationsfähigkeit der Betriebe multiregionaler Unternehmungen bei weitem nicht aufnehmen können (R.P.Oakey,

A.T.Thwaites, P.A.Nash, 1980). Und auch in bezug auf die Übernahme von Prozeßinnovationen wurden in Kanada (F.Martin, N.Swan, I.Banks, G.Barker, R.Beaudry, 1979) und in der BRD (H.J.Ewers, R.W.Wettmann, F.J.Bade, J.Kleine, H.Krist, 1980) für periphere Regionen Verzögerungen gegenüber Agglomerationen herausgefunden. Demnach werden von den Betrieben weniger entwickelter Regionen neue Technologien im Durchschnitt um 4 bis 6 Jahre später übernommen.

In der burgenländischen Industrie sind einige mit einem hohen Know-how-Niveau verbundene Determinanten des regionalen Innovationspotentials nur schwach ausgeprägt. Die Analyse hat gezeigt, daß die burgenländische Industrie z.B. mit der Quote des Forschungs- und Entwicklungspersonals (gemessen an den Gesamtbeschäftigten) unter den österreichischen Bundesländern mit Abstand an letzter Stelle liegt. Gemäß empirischen Untersuchungen beeinträchtigt diese Unterausstattung insbesondere die Fähigkeit zu Produktinnovationen.

Der geringe Forschungs- und Entwicklungsaufwand (F&E-Aufwand) beruht einerseits auf den Standortentscheidungen exogener multiregionaler Unternehmungen, und andererseits auf der relativ kleinen Betriebsgröße der selbständigen burgenländischen Industrieunternehmungen. Multiregionale Konzerne installieren in ihren peripheren Zweig- und Tochterbetrieben viel seltener Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, und Großbetriebe können das Risiko über eine Anzahl von Projekten streuen und sich deshalb eher eine kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungsabteilung

leisten (A.T.Thwaites, 1982). Für Kleinbetriebe stellt die begrenzte Teilbarkeit von F&E-Aufwendungen in der Regel nicht zu überwindende Eintrittsbarrieren in die betriebliche Forschung und Entwicklung dar. Diese Eintrittsschranken bewirken in Österreich, daß von den Kleinbetrieben (bis 100 Beschäftigte) der Industrie und des Großgewerbes nur knapp über 3% eine eigenständige F&E-Tätigkeit betreiben (Mittelbetriebe: 14,7%, Großbetriebe: 45,3%; E.Volk, 1983).

Eine weitere Beeinträchtigung des burgenländischen Innovationspotentials ergibt sich aus dem unterdurchschnittlichen Qualifikationsniveau der im Burgenland beschäftigten Arbeitskräfte (als Folge der großteils standardisierten einfachen Produktionsstruktur), aus dem geringen Besatz mit Industriebetrieben in der Wachstumsphase des Produktzyklus, mit der Folge mangelnder Impulse für Innovationen, aus dem Fehlen öffentlicher Forschungseinrichtungen, u.a.m.

Eine Strategie zur Verbesserung des technologischen Potentials einer Regionalwirtschaft umfaßt mehrere Dimensionen. Hier sollen vier Ansatzpunkte diskutiert werden: (1) Informations-Infrastruktur, (2) Erstgründung von Unternehmungen, (3) Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten in bestehenden Unternehmungen, (4) Fremdbezug von Technologien.

3.2.2 Informations-Infrastruktur

Da es nicht Aufgabe dieses Gutachtens ist, die Informations-Infrastruktur des Burgenlandes zu untersuchen, können nur einige Überlegungen angestellt werden. Dabei beziehen wir uns auf zwei Bereichsarten: (a) Wissenstransfer und (b) Ausbildung.

3.2.2.1 Wissenstransfer

Angesichts der Informations- und Kooperationsdefizite vieler Klein- und Mittelbetriebe zählt es zu den wichtigsten Aufgaben einer Strukturpolitik, den Informationsfluß zwischen den Unternehmungen und den verschiedenen mit Innovationsfragen befaßten Institutionen (wissenschaftlich--technischen, wirtschaftswissenschaftlichen, wirtschaftspolitischen, finanziellen) zu verbessern und ihr Zusammenwirken zu erleichtern (WIFO, 1982). Für eine innovationsorientierte Regionalpolitik kommt es insbesondere darauf an, daß in diese Kommunikation (i.w.S.) periphere Regionen stärker als bisher eingebunden werden.

Die Barrieren für Informationsflüsse werden dadurch abgebaut, daß sich die Informationssuchwege eines Einzelnen durch Bündelung in spezialisierten Informations- und Kommunikationseinrichtungen verkürzen. Die unternehmerische Auswirkung solcher externer Effekte im Informationssektor ist (analog zur Transportkosten- und damit Stückkostensenkung durch Güterverkehrssysteme) eine Reduktion der Unsicherheit in einer Ent-

scheidungssituation und eine Verkürzung der Entwicklungszeit für den Investor. Damit erhöht sich der Barwert in einem Innovationskalkül (gemäß einer wahrscheinlichkeitsbezogenen Investitionsrechnung), was die Chancen für die Durchführung von unternehmerischen Innovationsaktivitäten vergrößert. Dies deshalb, weil das Risiko jeder Innovation dadurch wesentlich verstärkt wird, daß bedeutende Innovationen gleichzeitig verschiedene Neuerungen erfordern, also nur "im ganzen" oder gar nicht durchgeführt werden können (Problem der Unteilbarkeit). Damit ein Unternehmer dieses "gebündelte" Risiko eingeht, muß die Unsicherheit hinsichtlich aller verschiedenen Risikoquellen auf ein Minimum reduziert werden (WIFO, 1982).

Wegen der Komplexität der Schnittstellen und der Kommunikationsnetze kann nur eine Kombination von sich gegenseitig stützenden Maßnahmen das Innovationspotential einer Region erhöhen. Die Förderinstrumente sollten in ein strukturiertes Informations-Transfer-System integriert sein, dessen Installierung und Betreiben, wegen des Charakters als öffentliches Gut (z.B. allgemeine Zugänglichekit auf Grund der Nicht-Ausschließbarkeit einzelner Benutzer), eine dem Staat zukommende Aufgabe ist (siehe auch E.Volk, 1983). Dieses Transfersystem sollte nach einem räumlichen Hierarchieprinzip gestaltet werden, weil nicht alle Informationen mit gleicher Intensität und Häufigkeit benötigt werden, sondern eine regional differenzierte Nachfrage vorliegt. Die Grundüberlegung zu einem solchen Organisationsprinzip wurde allgemein in der Theorie der zentralen Orte (W.Christaller, 1933) für das räumliche Angebotssystem

von Dienstleistungen ausgearbeitet. Demnach werden die Güter und Dienste des "täglichen" Bedarfs sehr dezentral in den zentralen Orten niederster Stufe und die Güter und Dienste des "seltenen" Bedarfs nur zentral in den zentralen Orten höchster Stufe (Bundeshauptstadt, Landeshauptstadt) angeboten, da nur dort eine, die Mindestkapazität auslastende Nachfrage auftritt.

Es sei nochmals betont, daß die grundlegende geographische Barriere für eine rege Innovationstätigkeit der burgenländischen Wirtschaft in den fehlenden Agglomerationseffekten (urbanisation economies) begründet liegt. Den Unternehmungen in der Innovationsphase des Produktzyklus würden jene Standortfaktoren abgehen, welche die Vielfalt in den "service industries", die Verschiedenartigkeit im Bezugsbereich, einen kaufkräftigen Absatzmarkt, ein dichtes Informationsnetz, etc. ausmachen. Nun hat das Burgenland keinen Agglomerationskern, und ein solcher kann regionalplanerisch auch nicht geschaffen werden. Davon ist bei der räumlichen Gestaltung eines Informations-Transfersystems auszugehen.

Der Gestaltungsschwerpunkt kann demnach nicht in der Errichtung vielfältiger Einrichtungen liegen, hier würden angesichts der relativ geringen Einwohnerzahl des Landes und des relativ kleinen Einzugsbereichs nicht-bewältigbare Finanzierungs- und Auslastungsprobleme entstehen. Die Ausstattung mit unspezifischen, generellen Kommunikationseinrichtungen hat sich großteils auf den Grundbedarf zu beschränken. Als Standorte kommen dafür, in Abhängigkeit vom regionalen Benutzerpotential, Bezirks-

hauptorte, Landesteilschwerpunkte (Oberwart, Eisenstadt) oder nur die Landeshauptstadt Eisenstadt in Betracht. Der Gestaltungsschwerpunkt für ein allgemeines Wissenstransfersystem hat sich vielmehr auf die Verbesserung der Zugänglichkeit zu höher- und höchstrangigen Informationseinrichtungen außerhalb des Burgenlandes zu richten. Das bedeutet, daß Wien und/oder Graz (für das Südburgenland) von den burgenländischen Industriestandorten aus insbesondere über das öffentliche Personenverkehrssystem so bequem und problemlos zu erreichen sind, daß daraus kein schwerwiegender Engpaßfaktor für die industrielle Innovationsfähigkeit entsteht. Das bedeutet aber auch die Schaffung von organisatorischen Voraussetzungen (etwa durch die Handelskammer) zur unbürokratischen Herstellung von Kontakten zwischen burgenländischen Unternehmungen und jenen Institutionen, die für einen innovativen Such- und Informationsprozeß wichtig sind. Alles in allem meinen wir, daß die Benachteiligung des Burgenlandes als Bundesland ohne großstädtische Zentralräume dadurch zu verringern ist, daß die burgenländischen Betriebsstandorte möglichst vollständig in ein mehrstufiges, nach einem räumlichen Hierarchieprinzip angeordnetes Informationstransfer-Netzwerk integriert werden.

In Österreich wurden zuletzt dreistufige Wissenstransfersysteme vorgeschlagen (G.Tichy, 1984; H.Detter, H.Hinterhuber, 1983). Demnach wären in der höchsten Stufe bereichsspezifische Datenbanken (in bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfindungen) auf der Ebene der Universitäten einzurichten. Diese Datenbanken wären an internationale Technologiebanken anzuschließen, und sollten den unteren Ebenen (For-

schungsinstituten, Unternehmungen) im Bedarfsfall der eher anonymen Informationsbeschaffung dienen. Die mittlere Ebene sollte praxisorientierte Forschungsinstitute umfassen und sich um die konkrete Anwendung in den Wirtschaftsbetrieben bemühen. Die unterste Stufe sollte räumlich dezentral organisiert sein. Sie ist die Systemebene, die für das Burgenland leistungsfähig und möglichst flächendeckend auszubauen ist.

Die unterste Stufe sollte sehr betriebsnah und allgemein konzipiert sein, da der Informationsbedarf der Unternehmungen (im speziellen der Kleinbetriebe) wenig artikuliert und teilweise wenig bewußt ist. Es genügt nicht, nur ein Informationssystem anzubieten, sondern es muß auch die Nachfragekapazität der Kleinbetriebe nach Informationen gestärkt werden (H.J.Ewers, R.W.Wettmann, 1980). Eine nachfrageorientierte Informationsstrategie benötigt eine "Servicestelle" als Informations- und Kontaktstelle zur Erleichterung des Suchprozesses (Vermittlung von Nachfrage und Angebot an innovationsrelevanter Information) und zum Aufbau eines "innovationsfreundlichen Klimas" in der burgenländischen Wirtschaft. Diese Funktionen werden in erster Linie von den Wirtschaftsförderungsinstituten und Innovationsreferaten der Handelskammern wahrgenommen. Für die verstärkte Tätigkeit dieser Institution in Richtung einer generellen Innovationsstelle des Burgenlandes seien fünf Anregungen gegeben: (a) Unternehmens-Kurzberatungen, (b) Bildung regionaler Arbeitskreise, (c) innovative Mitwirkung von Lehrern, (d) Entwicklungskooperation mit Großunternehmungen, (e) Standardforschungsverträge.

Eine auch im Ausland praktizierte Form des dezentralen Wissenstransfers stellt die subventionierte Kurzberatung von Unternehmungen dar. Dabei analysieren Betriebsberater oder Consulting-Teams (bestehend aus Betriebswirten, Technikern, Ökonomen) Unternehmungen in bezug auf Schwachstellen und arbeiten Umstrukturierungsvorschläge heraus, die zumeist erst auf einer höheren Beratungsstufe konkret zu lösen sind. Diese Beratungen sollen nebenbei auch zu einer Bewußtseins- und Verhaltensänderung führen, sie sind als eine Art "advisory-system", insbesondere in bezug auf eine moderne Entwicklungs-, Marketing- und Absatzorganisation gedacht (G.Tichy, 1984).

Dieselbe Zielrichtung, nämlich die Bewußtseinsbildung unternehmerischer Risikobereitschaft, verfolgt die Bildung regionaler Arbeitskreise. Sie sollen jene Mentalität entwickeln, die Unternehmer veranlaßt, das Risiko, beim "Alten" zu bleiben größer einzuschätzen als jenes, neue Produkte und Verfahren zu suchen (WIFO, 1982). Dazu könnten Vortragsprogramme ausgearbeitet, ein Erfahrungsaustausch u.a.m. organisiert werden (G.Tichy, 1984).

Eine weitere Möglichkeit, regionale Innovationsprozesse zu fördern, liegt in der verbreiterten Nutzung der regionalen Berufsbildungsinfrastruktur (R.Derenbach, 1982). So könnten Lehrer und Ausbildungsmeister in berufsbildenden Schulen zur Mitwirkung an Innovationen (etwa bei der Produktentwicklung) herangezogen werden.

Eine spezielle Form des Technologietransfers wäre eine Entwicklungskooperation zwischen Großunternehmungen und Unternehmungen in der Peripherie. Es könnten Anreize zur Vergabe von Aufträgen zur Entwicklung und Produktion bestimmter Produkt-Bestandteile (Komponenten) durch Großunternehmen gegeben werden (K.Müller, 1981). Dadurch ließen sich einerseits die spezifischen Vorteile kleiner Unternehmungen (wie größere Flexibilität) nutzen, andererseits würden die Großunternehmen bei der Bearbeitung von Randtechnologien mit hohem Spezialisierungsgrad entlastet.

Schließlich könnten Standardforschungsverträge (zwischen Betrieben und Forschungsinstituten) entworfen werden, welche Vorschläge für die Probleme der Kalkulation, des Informationsflusses, Patent- und der Lizenzrechte umfassen (vgl. G.Tichy, 1984). Weder Kleinbetriebe noch Forscher verfügen über das erforderliche juridische Know-how, was zur Folge haben kann, daß die Zusammenarbeit unterlassen wird.

Neben diesem allgemeinen Informationstransfer-System sollte eine spezifische, auf einen bestimmten ökonomischen Anwendungsbereich hin orientierte, burgenländische Informations-Infrastruktur installiert werden. Man kann zwar für das Burgenland keine Agglomerationseffekte (urbanisation economies) planmäßig hervorbringen, wohl aber scheint es möglich zu sein, externen Effekte, die aus einer räumlich-sektoralen Spezialisierung (localisation economies) resultieren, zu schaffen. Diese localisation economies sollen weniger im Güterbereich (durch Kostensen-

kung), als vielmehr im Informationsbereich (durch Verringerung der Unsicherheit und der Suchzeit) wirken. Wenn das Burgenland seine wirtschaftliche Außenabhängigkeit (d.h. dispositive Unselbständigkeit) abschwächen und sich zu einer strukturierten Wirtschaftsregion entwickeln möchte, dann kann es auf einen mehr oder weniger selbständigen endogenen Basis-Bereich nicht verzichten. Es kann strukturpolitisch nicht wünschenswert sein, infolge des technologischen Fremdbezugs im technologischen Niveau und damit auch in der strukturellen Anpassungsgeschwindigkeit und längerfristigen Wettbewerbsfähigkeit ständig nachzuhinken. Demzufolge sollte für das Burgenland, ergänzend zu den generellen Maßnahmen, auch ein wirtschaftlicher Strukturschwerpunkt gesetzt werden.

Diese Empfehlung geht - selbstverständlich - von einem burgenländischen Analyse- und Interessensgesichtspunkt aus. Von einem gesamtösterreichischen Standpunkt könnte es sich unter Umständen ergeben, daß dem Burgenland kein Strukturschwerpunkt zugewiesen würde, weil Regionen mit höherer Effizienz ausfindig gemacht werden. Auch vom burgenländischen Standpunkt hat aber ein Schwerpunkt im Burgenland nur dann einen Sinn, wenn er auch effizient ist. Das Wirtschaftlichkeitspostulat sollte jedenfalls gewahrt werden. Deshalb sollte man in der Schwerpunktfindung von vorhandenen Strukturen ausgehen, um relativ rasch zu einer Realisierung zu gelangen, und man sollte weiters auf eine längerfristige Entwicklungs- und Wettbewerbsfähgkeit achten.

Für das Burgenland könnte ein solcher Schwerpunkt im Nahrungsmittelbereich liegen, da hiefür sowohl in der Landwirtschaft (vgl. dazu im Rahmen des vorliegenden Gutachtens den Beitrag über die burgenländische Landwirtschaft) als auch in der Industrie günstige Voraussetzungen gegeben sind. Die burgenländische Industrie besitzt sicherlich im Bereich des (absatzmarktorientierten) Lösch-Sektors, nicht zuletzt wegen der dominanten Binnennachfrage, das relativ größte Wettbewerbspotential. Und auch unter einer strukturpolitischen Perspektive wird die Landwirtschaft, zumindest in einzelnen Teilbereichen, als ein für Österreich geeigneter Schwerpunkt bewertet (H.Detter, H.Hinterhuber, 1983). Schließlich kommt diesem Branchenschwerpunkt der regionalpolitische Vorzug zu, daß er, trotz der erforderlichen örtlichen Konzentration der Kerneinrichtungen, über die landwirtschaftlichen Zulieferanten sehr dezentrale regionalwirtschaftliche Auswirkungen hervorruft.

Für einen solchen Strukturschwerpunkt wäre also ein spezifisches, vom Burgenland aus initiiertes Informationssystem zu schaffen. Als zentrale Knotenpunkte in diesem Netzwerk wären ein entsprechend anwendungsorientiertes außeruniversitäres Forschungsinstitut und ein Technologie-Transferinstitut vorzusehen. Unter Umständen könnten beide Institutionen eine organisatorische Einheit bilden. Die Technologietransfer-Institution sollte nicht nur Datenbankfunktionen, sondern primär die Aufgabe übernehmen, durch ein Beschaffungs- und Absatzmarketing die Voraussetzung zur Anbahnung von Kontakten zwischen der Wissenschaft und diesem speziellen Wirtschaftszweig - der Nahrungsmittelindustrie - zu

schaffen (K.H.Strothmann, 1982). Es sollten also auf diesem Spezialgebiet auch wissenschaftlich-unternehmerische Kooperationen ausfindig gemacht und mit Beratungsleistungen (etwa nach dem Modell des VDI-Technologiezentrums) Unterstützt werden. Um eine schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Produktion durch räumliche Kontaktnähe zu stimulieren, könnten diesen Informations- und Servicestellen auch Werkstätten und Produktionshallen angeschlossen werden. Diese Fertigungseinrichtungen sollten nur an innovative bzw. technologieintensive Unternehmungen und/oder Unternehmensgründer vermietet werden, wodurch ein "Technologiepark" entstünde.

Um einen ständigen Innovationsfluß aufrechtzuerhalten, wird in ausländischen Technologieparks die Vermietungsdauer begrenzt (etwa auf 5 Jahre). Bis dahin hat sich herausgestellt, ob die neue Idee ein "flop" geworden oder zu einer erfolgreichen gewerblich-industriellen Produktion "gereift" ist. Für den erfolgreichen Innovator stellt die zeitliche Begrenzung auch kein Handikap dar, da in einem solchen Fall die Kapazität der Produktionsstätten des Technologieparks ohnedies nur selten ausreicht.

Eine burgenländische Kerneinrichtung in der Art eines Technologieparks wäre auch örtlich zu konzentrieren, damit die spezifischen "localisation economies" voll wirken können. Wegen der wünschenswerten Wien-Nähe (etwa in bezug auf die Universitäten) und auch der Nähe zum Forschungszentrum Seibersdorf kommt in erster Linie ein Standort im nördlichen Burgenland

in Frage. Angesichts der Basis-Infrastruktur erscheint der Raum Eisenstadt-Mattersburg dafür am günstigsten.

3.2.2.2 Ausbildung

Zur Informations-Infrastruktur i.w.S. zählt schließlich auch das Schul- und Bildungssystem. Es umfaßt im Rahmen einer innovationsorientierten Regionalpolitik das zweite wichtige Instrumentenbündel. Mit Hilfe des Humankapitalansatzes wurde sowohl makro- als auch mikroanalytisch die positive Wirkung zwischen Qualifikation und Wachstum abgeleitet. Die Förderung des Qualifikationspotentials bzw. die Verbesserung der beruflichen Kompetenz auf allen Ebenen der Regionalwirtschaft wird denn auch als regionalpolitische Zielsetzung allgemein anerkannt. Fehlende Qualifikationen bedeuten ein Innovationshemmnis. Bildungsprozesse können sowohl Auslöser von Innovationsprozessen als auch Grundlage für erfolgreiche "Nachahmungen" sein (D.Gnahs, 1982).

Empirische Untersuchungen in der BRD haben ergeben, daß die regionalen Unterschiede in der Innovations- und Forschungstätigkeit zu einem hohen Grad auf der unterschiedlichen Verfügbarkeit und Einsetzbarkeit qualifizierten Personals beruhen (E.Recker, G.Schütte, 1982). Gerade die ländlichen, strukturschwachen Regionen weisen ein deutliches Forschungs- bzw. Innovations- sowie Qualifikationsdefizit auf. Sowohl bei den Ingenieuren und Technikern als auch hinsichtlich eines hochqualifizierten Personals in den Sparten Produktion, Unternehmensleitung und Ver-

trieb besteht in den peripheren Regionen ein Mangel. So entfallen in der BRD in den Verdichtungsräumen auf 100 Beschäftigte doppelt so viele hochqualifizierte Beschäftigte wie in den ländlichen Räumen. Für die burgenländische Industrie erbrachte unsere Analyse ebenfalls niedrige Qualifikationsniveaus.

Nach den obigen Überlegungen zur räumlichen Organisation ist im burgenländischen Berufsbildungssystem hauptsächlich auf die Grundausstattung zu achten. Die Maßnahmen zur Erweiterung und Verbesserung des Qualifikationsniveaus umfassen grundsätzlich Einrichtungen des öffentlichen Schulwesens als auch überbetriebliche Aus- und Fortbildungsstätten. Gerade in peripheren Regionen haben überbetriebliche Ausbildungsstätten subsidiäre Funktionen. Sie spielen also dort und in jenen Berufsbildungszweigen eine Rolle, wo die Ausbildungsmöglichkeit in bestehenden Betrieben - z.B. wegen zu geringer Größe oder eines unvollständigen Funktionsspektrums (bei regionsexterner Kontrolle) - nicht oder nur unzureichend angeboten wird. Im Ausbildungsprogramm ist auf die Vermittlung von "handwerklichen" Fertigkeiten (in Ergänzung zu einem theoretischen Fachwissen) besonderer Wert zu legen. Solche überbetriebliche Schulungszentren kommen nicht nur für die Erstausbildung, sondern zusätzlich auch für eine Umschulungs-, Anpassung- und Aufstiegsfortbildung in Betracht.

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung und dem Ausbau von Berufsbildungsmöglichkeiten stellt sich im Burgenland das Problem des regionalen

Ungleichgewichts von Qualifikationsangebot und -nachfrage. Dieses besteht jetzt schon, umso mehr würde eine Verbesserung der Berufsqualifikation kaum das Humankapital der burgenländischen Wirtschaft erweitern und damit ihre Innovationsfähigkeit erhöhen, sondern lediglich Anlaß zu verstärkter Abwanderung bzw. zu intensiverem Auspendeln geben. Auf der anderen Seite klagen die Betriebsleiter burgenländischer Ansiedlungsbetriebe nicht selten über die Schwierigkeiten, Facharbeiter zu rekrutieren.

Zur Abwanderungsproblematik gilt es zu bedenken, daß es für höhere Ausbildungsziele Stufen im Ausbildungssystem gibt, die auf Grund des fehlenden Angebots im Burgenland (z.B. Universitäten) in jedem Fall zu einer vorübergehenden regionalen Mobilität führen. Die berufliche Ausbildung ist weiters nicht mit einem Schul- oder Lehrabschluß beendet, sondern wird vielfach mit der praktischen Berufsausübung fortgesetzt. In einem räumlich hierarchisch gegliederten Bildungssystem ist für Regionen mit Einrichtungen lediglich des Grundbedarfs die regionale Mobilität der Auszubildenden eine unabdingbare Voraussetzung für eine Höherqualifizierung. Eine regionale Mobilität von Berufstätigen ist also auch für Herkunftsregionen durchaus nicht immer negativ zu beurteilen, vor allem dann nicht, wenn diese "Abwanderung" auf einen vorübergehenden Zeitraum beschränkt bleibt. Entscheidend ist die eventuelle Rückkehr qualifizierter Berufstätiger.

Diese Rückkehrmöglichkeit sollte nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern von einer öffentlichen Stelle organisiert und gesteuert (durch Registrierung burgenländischer Schulabgänger, "gebundene" Stipendien, Briefkontakt, Kontaktveranstaltungen, etc.) werden. Auf diese Weise kann, unter bestimmten Voraussetzungen, das Humankapital in bestehenden Betrieben aufgestockt bzw. aufgewertet werden. Die hiefür erforderlichen Voraussetzungen beziehen sich auf die Attraktivität der Arbeitsplätze. Im Burgenland selbst gibt es Beispiele dafür, daß die, sowohl in der regionalwissenschaftlichen Literatur als auch in der Wirtschaftspraxis oftmals geäußerte Klage über die Nichtverfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften in ländlichen Regionen dann nicht zutrifft, wenn die Arbeitsplätze gut bezahlt und/oder "investiven" Charakter (Aufstiegsmöglichkeiten, interne Arbeitsmarktbildung) haben. In solchen Fällen verliert auch vielfach das Argument über den mangelnden Wohnwert ländlicher Regionen für gut ausgebildete Berufstätige an Stichhaltigkeit. Weiters könnte durch eine Rückkehr abgewandeter Burgenländer versucht werden, das viel zu kleine Potential an Unternehmungsgründern zu erweitern. In einer gezielten Aktion könnten Anreize zur Neugründung von Industrieunternehmungen im Burgenland gesetzt werden (siehe auch nächsten Abschnitt).

Um größere qualifikationsbezogene Arbeitsmarktlücken zu vermeiden, sollte über die Steuerung der berufsbedingten Ab- und Zuwanderung burgenländischer Arbeitskräfte hinausgehend ein Teil des beruflichen Ausbildungsprogramms in ein regionales Entwicklungsprogramm eingebunden

sein. Diese Aus- und Fortbildungsstrategie wird vor allem im Rahmen einer endogenen Regionalentwicklung verfolgt, wobei insbesondere in Frankreich seit 1975 konkrete Erfahrungen gemacht wurden (J.Robert, 1982). Für das burgenländische Konzept bedeutet dies, daß bestimmte Aus- und Weiterbildungszweige mit dem vorzusehenden wirtschaftlichen Strukturschwerpunkt - dem Bereich der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte - abzustimmen sind. Die Koordinierung müßte sich zumindest auf Art und Menge des Ausbildungsbedarfs und auf die zeitliche Festlegung des Ausbildungsplans (gegebenenfalls in Verbindung mit der Errichtung spezifischer Schulen) beziehen.

Zusammengefaßt: Der Ausbau und die Organisation einer Informations-Infrastruktur ist Teil eines Maßnahmenbündels zur Verringerung der Innovationsschwäche der burgenländischen Wirtschaft. Die Informations-Infrastruktur umfaßt zwei wichtige Teilbereiche: Kommunikations- und Ausbildungssystem. Mit dem Kommunikationssystem soll ein rascher Wissens- und Informationstransfer zwischen den mit Innovationsfragen befaßten Institutionen erzielt werden. Mit dem Ausbildungssystem soll das Humankapital der im Burgenland beschäftigten Arbeitskräfte aufgewertet werden. Für das Burgenland schlagen wir die räumlich-hierarchische Gestaltung zweier Informations-Transfersysteme mit jeweils unterschiedlicher Zweckbestimmung (allgemein und speziell) vor.

Mit dem allgemeinen Wissenstransfersystem soll die Benachteiligung des Burgenlandes auf Grund von fehlenden Agglomerationsvorteilen abgeschwächt werden. Wir stellen ein mehrstufiges Informationstransfer-Netzwerk zur Diskussion, in dem einerseits der Grundbedarf an Informationen durch eine dezentrale, betriebsnahe Systemstufe im Bundesland möglichst vollständig abgedeckt werden und andererseits die Zugänglichkeit zu höherrangigen Innovationseinrichtungen (z.B. Universitäten, internationale Datenbanken) außerhalb des Burgenlandes erleichtert werden soll. Auf der dezentralen Ebene (des Grundbedarfs) haben wir fünf Maßnahmen angeregt: Unternehmens-Kurzberatungen, Bildung regionaler Arbeitskreise, innovative Mitwirkung von Lehrern, Entwicklungskooperation mit Großunternehmungen und Standardforschungsverträge.

Das spezialisierte Informationstransfer-System soll eine Voraussetzung zur Bildung eines wirtschaftlichen Strukturschwerpunktes im Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie schaffen. Als Kerneinrichtung wurde ein "Technologiepark" (im Raum Eisenstadt-Mattersburg) mit einem anwendungsorientierten außeruniversitären Forschungsinstitut, einem Technologie-Transferinstitut und vermietbaren Produktionshallen sowie Werkstätten vorgeschlagen. Auf diesen Strukturschwerpunkt sollte auch das Ausbildungswesen abgestimmt werden. Ansonsten wurde im Berufsbildungsbereich vor allem auf die organisierte Steuerung einer Rückwanderung von qualifizierten Berufstätigen burgenländischer Abstammung hingeweisen. Sie soll beitragen, das regionale Ungleichgewicht von Qualifikationsangebot und -nachfrage ein wenig abzubauen.

3.2.3 Erstgründung von Unternehmungen

Das Innovationspotential einer Region kann auch durch bestimmte Neugründungen von Unternehmungen erweitert werden. Die besondere Aufmerksamkeit im Maßnahmenbündel einer innovationsorientierten Regionalpolitik erzielen dabei die sog. "technologiebasierten Unternehmensgründungen" (R.Rothwell, 1982). Damit sind jene Gründungsfälle gemeint, in denen einzelne oder mehrere Personen (Gründer) ihren bisherigen Tätigkeitsbereich verlassen, um auf der Grundlage einer patentierten oder nichtpatentierten technologischen Innovation eine neue Unternehmung zu gründen oder eine bereits bestehende Unternehmung zu übernehmen (H.Corsten, K.O.Junginger-Dittel, 1982).

Solche Unternehmungsgründungen kommen relativ selten vor. In der BRD konnten im Zeitraum 1950 bis 1975 nur etwa 200 technologiebasierte Unternehmungsgründungen beobachtet werden (A.D.Little Ltd., 1977, zit. bei H.Corsten, K.O.Junginger-Dittel, 1982). Ihr relativ seltenes und vor allem auch räumlich konzentriertes Auftreten kommt dadurch zustande, daß sie von einer entsprechenden regionalen Innovationsinfrastruktur abhängen. Als Elemente dieser Infrastruktur werden genannt: überdurchschnittliche Ausstattung mit Forschungsinstituten, Zugang zu wissenschaftlichem und technologischem Know-how, intensive Kontakte zwischen Universitäten und Industrie (als spin-off Gelegenheit), absatzfähiger Lokalmarkt ("demand-pull"), Institutionen der Wagnisfinanzierung ("venture capital") und andere, allgemeinere Standortfaktoren (R.Rothwell, 1982).

Nun sind im Burgenland die Voraussetzungen für Unternehmensgründungen an sich schon ungünstig. Wegen der externen Kontrolle vieler Industriebetriebe mangelt es an Gründerpersönlichkeiten, und die fehlenden Agglomerationseffekte (insbesondere auch auf der Absatzseite) stellen ein zusätzliches Existenzhindernis dar. Ein Beispiel mag dies illustrieren: Ein einheimischer Techniker gründete im Nordburgenland ein Unternehmen. Mit dem erfolgreichen Wachstum wurden alle wichtigen Unternehmensfunktionen nach Wien verlegt und der burgenländische Standort zu einem Betriebsstandort für routinisierte Produktionen reduziert. Wenn sämtliche vorhin erwähnte Elemente einer adäquaten Infrastruktur nicht existieren, kann kaum erwartet werden, daß die marktwirtschaftlichen Kräfte im Burgenland innovative Unternehmungsgründungen hervorbringen.

Angesichts der Umorientierung in der (traditionellen) Regionalpolitik bildeten sich im Ausland verschiedenste Initiativen hinsichtlich der Neugründung von Unternehmungen heraus. Über all diese Versuche, etwa in Großbritannien (auf der örtlichen Ebene: Bereitstellung von Grundstükken, Gebäuden, Informations- und "advisory"-System, finanzielle Zuwendung; Bildung von gemeindeeigenen Unternehmungen; Vermietung von Werkstätten) reichen die Erfahrungen für ein endgültiges Urteil noch nicht aus. Vorrangig war dabei aber die Verringerung der Arbeitslosigkeit, sodaß die Verbesserung der regionalen Innovationsfähigkeit- bislang zumindest - zu kurz gekommen ist.

Für das Burgenland kann ein Ansatzpunkt sicherlich wieder nur über den empfohlenen Technologiepark im Rahmen des Strukturschwerpunktes gefunden werden. Produktions- und Serviceunternehmungen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sollten den geförderten Schwerpunkt unternehmerischer Existenzgründungen bilden. Für diese endogenen Erstgründungen sollte Risikokapital, unter Umständen durch private, österreichweit organisierte Venture-Capital-Gesellschaften zur Verfügung gestellt werden.

3.2.4 Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Aktivitäten

Bei der Innovationsförderung bestehender Unternehmungen stehen wie bei der Investitionsförderung generelle (indirekte) und individuelle (direkte) Förderungsformen gegenüber.

In Österreich bestehen die indirekten (steuerlichen) Förderungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung (F&E) darin, daß der F&E-Aufwand, Erträge aus F&E-Aktivitäten, Spenden für Forschungseinrichtungen, innovative Investitionen usw. entweder rascher abgeschrieben werden können (zum Teil zu einem höheren Betrag als tatsächlich aufgewendet wurde) oder zu einem begünstigten Steuersatz versteuert werden (H.G.Ruppe, 1983). Nun ist die Wirksamkeit des steuerlichen Instrumentariums für die Forschungsförderung umstritten, dazu gibt es eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten und -vorschlägen. Beispielsweise wird angeregt, die generelle Forschungsförderung strukturpolitisch stärker (gemäß Strukturkriterien) zu differenzieren (WIFO, 1982). Im Rahmen dieses Gutachtens soll

in die österreichweite Diskussion nicht eingegriffen werden, in diesem Zusammenhang wird nur auf zwei, das Burgenland betreffende Punkte hingewiesen.

Eine Spezifikation der Förderinstrumente könnte auch die Kooperation von burgenländischen Unternehmungen umfassen. So wird auch in Österreich den regionalpolitischen Bemühungen um eine Kooperation von, in peripheren Regionen ansässigen Klein- und Mittelbetrieben zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. die Sonderaktionen des Bundeskanzleramtes, z.B. im Waldviertel und anderen Förderregionen außerhalb des Burgenlandes). Man zielt darauf ab, durch verstärkte Kooperation der Kleinbetriebe die Wettbewerbsnachteile gegenüber Großunternehmungen auszugleichen. Wenn solche Unternehmungen gemeinsame Innovationsprojekte verwirklichen wollen, dann könnten diese etwa steuerlich begünstigt werden (vgl. K.Müller, 1981). Der zweite Punkt soll auf die Problematik einer indirekten Förderung angesichts des speziellen organisatorischen Status vieler burgenländischer Industriebetriebe hinweisen: Indem sie rechtlich unselbständige Zweigbetriebe sind, können sie gar nicht unmittelbar Adressaten einer indirekten Innovationsförderung werden, da sie keine eigenen Bilanzen bzw. Gewinn- und Verlustrechnungen erstellen.

Die direkte Innovationsförderung ist projektgebunden und empfängerspezifisch, und eignet sich deshalb für eine Schwerpunktsetzung. In der BRD kommt sie z.B. bei volkswirtschaftlich wichtigen Schlüsseltechnologien (etwa Nutzbarmachung der Atomenergie) zum Tragen. So könnte auch im

Burgenland die direkte Innovationsförderung wiederum in den wirtschaftlichen Strukturschwerpunkt integriert werden. Demnach sollten jene Innovationsprojekte selektiv (durch Zuschüsse, Zinsbegünstigungen, Haftungen, etc.) gefördert werden, welche die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der burgenländischen Nahrungs- und Genußmittelindustrie, verbessern.

Dabei gilt es, das Begutachtungsproblem zu lösen (WIFO, 1982). Es bedarf dazu einer allgemein anerkannten Systematik von Kriterien zur vergleichenden Beurteilung der strukturpolitischen Relevanz der geförderten Einzelprojekte. Die existierenden Kriterienkataloge (z.B. TOP-Katalog) sind bei einer Anwendung für den burgenländischen Schwerpunkt insoweit zu modifizieren, als sie sehr stark auf die Messung der Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten angelegt sind, während in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Binnenmarkt eine wichtige Rolle spielt. Weiters sollte die fachliche Kompetenz (in ökonomischer, betriebswirtschaftlicher und technischer Hinsicht) jener Personen gewährleistet sein, die über die Vergabe durch Fördermittel zu entscheiden haben. Dies könnte dadurch erreicht werden, daß das spezifische Forschungs- und Technologiezentrum des Burgenlandes (für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie) eine Vorbegutachtung durchführt, und das Ergebnis an die auch bisher dafür zuständigen Vergabestellen zur Entscheidung und Abwicklung der Förderung weiterleitet. Das Technologiezentrum würde damit also zu den bisher vorgesehenen Forschungs-,

Informations- (bzw. Dokumentations-) und Kontaktleistungen weiters noch eine Prüffunktion hinzubekommen.

Trotz dieser Möglichkeiten soll nicht übersehen werden, daß die Wirksamkeit einer Förderung von F&E-Aktivitäten wegen der geringen Innovationskapazität der burgenländischen Unternehmungen sehr beschränkt bleibt. Zweigbetriebe multiregionaler Unternehmungen haben in den ländlichen Regionen selten F&E-Abteilungen, und den einheimischen Unternehmungen fehlt es oftmals an einer entsprechenden Qualifikation. Auf Grund dessen werden Innovationsfördermittel relativ selten beansprucht werden. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Wirkungsanalyse in der BRD. Sie zeigte deutlich, daß hinsichtlich der Zuschüsse für F&E-Personal die Förderquote in Regionen mit "geringer Siedlungsdichte" am geringsten war (F.Meyer-Krahmer, G.Gielow, U.Kuntze, 1982). Mit finanziellen Maßnahmen konventioneller Art allein kann die Innovationsfähigkeit der burgenländischen Wirtschaft sicherlich nicht grundlegend verbessert werden.

Die F&E-Förderung (insbesondere die indirekte) bestehender Unternehmungen kann somit nur ein Element einer Entwicklungsstrategie für die burgenländische Wirtschaft sein. Sie ist aber dennoch wichtig, weil sie die übrigen Instrumente einer regionalen Innovationspolitik ergänzt. Jene benötigen (teilweise) viel Zeit, bis sie die Innovationskapazität vergrößern und/oder das burgenländische Innovationsklima verbessern. Die

indirekte (steuerliche) F&E-Förderung bedarf aber gerade im Burgenland einer Regelung für rechtlich unselbständige Zweigbetriebe.

3.2.5 Technologie-Fremdbezug

Die bisherigen Überlegungen haben gezeigt, daß das endogene Innovationspotential der burgenländischen Wirtschaft unterentwickelt und seine Verbesserung mit Hilfe einer endogenen Innovationsstrategie sehr zeitaufwendig ist. Ein Ausbau der Innovationsinfrastruktur (Informations-, Ausbildungssystem), Anreize zu technologiebasierten Unternehmungsgründungen sowie eine staatliche F&E-Förderung wirken sehr langsam, sodaß es sich nicht empfiehlt, alle Bemühungen sofort auf die Entwicklung des endogenen Innovationspotentials zu richten. Um den technologischen Rückstand in Grenzen zu halten, sollte auch ein Know-how-Fremdbezug von auswärtigen Unternehmungen mitberücksichtigt werden. Zumal hiefür eher Erfahrungen gegeben bzw. zu erwerben sind, da ein regionaler Technologieimport außerhalb der Agglomerationen relativ häufig vorkommt. Beispielsweise war der Anteil der Technologie importierender Betriebe in den "Development Areas" Großbritanniens etwa doppelt so hoch (51%) wie in der Südost-Region um London (23%; A.T.Thwaites, 1982).

Mit Hilfe einer imitativen Innovationspolitik ist anzustreben, daß die burgenländischen Klein- und Mittelbetriebe möglichst früh in den Diffusionsprozeß integriert sind; sie sollen nicht "späte", sondern "frühe

Adoptoren" werden (H.J.Ewers, R.W.Wettmann, 1980). Für eine solche regionale Technologiepolitik werden keine forschungsintensiven Unternehmungen vorausgesetzt, prototypisch sind vielmehr sog. "shopfloor development"-Betriebe, in denen die Entwicklung gewissermaßen als Nebenprodukt des Produktionsprozesses anfällt. Als Mittel für eine Beschleunigung des Diffusionsprozesses kommen in Betracht: joint-ventures (zwischen einem burgenländischen und einem auswärtigen, zumeist ausländischen Unternehmen), Lizenzen, Franchising oder sonstige Know-how-Vereinbarungen (z.B. bezüglich der Bereitstellung von Technikern).

Die höhere Bereitschaft zur raschen Übernahme moderner Fremd-Technologien resultiert aus mehreren, für den Technologienehmer günstigen Faktoren. Für diesen fällt der Entwicklungsaufwand entweder ganz weg oder er hält sich als Adaptierungsaufwand niedrig. Überdies ist das Erfolgsrisiko für den Know-how-Nehmer im allgemeinen geringer, sodaß bei einer Projektkalkulation die Akzeptanzschwelle eher überschritten wird.

Es sollte nicht stören, daß eine imitative Innovationspolitik auch eine von den Entwicklungsländern bevorzugte Strategie ist (Ch.Freeman, 1982). Schließlich finden 90% des internationalen Lizenzverkehrs zwischen hochentwickelten Industriestaaten statt (H.W.Barnes, 1982); und nicht zuletzt basierte auch die österreichische Technologiepolitik der Nachkriegszeit (wie auch jene anderer europäischer Staaten und Japans) auf der Übernahme und Auswertung neuer Technologien aus technologisch

führenden Ländern (W.Teufelsbauer, 1983). Natürlich zeigten auch hier die Erfahrungen, daß man langfristig um eine eigenständige aktive Technologiepolitik nicht ganz herumkommt, aber das Umgekehrte gilt sicherlich auch für das Burgenland.

Eine burgenländische Technologiepolitik sollte m.E. einen offensiven und einen imitativen Bereich umspannen. Der offensive Teil sollte sich auf den hoch-spezialisierten Technologiepark, der imitative Teil auf die Beschleunigung des Diffusionsprozesses von Innovationen konzentrieren. Vermutlich kann man in dieser Strategie-Kombination der endogenen Innovationsschwäche des Ricardo- und Lösch-Sektors der burgenländischen Industrie noch am ehesten beikommen.

In die Entscheidung für einen Technologietransfer kann eine Reihe unterschiedlicher Motive, Technologie-, Produkt- und Marktvoraussetzungen eingehen. Diese bestimmen teilweise auch die Transaktionsform, sodaß für einen Technologiefremdbezug keine einheitliche Bedingungskonstellation herausgefiltert werden kann. So stellen Lizenzen (wie auch Franchising) einen über Marktbeziehungen geregelten Know-how-Transfer dar, während joint ventures höchst individuelle Tauschbeziehungen voraussetzen. Joint ventures sind industrielle Kooperationen von zwei oder mehreren unabhängigen Unternehmungen, die gemeinsam die führungsmäßige Verantwortung und das Risiko aus einem Vorhaben tragen (H.Hauser, 1981).

Lizenzen werden eher für Güter mit relativ wenigen Eigenschaften (geringer Komplexität) vergeben, da diese ohne Verletzung von Patenten nicht leicht imitiert werden können (R.W.Wilson, 1977). Diese Eigenschaft trifft tendenziell für die rohstofforientierten Ricardo-Güter zu. Eine Lizenzstrategie wird umso wahrscheinlicher verfolgt, wenn die Märkte dieser Produkte rasch wachsen, sodaß ein einzelner Erzeuger die für das Nachfragewachstum erforderliche Produktionskapazität nicht aufbringen kann (H.W.Barnes, 1982). Für multinationale Unternehmungen kommt eine Lizenzvergabe als Alternative zur Errichtung einer ausländischen Produktionsstätte insbesondere dann in Frage, wenn das "Gastland" relativ klein ist (N.Hood, A.Young, 1979). Das ist ein weiterer Gesichtspunkt für unsere Einschätzung, daß sich die burgenländischen Ricardo-Güter für Lizenzregelungen grundsätzlich eignen.

Schlecht vereinbar sind Lizenzrechte und auch joint ventures mit strategischen Konzepten, die auf einer Produkt-Konzentrierung und/oder auf einer internationalen Rationalisierung von Massenkonsumgütern aufbauen (H.Hauser, 1981). In diesen Fällen werden keine komplementären Eigenschaften gesucht, die verlangten Fähigkeiten der Kontrahenten sind eher gleichartig, wodurch eine organisationsinterne Koordination (z.B. durch Fusion oder Übernahme) begünstigt wird (G.B.Richardson, 1972). Daher ist es insbesondere für burgenländische Produzenten von Ricardo-Gütern, teilweise aber auch von ausgereiften Lösch-Gütern besser, sich rechtzeitig um Lizenzen für neue Produktionsverfahren und/oder Produkte umzusehen. Joint ventures scheiden dann als Überlebensmaßnahme weitgehend aus,

weil unter diesen Umständen das auswärtige Unternehmen eine Produktionsstätte unter vollständiger Eigenkontrolle vorzieht.

Joint ventures sind als Koordinationsinstrument von komplementären Aktivitäten dann den anderen Alternativen überlegen, wenn die Kosten für den Erwerb der notwendigen Fähigkeiten hoch sind und gleichzeitig enge partnerschaftliche Tauschbeziehungen eine gewisse Internationalisierung verlangen. Die erste Teilvoraussetzung impliziert verschiedenartige Fähigkeitsprofile der kooperierenden Unternehmungen. Diese wollen Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben, über die sie selbst nicht verfügen bzw. die sie selbst nur kostspielig aufbauen können. Die zweite Teilvoraussetzung resultiert aus Marktunvollkommenheiten. Demnach haben vor allem Unternehmungen mit strategischen Konzepten, die auf einer starken Produkt- und Marktdifferenzierung beruhen, eine überdurchschnittliche Neigung zu joint ventures. International tätige Unternehmungen mit einer diversifizierenden Marktstrategie gehen insbesondere dann joint ventures ein, wenn damit lokale Marktkenntnisse oder der Zugang zu sonst verschlossenen Marktkanälen (etwa öffentliche Aufträge) erworben werden kann. Auf der anderen Seite stehen für lokale Unternehmen nicht verfügbare technologische und organisatorische Kenntnisse im Vordergrund (H.Hauser, 1981). Der Prototyp für ein stabiles Joint-venture-Abkommen ist eine Kooperation zwischen einem ausländischen "Technologielieferanten" und einer regionalen "Marketingfirma".

Diese Bedingungskonstellation weist für das Burgenland den Lösch-Sektor, der ja per definitionem absatzmarktorientiert ist und in der Regel auf der Produzentenseite viel Marktwissen verlangt, als besonders joint-venture-fähig aus. Dieser Umstand sollte regionalpolitisch aufgegriffen werden, da es sich hiebei um eine strukturell wünschenswerte Zielgruppe handelt. Durch joint ventures kann die Know-how-Schwäche der burgenländischen Unternehmungen des Lösch-Sektors - zumindest vorübergehend - in einem doch entscheidenden Ausmaß verringert werden. Die dezentrale Organisation von Joint-venture-Partnern vergrößert den Dispositionsspielraum, und dieser beansprucht qualifiziertere Arbeitskräfte und mildert das Problem der regionsexternen Kontrolle.

Die zeitlich begrenzte Wirkungsdauer eines ausschließlichen Technologietransfers über joint ventures wird u.a. dadurch begründet, daß strategisch zentrale Informationen zurückbehalten werden. Informationen, die den besonderen Wettbewerbsvorsprung einer Unternehmung hervorrufen, werden im Interesse des längerfristigen Überlebens organisationsintern genutzt, da sowohl marktmäßige Lizenzverträge wie joint ventures geringere Sicherheit bieten (H.Hauser, 1981). Sobald also z.B. der Lösch-Sektor stärker zu einer internationalen Arbeitsteilung der Produktion übergeht und offener für einen intraindustriellen Außenhandel wird, werden auch Joint-ventures-Produktionen zunehmend uninteressanter. Die Großbetriebsvorteile würden sich gegenüber der produktmäßigen Berücksichtigung der nationalen Geschmackspräferenzen durchsetzen. Bei einer multinationalen Standortstruktur der großen Lösch-Güterproduzenten, die

in jedem marktmäßig wichtigen Staat zumindest einen Standort besitzen, an dem jeweils nur ein Produkt für den gesamten Konzernbedarf hergestellt wird, erübrigt sich die lokale Marktkenntnis eines einheimischen Produktionspartners.

Ein erfolgreicher Technologie-Fremdbezug setzt selbstverständlich auch gewisse unternehmensinterne Kapazitäten voraus. Kapazitäten, welche die Realisierung des Technologie-Transfers (etwa Techniker) betreffen, ebenso wie solche, die sich auf die Beschaffung und Verarbeitung verschiedenartigster Informationen (etwa in bezug auf wissenschaftlich--technische Neuheiten oder auf Marktveränderungen) beziehen (Ch.Freeman, 1982). Da solche Ressourcen in vielen burgenländischen Unternehmungen nicht vorhanden sind, muß auch hier diese Informations- und Beratungsfunktion durch eine Innovations-Infrastruktur übernommen werden. Diese wird somit selbst bei einer imitativen Innovationsstrategie zu einem, für die burgenländische Wirtschaft unverzichtbaren Infrastrukturbereich.

Von besonderem Stellenwert sind jene Informationen, die als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl eines Technologiepartners dienen. Hier sind burgenländische Unternehmer in ihrer Entscheidungssituation in der Regel besonders beeinträchtigt, da sie nur selten eine große Übersicht über adoptierbare Produkte und nur wenig Kontakte zu den entsprechenden Know-how-Besitzern haben. So wäre es für sie günstig, wenn sie auch in der Vorbereitungs- und Entscheidungphase bei einem Technologie-Fremdbe-

zug auf externe Informations- und Kontaktinstitutionen zugreifen könnten. Für dieses Service ist wiederum eine betriebsnahe, dezentrale Organisation auf unterer Stufe notwendig.

Es scheint mir, daß die burgenländische Betriebsansiedlungsgesellschaft (BIBAG) als eine solche untere Vermittlungsstelle am besten geeignet ist. Sie bringt einerseits die größten Erfahrungen im Umgang mit auswärtigen Unternehmern mit und könnte andererseits ihren Aufgabenschwerpunkt etwas verlagern. Die Investorensuche sollte an Priorität verlieren, angesichts der großen regionalwirtschaftlichen Probleme, die in der Regel mit Betriebsansiedlungen (insbesondere beim arbeitskostenorientierten Typ) längerfristig entstehen. Stattdessen sollte die Suche nach in- und ausländischen Know-how-Partnern intensiviert werden, und zwar so, daß die Konkurrenzfähigkeit der burgenländischen Ricardo- und Lösch-Betriebe rechtzeitig, also bevor sie vom Markt verdrängt oder von auswärtigen Unternehmungen aufgekauft werden, verbessert wird.

Zusammenfassend bedeutet der Technologie-Fremdbezug eine imitative Innovationspolitik mit dem Zweck, die Diffusionsgeschwindigkeit von Innovationen zu beschleunigen. Durch einen Know-how-Fremdbezug von auswärtigen Unternehmungen soll der technologische Rückstand der burgenländischen Klein- und Mittelbetriebe in Grenzen gehalten werden. Dieser Fremdbezug wird sich im rohstofforientierten Ricardo-Sektor eher über Lizenzen vollziehen. Im absatzmarktorientierten Lösch-Sektor hingegen

erscheinen joint ventures als die günstigste Transaktionsform: Prototypisch wird hier auswärtiges technisches Know-how und burgenländisches Marktwissen im Rahmen einer Kooperation von zwei (oder mehreren) Unternehmungen kombiniert. Bei der Suche nach ausländischen Technologiepartnern sollte sich die burgenländische Betriebsansiedlungsgesellschaft (BIBAG) verstärkt als Service-Stelle einschalten.

3.3 Vorschläge zum Persistenzproblem

Der Verfasser geht davon aus, daß durch die Standortflexibilität im Vollzug eines Strukturwandels von multiregionalen Unternehmungen die Stillegungsgefahr von Ansiedlungsbetrieben immer wieder gegeben ist. Das Persistenzrisiko (die Stillegungsgefahr) ist in Zweigbetrieben höher als in den anderen Betriebsarten. Und es kann auch nicht beseitigt, wohl aber besser verteilt werden. Wie auch immer die Risikostreuung konkret zustande kommt, in jedem Fall würde sie eine Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses der burgenländischen Tochterbetriebe bzw. ihres Betriebskapitals von den Konzernzentralen voraussetzen.

Hinsichtlich des Betriebskapitals besteht die Möglichkeit, die Auflagen für Investitionszuschüsse zu verschärfen, oder die Subventionen hypothekarisch zu sichern, sodaß bei einer vorzeitigen Stillegung die Grundstücksflächen und Betriebshallen dem Subventionsgeber zufallen. Theoretisch wäre auch eine Absicherung des Subventionsgebers durch eine Versicherung denkbar. In der Praxis könnten sich aber Schwierigkeiten ergeben, etwa bezüglich der Feststellung der Schadensverursachung, oder die Prämienleistung könnte wegen der Häufigkeit der Schadensereignisse zu hoch geraten. Weiters wäre zu überlegen, einem Ansiedlungsbetrieb anstatt großzügiger Subventionen lediglich Hallen und Maschinen durch subventionierte Leasing-Verträge kurzfristig zu überlassen. Diese Immobilien könnten dann bei einer Betriebsstillegung für andere Zwecke oder durch andere Unternehmungen genützt werden.

Unabhängig von der Förderungsform sollte die Betriebsansiedlungspolitik jedenfalls selektiv sein. Beim arbeitskostenorientierten Ansiedlungstyp sollten sich die Verantwortlichen der burgenländischen Regional- und Wirtschaftspolitik nicht nur aus dem Subventionswettbewerb mit anderen Bundesländern heraushalten, sondern es sollte für diese in Österreich überhaupt keine regionalpolitische Förderung mehr geben. Eine zukunftsgerichtete Betriebsansiedlungsstrategie sollte sich auf die Neugründung von Unternehmungen sowie auf marktorientierte Ansiedlungen konzentrieren.

Marktorientierte Betriebsansiedlungen gehen aus einem nachfragespezifischen Ansiedlungsmotiv von expandierenden Unternehmungen hervor (G.Palme, 1981). Die Produkte werden überwiegend auf dem Binnenmarkt der Ansiedlungsregion verkauft. Mit der Zweiggründung wird eine bessere Markteinbettung und -erschließung bezweckt, es werden dabei (z.B. als Alternative zu einer Exportstrategie) ökonomisch und politisch bedingte Marktunvollkommenheiten internationalisiert. Für diesen Ansiedlungstyp kommt dem Burgenland als Ansiedlungsregion sicherlich der komparative Vorteil der Nähe zum COMECON-Raum potentiell zugute. Insbesondere auf das ungarische Marktpotential sollten die burgenländischen Investorenwerber hinweisen, damit es - zusammen mit dem österreichischen Markt - in das Standortkalkül westlicher multiregionaler Unternehmungen eingeht und damit die Ansiedlungschancen des Burgenlandes für marktorientierte Ansiedlungen erhöht.

Die marktorientierten Betriebsansiedlungen sind die mobile Ausprägungsform des Lösch-Sektors, sodaß sie ähnliche positive regionalwirtschaftliche Effekte hervorrufen. Marktorientierte Tochterbetriebe sind an spezifischen Standortregionen interessiert, haben wenige regionale Substitutionsmöglichkeiten und sind deshalb wenig subventionselastisch. Die erzeugten Güter haben jüngere Produktmerkmale, die Produkte sind nicht völlig standardisiert, der Produktionsprozeß ist nicht ganz rationalisiert (Wachstumsphase im Produktzyklus). Das bedingt eine höhere Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte und eine größere Entscheidungsautonomie der Tochter- und Zweigbetriebe, da die Verfügbarkeit von dezentralen Informationen von großer Bedeutung für den Erfolg ist. Leider kommen marktorientierte Betriebsansiedlungen seltener vor, weshalb die Standortanbieter längere Suchzeiten und größere Suchkosten aufwenden müssen.

Für die bereits bestehenden Ansiedlungsbetriebe sollte erstens eine rechtliche Selbständigkeit angepeilt bzw. durch finanzielle Anreize forciert werden. Zweitens sollte die öffentliche Förderung an die Auflage von Zulieferverträgen (mit mehr als einem Unternehmen) geknüpft sein. Die Umwandlung von einem Zweigbetrieb in ein marketingintensives Unternehmen sollte also durch die Übergangsposition "Zulieferbetrieb" erleichtert werden. Diese Betriebe würden dann weniger Fertigprodukte und mehr Bestandteile für fremde Unternehmungen erzeugen. Dadurch werden ihre Betriebsstätten in das Standort-Netzwerk anderer Unternehmungen eingebunden, mit der Folge, daß eine netzgünstige Lage ein zusätzlicher

Standortfaktor wird. Damit wird die Konkurrenz durch Billiglohn-Standorte insoweit abgeschwächt, als zu Weiterverarbeitungs- und/oder Assemblingstandorten entfernt gelegene Regionen als Mitbewerber ausscheiden. So könnten die burgenländischen Standorte vor allem dem internationalen Konkurrenzdruck etwas ausweichen. Durch den Aufbau eines Zuliefersystems wären somit auch für die Heckscher-Ohlin-Betriebe ähnliche Standortbedingungen wie bei den Thünen-Betrieben gegeben.

Durch Zulieferverträge ("subcontracting") wird das Stillegungsrisiko gestreut, da nicht alle Vertragspartner zugleich das Produktionsprogramm ändern bzw. den Liefervertrag auslaufen lassen werden. Ja selbst diese Umstände würden - anders als bei einem Zweigbetrieb - noch keineswegs zu einer Betriebsstillegung führen. Im günstigsten Fall würde bloß ein Partnerwechsel eintreten. Der Umsatzausfall durch die Kündigung des Liefervertrags des einen Partners würde durch den Abschluß eines Liefervertrags mit einem anderen Partner ersetzt werden.

In einem solchen Subcontracting-System liegt für das Burgenland ein Engpaß sicherlich in einer ausreichenden Kenntnis und in den Kontaktfindungsmöglichkeiten von Lieferpartnern. Schließlich haben die bestehenden Zweigbetriebe kaum Marketing-Abteilungen zur Verfügung. Unter Umständen müßte, auf Grund fehlenden oder überforderten Managements in manchen Betrieben, der Vertragspartnersuche eine externe Betriebsanalyse (ähnlich wie im Zusammenhang mit Know-how-Fragen) vorausgehen. In bezug auf die Beschleunigung des Suchprozesses von Vertragspartnern gilt bei

den Zulieferbeziehungen dasselbe wie beim Technologie-Fremdbezug: Die BIBAG könnte auf der unteren betriebsnahen Stufe diese Aufgabe einer Vermittlungsagentur übernehmen. Sie wäre dabei ebenfalls durch bundesweite und/oder ausländische Stellen und Maklerbüros zu unterstützen. Dabei könnte man versuchen, unter den vielen burgenländischen Übersee-Auswanderern Bezugspersonen zu finden, die dann als Anlaufstellen in das Informations- und Vermittlungsnetz eingebunden werden könnten.

Die Umwandlung von einem Zweigbetrieb zu einem Zulieferbetrieb schwächt zwar das Persistenzrisiko ab, trägt aber zu keiner nennenswerten Strukturverbesserung bei. Es würde sich im Funktionsspektrum der Betriebe und im Qualifikationsstatus der Arbeitskräfte kaum etwas ändern. Für dispositive Aufgaben würde weiterhin ein sehr geringes Erfordernis bestehen, Entwicklung und Marketing z.B. wären mehr oder weniger überflüssige Unternehmungsfunktionen. Und ebensowenig würde sich im Produktionsbereich die Nachfrage nach Facharbeitern erhöhen, da es sich immer noch um standardisierte Produktionsprozesse handeln würde. In vielen Fällen liefert der Abnehmer Muster und Geräte mit. Der Abhängigkeitsgrad der Zulieferbetriebe von fremdem Know-how (und zumeist auch von den Preisen) ist nicht geringer als jener der Zweigbetriebe.

Wenn also auch im bisherigen Heckscher-Ohlin-Bereich (bzw. im Sektor der traditionellen Konsumgüter) eine Strukturverbesserung erzielt werden soll, dann ist über den Zuliefer-Status hinauszugehen. Gemäß ausländischen Erfahrungen können <u>Zulieferbetriebe</u> durchaus <u>Ausgangspunkt</u> für

eine Weiterentwicklung, etwa in Richtung einer "flexiblen Spezialisierung" (Ch.Sabel, 1982) sein. Beispielsweise haben sich in Oberitalien bestimmte Regionen (z.B. um Modena) auf ein flexibles, integriertes Produktionssystem in bestimmten Wirtschaftszweigen (z.B. Textil, Keramik) spezialisiert. Der Durchbruch von "Randbetrieben" zu modernen Unternehmenseinheiten erfolgte Mitte der siebziger Jahre, nicht zuletzt auf Grund der Initiative und durch die Beschäftigung von Facharbeitern (Ch.Sabel, 1982).

"Flexible Spezialisierung" bedeutet die Produktion von spezialisierten Gütern für Marktnischen mit einem Produktionssystem, in dem vielfältig verwendbare Mehr-Zweckmaschinen (etwa numerisch gesteuert) mit handwerklich ausgebildeten Arbeitskräften kombiniert werden. Die geringe fixe Spezifizierung der Produktionsfaktoren erhöht die Flexibilität in der Umstellung auf unterschiedliche Produktionsprogramme. Die Flexibilität wird durch eine dezentrale Organisation des Produktionssystems unterstützt. Dieses hoch-technologische System ist als ein Netzwerk (in der räumlichen Dimension einer italienischen "Provinz") von modernen, mehr/weniger lose kooperierenden Unternehmungen gestaltet. In diesen Betrieben sind Planung und Ausführung engstens verbunden, woraus ihre Innovationskapazität resultiert: die Fähigkeit, bestehende Technologien an sehr individuelle Kundenbedürfnisse anzupassen.

Diese flexible Spezialisierung wurde als Alternative zum Neo-Fordismus (mit seiner extremen Arbeitsteilung) konzipiert (siehe auch Ch.Sabel,

1983). Sie könnte eine Zielrichtung für eine endogene Erneuerung der "veralteten" und im internationalen Konkurrenzkampf mittelfristig unterliegenden Heckscher-Ohlin-Produktion des Burgenlandes sein. Voraussetzung für diesen Strukturwandel (wie auch für die vorgeschaltete Lösung des Persistenzproblems) ist die Lockerung der Abhängigkeit der burgenländischen Zweigbetriebe und der Aufbau eines flexiblen Produktionsapparates.

Die große Gefahr der Stillegung von industriellen Ansiedlungsbetrieben ist - zusammenfassend - ein kaum veränderbarer Tatbestand. Die regional- und wirtschaftspolitisch Verantwortlichen sollten aber trachten, die negativen Folgen durch eine selektive Ansiedlungspolitik und/oder durch öffentliche Auflagen gering zu halten. Eine zukunftsgerichtete Betriebsansiedlungsstrategie sollte keine Förderung von arbeitskostenorientierten Ansiedlungsbetrieben (Motiv: billige Arbeitskraft) enthalten, stattdessen sollte sie sich darauf konzentrieren, endogene Neugründungen und marktorientierte Ansiedlungen zu stimulieren (Motiv: bessere Marktdurchdringung). Die Auflagen sind an Subventionszusagen zu knüpfen, sie werden wichtig im Zusammenhang mit dem Betriebskapital (z.B. Hallen-Leasing, hypothekarische Sicherstellung) und/oder dem rechtlich-organisatorischen Status der Ansiedlungsbetriebe. Das standörtliche Persistenzrisiko ließe sich abschwächen, wenn rechtlich unselbständige Zweigbetriebe in rechtlich selbständige "Zulieferbetriebe" überführt werden. Durch die Einbindung in ein "Subcontracting"-System wird dem

Konkurrenzdruck der überseeischen Billiglohn-Standorte teilweise ausgewichen und das Lieferrisiko auf mehrere Vertragspartner verteilt. Strukturpolitisch ist ein Zulieferbetrieb von der Art eines reinen Lohnfertigungsbetriebes noch kein anzustrebendes Ziel, sondern lediglich ein Ausgangspunkt für eine Entwicklung zu einem "flexibel spezialisierten" Produktionsunternehmen.

Als industriellen Struktur- und Innovationsschwerpunkt haben wir den Nahrungs- und Genußmittelbereich bzw. - etwas allgemeiner - eine Weiterverarbeitungssparte der Landwirtschaft angeregt. Wir hielten für diesen Industriezweig die Standortvoraussetzungen des Burgenlandes für am günstigsten. Die Einschätzung ergab sich hauptsächlich aus den Markt- bzw. Wettbewerbsgegebenheiten in dieser Industrieproduktion und unter Ausklammerung der konkreten Angebots- bzw. Produktionsbedingungen der Vorprodukte. Jene werden im folgenden, selbständigen Beitrag von M.Schneider untersucht werden: Er wird die Tendenzen, Probleme und Zukunftsaspekte der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft enthalten. Seine Analyse wird zeigen, daß das Burgenland für die Landwirtschaft günstige Standortfaktoren (insbesondere im Pflanzenbau) aufweist. Der empfohlene Industrieschwerpunkt erscheint somit unter Berücksichtigung der vorgelagerten Produktionsstufe weiterhin als aussichtsreich. Das Produktions- und Marktpotential der burgenländischen Landwirtschaft ist aber nur unzureichend ausgeschöpft, sodaß eine Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen postuliert wird.

Die einzelnen Vorschläge von M.Schneider werden, entsprechend der inneren Geschlossenheit seines Beitrages, auf den gesamten Bereich der Land- und Forstwirtschaft und nicht auf den spezifischen Industrieschwerpunkt hin orientiert sein. Dadurch ergeben sich in der Art der Maßnahmen teilweise Überschneidungen mit dem Industrieteil. Ein Zeichen für gemeinsame Grundprobleme in der burgenländischen Wirtschaft, insbesondere in der Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie in der Organisation. Das Resultat ist eine mangelnde Innovationsfähigkeit. Umso mehr sollten zwischen Landwirtschaft und Industrie wechselseitige Impulse gesetzt werden, die sich unseres Erachtens in einem sachlich--räumlichen Forschungs-, Beratungs- und Weiterverarbeitungsschwerpunkt am effizientesten entfalten. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Vorschläge von M.Schneider in das weiter oben skizzierte Allokationsmuster einzubinden: Die betriebsnahen Einrichtungen des Grundbedarfs sollten dezentral (etwa auf der Bezirksebene) und die "höherrangigen" spezialisierten Servicestellen in und um den "Technologiepark" lokalisiert werden.

Teil C: Die burgenländische Land- und Forstwirtschaft - Tendenzen, Probleme, Zukunftsaspekte

Matthias Schneider

1. Bestandsaufnahme[21)]

Das Burgenland ist das mit Abstand am stärksten agrarisch geprägte Land Österreichs. Im Burgenland wird noch immer über ein Zehntel des regionalen Sozialproduktes in der Land- und Forstwirtschaft erwirtschaftet; im österreichischen Mittel liegt der Beitrag des Agrarsektors zum Brutto-Regionalprodukt bereits deutlich unter 5% (Übersicht 50). Auch der Anteil des Agrarsektors an der Wohnbevölkerung und an den Erwerbstätigen ist im Burgenland viel höher. Nach dem Haupteinkommen des Familienerhalters waren 1982 rund 11% der burgenländischen Bevölkerung dem Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft zugehörig. (Bereinigt um Pensionisten und nicht zuordenbare Personen ergibt sich für das Burgenland eine Agrarquote an der Wohnbevölkerung von 14%, im Bundesmittel waren es rund 10%.) Von den berufstätigen Burgenländern hatten rund 15% ihren Haupterwerb im Agrarsektor. Berücksichtigt man auch alle jene, die nur fallweise im eigenen oder fremden landwirtschaftlichen Betrieb mithelfen, dann arbeitet etwa jeder zweite Burgenländer zumindest gelegentlich in der Land- und Forstwirtschaft. Diese Zahl belegt besonders eindrucksvoll die enge Bindung der burgenländischen Bevölkerung zur Land- und Forstwirtschaft.

Übersicht 50

Agrarquoten

	Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Wohnbevölkerung1)				Anteil der Land- und Forstwirtschaft an den Berufstätigen2)				Anteil der Land- und Forstwirtschaft am BRP
	1951	1961	1971	1982	1951	1961	1971	1982	1981
	in %				in %				in %
Burgenland	47,0	33,3	18,2	10,8	63,8	48,8	26,9	15,1	11,1
Kärnten	25,4	17,9	11,5	7,6	38,4	25,6	13,6	9,7	6,6
Niederösterreich	31,7	22,6	15,4	10,7	47,5	33,1	21,7	13,9	7,9
Oberösterreich	25,8	20,0	13,2	8,9	39,6	28,9	18,2	12,3	5,6
Salzburg	21,9	17,0	10,8	8,0	32,0	22,3	12,3	10,1	3,4
Steiermark	30,0	22,6	14,8	10,1	43,5	32,2	20,4	14,0	6,9
Tirol	25,6	18,6	10,8	9,1	36,9	25,3	11,6	9,9	2,9
Vorarlberg	18,3	10,9	6,0	3,3	26,4	14,5	6,1	3,4	1,8
Wien	1,9	0,8	0,6	0,5	2,7	1,1	0,8	0,7	0,3
Österreich	21,9	16,3	10,6	7,4	32,6	23,0	14,0	9,8	4,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Volkszählungen und Mikrozensus Jahresdurchschnitt 1982, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Monatsberichte 5/1983.
1) Einschließlich Rentner, Pensionisten und "unbekannt".
2) Einschließlich Arbeitslose, ohne "unbekannt".

In der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft dominiert der Zahl nach der klein- und mittelbäuerliche Betrieb, der zumeist im Nebenerwerb bewirtschaftet wird. Die burgenländische Landwirtschaft hat unter allen Bundesländern die bei weitem kleinsten Betriebsgrößen und die bei weitem höchste Quote an im Nebenerwerb bewirtschafteten Betrieben aufzuweisen (Übersicht 51).

1980 wurden im Burgenland (nach Zuteilung ideeller Flächen) 30.613 land- und forstwirtschaftliche Betriebe gezählt. Im Mittel entfiel je Betrieb eine Gesamtfläche von 11 ha und eine Kulturfläche von 10 ha. Im österreichischen Durchschnitt war die Flächenausstattung der Betriebe mit 24ha und 22 ha mehr als doppelt so hoch. Die Verteilung der Betriebe und der von ihnen bewirtschafteten Flächen nach Größenstufen weicht markant vom österreichischen Durchschnitt ab (Abbildung 11). Im Burgenland sind Kleinst- und Kleinbetriebe sowohl der Zahl nach als auch der von ihnen bewirtschafteten Fläche nach viel stärker vertreten. Daneben gibt es eine Anzahl größerer Gutsbetriebe. Mittleren und größeren bäuerlichen Betrieben kommt hingegen ein weit geringeres Gewicht zu. Diese Unterschiede sind deutlich aus den entsprechenden Lorenzkurven und verschiedenen Konzentrationsmaßen abzulesen.

(Eine Verteilung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Größenstufen liegt leider nur nach dem Kriterium Kulturfläche ideell, nicht aber nach der reduzierten landwirtschaftlichen Nutzfläche ideell vor. In obiger Abbildung wurde die RLN ideell notgedrungen Betrieben

Übersicht 51

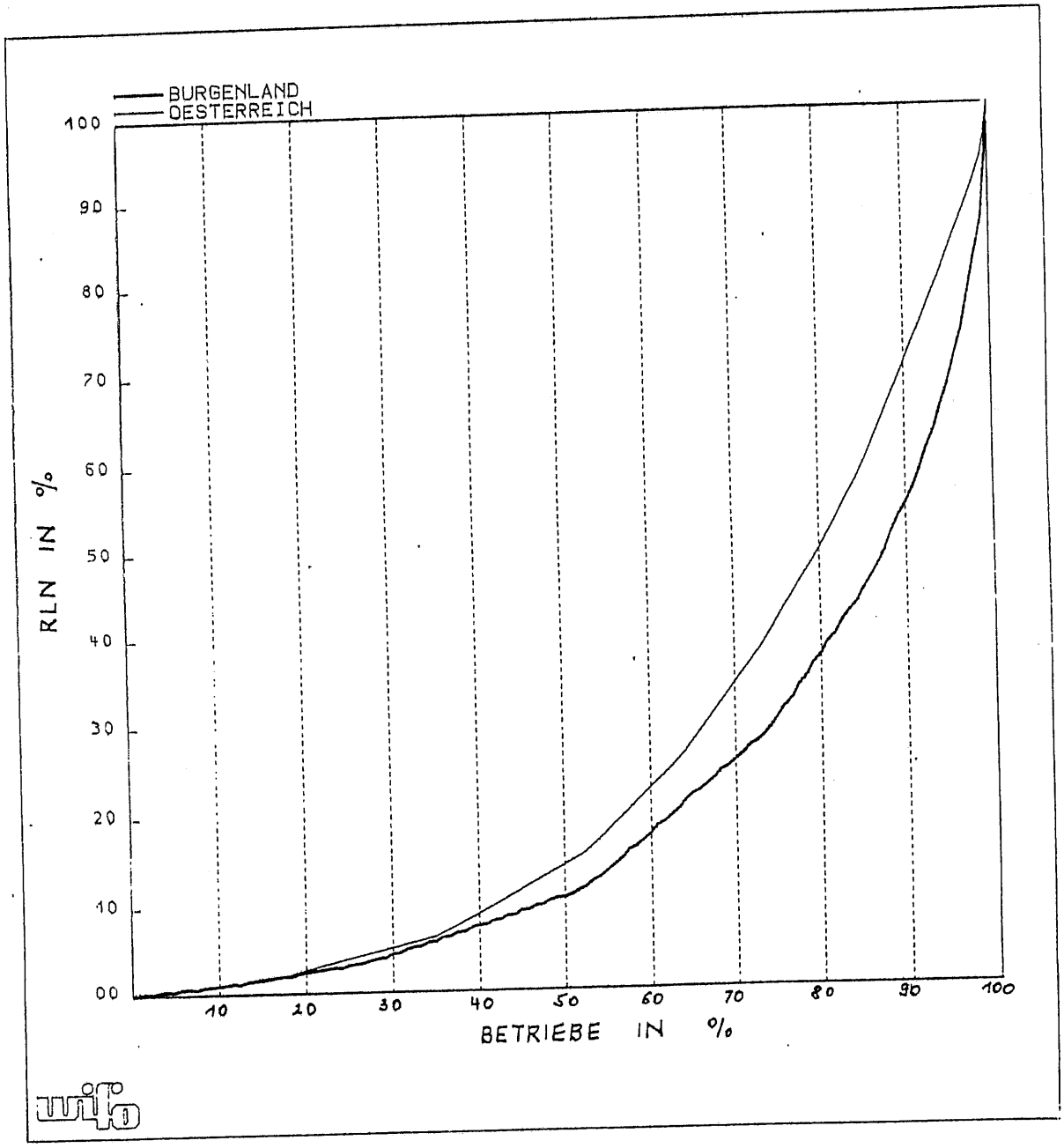
Strukturmerkmale der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1980

Größenstufen nach der Kulturfläche ideell	Österreich				Burgenland			
	Zahl der Betriebe	Reduzierte landw. Nutzfläche ideell	Waldfläche ideell	Kulturfläche ideell	Zahl der Betriebe	Reduzierte landw. Nutzfläche ideell	Waldfläche ideell	Kulturfläche ideell
	Anteil in %				Anteil in %			
unter 1 ha	3,7	0,2	0,0	0,1	9,7	0,8	0,2	0,6
1 bis unter 2 ha	11,1	1,2	0,5	0,8	16,5	2,4	2,4	2,4
2 bis unter 5 ha	19,8	4,9	2,0	3,0	25,7	8,2	9,1	8,5
5 bis unter 10 ha	17,4	9,0	4,1	5,8	22,2	17,5	13,5	16,1
10 bis unter 15 ha	11,6	10,6	4,3	6,6	11,4	16,2	10,0	14,0
15 bis unter 20 ha	9,4	12,2	4,8	7,6	6,2	13,1	6,2	10,7
20 bis unter 25 ha	7,3	11,8	4,7	7,5	3,3	9,2	3,8	7,3
25 bis unter 30 ha	5,1	9,8	4,3	6,5	1,8	6,6	2,2	5,1
30 bis unter 50 ha	8,8	20,4	11,2	15,4	2,3	11,6	2,7	8,6
50 bis unter 100 ha	4,0	10,4	10,8	12,3	0,7	5,4	1,7	4,2
100 bis unter 200 ha	1,2	4,0	8,0	7,6	0,1	1,3	1,7	1,4
200 ha und mehr	0,6	5,5	45,3	26,8	0,1	7,7	46,5	21,1
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1980.

Abbildung 11

VERTEILUNG DER RLN IDEELL NACH BETRIEBEN
1980



zugeordnet, die nach der Kulturfläche ideell eingestuft wurden. Daraus könnten sich gewisse Verzerrungen ergeben.)

Markant sind auch die Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur der Betriebe. 1980 wurde nur mehr rund ein Viertel der burgenländischen Betriebe im Vollerwerb bewirtschaftet (Übersicht 52). Zwei Drittel aller Betriebe sind Nebenerwerbsbetriebe.

Nach Informationen aus der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfteerhebung war 1979 jeder vierte burgenländische Nebenerwerbsbauer (ohne Rentnerbetriebe) hauptberuflich in der Bauwirtschaft tätig (Übersicht 53). Weitere Schwerpunkte waren Arbeiter in Industrie und Gewerbe, Handels- und Verkehrsberufe sowie Verwaltungs- und Büroberufe.

Die natürlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der burgenländischen Landwirtschaft ermöglichen und begünstigen eine intensive Bodennutzung. Die Lage zu wichtigen Absatz- und Beschaffungsmärkten ist im Vergleich zu anderen Regionen vorteilhaft.

Das Burgenland hat Anteil an drei Hauptproduktionsgebieten. Es dominieren das Nordöstliche Flach- und Hügelland und das Südöstliche Flach- und Hügelland, auf das Produktionsgebiet Alpenostrand entfällt nur ein kleiner Teil der Betriebe und Flächen (Übersicht 54). Fast zwei Drittel der Betriebe haben ihren Produktionsschwerpunkt im Ackerbau oder Weinbau.

Übersicht 52

Anteil der Betriebe im Besitz natürlicher Personen an den Erwerbsarten 1980

	Vollerwerbs-betriebe	Zuerwerbs-betriebe	Nebenerwerbs-betriebe
		in %	
Burgenland	26,2	5,0	68,7
Kärnten	34,2	6,2	59,6
Niederösterreich	45,8	5,2	48,9
Oberösterreich	38,7	5,3	56,0
Salzburg	44,1	7,6	48,3
Steiermark	38,9	6,1	55,0
Tirol	35,2	8,7	56,2
Vorarlberg	32,3	7,8	59,9
Wien	55,0	6,9	38,1
Österreich	38,9	5,9	55,2

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1980.

Übersicht 53

Hauptberufe der fallweise in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Betriebsinhaber 1979

	Österreich		Burgenland	
		Anteil in %		Anteil in %
Betriebsinhaber insgesamt (fallweise beschäftigt)	107.589		15.373	
davon Zuerwerb	2.113		103	
Nebenerwerb	105.476	100,0	15.270	100,0
von fallweise beschäftigten Betriebsinhabern im Nebenerwerb entfallen auf Berufsabteilungen:				
0 Land- und forstwirtschaftliche Berufe außerhalb des eigenen Betriebs	5.480	5,2	372	2,4
1 Bergbau	1.209	1,1	105	0,7
2 Bauberufe	14.072	13,3	3.671	24,0
3 Industrie und Gewerbe	30.022	28,5	3.316	21,7
4 Handels- und Verkehrsberufe	18.881	17,9	2.171	14,2
5 Dienstleistungsberufe	8.816	8,4	858	5,6
6 Technische Berufe	1.012	1,0	137	0,9
7 Mandatare, Rechts- und Verwaltungs- und Büroberufe	11.386	10,8	1.854	12,2
8 Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	1.708	1,6	274	1,8
9 Unbestimmter Beruf (z.B. Hilfsarbeiter, Lehrstellensuchender)	12.890	12,2	2.512	16,5

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfte 1979.

Übersicht 54

Betriebe und Nutzflächen nach Produktionsgebieten und Bodennutzungsformen 1980

	Betriebe1) (ideell) Österreich	Anteil in %	Burgenland	Anteil in %	Kulturfläche (ideell, 1.000 ha) Österreich	Anteil in %	Burgenland	Anteil in %
A) Produktionsgebiete								
Hochalpengebiet	42.904	14,2	-	-	1.886	28,8	-	-
Voralpengebiet	21.596	7,1	-	-	834	12,7	-	-
Alpenostrand	33.819	11,2	2.304	7,5	946	14,5	31	10,2
Wald- und Mühlviertel	40.165	13,3	-	-	687	10,5	-	-
Kärntner Becken	9.096	3,0	-	-	215	3,3	-	-
Alpenvorland	50.230	16,6	-	-	766	11,7	-	-
Südöstl. Flach- und Hügelland	53.950	17,8	14.021	45,8	469	7,2	124	40,8
Nordöstl. Flach- und Hügelland	50.819	16,8	14.288	46,7	743	11,3	149	49,0
insgesamt	302.579	100,0	30.613	100,0	6.546	100,0	304	100,0
B) Bodennutzungsformen								
Waldwirtschaft	22.523	7,5	1.440	4,7	1.697	25,9	54	17,8
Grünland-Waldwirtschaft	26.657	8,8	671	2,2	843	12,9	5	1,6
Acker-Grünland-Waldwirtschaft	8.842	2,9	1.375	4,5	179	2,7	10	3,3
Gründlandwirtschaft	82.688	27,3	1.227	4,0	1.923	29,4	12	3,9
Acker-Gründlandwirtschaft	31.447	10,4	1.706	5,6	463	7,1	17	5,6
Ackerwirtschaft	61.503	20,3	9.388	30,7	1.067	16,3	120	39,5
Gem.Weinbauw.mit 2 bis unter 10% Weinbau	7.078	2,3	1.209	3,9	143	2,2	26	8,6
Gem.Weinbauw.mit 10 bis unter 25% Weinbau	5.690	1,9	1.346	4,4	79	1,2	19	6,2
Weinbauw. mit 25% u. mehr Weinbau	19.671	6,5	7.876	25,7	76	1,1	33	10,9
Spezialwirtschaft	5.089	1,7	653	2,1	32	0,5	3	1,0
Ohne Bodennutzungsform	31.391	10,4	3.722	12,2	44	0,7	5	1,6
insgesamt	302.579	100,0	30.613	100,0	6.546	100,0	304	100,0
C) Bergbauernbetriebe								
Erschwerniszone 1	39.805	35,1	193	16,6				
Erschwerniszone 2	31.120	27,4	968	83,4				
Erschwerniszone 3	42.467	37,5	-	-				
insgesamt	113.392	100,0	1.161	100,0				
Anteil der Bergbauernbetriebe an allen Betrieben in %		37,5		3,8				

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1980.
1) Ohne flächenlose Betriebe.

(Eine eingehende Bestandsaufnahme der natürlichen Voraussetzungen der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft wurde von K.Arnold (1979) vorgelegt.)

Das in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzte Arbeitskraftvolumen ist wegen des weit verbreiteten Nebenerwerbs, der großen Zahl fallweise im Agrarsektor tätiger Personen, Abgrenzungsproblemen zwischen Haushalt und Betrieb und verschiedenen Erhebungsschwierigkeiten leider nur sehr grob faßbar. Die Ergebnisse der Volkszählung, des Mikrozensus und der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfteerhebungen weichen erheblich voneinander ab und sind selbst in Teilen kaum vergleichbar.

Die Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung 1971 mit den Daten der Sozialversicherungen durch das Institut für Wirtschaftsforschung ergibt für das Burgenland im Jahre 1982 rund 15.300 hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigte Personen. Laut Mikrozensus hatten im gleichen Jahr rund 17.800 Burgenländer ihren Haupterwerb im Agrarsektor. Im Rahmen der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfteerhebungen werden neben den voll oder überwiegend in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen auch jene erfaßt, die nur fallweise in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten. Nach der letzten Arbeitskräfteerhebung waren 1979 insgesamt 59.674 Personen zumindest fallweise im burgenländischen Agrarsektor tätig; davon gaben 31.639 Personen an, voll in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt zu sein. Im Burgenland ist der Anteil der Frauen am agrarischen Arbeitskräftepo-

tential höher als im österreichischen Mittel. Der Grund ist der weit höhere Anteil an Nebenerwerbsbetrieben.

Auf das Burgenland als der Fläche nach kleinstes Land entfallen knapp 5% der österreichischen Kulturfläche (Übersicht 55). Bei den intensiveren Nutzungsformen (insbesondere Weinbau) ist sein Anteil aber deutlich höher. Der Anteil an den Viehbeständen liegt je nach Kategorie zwischen 2 1/2% und 6%.

Von der gesamten Endproduktion der österreichischen Land- und Forstwirtschaft wurden in den letzten Jahren dem Werte nach rund 7% im Burgenland erwirtschaftet; von der agrarischen Wertschöpfung waren es rund 6% (Übersicht 56).

1981 erzielte die burgenländische Land- und Forstwirtschaft eine Endproduktion (Brutto-Produktionswert, Rohertrag) von 4,6 Mrd.S; nach Abzug der Vorleistungskäufe von 1,9 Mrd.S verblieben 2,7 Mrd.S als Bruttowertschöpfung. Die Wertschöpfung des burgenländischen Agrarsektors entsprach damit etwa den Ergebnissen der Bauwirtschaft und lag knapp unter dem Wert des Handels inklusive Beherbergungs- und Gaststättenwesen.

Der Produktionsschwerpunkt der burgenländischen Landwirtschaft liegt eindeutig im Pflanzenbau (Übersicht 57). Der Tierproduktion und insbesondere der Forstwirtschaft kommt im Vergleich zu anderen Bundesländern eine viel geringere Bedeutung zu. Im Mittel der Jahre 1980 bis 1982

Übersicht 55

Bodennutzung und Viehbestand im Burgenland 1982

1) Nutzflächen	ha	Anteil Burgenlands an Österreich in %
Ackerland1)	156.424	10,5
Gartenland	2.426	5,1
Weingärten	20.149	35,2
Obstanlagen und Baumschulen	3.089	7,4
Wiesen	31.573	3,1
Weiden	5.101	2,3
Almen und Bergmähder	-	-
Nicht mehr genutztes Grünland	4.464	6,8
Landwirtschaftliche Nutzfläche	223.226	6,0
Forstwirtschaftlich genutzte Fläche	110.474	3,4
Land- und forstwirtschaftl.genutzte Fläche	333.700	4,8
2) Viehbestand		
Pferde	1.470	3,6
Rinder insgesamt	65.455	2,6
davon Kühe	24.417	2,5
Schweine	176.479	4,4
Hühner	920.767	6,0

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt. - 1) Laut Bodennutzungsstichprobe 1982, alle übrigen Flächen Stand 1979 (letzte Vollerhebung).

Übersicht 56

Produktionsergebnisse der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft 1982

	Österreich	Burgenland	Anteil Burgenlands an Österreich in %
A) Erzeugte Mengen			
Pflanzenbau			
Getreide (einschließlich Körnermais), 1.000 t	5.026	567	11
Kartoffeln, 1.000 t	1.121	44	4
Zuckerrüben, 1.000 t	3.510	355	10
Wein, 1.000 hl	4.906	1.664	34
Gemüse1), 1.000 t	408	65	16
Obst, 1.000 t	814	57	7
Tierproduktion			
Rinder (einschließlich Kälber)2), 1.000 Stk.	870	22	3
Schweine2), 1.000 Stk.	4.951	238	5
Kuhmilch, 1.000 t	3.589	88	2
Geflügel, 1.000 t	73	3	4
Eier, 1.000 t	97	7	7
Holz			
Einschlag, 1.000 fm	11.092	302	3
B) Endproduktion und Wertschöpfung zu laufenden Preisen, Mill.S (netto, ohne Mehrwertsteuer)			
Endproduktion:			
pflanzliche	19.236 3)	3.357	17
tierische	39.021 3)	1.455	4
forstliche	11.332 3)	226	2
Land- und Forstwirtschaft	69.589 3)	5.038	7
Beitrag zum BIP	44.140	.	7

Q: Österreichisches Statistisches Zentalamt, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. - 1) Einschließlich sonstiges Gemüse (Schätzung). - 2) Schlachtungen aus Inland + Export ± Bestandsänderungen. - 3) Endproduktion = Summe der Bundesländer.

Übersicht 57

Endproduktion und Wertschöpfung der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft 1964 bis 1982

	Feldfrüchte	Feldgemüse und Gartenbau	Obst	Wein	Summe pflanzl. Endprod.	Rinder 2) und Sonstiges	Schweine3)	Geflügel4) und Eier	Kuhmilch	Summe tier. Endprod.	Summe Landwirtschaft	Forstliche Endprod.	Summe Land- und Forstwirtschaft	minus Vorleistungen	Beitrag zum BIP Land- u. Forstwirtschaft
	Mill.S zu laufenden Preisen														
1964	413	141	233	539	1.326	241	303	141	222	907	2.233	72	2.305	594	1.711
1970	575	278	153	713	1.719	324	388	135	227	1.074	2.793	100	2.893	834	2.059
1980 1)	1.393	346	324	980	3.043	380	473	185	254	1.292	4.335	198	4.533	1.780	2.753
1981 1)	1.313	332	272	987	2.904	420	561	194	287	1.462	4.366	247	4.613	1.929	2.684
1982 1)	1.589	271	267	1.230	3.357	448	509	198	300	1.455	4.812	226	5.038	.	.
	Anteile in %														
Ø1964/ 1966	19,5	7,8	9,4	19,8	56,5	10,6	13,3	6,3	10,2	40,4	96,9	3,1	100,0		
Ø1969/ 1971	22,3	9,5	5,6	21,5	58,9	10,3	14,0	5,1	8,2	37,6	96,5	3,5	100,0		
Ø1980/ 1982	30,3	6,7	6,1	22,5	65,6	8,8	10,9	4,1	5,9	29,7	95,3	4,7	100,0		

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. 1) Netto, ohne Mehrwertsteuer. - 2) Einschließlich Verschickungen. - 3) Einschließlich Ferkelverschickungen; 1964 und 1970 nur Schlachtungen, ab 1980 Schlachtungen, Exporte und Viehbestandsänderungen (früher bei Sonstiges). - 4) 1964 und 1970 nur Hühner und Eier, anderes Geflügel bei Sonstiges.

entfielen zwei Drittel der Endproduktion auf pflanzliche Erzeugnisse, etwa 30% stammten aus der Tierhaltung und bloß 5% aus der Forstwirtschaft. (Im österreichischen Mittel waren es 25%, 55% und 20%.)

Die Erträge der burgenländischen Landwirtschaft liegen unter den österreichischen Mittelwerten (Übersicht 58).

Übersicht 58

Kennzahlen der Bewirtschaftungsintensität

	Österreich	Burgenland
	Ertrag in dt je ha	
Winterweizen Ø 1980/1982	42,0	38,6
Winterroggen Ø 1980/1982	34,0	32,1
Sommergerste Ø 1980/1982	38,6	36,9
Körnermais Ø 1980/1982	72,7	69,5
Zuckerrüben Ø 1980/1982	541,1	508,1
	in kg je Kuh	
Milchertrag 1982	3.689	3.600
Milchlieferleistung 1982	2.426	2.061
Handelsdüngereinsatz Reinnährstoff (kg je ha düngungswürdiger Fläche) 1982	139,4	161,8
Traktorendichte (Traktoren1) je 100 Betriebe) 1982[2]	111	80
Mähdrescherdichte (Mähdrescher je 100 ha Getreide einschließlich Mais) 1982	3	2
Melkmaschinendichte 1982:		
Melkmaschinen je 100 Kühe	11	8
Melkmaschinen je 100 Betriebe mit Kühen2)	64	29

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Düngerberatungsstelle. 1) Einschließlich Motorkarren. - 2) Landwirtschaftliche Maschinenzählung 1982, vorläufiges Ergebnis und Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1980.

2. Entwicklungstendenzen

2.1 Überdurchschnittlich rascher Strukturwandel

Kräftiges Wirtschaftswachstum, rascher technischer Fortschritt im Agrarbereich und begrenzte Absatzchancen für landwirtschaftliche Erzeugnisse drängten die Landwirtschaft aller Industrieländer in der Nachkriegszeit in einen rasanten Strukturwandel. Dieser agrarische Strukturwandel ist insbesondere in den sechziger und siebziger Jahren im Burgenland wesentlich rascher verlaufen als in anderen österreichischen Bundesländern.

Als wichtigste Kennzahl für den agrarischen Anpassungsprozeß gilt die Entwicklung des Arbeitskräftebestandes. Anläßlich der Volkszählung 1951 wurden in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft noch 95.084 Erwerbstätige gezählt; 1982 waren nach Berechnungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung nur mehr rund 15.300 Personen hauptberuflich (entsprechend der Definition der Volkszählung 1971) im Agrarsektor tätig (Übersicht 59). In einem Zeitraum von bloß 31 Jahren ist demnach die Zahl jener Menschen die ihren Lebensunterhalt überwiegend in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft verdienen um rund 80.000 auf etwa ein Sechstel des Bestandes des Jahres 1951 gesunken. Fünf von sechs Bauern, ihren Familienangehörigen und Landarbeitern haben demnach ihren Beruf gewechselt oder wurden bei Pensionierung nicht mehr

Übersicht 59

Arbeitskräfte in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft

A) Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählungen und Arbeitskräfteerhebungen

	1951	1960	1951/1960 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1970	1960/1970 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1973	1970/1973 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1976	1973/1976 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1979	1976/1979 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %
Betriebsinhaber											
voll beschäftigt	.	24.514		15.138	-4,7	13.036	-4,9	11.607	-3,8	10.535	-3,2
überwiegend	.	1.625		257	-16,8	2.418	+111,1	607	-36,9	423	-11,3
fallweise	.	8.855		13.421	+4,2	11.603	-4,7	15.267	+9,6	15.373	+0,2
insgesamt	44.263	34.994	-0,8[1]	28.816	-1,9	27.057	-2,1	27.481	+0,5	26.331	-1,4
Familienangehörige											
voll beschäftigt	.	50.878		30.631	-4,9	23.734	-8,2	22.566	-1,7	20.180	-3,7
überwiegend	.	1.348		58	-27,0	486	+103,1	154	-31,8	219	+12,5
fallweise	.	5.546		7.678	+3,3	7.458	-1,0	9.319	+7,7	10.203	+3,1
insgesamt	84.362	57.772	-4,1	38.367	-4,0	31.678	-6,2	32.039	+0,4	30.602	-1,5
Familieneigene AK insgesamt	128.625	92.766	-3,0[1]	67.183	-3,2	58.735	-4,4	59.520	+0,4	56.933	-1,5
Familienfremde AK											
ständig	4.288	2.267	-6,8	1.580	-3,5	1.453	-2,8	974	-12,5	924	-1,7
nicht ständig	19.138	9.062	-8,0	5.321	-5,2	1.877	-29,3	2.155	+4,7	1.817	-5,5
insgesamt	23.426	11.329	-7,8	6.901	-4,8	3.330	-21,6	3.129	-2,1	2.741	-4,3
land- u. forstwirtsch. AK insgesamt	152.051	104.095	-3,7[1]	74.084	-3,3	62.065	-5,7	62.649	+0,3	59.674	-1,6

B) Ergebnisse der Volkszählungen (ab 1971 Wifo-Fortschreibung2))

	1951	1961	1951/1961 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1971	1961/1971 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	Ø 1971	Ø 1982	1971/1982 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %
Berufstätige3) in der Land- und Forstwirtschaft								
Burgenland	95.084	63.909	-3,9	29.737	-7,4	28.600	15.300	-5,5
Österreich	1,079.647	767.604	-3,4	426.478	-5,7	419.900	283.000	-3,5

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. - 1) Zuwachsraten wegen besserer Vergleichbarkeit von korrigierten Daten berechnet.- 2) Erfassung im Jahresdurchschnitt, bei Volkszählungen: Stichtage. - 3) Einschließlich Arbeitslose.

ersetzt. (Im österreichischen Mittel wurde eine Abnahme auf rund ein Viertel registriert.)

In den sechziger Jahren hat die burgenländische Land- und Forstwirtschaft (nach der Definition der Volkszählungen) jährlich 7,4% ihres Arbeitskräftebestandes verloren, zwischen 1971 und 1982 waren es rund 5,5% pro Jahr. Damit wurde die mittlere österreichische Abnahmerate um jeweils rund 2 Prozentpunkte kräftig übertroffen. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfteerhebungen sind zwar in ihren Ergebnissen mit den Volkszählungen nicht direkt vergleichbar. Auch diese Erhebungen zeigen jedoch, daß die Zahl der hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen im Burgenland insbesondere im Zeitraum bis 1973 viel rascher abnahm als in anderen Bundesländern. Nach 1973, in den Jahren schwacher gesamtwirtschaftlicher Dynamik, hat sich allerdings diese Differenz stark verringert. Interessant ist anzumerken, daß trotz viel rascherer Abnahme der Zahl hauptberuflicher Bauern und Landarbeiter der gesamte Bestand an voll, überwiegend oder auch nur fallweise in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen im Burgenland nur etwa im österreichischen Mittel abnahm. Darin spiegelt sich der starke Zug zum Nebenerwerb.

Trotz des enormen Verlustes an Arbeitskräften blieb die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Österreich bisher überraschend stabil. Es gab jedoch starke Verschiebungen zu Nebenerwerbsbetrieben. Dies gilt ganz besonders für das Burgenland (Übersicht 60). Im Burgen-

Übersicht 60

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe und ihre Entwicklung im Burgenland

Größenstufen1)	1960 Zahl	1960 Anteil in %	1970 Zahl	1970 Anteil in %	1970 Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1973[3] Zahl	1973[3] Anteil in %	1973[3] Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1976[3] Zahl	1976[3] Anteil in %	1976[3] Durchschnittl. jährl. Veränd. in %	1979[3] Zahl	1979[3] Anteil in %	1979[3] Durchschnittl. jährl. Veränd. in %
unter 2 ha	12.499	30,1	11.680	30,5	-0,7	12.589	35,1	+2,5	13.809	38,2	+3,1	13.680	38,8	-0,3
2 bis " 5 ha	10.333	24,9	9.378	24,5	-1,0	8.375	23,3	-3,7	8.071	22,3	-1,2	7.764	22,0	-1,3
5 " " 10 ha	10.784	26,0	8.635	22,5	-2,2	7.636	21,3	-4,0	6.921	19,1	-3,2	6.690	18,9	-1,1
10 " " 20 ha	6.614	15,9	6.808	17,8	+0,3	5.595	15,6	-6,3	5.340	14,8	-1,5	4.930	14,0	-2,6
20 " " 50 ha	1.100	2,7	1.615	4,2	+3,9	1.513	4,2	-2,2	1.804	5,0	+6,0	2.001	5,7	+3,5
50 " " 100 ha	64	0,2	105	0,3	+5,1	93	0,3	-4,0	132	0,4	+12,4	164	0,5	+7,5
100 " " 200 ha	30	0,1	33	0,1	+1,0	23	0,1	-11,3	21	0,1	-3,0	23	0,0	+3,1
200 ha und mehr	54	0,1	52	0,1	-0,4	46	0,1	-4,0	38	0,1	-6,2	35	0,1	-2,7
Betriebe insgesamt	41.478	100,0	38.306	100,0	-0,8	35.870	100,0	-2,2	36.136	100,0	+0,2	35.287	100,0	-0,8
Vollerwerbsbetriebe	19.861	47,9	13.619	35,6	-3,7	11.707	32,6	-4,9	9.586	26,5	-6,4	8.031	22,8	-5,7
Zuerwerbsbetriebe	5.309	12,8	3.431	9,0	-4,3	2.832	7,9	-6,2	1.242	3,4	-24,0	1.556	4,4	+7,8
Nebenerwerbsbetrieb	15.846	38,2	20.699	54,0	+2,7	21.331	59,5	+1,0	25.308	70,1	+5,9	25.700	72,8	+0,5
davon: Rentnerbetriebe	.		6.013	15,7		4.689	13,1	-8,0	5.619	15,6	+6,2	5.805	16,4	+1,1
übrige Nebenerwerbsb.	.		14.686	38,3		16.642	46,4	+4,3	19.689	54,5	+5,8	19.895	56,4	+0,3
Betriebe jurist. Pers.	462	1,1	557	1,4	+1,9	.	.	.	.	.	.			
Durchschnittliche Betriebsgröße2) in ha:														
Vollerwerbsbetriebe	11,8		16,0		+3,1									
Zuerwerbsbetriebe	6,5		6,6		+0,2									
Nebenerwerbsbetriebe	2,7		3,3		+2,0									
Betriebe jurist.Pers.	54,4		43,0		-2,3									
Betriebe insgesamt	8,1		8,7		+0,7									

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählungen 1960 und 1970, Land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfteerhebungen 1973, 1976, 1979. - 1) 1960 und 1970 Größenstufen nach der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche ideell, 1973, 1976, 1979 nach der Kulturfläche tatsächlich. - 2) Berechnet auf Grund der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche ideell. - 3) Ohne Betriebe juristischer Personen.

land nahm die Zahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (in der Abgrenzung der Betriebszählung 1970) sowohl in den sechziger als auch in den siebziger Jahren bloß um 1% jährlich ab. Dies entspricht in etwa der gesamtösterreichischen Tendenz. Die Verlagerung zum Nebenerwerb war jedoch (insbesondere in den sechziger Jahren) ausgeprägter.

Die Ursachen für den im Vergleich zu den anderen Bundesländern rascheren Strukturwandel in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft (wie er insbesondere an der Entwicklung des agrarischen Arbeitskräftebestandes abzulesen ist) sind vielschichtig. Von Bedeutung waren sicherlich die viel stärker agrarisch geprägte Ausgangssituation und die überdurchschnittliche Expansion des industriell-gewerblichen Sektors im Burgenland mit der daraus resultierenden starken Sogwirkung auf das landwirtschaftliche Arbeitskräftepotential. Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind auch zur Entwicklung der agrarischen Produktion und Wertschöpfung anzunehmen.

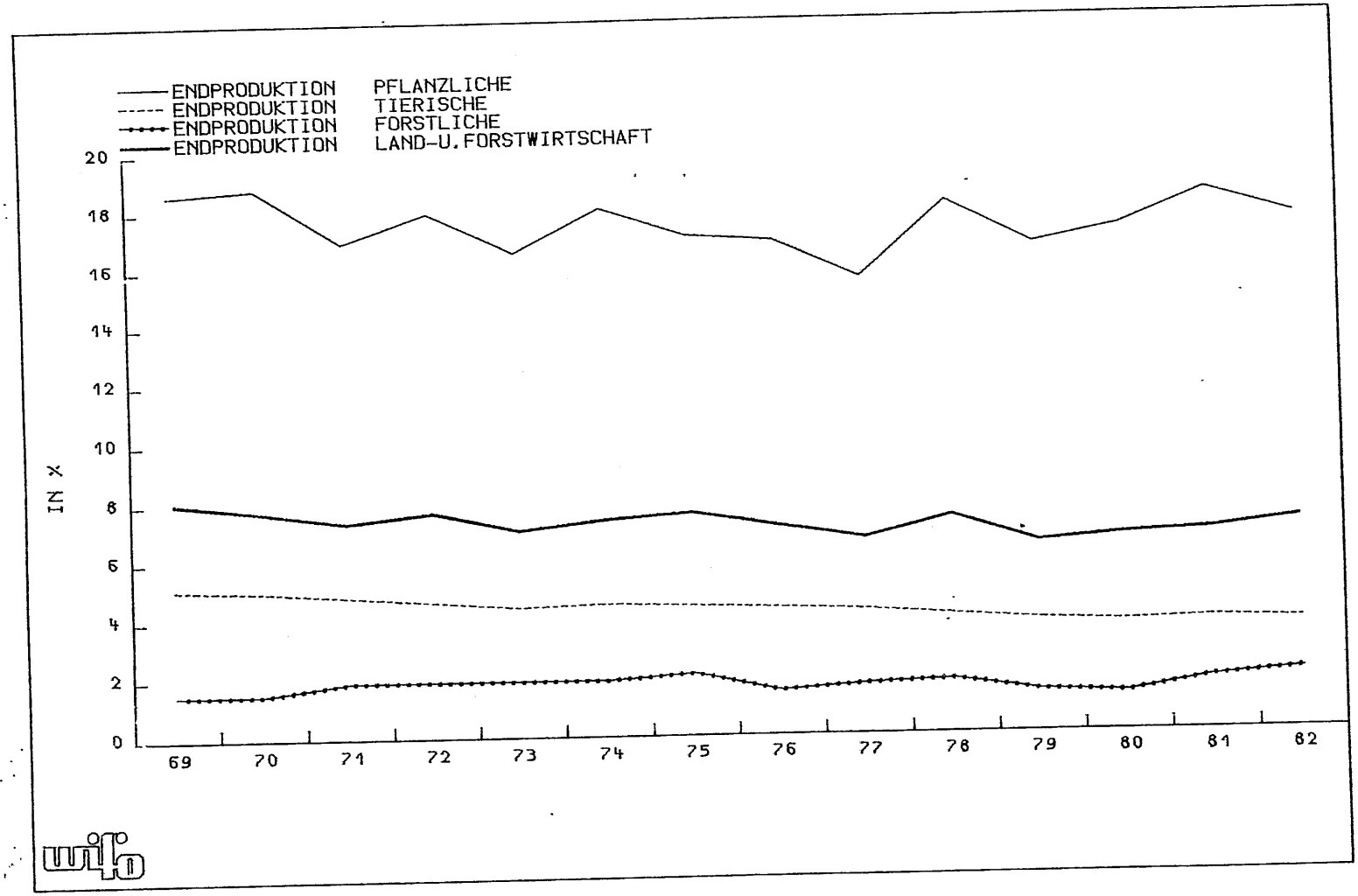
2.2 Anteilsverluste des Burgenlandes auf den Agrarmärkten

Die burgenländische Land- und Forstwirtschaft hat ab Anfang der siebziger Jahre ihre Produktion langsamer ausgeweitet als die übrigen Bundesländer und damit Marktanteile verloren (Abbildung 12).

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft konnte zwischen 1969/1971 und 1980/1982 ihre Endproduktion (Rohertrag) dem Werte nach um 88%

Abbildung 12

BEITRAG DES BURGENLANDES ZUM WERT DER AGRARISCHEN ENDPRODUKTION ÖSTERREICHS



erhöhen (Übersicht 61). Regional war die Entwicklung recht unterschiedlich. Im Burgenland nahm im gleichen Zeitraum die agrarische Endproduktion bloß um 69% zu; dies ist die geringste Zunahme unter allen Bundesländern. (Der höchste Zuwachs wurde mit 102% in der Steiermark erzielt.) Der Anteil des Burgenlandes an der gesamten agrarischen Endproduktion Österreichs ist dadurch im letzten Jahrzehnt von 7,7% auf 6,9% oder um rund 3/4 Prozentpunkte gesunken. Nach Produktionszweigen betrachtet hat das Burgenland in der Tierproduktion stark an Boden verloren (Übersicht 61a). Auch im Pflanzenbau, der im Burgenland dominiert, gab es in Summe Einbußen. Der leichte Anteilsgewinn in der Forstproduktion hat wegen der geringen Bedeutung der Holzerzeugung im Burgenland das Gesamtergebnis nur marginal beeinflußt.

2.2.1 Komponentenzerlegung

Die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der agrarischen Endproduktion haben viele Ursachen. Rechnerisch können grob zwei Gruppen identifiziert werden: Einflüsse der Produktstruktur zu Beginn der Beobachtungsperiode (= Strukturkomponente) und alle übrigen Faktoren (= Wettbewerbskomponente, Standortkomponente). Das Ergebnis einer solchen "Komponentenzerlegung" kann durch die Strukturierung des Ausgangsmaterials d.h. Abgrenzung und Zahl der Produktgruppen, etwas beeinflußt werden. Für die nachfolgend vorgestellten Berechnungen wurde die gesamte Agrarproduktion in zehn Gruppen unterteilt. Diese Produktgruppen sind aus Übersicht 61 ersichtlich. Um Zufallseinflüsse auszu-

Übersicht 61

Struktur und Entwicklung des Wertes der agrarischen Endproduktion Ø 1969/1971 bis Ø 1980/1982

Produktgruppen	Österreich			Burgenland			Anteil Burgenlands an der gesamten Endproduktion Österreichs	
	Struktur Ø1969/1971	Veränderung der Endproduktion in %	Struktur Ø1980/1982	Struktur Ø1969/1971	Veränderung der Endproduktion in %	Struktur Ø1980/1982	Ø1969/1971 in %	Ø1980/1982 in %
Feldfrüchte	11,8	+ 99,6	12,5	22,3	+128,9	30,3	14,6	16,8
Feldgemüse und Gartenbau	4,4	+101,4	4,7	9,5	+18,9	6,7	16,7	9,9
Obst	4,2	+ 65,5	3,7	5,6	+84,8	6,1	10,1	11,3
Wein	4,7	+ 92,7	4,8	21,5	+76,6	22,5	35,5	32,6
Summe pflanzliche Endproduktion	25,1	+92,9	25,7	58,9	+87,9	65,6	18,1	17,7
Rinder1) und Kälber1)	16,2	+78,9	15,4	8,6	+25,7	6,4	4,1	2,9
Schweine1)	16,6	+77,2	15,6	14,0	+31,4	10,9	6,5	4,8
Geflügel und Eier	5,6	+64,2	4,9	5,1	+35,1	4,1	7,0	5,7
Kuhmilch	18,2	+71,7	16,6	8,2	+21,2	5,9	3,5	2,5
Sonstiges	1,4	+169,8	2,1	1,7	+140,7	2,4	8,8	7,8
Summe tierische Endproduktion	58,0	+77,0	54,6	37,6	+33,2	29,7	5,0	3,8
Forstwirtschaftliche Endproduktion	16,9	+119,7	19,7	3,5	+125,2	4,7	1,6	1,7
Summe Land- und Forstwirtschaft	100,0	+88,2	100,0	100,0	+68,7	100,0	7,7	6,9

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. - 1) Schlachtungen, Export und Bestandsänderungen. Einschließlich Verschickungen zwischen den Bundesländern.

Übersicht 61a

Beitrag des Burgenlandes zum Wert der agrarischen Endproduktion Österreichs

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	Ø1969/ 1971	Ø1980/ 1982
	Anteil in %															
Endproduktion																
Pflanzliche	18,6	18,8	16,9	17,9	16,5	18,0	17,0	16,8	15,5	18,1	16,6	17,2	18,4	17,5	18,1	17,7
Tierische	5,1	5,0	4,8	4,6	4,4	4,5	4,4	4,3	4,2	4,0	3,8	3,7	3,8	3,7	5,0	3,8
Forstliche	1,5	1,5	1,9	1,9	1,9	1,9	2,1	1,5	1,7	1,8	1,4	1,3	1,8	2,0	1,6	1,7
Summe Land- und Forstwirtschaft	8,1	7,7	7,3	7,7	7,0	7,4	7,6	7,1	6,6	7,4	6,4	6,7	6,8	7,2	7,7	6,9

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

schalten oder zumindest zu dämpfen, wurden als Anfang- und Endpunkt der Periode Dreijahresdurchschnitte gewählt. Wegen dieser methodischen Probleme und gewisser Schwächen des verwendeten Datenmaterials sollten die Ergebnisse bloß ihrer Tendenz und Größenordnung nach interpretiert werden.

Die Endproduktion der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und damit der Markt für die Bauern aller Bundesländer ist zwischen den Jahren 1969/1971 und 1980/1982 dem Werte nach wie erwähnt um rund 88% gewachsen (Übersicht 62). Nach Produkten und Produktgruppen war die Entwicklung freilich recht verschieden. Die Endproduktion an Geflügel und Eiern konnte z.B. bloß um 64% erhöht werden; der Rohertrag an Feldfrüchten oder an Erzeugnissen des Feldgemüse- und Gartenbaues hat sich hingegen etwa verdoppelt. Je höher der Anteil einer Region an Produkten die überdurchschnittlich expandieren ("Wachstumsprodukte"), umso eher ist sie in der Lage auch ihre gesamte Erzeugung überdurchschnittlich auszuweiten. Die Analyse der Entwicklung der agrarischen Endproduktion in den siebziger Jahren nach Bundesländern ergibt für das Burgenland eine ganz leicht positive Strukturkomponente. D.h. die Produktionsstruktur zu Beginn der siebziger Jahre war für die Weiterentwicklung der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft zumindest nicht nachteilig. Wenn es den burgenländischen Bauern im vergangenen Jahrzehnt z.B. gelungen wäre, in jeder der zehn Produktgruppen die Erzeugung genau im Bundesmittel (und damit entsprechend der Marktexpansion) auszuweiten, dann hätte die burgenländische Endproduktion in Summe etwa durchschnitt-

Übersicht 62

Beitrag der Struktur- und Wettbewerbskomponente zum Wachstum der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft der Bundesländer zwischen 1969/1971 und 1980/1982

	1 Markt-wachstum	2 Hypothet. Markt-wachstum	3= 2-1 Struktur-komponente	4= 5-2 Wettbewerbs-komponente	5 Wachstum der Endproduktion
	in Prozentpunkten				
Burgenland	+88,2	+89,3	+1,1	-20,6	+68,7
Kärnten	+88,2	+95,3	+7,1	- 4,8	+90,5
Niederösterreich	+88,2	+87,5	-0,7	- 1,8	+85,7
Oberösterreich	+88,2	+83,5	-4,7	+ 6,6	+90,1
Salzburg	+88,2	+91,8	+3,6	+ 0,1	+91,9
Steiermark	+88,2	+88,9	+0,7	+13,7	+102,6
Tirol	+88,2	+91,3	+3,1	-14,7	+76,6
Vorarlberg	+88,2	+87,2	-1,0	- 2,9	+84,3
Wien	+88,2	+92,2	+4,0	-16,0	+76,2
Österreich	+88,2	+88,2	0	0	+88,2

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

lich zugenommen (hypothetisches Wachstum +89%). Der deutliche Rückfall des Burgenlandes in der Entwicklung der agrarischen Endproduktion in den siebziger Jahren und die daraus resultierenden Marktverluste sind demnach nicht auf eine ungünstige Erzeugungspalette zu Beginn der siebziger Jahre zurückzuführen. Es müssen andere Einflüsse gewesen sein, die in Summe zwischen 1969/1971 und 1980/1982 eine negative Wettbewerbskomponente von rund 20 Prozentpunkten ergaben.

Generell ist den Berechnungen zu entnehmen, daß die erheblichen Differenzen in der Produktionsdynamik nach Bundesländern in den siebziger Jahren nur zu einem kleinen Teil auf Unterschiede in der Erzeugungsstruktur zurückgehen. Positive (Steiermark, Oberösterreich) und negative (Burgenland, Wien, Tirol) Wettbewerbseinflüsse (gelegentlich auch Standorteinflüsse genannt) verschiedenster Art fielen hingegen stark ins Gewicht.

2.2.2 Entwicklung in einzelnen Produktionszweigen

Obige Berechnungen beruhen auf der Entwicklung der nominellen Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach zehn Produktgruppen. Sie sollen im folgenden durch weitere Daten für einzelne Produktionssparten wie z.B

Entwicklung der Anbauflächen, Viehbestände usw. ergänzt und damit auch ihre Aussagekraft abgestützt werden.

Der Pflanzenbau war in den siebziger Jahren gemessen am Rohertragswert neben der Holznutzung der expansivste Bereich der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft. Die pflanzliche Endproduktion expandierte gut doppelt so rasch wie der Rohertrag aus Tierhaltung. Damit konnte der Pflanzenbau seine dominierende Position im Burgenland noch ausbauen. Selbst in diesem Bereich konnte das Burgenland aber mit der Entwicklung im gesamten Bundesgebiet nur knapp mithalten. Von Produkt zu Produkt waren die regionalen Verschiebungen allerdings recht unterschiedlich (Übersicht 63).

Der in bezug auf Arbeitskraftbedarf und Rohertrag je ha relativ extensive Getreidebau wurde im Burgenland etwas stärker ausgeweitet als im gesamten Bundesgebiet. Das Burgenland konnte damit seine Stellung als Überschußregion für Getreide festigen. Der intensivere Hackfruchtbau (Kartoffeln, Zuckerrüben) wurde hingegen in Summe etwas stärker eingeschränkt. Dabei fiel insbesondere der rapide Rückgang des Kartoffelbaues ins Gewicht. Die Zuckerrübenfläche blieb fast unverändert.

Das Burgenland bietet günstige natürliche und wirtschaftliche Produktionsverhältnisse für den Anbau verschiedener Spezialkulturen. Diese arbeits- und rohertragsintensiven Produktionssparten haben daher hier traditionell ein weit höheres Gewicht als in anderen Bundesländern. In

Übersicht 63

Entwicklungstendenzen im burgenländischen Agrarsektor in den siebziger Jahren

Pflanzenbau	Österreich 1969	Österreich 1979	Veränderung 1979 geg. 1969 in %	Burgenland 1969	Burgenland 1979	Veränderung 1979 geg. 1969 in %	Anteil Burgenlands an Österreich in % 1969	Anteil Burgenlands an Österreich in % 1979
Getreidefläche einschl. Mais, ha	956.458	1,067.918	+11,7	111.797	126.786	+13,4	11,7	11,9
Kontrahierte Zuckerrübenfläche, ha	46.866	45.247	-3,5	5.571	5.535	- 0,6	11,9	12,2
Kartoffelfläche, ha	112.572	58.048	-48,4	7.825	3.024	-61,4	7,0	5,2
Feldgemüsefläche1), ha (Vollerhebung 1982)	.	7.892	.	.	1.071	.	.	13,6
Intensivobstbauflächen, ha	4.540 2)	8.042	+77,1 3)	565 2)	778	+37,7 3)	12,4 2)	9,7
Weingartenfläche, ha (Edelweinfläche insg.)	46.426	59.432	+28,0	14.728	20.826	+41,4	31,7	35,0
Tierproduktion	1970	1981	Veränderung 1981 geg. 1970 in %	1970	1981	Veränderung 1981 geg. 1970 in %	1970	1981
Rinderbestand, 1000 Stk.	2.468	2.530	+ 2,5	99	68	-30,9	4,0	2,7
davon: Kühe, 1000 Stk.	1.070	975	- 8,9	40	24	-38,5	3,7	2,5
Schweinebestand, 1000 Stk.	3.445	4.010	+16,4	195	185	- 5,3	5,7	4,6
davon: Sauen trächtig, 1000 Stk.	195	242	+24,1	8	9	+ 9,7	4,3	3,8
Hühner, 1000 Stk.	12.140	15.656	+29,0	815	940	+15,4	6,7	6,0

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Ergebnisse der landwirtschaftlichen Statistik, Bodennutzungserhebungen, Erhebung des Feldgemüseanbaues 1982, Erhebung der Intensivobstanlagen, Weinbauerhebungen, Viehzählungen. - 1) Ohne Mehrfachnutzung. - 2) 1967. - 3) 1979 gegen 1967.

den siebziger Jahren verlief in diesem Bereich die Entwicklung recht differenziert.

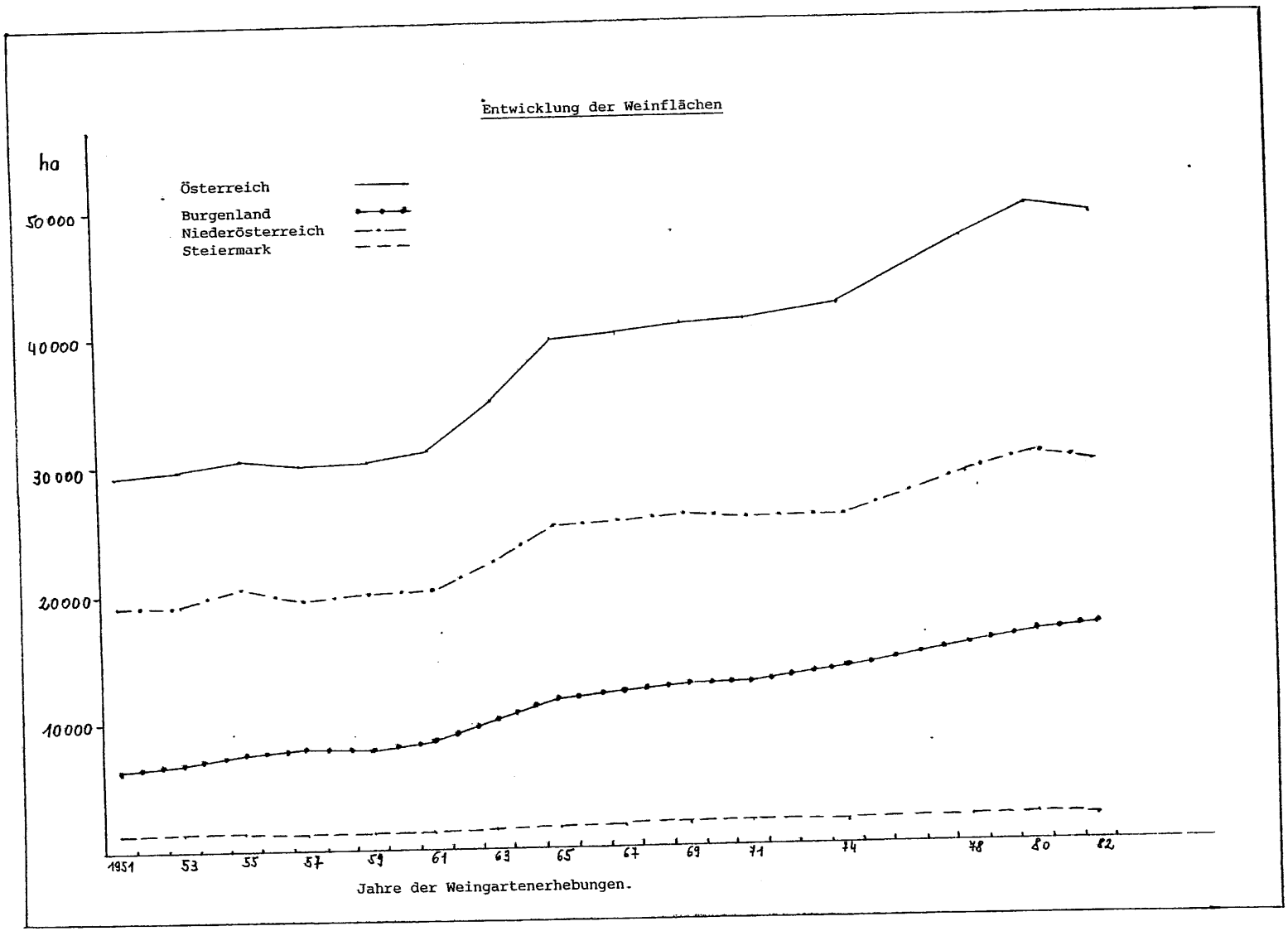
Der Intensivobstbau wurde im Burgenland zwar ausgeweitet, die Expansion blieb jedoch merklich hinter der gesamtösterreichischen Entwicklung zurück. Fundierte Aussagen über die Tendenzen im Anbau von Feldgemüse und eventuelle Änderungen der Stellung des Burgenlandes im Wettbewerb mit anderen Regionen sind leider nicht möglich, weil die Statistiken mit groben Fehlern behaftet sind. Die vor kurzem vom Österreichischen Statistischen Zentralamt veröffentlichte Vollerhebung des Feldgemüseanbaues zum 1.Juli 1982 ergab für Österreich eine Feldgemüsefläche (ohne Mehrfachnutzung) von 7.892 ha. Davon entfiel mehr als die Hälfte auf Niederösterreich. Für das Burgenland wurde mit 1.071 ha (13,6%), knapp gefolgt von der Steiermark, die zweitgrößte Feldgemüsefläche ausgewiesen. Einschließlich Mehrfachnutzung wird die österreichische Feldgemüsefläche mit 8.939 ha angegeben. Bisher hatte das Statistische Zentralamt auf Grund einer Stichprobenerhebung und Schätzungen der Landwirtschaftskammern für 1982 eine Anbaufläche von 12.892 ha (einschließlich Zweitanbau von Chinakohl) ausgewiesen, fast um die Hälfte mehr. Für das Burgenland ergab die Vollerhebung eine um gut die Hälfte kleinere Feldgemüsefläche als zuvor angenommen, in der Steiermark mußten die bisherigen Schätzungen sogar auf nicht mehr als ein Fünftel zurückgenommen werden! Angesichts dieser fast unglaublichen Fehlschätzungen im Jahr 1982 müssen natürlich auch alle vorherigen Angaben über den Feldgemüseanbau als wenig brauchbar eingestuft werden. Einige Indikatoren

deuten darauf, daß die burgenländische Landwirtschaft im Bereich Obst und Gemüse sowohl auf den Frischmärkten als auch im Bereich der industriellen Verarbeitung ihre Chancen nur zum Teil genutzt hat.

Sehr dynamisch hat sich in der gesamten Nachkriegszeit und insbesondere auch in den siebziger Jahren der burgenländische Weinbau entwickelt. Trotz gesetzlicher Eingriffe, die die Expansion der Rebflächen zwecks Marktentlastung bremsen sollten, wurden die Weinflächen stark ausgeweitet (Abbildung 13). Vor allem der Seewinkel und das Hügelland von Deutschkreuz verzeichneten sehr hohe Raten der Flächenausdehnung. Zwischen 1969 und 1980 wurde die Edelweinfläche des Burgenlandes um 41% auf rund 21.000 ha erweitert, der Anteil des Burgenlandes an der österreichischen Rebfläche stieg dadurch von 32% auf 35%.

In der Tierproduktion hat die burgenländische Landwirtschaft im vergangenen Jahrzehnt durchwegs schwere Marktanteilsverluste erlitten. Die Rinderhaltung verlagert sich seit den fünfziger Jahren von den Ackerbaugebieten in die Grünlandgebiete. Das Burgenland war und ist von dieser Entwicklung besonders betroffen. Entgegen einer leichten Zunahme im gesamten Bundesgebiet wurde im Burgenland zwischen 1970 und 1981 der Rinderbestand um fast ein Drittel reduziert. Die Kuhzahl wurde parallel dazu viel stärker verringert als in anderen Bundesländern. Dadurch ist auch der Anteil des Burgenlandes an der Produktion von Rindern, Kälbern und Milch stark gesunken. Insbesondere in den Ackerbaugebieten und in den Weinbau-Ackerbaugebieten des nördlichen und mittleren Burgenlandes

Abbildung 13



ist die Rinderhaltung bis auf kleine Restbestände verschwunden. In den südlichen Landesteilen war (mit zunehmendem Grünlandanteil) die Abnahme geringer.

Während die starke Abnahme der Rinderhaltung im Burgenland durch eine Verlagerung in Grünlandregionen mit günstigeren Produktionsvoraussetzungen erklärt werden kann und eine ähnliche Entwicklung auch in anderen Ackerbaugebieten z.B. im nordöstlichen Niederösterreich zu beobachten ist, sind die deutlichen Marktanteilsverluste der burgenländischen Landwirtschaft in der Schweine- und Geflügelhaltung eher überraschend und schwer erklärbar. Schweine und Geflügel sind flächenunabhängige Produktionszweige, die auch kleinen und mittleren Betrieben eine "innere Aufstockung" und somit eine bessere Auslastung ihrer Arbeitskräfte und eine zusätzliche Einkommensschöpfung erlauben. Als Futterbasis dient Getreide (für Schweine z.T. Maiskornsilage), ergänzt durch importiertes Eiweißfutter. Im Burgenland dominiert der kleine und mittlere Betrieb der zusätzliche Einkommen zur Sicherung seiner Existenz dringend benötigt. Getreide ist insbesondere in den nördlichen Ackerbaugebieten im Überfluß vorhanden. Weiters ist die Lage zu den Konsumzentren günstig. Insgesamt demnach gute Voraussetzungen für den Ausbau der Schweine- und Geflügelhaltung, die aber wie die Fakten zeigen, nicht genützt werden konnten.

Parallel zur wachsenden Nachfrage nach Schweinefleisch expandierte auch der österreichische Schweinebestand zwischen 1970 und 1981 um rund 16%.

Im Burgenland war hingegen die Schweinehaltung rückläufig (-5%), sein Anteil an der Schweinefleischproduktion nahm dadurch deutlich ab. Ein besonders intensiver Zweig der Schweinehaltung ist die Ferkelerzeugung. Die burgenländischen Mäster beziehen traditionell einen Teil der benötigten Ferkel aus anderen Bundesländern (insbesondere Oberösterreich). Der burgenländischen Landwirtschaft ist es bisher nicht gelungen, diesen Bedarf im eigenen Land zu decken. In den letzten Jahren wurden noch immer rund 30.000 bis 40.000 Ferkel jährlich "importiert". Damit gingen den burgenländischen Betrieben ein Umsatz von rund 25 Mill.S und erhebliche Einkommen verloren.

Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich auf dem Geflügelsektor. Die Ergebnisse der Viehzählungen zeigen, daß die burgenländische Landwirtschaft die wachsende Nachfrage nach Eiern und Geflügel nur unterdurchschnittlich genutzt hat und damit Marktanteile verloren hat.

Zusammenfassend bestätigt diese Analyse der Tendenzen in einzelnen Sparten, ganz besonders die Entwicklung in der Tierhaltung, die Grundaussage des vorgehenden Kapitels: Die burgenländische Landwirtschaft ist in den siebziger Jahren in der Produktionsentwicklung im Vergleich zu anderen Bundesländern zurückgefallen und hat damit Marktanteile verloren, weil sie in vielen Bereichen nicht wettbewerbsfähig war.

3. Ursachen der Marktanteilsverluste

Interessant und entscheidend z.B. für eine eventuelle Überprüfung der agrarpolitischen Strategie im Burgenland ist die Frage: Was verbirgt sich hinter dem Sammelbegriff "negative Wettbewerbseinflüsse"? Was sind die tieferen Ursachen der objektiv feststellbaren mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des burgenländischen Agrarsektors? Worauf geht das stark unterdurchschnittliche Wachstum der burgenländischen Agrarerzeugung zurück, und wie kann insbesondere die divergierende Entwicklung im Vergleich zur benachbarten Steiermark erklärt werden?

Gewiß sind viele Faktoren im Spiel. Auf Grund verschiedener Hinweise und Beobachtungen können einige davon identifiziert werden. Es muß aber angemerkt werden, daß hier eine stichhaltige Beweisführung oder gar Quantifizierung einzelner Einflüsse nicht möglich ist. Subjektive Einschätzungen sind kaum vermeidbar, insbesondere wenn aus Zeitnot tiefergehende Analysen unterbleiben müssen.

Unserer Ansicht nach haben insbesondere folgende Faktoren die Entwicklung der burgenländischen Landwirtschaft gehemmt:

- Geringes Ausbildungsniveau der Bauern
- Fehlen von Einrichtungen der angewandten Forschung
- Schwächen der Beratung und Information
- Defizit an Kooperation und Organisation
- Schwächen im Vermarktungssystem.

3.1 Geringes Ausbildungsniveau der Bauern

An welchen Kriterien auch immer man das Niveau der fachlichen Bildung der Bauern zu messen versucht, das Burgenland schneidet unter allen Bundesländern stets am schlechtesten ab. Laut Landwirtschaftlicher Betriebszählung 1980 entfielen z.B. im Burgenland auf 100 Betriebe 10 schulmäßig ausgebildete Arbeitskräfte, im österreichischen Mittel waren es 46; 6 von 100 Betrieben natürlicher Personen wurden von einem schulmäßig ausgebildeten Betriebsleiter geführt, im österreichischen Durchschnitt waren es 24. Die Lage bessert sich zwar allmählich, (Übersicht 64). Der Abstand zu den übrigen Bundesländern konnte aber z.B. in den siebziger Jahren nur wenig verringert werden.

Im Lande selbst bestehen ausgeprägte regionale Unterschiede im Ausbildungsniveau (Übersicht 65). Die beste Ausbildung haben die Bauern im Nordburgenland; nach Süden zu sinkt die Ausbildungsdichte deutlich.

K.Arnold weist darauf hin, daß das "extreme Ausbildungsgefälle ... gegenüber allen anderen österreichischen Bundesländern" in seinen Auswirkungen auf die Entwicklung der burgenländischen Landwirtschaft "nicht schwerwiegend genug eingeschätzt werden kann. Die Probleme, welche im Burgenland beim Versuch der Einführung von Innovationen bestehen, ... gehen nicht zuletzt auf dieses Faktum zurück." Arnold sieht weiters einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Innovationsfreudigkeit und Aufgeschlossenheit bestimmter Gebiete wie z.B. gesamter

Übersicht 64

Schul- und Fachausbildung in der Land- und Forstwirtschaft

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
1980										
a) Zahl der Betriebe1) ideell	30.613	26.134	79.865	59.848	12.056	64.487	20.912	7.355	1.309	302.579
Schulmäßig ausgebildete Arbeitskräfte	3.104	11.316	55.857	16.882	6.726	32.336	9.102	1.992	485	137.800
Schulmäßig ausgebildete Arbeitskräfte je 100 Betriebe	10	43	70	28	56	50	44	27	37	46
b) Zahl der Betriebe1) natürlicher Personen	30.240	25.520	78.696	59.250	11.875	63.605	20.405	7.122	1.253	297.966
Schulmäßig ausgebildete Betriebsinhaber	1.689	6.449	29.689	8.159	3.028	18.008	4.299	1.297	229	72.847
Schulmäßig ausgebildete Betriebsinhaber je 100 Betriebe natürlicher Personen	6	25	38	14	25	28	21	18	18	24
1970										
a) Schulmäßig ausgebildete Arbeitskräfte je 100 Betriebe2)	6	36	48	19	37	35	32	14	31	32
b) Schulmäßig ausgebildete Betriebsinhaber je 100 Betriebe2) natürlicher Personen	3	17	20	8	13	16	14	8	16	14

Q: Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählungen 1970 und 1980. - 1) Erfassungsuntergrenze 1 ha. - 2) Erfassungsuntergrenze 1/2 ha.

Übersicht 65

Schul- und Fachausbildung in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft 1980

	Neusiedl a/See	Eisen-stadt (Stadt)	Eisen-stadt Umgeb.	Rust (Stadt)	Matters-burg	Ober-pullen-dorf	Ober-wart	Güssing	Jenners-dorf	Burgen-land
Zahl der Betriebe natürlicher Personen	5.937	443	3.700	179	1.932	4.533	6.172	4.350	2.994	30.240
Schulmäßig ausgebildete Betriebsinhaber	488	59	351	18	94	190	243	170	76	1.689
Schlumäßig ausgebildete Betriebsinhaber je 100 Betriebe natürlicher Personen	8	13	9	10	5	4	4	4	3	6

Q: Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung 1980.

Seewinkel, Hügelland von Draßmarkt, Mannersdorfer Hügelland, Hügelland von Kukmirn usw. und der deutlich besseren Ausbildung der Bauern in diesen Regionen (K.Arnold, 1979, S.210).

Das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen Österreichs ist stufenweise aufgebaut: Berufsschulen bieten die schulische Grundausbildung für eine Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft. Die Berufsschule ist zugleich die berufsbegleitende Schule für die Lehrlingsausbildung. Fachschulen vermitteln fachliche und allgemeine Kenntnisse auf gehobenem Niveau. Höhere Bundeslehranstalten haben die Aufgabe, für eine höhere allgemeine und fachliche Ausbildung zu sorgen, die zu einer gehobenen Tätigkeit auf agrarischem Gebiet befähigt und das Studium an einer Universität ermöglicht.

Das Burgenland (und Vorarlberg) verfügen über keine der insgesamt 12 land- und forstwirtschaftlichen Bundeslehranstalten. Landwirtschaftliche Fachschulen gibt es im Burgenland vier: in Eisenstadt und Güssing für Burschen, in Neusiedl und Oberpullendorf für Mädchen. Diese Fachschulen werden mit zwei Vollschuljahren geführt und verfügen über Schülerheime. Eine Besonderheit des Burgenlandes: Die landwirtschaftlichen Fachschulen werden von der Landwirtschaftskammer geführt. Die Kammer sieht sich dadurch (trotz Beiträgen des Bundes und des Landes zur Deckung des Personal- und Sachaufwands) finanziell überfordert und ist seit Jahren um eine Übernahme der Fachschulen durch das Land bemüht. Dies ist ein wichtiger Punkt in den Verhandlungen um die seit Jahren überfällige

landwirtschaftliche Schulgesetzgebung des Landes. Weil bisher im Burgenland ein landwirtschaftliches Schulgesetz (mit den notwendigen Durchführungsbestimmungen zum Grundsatzgesetz des Bundes, BGBL., Jg. 1975, Stück 98, Nr.3116 bis 320) fehlt, gibt es im Burgenland im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern auch keine Berufsschulpflicht für die am Hof verbleibenden Söhne und Töchter und keine landwirtschaftlichen Berufsschulen. Die landwirtschaftliche Bildungsstätte Oberwart dient der außerschulischen Weiterbildung.

Die fehlende Berufsschulpflicht für die bäuerliche Jugend ist ein wichtiger Grund für die geringe fachliche Ausbildung der burgenländischen Bauern. Weitere Ursachen sind der hohe Anteil von Kleinbetrieben und von im Nebenerwerb geführten Betrieben. Die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, daß bisher offensichtlich auch zu wenig um den Schulbesuch geworben wurde. Ein weiterer Grund könnte sein, daß die spezielle Situation der burgenländischen Bauern und künftigen Hofübernehmer (hohe Nebenerwerbsquote) in den Lehrplänen zu wenig berücksichtigt wurde.

3.2 Fehlen von Einrichtungen der angewandten Forschung und Schwächen der Beratung und Information

Der Österreichische Forschungsstättenkatalog 1975 enthält insgesamt 75 Forschungsstätten im Bereich Land- und Forstwirtschaft und Veterinärmedizin (ohne Forschungsstätten der Industrie). Keine davon hat ihren Sitz im Burgenland. (Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau

Wien-Schönbrunn unterhält eine Außenstelle in Neusiedl am See. Hauptaufgabe dieser Außenstelle ist die Prüfung von Gemüsesamen für das Sortenregister. Die Verbindungen zur burgenländischen Landwirtschaft waren bisher gering.) Seit 1975 hat sich an dieser für das Burgenland ungünstigen Lage wenig geändert.

Mit einschlägigen Forschungs- und Versuchskapazitäten fehlt der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft eine entscheidende Triebkraft der Entwicklung. Ohne entsprechende Impulse seitens der angewandten Forschung ist es schwer, die speziellen regionalen Standortvorteile voll zu nutzen. Es fehlt ein dynamisches Element. Besonders schmerzlich und für die burgenländischen Bauern von Nachteil ist diese Forschungslücke natürlich im Bereich der Spezialkulturen, denen im Burgenland hohes Gewicht zukommt.

Dem landwirtschaftlichen Beratungswesen fällt die Rolle des Vermittlers zwischen Forschung und Praxis zu. Es hat weiters eine wichtige Katalysatorfunktion auf verschiedenen Ebenen zu erfüllen. Die land- und forstwirtschaftliche Beratung wird (nach Richtlinien des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft) schwerpunktmäßig von den Landwirtschaftskammern durchgeführt. Im Burgenland werden Beratung und laufende Information durch die klein- und mittelbetriebliche Struktur der Landwirtschaft erschwert. Schwierig sind insbesondere einschlägige Kontakte zu den Nebenerwerbsbetrieben, die im Burgenland besonders stark vertreten sind. Bezogen auf die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe entspricht

die personelle Ausstattung des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes im Burgenland etwa dem österreichischen Mittel. Von den Zielsetzungen der Beratung her dürfte im Burgenland der Förderung von Maßnahmen der überbetrieblichen Kooperation auf verschiedenen Gebieten nicht ganz der Stellenwert eingeräumt worden sein, den sie aus heutiger Sicht gerade in kleinbetrieblich strukturierten Gebieten verdient. Daneben, so scheint es, sind die Aktivitäten des landwirtschaftlichen Beratungsdienstes im Burgenland in der Grundlinie und im Vergleich zu den Landwirtschaftskammern anderer Länder durch große Zurückhaltung und eine gewisse Risikoscheue gekennzeichnet. Dies äußert sich z.B. in einer sehr vorsichtigen Einstellung und großer Distanz im Fall neuer Produktionen. Für diese Grundtendenz können zwar gute Gründe ins Treffen geführt werden (z.B. Vermeiden von Fehlgriffen). Sie birgt allerdings auch die Gefahr, Chancen zu spät zu erkennen und damit zukunftsträchtige Entwicklungen nur ungenügend zu nutzen.

3.3 Defizit an Kooperation und Organisation, Schwächen im Vermarktungssystem

Weitere Schwachstellen der burgenländischen Landwirtschaft und wichtige Ursachen für ihre Marktanteilsverluste sind Mängel in der überbetrieblichen Zusammenarbeit, unzureichende organisatorische Infrastruktur in verschiedenen Bereichen und Schwächen im Vermarktungssystem.

Die Möglichkeiten der überbetrieblichen Kooperation wurden in verschiedenen Bereichen von den burgenländischen Bauern bisher nur unzureichend genutzt. Im Burgenland hat z.B. die Idee der Maschinenringe erst mit einiger Verspätung Fuß gefaßt und fand nur zögernd Verbreitung. Der erste burgenländische Maschinenring wurde 1971 in Pöttelsdorf gegründet, 10 Jahre nach dem ersten österreichischen Maschinenring in Arndorf, Oberösterreich. Ende 1982 gab es im Burgenland 8 Ringe mit insgesamt 1.130 Mitgliedern (Übersicht 66). Von 1.000 Betrieben waren bloß 37 in Maschinenringen organisiert. Damit hat das Burgenland die bei weitem geringste Maschinenringdichte unter allen Bundesländern aufzuweisen. Auch die überbetriebliche Zusammenarbeit in Produktion und Absatz fand im Burgenland nur zögernd Eingang und Verbreitung.

Eng damit verbunden ist ein Mangel an organisatorischer Infrastruktur. So fehlt z.B. trotz der erheblichen Bedeutung des Gemüsebaus ein aktiver Verband der Feldgemüsebauern, der (eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Stellen wie z.B. Landwirtschaftskammer, Genossenschaften, Industrie und Handel) den Markt sondiert, potentiellen Interessenten aus Industrie und Handel den Abschluß von Anbauverträgen erleichtert, die Bauern fachlich berät, gewisse spezielle Dienste anbietet, das Angebot bündelt und die Erfüllung des Vertrages garantiert. Dadurch wird insbesondere der Anbau neuer, zukunftsträchtiger Produktionen behindert. Den Bauern gehen Absatz- und Einkommenschancen verloren.

Übersicht 66

Maschinenringdichte Ende 1982

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
Maschinenringe	8	21	50	72	5	38	27	5	0	226
Zahl der Mitglieder von Maschinenringen 1982	1.130	1.959	6.524	14.861	1.478	5.902	1.822	1.302	0	34.978
Maschinenringmitglieder je 1.000 Betriebe ideell (1980)	37	75	82	248	122	92	87	177	0	116

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Das Vermarktungssystem ist im Burgenland relativ schwach entwickelt. Es gibt z.B. keinen leistungsfähigen Obst- und Gemüsehandel. Auch die

Genossenschaften sind in der Sparte Obst und Gemüse wenig engagiert. Ähnliches gilt für den Weinmarkt. Hier kämpft die genossenschaftliche Dachorganisation mit finanziellen Schwierigkeiten. Dies ist ein wichtiges Hindernis bei der Nutzung potentieller Marktchancen im In- und Ausland, sei es für traditionelle Produktionen und erst recht für neue Erzeugnisse.

Mangel an organisatorischer Infrastruktur und ein schwaches Vermarktungssystem haben zur Folge, daß für eine moderne, dynamische Landwirtschaft wichtige Funktionen nur mangelhaft wahrgenommen werden. Dazu zählen insbesondere die Marktforschung im In- und Ausland, Suche nach neuen Produkten, Markterschließung inklusive Risikoübernahme für solche Erzeugnisse usw. Die landwirtschaftliche Interessensvertretung ist allein schon wirtschaftlich zu schwach um diese Lücke zu schließen. (In der Steiermark sind z.B. in diesem Bereich die Landwirtschaftskammer und die Genossenschaften mit einigem Erfolg tätig. Der Export von Chinakohl, Beeren oder Kürbiskernen wurde derart vorbereitet und abgestützt. Auch bei der Suche nach neuen Produkten wie z.B. Heilkräutern, sind diese Institutionen stark engagiert.)

4. Agrarsektor in der Wirtschaftsflaute: Verschärfung des Wettbewerbs

Die Land- und Forstwirtschaft bekam den "Wachstumsknick" Mitte der siebziger Jahre und erst recht die wirtschaftliche Stagnation der letzten Jahre empfindlich zu spüren. Die peripheren Gebiete wurden von der Flaute besonders betroffen (Schneider, 1982A). Die Bauern wurden verunsichert, die ländliche Jugend findet nur mehr schwer Arbeit in Industrie und Gewerbe. Vereinzelt versuchen auch Nebenerwerbslandwirte die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder um diesen fürchten, ihre wirtschaftliche Lage durch stärkeres Engagement im Agrarbereich abzusichern. Dadurch hat der agrarische Strukturwandel ab Mitte der siebziger Jahre parallel zur Wachstumsflaute an Dynamik verloren. Im österreichischen Durchschnitt ist die Abwanderungsrate von Arbeitskräften aus der Land- und Forstwirtschaft von rund 5% auf vorerst 3% jährlich gefallen. Zuletzt waren es nur mehr rund 2% pro Jahr. Im Burgenland zeigt sich das gleiche Bild: Zwischen 1960 und 1973 nahm die Zahl der voll oder auch nur fallweise in der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen jährlich um rund 4% ab; zwischen 1973 und 1976 blieb die Beschäftigtenzahl etwa konstant. In den folgenden Jahren bis 1979 wurde eine jährliche Abnahme von rd. 1 1/2% registriert (Übersicht 59).

Die Wirtschaftsflaute schuf damit für die Landwirtschaft, natürlich auch für die burgenländischen Bauern, eine neue Situation: Mehr Bauern erzeugen auch mehr. Den steigenden Produktionsmöglichkeiten stehen

allerdings im allgemeinen gesättigte Märkte gegenüber. Die Suche nach neuen, zusätzlichen Absatzchancen und damit zusätzlichen Einkommen für die Bauern wurde dadurch dringender als je zuvor. Die Erfahrungen des guten Erntejahres 1982 unterstreichen diese Problematik mit aller Deutlichkeit (Schneider, 1983).

Gesättigte Agrarmärkte bedeuten eine Verschärfung des interregionalen Wettbewerbs zwischen den österreichischen Bauern, dem sich auch die burgenländische Landwirtschaft stellen muß. Weitere Marktanteilsverluste bei fehlenden oder zumindest sehr eingeschränkt verfügbaren außeragrarischen Beschäftigungs- und Einkommensalternativen wären für die burgenländischen Bauern mit Einkommensverlusten in Relation zu ihren Berufskollegen in anderen Bundesländern und auch im Vergleich zu Erwerbstätigen in anderen Wirtschaftsbereichen verbunden. Ein positives Abschneiden könnte hingegen ihre wirtschaftliche Lage stärken und zugleich das Beschäftigungspotential des Agrarsektors im Burgenland ausweiten. Neben Vorteilen für die Bauern ergäbe sich damit auch eine aller Voraussicht nach sehr erwünschte Entlastung für den regionalen Arbeitsmarkt. Im In- und Ausland mehren sich die Stimmen, den Agrarsektor zumindest vorübergehend als "Puffer" für den Arbeitsmarkt zu nutzen. "Jeder Bauer mehr ist ein Arbeitsloser weniger" ist die Devise dieser Bewegung.

Die Wirtschaftsflaute hat nicht nur die österreichischen Bauern getroffen. Ihre Berufskollegen in ganz Westeuropa befinden sich in der gleichen schwierigen Lage, teils ist ihre Position noch ernster. Und

überall ist man aus dieser Situation heraus auf der Suche nach Alternativen und versucht Marktanteile im In- und Ausland zu gewinnen. Ein harter Wettbewerb, den nur die Initiativsten und Tüchtigsten bestehen können.

5. Mögliche Chancen für die burgenländische Land- und Forstwirtschaft

Diese Arbeit ist keine Spezialstudie über die Marktchancen der burgenländischen Bauern. Hiezu wären u.a. detaillierte Marktanalysen notwendig. Hier können nur generelle Überlegungen, teils spekulativen Charakters, angestellt werden. Daneben sollen noch (ohne Wertung) Beispiele für mögliche Absatzchancen des Burgenlandes aufgezeigt werden.

Falls die burgenländische Land- und Forstwirtschaft künftig ihren Marktanteil an der österreichischen Produktion halten will, ist eine Doppelstrategie notwendig: Die bisher beobachteten Verluste in traditionellen Sparten müssen möglichst vermieden und neue Chancen auf allen Gebieten offensiv genutzt werden. Dabei gilt es die Relationen richtig zu sehen: Einige Hundert Hektar mehr z.B. an Spezialkulturen (so wichtig sie auch sind), können einen Marktanteilsverlust von 1 Prozentpunkt in der Schweine- oder Rinderhaltung bei weitem nicht aufwiegen. In diesem Lichte sind auch die weiteren Ausführungen zu sehen.

Im Bereich der traditionellen Produktionen verdienen unserer Ansicht nach insbesondere die Schweinehaltung (inklusive Ferkelproduktion) und die Erzeugung von Geflügel und Eiern verstärktes Augenmerk. Im Gegensatz zur Rinderhaltung sind in diesen Sparten die bisherigen Marktanteilsverluste vom Standort her nicht erklärlich und sollten - entsprechende Bemühungen vorausgesetzt - in Zukunft vermeidbar sein.

Als neue Absatz- und Einkommenschancen für die österreichische Landwirtschaft werden seit einiger Zeit insbesondere der Anbau von Ölsaaten und die Erzeugung von "Agraralkohol" diskutiert. Diese Großvorhaben sind zwar auch für die burgenländischen Bauern, insbesondere im ackerbaustarken Norden des Landes, von Interesse. Ihr Nachteil ist der relativ bescheidene Beschäftigungseffekt.

Die speziellen Charakteristika der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft, wie günstige natürliche Voraussetzungen, kleinbetriebliche Struktur und günstige Lage zu wichtigen Märkten lassen für die burgenländischen Bauern andere Ansätze interessanter und damit überlegenswert erscheinen: arbeitsintensive Spezialkulturen verschiedenster Art, bodenunabhängige Tierhaltung, Nutzung der "Gesundheitswelle", von Chancen im Direktabsatz, in der Weiterverarbeitung am Hof usw.

Der Inlandsmarkt für Obst und Gemüse ist zwar trotz hoher Importe unter Beachtung unserer Außenhandelsverpflichtungen nach Meinung einschlägiger Fachleute weitgehend gesättigt. Durch die Kultivierung früher und später Sorten, neue Kulturmethoden, höhere Qualität und neue Produkte könnten aber zusätzliche Absatzchancen genutzt, eventuell auch Marktanteile gewonnen werden. Auch im Export könnten, wie die Erfahrung zeigt, da und dort neue Märkte erschlossen werden. Der österreichische Weinbau ist mit der Rekordernte 1982 in eine schwere Absatzkrise geraten. Ein Blick auf die internationalen Handelsströme zeigt jedoch, daß auch für Österreich Chancen im Export bestehen (z.B. nach den USA), die allerdings nur durch

ein professionelles und auf längere Sicht konzipiertes Marketing für unsere Bauern genützt werden können. Die konsequente Bearbeitung der Auslandsmärkte, insbesondere auch für die im Burgenland dank günstiger klimatischer Bedingungen anfallenden Spezialitäten (Weine besonderer Reife und Leseart), wurde jedoch bisher vernachlässigt (Österreich war bis Ende der siebziger Jahre Nettoimporteur von Wein!).

Insbesondere das nördliche Burgenland bietet mit seinem pannonischen Klima ideale Bedingungen für die Saatgutproduktion (Getreide, Mais, Hirse, Futterpflanzen, Erbsen, Gemüse usw.). Nach Angaben der burgenländischen Landwirtschaftskammer wurde 1982 auf einer Fläche von 3.279 ha Saatgut vermehrt, vornehmlich Getreide und Hybridmais. Die Anbaufläche ist seit Jahren relativ stabil. Damit sind allerdings die günstigen natürlichen Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft, eine Ausweitung der Saatgutproduktion wäre wünschenswert und erscheint auch erreichbar.

1983 hat die Firma Pioneer Saaten Österreich (eine Tochter der Pioneer Overseas Corp., eines Großunternehmens auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung) mit Sitz in Parndorf, die Erzeugung von Hybridmaissaatgut für den österreichischen Markt aufgenommen. Insgesamt wurden 650 ha kontrahiert, davon 350 ha im Burgenland. In den nächsten Jahren ist eine starke Expansion geplant.

Die Pflanzenzüchtung (und auch die Tierzucht) hat sich in der Vergangenheit mehr und mehr in der Hand weniger internationaler Konzerne mit Sitz

in den USA, Holland, BRD und Japan konzentriert. Sie erfordert sehr viel Kapital und Spitzenkräfte. Österreich hat leider auf diesem wichtigen Gebiet laufend an Bedeutung verloren. Eventuell könnte versucht werden, einschlägige Firmen zur Verlagerung eines Teils ihrer Aktivitäten nach Österreich zu bewegen. Damit wären nicht nur Vorteile für die Landwirtschaft verbunden. Es würden zugleich höchstqualifizierte Arbeitsplätze für Biologen, Agraringenieure usw. geschaffen.

Gewisse Chancen könnten im Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen liegen. Diese Erzeugnisse wurden bisher zumeist importiert (vorderer Orient, Oststaaten, Nordafrika). Krisen verschiedenster Art machten diese einst günstigen Bezugsquellen unsicher, und Industrie und Handel sind in letzter Zeit am Aufbau einer heimischen Erzeugung interessiert. In diesem Sinne hat sich z.B. kürzlich die Firma Kotany, Österreichs größter Gewürzerzeuger geäußert[22]. Die Landwirtschaft in klimatisch günstigen Gebieten, dazu zählt das Burgenland, sollte diese Chance nützen. Rund ein Drittel aller Pharmazeutika sind pflanzlichen Ursprungs. Der Aufbau einer heimischen Heilpflanzenerzeugung wird zwar durch das Fehlen einer eigenen potenten pharmazeutischen Industrie erschwert. Gewisse Möglichkeiten bestehen jedoch, wie der Anbau von Mariendisteln im Burgenland demonstriert. Österreich importiert den überwiegenden Teil des Tabakbedarfes. Auch hier sollte es in Kooperation mit der verarbeitenden Industrie möglich sein, den inländischen Marktanteil zu erhöhen.

Weitere Möglichkeiten einer zusätzlichen Einkommensschöpfung für die burgenländischen Bauern könnten sich aus der Nutzung des wachsenden Gesundheitsbewußtseins der Verbraucher (Schneider, 1982B) ergeben. Seit einigen Jahren rollt auch in Österreich die "Biowelle". Die Zahl der Interessenten für naturnah erzeugte Nahrungsmittel wächst. Ein Teil der Verbraucher ist auch bereit, für die gewünschten Produkte einen höheren Preis zu bezahlen (IFES, 1978). Nach bisherigen Erfahrungen im In- und Ausland ist die ökologische Wirtschaftsweise am ehesten für kleine Familienbetriebe mit hohem Arbeitskraftbesatz überlegenswert. Betriebe in günstigen Produktionslagen (insbesondere in Obst- und Gemüseanbaugebieten), stadtnah oder in Fremdenverkehrsgebieten gelegen (Direktabsatz an Verbraucher), sind im Vorteil. Diese Voraussetzungen treffen für das Burgenland durchaus zu. Derzeit gibt es im Burgenland nur vereinzelt Betriebe die naturnah produzieren.

Veredlung am Hof durch Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe und der Direktabsatz an die Verbraucher sind weitere bekannte Wege der Einkommenssteigerung, insbesondere für kleine, gut mit Arbeitskräften besetzte Betriebe in Stadtnähe oder in Gebieten mit regem Fremdenverkehr. Die burgenländischen Weinhauer haben diese Chancen am raschesten erkannt. Sie sollten auch für andere Agrarerzeugnisse verstärkt genutzt werden.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Chancen im Fremdenverkehr (Zimmervermietung, Urlaub am Bauernhof) verwiesen, auch wenn es sich dabei um keine agrarischen Aktivitäten im engeren Sinne handelt.

6. Wichtige Voraussetzungen für die Nutzung von Marktchancen

Bessere Rahmenbedingungen sind neben dem vollen Einsatz der Bauern eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die burgenländische Land- und Forstwirtschaft künftig im schärfer werdenden internationalen und interregionalen Wettbewerb besser bestehen kann als bisher. In Anlehnung an die unter Punkt 3 aufgezeigten Ursachen der bisherigen Marktanteilsverluste bedarf es unserer Ansicht nach insbesondere Fortschritte auf folgenden Gebieten: Ausbildung und Weiterbildung der Bauern, praxisnahe Forschung, Beratung und laufende Information, überbetriebliche Zusammenarbeit der Betriebe, organisatorische Infrastruktur und im Vermarktungssystem.

Die moderne Zeit erfordert vom Landwirt als Unternehmer neben einer hohen fachlichen Qualifikation Aufgeschlossenheit gegenüber Neuerungen, gutes Urteilsvermögen, Anpassungsbereitschaft und rasche Reaktion. Eine fundierte fachliche Ausbildung, laufende Weiterbildung und Information wurden damit zu einer wesentlichen Voraussetzung für einen erfolgreichen Betriebsleiter.

Wie bereits erwähnt, ist das landwirtschaftliche Schul- und Ausbildungswesen des Burgenlandes mit organisatorischen und finanziellen Problemen belastet, die seine Effizienz beeinträchtigen. Ein landwirtschaftliches Schulgesetz, das insbesonders die Berufsschulpflicht der bäuerlichen Jugend, die Organisation des landwirtschaftlichen Schulwesens und seine

Erhaltung regelt, könnte die Situation verbessern und ist im Interesse der burgenländischen Bauern überfällig. Unabhängig von der erwünschten gesetzlichen Regelung könnte aber eine flexible Anpassung der Lehrpläne an die Situation der künftigen Hofübernehmer und Bäuerinnen (Berücksichtigung der hohen Nebenerwerbsquote), mehr Aufklärung über die Bedeutung einer fundierten fachlichen Ausbildung und engagierte Werbung für den Schulbesuch seitens der Schulen und der Interessensvertretung das Interesse am Besuch der bestehenden Fachschulen aller Voraussicht nach wesentlich heben.

Trotz des geringen Ausbildungsgrades der burgenländischen Bauern war es nach Angaben der Landwirtschaftskammer (Tätigkeitsbericht 1982, Seite 47) in den letzten Jahren sehr schwierig, die Klassen der bestehenden vier Fachschulen zu füllen. Es ist anzunehmen, daß hiefür vornehmlich organisatorische und finanzielle Gründe verantwortlich waren. Gewiß ist es kein ermutigendes Indiz für die Zukunft der burgenländischen Landwirtschaft.

Der rasante technisch-wissenschaftliche Fortschritt und rasche Änderungen in allen Bereichen der Wirtschaft erfordern neben einer gediegenen Ausbildung der Jugend eine intensive laufende Weiterbildung und Information auch der Bauern. Die Bewältigung dieser Aufgabe könnte durch eine bessere Kooperation zwischen dem landwirtschaftlichen Schulwesen und der Beratung erleichtert werden. (In den letzten Jahren scheint die Entwick-

lung im Burgenland eher umgekehrt verlaufen zu sein.) Auch der Einsatz moderner Beratungsmethoden sollte sich positiv auswirken.

Investitionen in Forschung und Entwicklung und einem engen Kontakt zwischen Wissenschaft und Praxis kommt große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung zu. Sie haben entscheidenden Einfluß auf technischen Fortschritt und Innovation und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit auf den in- und ausländischen Märkten. Dies trifft nicht nur für den industriell-gewerblichen Bereich zu, es gilt in gleichem Maße auch für die moderne Land- und Forstwirtschaft. Es ist weiters nicht nur für die internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend, sondern auch für Erfolg oder Mißerfolg im interregionalen Wettbewerb.

Vordringlich für die burgenländische Land- und Forstwirtschaft ist der Aufbau angewandter, praxisbezogener Forschungseinrichtungen. Diese Lücke ist insbesondere im Bereich der Spezialkulturen (Wein, Obst, Gemüse usw.) spürbar. Eine konsequente Nutzung der gegebenen Standortvorteile des Burgenlandes ist ohne enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Beratungsdienst und Praxis kaum möglich. Auch bei der Suche nach neuen Produktionen und ihrer Einführung ist die Landwirtschaft auf die tatkräftige Unterstützung durch die angewandte Forschung angewiesen.

Als positives Beispiel für die Funktion und Bedeutung einschlägiger Forschungsaktivitäten für die Landwirtschaft sei auf die Landesversuchsanstalt für Spezialkulturen in Wies, Steiermark verwiesen.

Ab Mitte 1983 ist in Eisenstadt eine Außenstelle des Institutes für Wein- und Kellerwirtschaft der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt in Wien in Betrieb. Vorerst werden an dieser Außenstelle sämtliche Weinanalysen durchgeführt, später sollen spezielle Fragen des burgenländischen Weinbaues, wie z.B. Fragen der Weintechnologie im Zusammenhang mit Weinen besonderer Reife und Leseart, erforscht werden. Ein wichtiger Schritt vorwärts für die burgenländische Landwirtschaft, dem weitere folgen sollten.

Die zunehmende Verflechtung der Landwirtschaft mit vorgelagerten und nachgelagerten Wirtschaftszweigen erfordert zunehmende Kooperation und Koordination der landwirtschaftlichen Betriebe um die Produktionskosten zu senken, die teuren Maschinen besser zu nutzen, die Erzeugung an die Bedürfnisse des Marktes anzupassen und die Marktposition der Landwirtschaft zu festigen. Daneben bietet die überbetriebliche Kooperation Vorteile im sozialen Bereich. Auf diesem Gebiet bleibt im Burgenland noch viel zu tun.

Von großer Bedeutung ist der Ausbau der organisatorischen Infrastruktur der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft, d.h. der Aufbau und Ausbau schlagkräftiger agrarischer Organisationen, die (eventuell in Kooperation mit anderen Institutionen) den Markt sondieren und eine Mittlerrolle zwischen einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben oder auch Gruppen von Betrieben und potentiellen Abnehmern erfüllen.

Nicht zu vergessen sind natürlich die Schwächen des Vermarktungssystems. Fortschritte auf diesem Gebiet, sei es auf privater oder genossenschaftlicher Basis, würden die Wettbewerbsposition der burgenländischen Landwirtschaft entscheidend verbessern.

Die agrarische Interessensvertretung und ihr Beratungsdienst müssen ihr Programm an den neuen Anforderungen orientieren. Es scheint uns, daß das Beratungswesen sein Engagement als Katalysator, in bestimmten Fällen auch als Motor für eine als richtig und notwendig erkannte Entwicklung verstärken sollte. Neben hoher Schlagkraft (u.a. durch moderne Beratungsmethoden) sind hiefür ein hohes Maß an Initiative und auch Risikobereitschaft notwendig. Die Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit, Hilfestellung beim Ausbau der organisatorischen Infrastruktur, auf dem Gebiet der Innovation und bei der Stärkung des Vermarktungssystems scheinen uns Aufgabengebiete, die in Zukunft besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Gut geschulte, aufgeschlossene Bauern, zu enger überbetrieblicher Zusammenarbeit mit ihren Berufskollegen bereit, eine leistungsfähige und praxisorientierte Forschung, ein initiativer Beratungsdienst, schlagkräftige agrarische Organisationen und ein leistungsfähiges Vermarktungssystem - das wäre gewiß das ideale "Team" zur Bewältigung der Zukunft der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft.

Literaturhinweise

Aiginger, K., Bayer, K., "Die Top-Aktion. Eine neue Form der Investitionsförderung", WIFO-Monatsberichte 10/1982.

Aiginger, K., Bayer, K., Haase, K., Schulmeister, St., Volk, E., Möglichkeiten einer innovationsorientierten Strukturpolitik ("Ybbsitzer Papier"), WIFO, 1982.

Aiginger, K., Bayer, K., Kramer, H., Hahn, F., Volk, E., Geldner, N., Musil, K., "Situation und Perspektiven der österreichischen Unternehmungen", in Creditanstalt (Hrsg.), Wirtschaftliche Perspektiven Österreichs in den achtziger Jahren, Wien, 1984.

Arnold, K., Die Land- und Forstwirtschaft im Burgenland, Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesamtsdirektion-Raumplanungsstelle, Eisenstadt, 1979.

Arrow, K.J., "The Economic Implications of Learning by Doing", Review of Economic Studies, 29, 1962.

Bachinger, K., Geschichte der gewerblichen Wirtschaft des Burgenlandes, Eisenstadt, 1973.

Bade, F.-J., "Der Beitrag von Standortveränderungen zum Abbau regionaler Unterschiede", Informationen zur Raumentwicklung, 1978.

Barnes, H.W., "Technology Transfer Through International Licensing, Franchising, and Know-How Agreements", in Engeleiter, H.-J., Corsten, H. (Hrsg.), Innovation und Technologietransfer. Gesamtwirtschaftliche und einzelwirtschaftliche Probleme, Berlin, 1982.

Bayer, K. (1982A), "Produktivität und Arbeitsmarktperspektiven", in: Perspektiven der österreichischen Industrie, Gutachten im Auftrag der Sektion Industrie der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Wien, 1982.

Bayer, K. (1982B), "Messung des Strukturwandels und Quantifizierung von Strukturszenarien", in: Perspektiven der österreichischen Industrie, Gutachten im Auftrag der Sektion Industrie der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Wien, 1982.

Birch, D.L., The job generation process, M.I.T.Program on Neighbourhood and Regional Change, Cambridge, Mass., 1979.

Bobek, H., Steinbach, J., Die Regionalstruktur der Industrie Österreichs, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Raumforschung, Beiträge zur Regionalforschung, Bd.1, Wien, 1975.

Bobek, H., Hofmayer, A., Gliederung Österreichs in wirtschaftliche Strukturgebiete, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Raumforschung, Beiträge zur Regionalforschung, Bd.3, Wien, 1981.

Breuss, F., Österreichs Außenwirtschaft 1945-1982, Wien, 1983.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung et al., Österreichischer Forschungsstättenkatalog 1975, Wien, 1976.

Burgenländische Landes-Landwirtschaftskammer, Tätigkeitsberichte, verschiedene Jahrgänge.

Capozza, D.R., Van Order, R., "A Generalized Model of Spatial Competition", The American Economic Review, 68, 1978.

Christaller, W., Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen, Jena, 1933.

Corsten, H., Junginger-Dittel, K.-O., "Die Einstellung von Diplom-Wirtschaftsingenieuren und Diplom-Ingenieuren zur Selbständigkeit und die Gründung technologiebasierter Unternehmungen", in Engeleiter, H.-J., Corsten, H. (Hrsg.), Innovation und Technologietransfer. Gesamtwirtschaftliche und einzelwirtschaftliche Probleme, Berlin, 1982.

Denison, E.F., Why growth rates differ: Postwar experience in nine western countries, Washington, 1967.

Derenbach, R., "Qualifikation und Innovation als Strategie der regionalen Entwicklung", Informationen zur Raumentwicklung, 6-7/1982.

Detter, H., Hinterhuber, H., Technisch-wirtschaftliche Innovation, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Wien, 1983.

Doeringer, P., Piore, M.J., Internal Labour Markets and Manpower Analysis, Lexington, Mass., 1971.

Dorward, N., "Recent Developments in the Analysis of Spatial Competition and their Implications for Industrial Economics", The Journal of Industrial Economics, XXXI, 1982.

Elliot, D.C., Gleed, R.H., Cost Function Estimates of Minimum Efficient Plant Size for the U.K., mimeo, London, 1980.

Erickson, R.A., Leinbach, Th.R., "Characteristics of Branch Plants Attracted to Nonmetropolitan Areas", in Londsdale, R.E., Seyler, H.L., Nonmetropolitan Industrialization, New York-Toronto-London-Sidney, 1979.

Ewers, H.J., Wettmann, R., Kleine, J., Krist, H., Bade, F.J., Innovationsorientierte Regionalpolitik, Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 6.042, Bad Godesberg, 1980.

Ewers, H.-J., Wettmann, R.W., "Innovation-oriented Regional Policy", Regional Studies, 14, 1980.

Fels, G., Schmidt, K.-D., Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Kieler Studien, 166, Tübingen, 1980.

Freeman, Ch., The Economics of Industrial Innovation, 2nd Edition, London, 1982.

Friedman, J., "A General Theory of Polarized Development", in Hansen, N.M., Growth Centers in Regional Economic Development, New York, 1972.

Frisch, H., Gebundener technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum, Berlin, 1968.

Fröbel, F., Heinrichs, J., Kreye, O., Die Neue Internationale Arbeitsteilung - Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbeck bei Hamburg, 1977.

Geldner, N., "Die regionale Dynamik", in Seidel, H., Kramer, H. (Hrsg.), Die österreichische Wirtschaft in den achtziger Jahren. Überlegungen zu den Entwicklungstendenzen, Wien-Stuttgart, 1980.

Gerlach, K., Liepmann, P., "Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen - dargestellt am Beispiel des ostbayerischen Regierungsbezirkes Oberpfalz", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 187, 1972.

Giersch, H., "Aspects of Growth, Structural Change, and Employment" Weltwirtschaftliches Archiv, 115, 1979.

Glatz, H., Scheer, G., "Eigenständige Regionalentwicklung - Ein Weg für strukturell benachteiligte Gebiete in Österreich", in Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, Nr.1, Wien, 1981.

Gnahs, D., "Innovation durch berufsbildende Einrichtungen. Ein Beispiel aus Niedersachsen", Informationen zur Raumentwicklung, 6-7/1982.

Görgens, E., Wandlungen der industriellen Produktionsstruktur im wirtschaftlichen Wachstum, Bern, 1975.

Greenhut. J.G., Greenhut, M.L., "Spatial Price Discrimination, Competition and Locational Effects", Economica, 42, 1975.

Greenhut, M.L., "Spatial Pricing in the United States, West Germany and Japan", Economica, 48, 1981.

Grosina, H., "Entwicklung der Raumplanung im Burgenland", Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 23, 4-5/1979.

Hauser, H., "Joint ventures: Sonderlösungen für Einzelfälle oder allgemein verwendbare Instrumente der internationalen Kooperation?", Außenwirtschaft, 36, II/1981.

Hay, D.A., "Sequential Entry and Entry-Deterring Strategies in Spatial Competition", Oxford Economic Papiers, 28, 1976.

Hay, D.A., Morris, D.J., Industrial Economics, Theory and Evidence, Oxford, 1979.

Heinze, T., Wirtschaftliche Entwicklungschancen in der Region Südliches Burgenland, Regionalpolitische Rahmenbedingungen, Investitions-, Kooperations- und Forschungsprojekte, Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesamtsdirektion-Raumplanungsstelle, Eisenstadt, 1983.

Hirsch, S., Location of Industry and International Competitiveness, Oxford, 1967.

Hood, N., Young, St., The Economics of Multinational Enterprise, London-New York, 1979.

Horn, E.-J., Technologische Neuerungen und internationale Arbeitsteilung, Kieler Studien, 139, Tübingen, 1976.

Institut für empirische Sozialforschung (IFES), Die Einstellung der Österreicher zum biologischen Landbau, Wien, 1978.

Jeglitsch, H., "Regionale Wachstumsschübe in Österreich", WIFO-Monatsberichte 10/1981.

Jeglitsch, H., "Das Aufkommen an Gewerbe- und Lohnsummensteuer als Indikator für regionale Entwicklung", WIFO-Monatsberichte 2/1983.

Johnson, P.S., Cathcart, D.G., "New Manufacturing Firms and Regional Development: Some Evidence from the Northern Region", Regional Studies, 13, 1979.

Kaldor, N., The Role of Increasing Returns in Industry, in: Strategic Factors in Economic Development, New York, 1967.

Kaufer, E., Industrieökonomik. Eine Einführung in die Wettbewerbstheorie, München, 1980.

Kindleberger, Ch., Herrick, B., Economic Development, London, 3rd Edition, 1977.

Krieger, Ch., Muster des regionalen Strukturwandels in Frankreich, Kieler Arbeitspapier, 171, 1983.

Leigh, R., North, D.J., "Regional Aspects of Acquisition Activity in British Manufacturing Industry", Regional Studies, 12, 1978.

Lichtenberger, E., "Die Sukzession von der Agrar- zur Freizeitgesellschaft in den Hochgebirgen Europas", in: Fragen georgraphischer Forschung, Innsbrucker geographische Studien, Bd.5, Innsbruck, 1979.

Lichtenberger, E., "Die Stellung der Zweitwohnungen im städtischen System - Das Wiener Beispiel", Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 24, 1/1980.

Linder, S.B., An Essay on Trade and Transformation, New York, 1961.

Little, A.D., New technology-based firms in the United Kingdom and the Federal Republic of Germany, London, 1977.

Lösch, A.v., Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, Jena, 1943.

Martin, F., Swan, N., Banks, I., Barker, G., Beaudry, R., The Interregional Diffusion of Innovations in Canada, Ottawa, 1979.

Massey, D., "In What Sense a Regional Problem?", Regional Studies, 13, 1979.

Massey, D., "Industrial Restructuring as Class Restructuring: Production Decentralization and Local Uniqueness", Regional Studies, 17, 1983.

Matzner, E., Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen, Wien, 1982.

Mettler-Meibom, B., "Grundzüge einer regionalen Regionalpolitik. Erfordernisse bei zunehmender Interregionalisierung und Internationalisierung der Produktion", Informationen zur Raumentwicklung, 5/1980.

Meyer-Krahmer, F., Gielow, G., Kuntze, U., Innovationsförderung bei kleinen und mittleren Unternehmen. Wirkungsanalyse von Zuschüssen für Personal in Forschung und Entwicklung, Frankfurt/Main, 1982.

Mitter, P., Skolka, J., "Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Österreich 1964 bis 1977", WIFO-Monatsberichte 1/1981.

Mooslechner, P., Strukturwandel und Wachstumschancen der österreichischen Wirtschaft, Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Institutes für Wachstumsforschung, Bd.2, Wien, 1978.

Morgan, D.Th., "Explanatory Frameworks for Growth and Change in Multiregional Firms", Economic Geography, 56, 1980.

Müller, K., Wirtschaftlicher Strukturwandel und räumliche Entwicklung, Publikation des Schweizerischen Nationalfonds aus den Nationalen Forschungsprogrammen, Bd.10, Bern-Stuttgart, 1981.

Nelson, P., "Information and Consumer Behavior", Journal of Political Economics, 78, 1970.

Nelson, R., "Research on Productivity Growth and Differences", Journal of Economic Literature, XIX, 3/1981.

Norman, G., "Uniform Pricing as an Optimal Spatial Pricing Policy", Economica, 48, 1981.

Nowotny, E., Regionalökonomie - Eine Übersicht über Entwicklung, Probleme und Methoden, Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung, Bd.12, Wien-New York, 1971.

Oakey, R.P., Thwaites, A.T., Nash, P.A., "The regional distribution of innovative manufacturing establishments in Britain", Regional Studies, 14, 1980.

OECD, Textile and Clothing Industries. Structural Problems and Policies in OECD Countries, Paris, 1983.

Ohlin, B., Interregional and international trade, Cambridge, Mass., 1933.

Oppenländer, K.-H., "Schrumpfende, stagnierende und expandierende Branchen der deutschen Industrie", Ifo-Schnelldienst, 12/83.

Österreichisches Institut für Raumplanung, Institut für Empirische Sozialforschung, Entwicklungsprogramm Burgenland. Strukturanalysen der Industrie, des Fremdenverkehrs und der Landwirtschaft sowie Untersuchungen über die Auswirkungen der Industrialisierung, Eisenstadt, 1968.

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Arbeitsstättenzählung 1981. Hauptergebnisse Burgenland, Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 650/1, Wien, 1983.

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Das Schulwesen in Österreich, Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 673, Wien, 1983.

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Industrie- und Gewerbestatistik 1982, 1.Teil, Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 697, Wien, 1983.

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Industriestatistik 1981, 2.Teil, Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 698, Wien, 1984.

Palme, G., "Sanierung durch Betriebsansiedlung", in Geldner, N., Palme, G., Zur strukturellen Erneuerung der obersteirischen Industrie. Analytische Grundlagen, Gutachten im Auftrag der Repulik Österreich und des Landes Steiermark, Wien, 1981.

Palme, G., "Standortanforderungen und regionalwirtschaftliche Wirkungen industrieller Betriebsgründungen am Beispiel der Obersteiermark", in Blaas, W., Rüsch, G., Schönbäck, W. (Hrsg.), Regionalökonomische Analysen für Österreich, Wien, 1984.

Perrons, D.C. "The Role of Ireland in the New International Division of Labour: A Proposed Framework for Regional Analysis", Regional Studies, 15, 1981.

Perroux, F., "Note sur la notion de pole de croissance", economie Applique´e, 1955.

Prais, S.J., Productivity and Industrial Structure. A Statistical Study of Manufacturing Industry in Britain, Germany and the United States, Cambridge, 1982.

Puwein, W., "Probleme der Holzverarbeitung", WIFO-Monatsberichte 4/1982.

Recker, E., Schütte, G., "Räumliche Verteilung von qualifizierten Arbeitskräften und regionale Innovationstätigkeit", Informationen zur Raumentwicklung, 6-7/1982.

Reisen, H., "Protektionsstruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie", Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 52, Ergänzungsheft, 2/1982.

Ricardo, D., On the Principles of Political Economy and Taxation, in Sraffa, P., Dobb, M. (Eds.), The Works and Correspondence of David Ricardo, 1, Cambridge, 1951.

Richardson, G.B., "The Organisation of Industry", The Economic Journal, 82, 1972.

Richardson, H.W., Regional economics. Location theory, urban structure and regional change, London, 1969.

Robert, J., "Endogene Entwicklungsstrategie und Berufsbildung. Ansätze und Projekte aus EG-Ländern", Informationen zur Raumentwicklung, 6-7-

Rothwell, R., "The Role of Technology in Industrial Change: Implication for Regional Policy", Regional Studies, 16, 1982.

Ruppe, H.G., "Indirekte Förderung der Innovation", Wirtschaftspolitische Blätter, 30, 5/1983.

Sabel, Ch.F., Work and Politics, The division of labor in industry, Cambridge Studies in Modern Political Economics, Cambridge, 1982.

Sabel, Ch.F., "Neo-Fordismus of Flexible Specialization? The Micro-Politics of Industrial Reorganization", in Kramer, H., Butschek, F. (Hrsg.), Strukturpolitik als Dimension der Vollbeschäftigungspolitik, Wien-Stuttgart, 1983.

Scherer, F.M., Beckenstein, A., Kaufer, E., Murphy, R.D., The Economics of Multi-Plant Operation: An International Comparisons Study, Harvard Economic Studies, 145, Cambridge, Mass., 1975.

Schliebe, K., Die Standortwahl der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Neuerrichtete, verlagerte und stillgelegte Betriebe in den Jahren 1980 und 1981, Bonn, 1982.

Schmid, G., Strukturelle Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Discussion papers des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung, Nr.78-13, Berlin 1978.

Schmookler, J., Invention and Economic Growth, Cambridge, Mass., 1966.

Schneider, M. (1982A), Regionale und sektorale Auswirkungen der Wirtschaftsflaute - Überlegungen zu wirtschaftspolitischen Strategien, WIFO-Vorträge, Heft 9, 1982.

Schneider, M. (1982B), "Ökologischer Landbau - nützliches Korrektiv und Bereicherung des Nahrungsmittelangebots", WIFO-Vorträge, Heft 1, 1982.

Schneider, M. "Entwicklung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft 1982/83 - Diagnose und Tendenzen", Agrarische Rundschau, 2-3/1983.

Schöler, K., "Alternative Preistechniken im räumlichen Monopol. Ein einzelwirtschaftlicher und wohlfahrtstheoretischer Vergleich", Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 139, 1983.

Schöler, K., "Preisbildung bei räumlichem Wettbewerb", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 198, 1983.

Schreiber, G., "Probleme der Anwendung von Raumordnungsinstrumenten im Burgenland", Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 27, 2-3/1983.

Schremmer, C., "Entwicklungsmöglichkeiten im Südburgenland", in Blaas, W., Rüsch, G., Schönbäck, W. (Hrsg.), Regionalökonomische Analysen für Österreich, Wien, 1984.

Schubert, U., Stöhr, W., "Ansätze für eine koordinierte Wirtschaftspolitik in der Länderregion Ost", in Blaas, W., Rüsch, G., Schönbäck, W. (Hrsg.), Regionalökonomische Analysen für Österreich, Wien, 1984.

Schumacher, D., "Arbeitsteilung mit Entwicklungsländern und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland", Konjunkturpolitik, 28, 5/1982.

Steindl, J., "Import and Production of Know How in a Small Country: The Case of Austria", in Saunders, C.T. (Hrsg.), Industrial Policy and Technology Transfer between East and West, East-West Interaction Workshop Papiers, 3, Wien, 1977.

Stiglbauer, K., "Raumordnung in Österreich", in Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd.42, Hannover, 1980.

Stiglbauer, K., "Siedlungsstruktur und Entwicklungstendenzen", in: Die räumliche Entwicklung in der Länderregion Ost (Symposium), Berichte der Planungsgemeinschaft Ost, 1/1982.

Stöhr, W., Tödtling, F., "Spatial Equity: Some anti-theses to current regional development doctrine", in Folmer, H., Oosterhaven, J. (Eds.), Spatial Inequalities and Regional Development, Boston, 1979.

Streissler, E., "Theorie der Wirtschaftsstruktur (Was ist Gegenstand der Strukturberichterstattung?)", in Gahlen, B. (Hrsg.), Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute. Analyse und Diskussion, Tübingen, 1982.

Strothmann, K.-H., "Die Bedeutung des Technologietransfers für mittelständische Unternehmen", in Engeleiter, H.-J., Corsten, H. (Hrsg.), Innovation und Technologietransfer. Gesamtwirtschaftliche und einzelwirtschaftliche Probleme, Berlin, 1982.

Stuart, Ch., "Search and the spatial organization of trading", in Lippman, S.A., Mc.Call, J.J. (Eds.), Studies in the Economics of Search, Amsterdam, 1979.

Telser, L.G., "Advertising and Competition", Journal of Political Economics, 68, 1964.

Teufelsbauer, W., "Strukturpolitik durch Innovationspolitik: Notwendigkeit und Möglichkeit in Österreich", Wirtschaftspolitische Blätter, 30, 5/1983.

Tichy, G., "Alte Industriegebiete in der Steiermark - ein weltweites Problem ohne Lösungsansätze", Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, 25, 3/1981.

Tichy, G., "Ein regionales Aktionsprogramm zur endogenen Entwicklung der Obersteiermark", in Blaas, W., Rüsch, G., Schönbäck, W. (Hrsg.), Regionalökonomische Analysen für Österreich, Wien, 1984.

Thünen, J.H.v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, 4.unver.Aufl., Stuttgart, 1966.

Thwaites, A.T., "Some Evidence of Regional Variations in the Introduction and Diffusion of Industrial Products and Processes within British Manufacturing Industry", Regional Studies, 16, 1982.

Tödtling, F., Organisatorischer Status von Betrieben und Arbeitsplatzqualität in peripheren und entwicklungsschwachen Gebieten Österreichs, Diss., Wirtschaftsuniversität Wien, 1981.

Tödtling, F., "Regionale Unterschiede der Betriebs- und Arbeitsplatzstruktur in Österreich und ihre Beziehungen zur Regionalpolitik", Wirtschaft und Gesellschaft, 9, 2/1983.

UNIDO, Changing Patterns of Trade in World Industry: An empirical study on revealed comparative advantage, New York, 1982.

Urban, W., "Arbeits- und Qualifikationsintensität der österreichischen Industriesparten", WIFO-Monatsberichte 4/1980.

Verdoorn, P.J., "On a Empirical Law Governing the Productivity of Labour", Econometrica, 19, 2/1951.

Vernon, R., "International Investment and International Trade in the Product Cycle", Quarterly Journal of Economics, 80, 1966.

Volk, E., "Zur Berechtigung der Innovationsförderung in einer Marktwirtschaft", Wirtschaftspolitische Blätter, 30, 5/1983.

Wagener, H.J., "Arbeitsproduktivität im industriellen Bereich: Ein Vergleich zwischen Österreich und Westdeutschland", in Levcik, F. (Hrsg.), Internationale Wirtschaft - Vergleiche und Interdependenzen, Wien, 1978.

Walter, H., Wachstums- und Entwicklungstheorie, Uni-Taschenbücher, 1222, Stuttgart-New York, 1983.

Weber, A.v., Über den Standort der Industrien, 2.Aufl., Tübingen, 1922.

Wettmann, R., Ciciotti, W., The Mobilisation of Indigenous Potential. Regional Adaption to Changing the Technical and Economic Conditions by

Means of the Rapid Adoption of Innovations - A Pilot Project, Wissenschaftszentrum Berlin, Project Report, 1980.

Wilde, L.L., "Information Costs, Duration of Search, and Turnover: Theorics and Applications", Journal of Political Economics, 89, 1981.

Wilson, R.W., "The Effect of Technological Environment and Product Rivalry on R & D Effort and Licensing of Inventions", The Review of Economics and Statistics, LIX, 1977.

Wolf, J., Die Volkswirtschaft in Gegenwart und Zukunft, Leipzig, 1912.

Fußnoten

1) Vgl. Helmut Jeglitsch, "Das Aufkommen an Gewerbe- und Lohnsummensteuer als Indikator für regionale Entwicklungen", Monatsberichte 2/1983, S.87ff. Diese Untersuchung beschränkt sich allerdings auf die der Gewerbesteuer unterliegende "gewerbliche Wirtschaft".

2) Die Bevölkerungsdaten in den Übersichten 3 und 4 enthalten für 1961 die Originalergebnisse der damaligen Volkszählung. Für 1981 wurden die nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes revidierten Volkszählungsergebnisse eingesetzt. Für 1971 schließlich mußten die Originalergebnisse der Volkszählung um die damals nicht zur Wohnbevölkerung gezählten ausländischen Arbeitskräfte (in ganz Österreich ca. 35.000 Personen, im Burgenland ca. 200) erweitert werden, um die Vergleichbarkeit mit 1961 und vor allem mit 1981 sicherzustellen.

3) Für wertvolle Anregungen und kritische Diskussionsbeiträge dankt der Verfasser den Herren Dr.Werner Eckhardt und Dr.Hans Hahnenkamp von der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft für das Burgenland, Herrn o.Prof.Dr.Gunther Tichy (Universität Graz) sowie den Kollegen Dr.Kurt Bayer, Dkfm.Norbert Geldner und Univ.Doz.Dr.Matthias Schneider vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Für statistische Arbeiten sei Frau Andrea Grabmayer und Frau Andrea Hartmann, für die Schreibarbeiten Frau Vera Plass und für die stilistischen Korrekturen Herrn Dkfm.Otto Seidel herzlich gedankt.

4) Die verfügbaren statistischen Zeitreihen in bezug auf die Industrie können nur unzureichend über die sechziger Jahre hinaus zurückverfolgt werden. In vielen Fällen liegen die Daten sogar nur für die siebziger Jahre vor. Die statistischen Belege werden sich auf einen Zeitraum beziehen, der teilweise mit 1961 und teilweise mit 1971 beginnt und oftmals mit 1981 (letztes Erscheinungsjahr der Industriestatistik, 2.Teil) aufhört.

5)

$$M = \sum_K G_{K,B} * \frac{W_{K,B}}{W_{K,Ö}} (1971/1980) = 179,41$$

$$G_{K,B} = \frac{NPW_{K(71),B}}{\sum_K NPW_{K(71),B}}$$

$$W_{K,B} = \frac{NPW_{K(80),B}}{NPW_{K(71),B}} \qquad W_{K,Ö} = \frac{NPW_{K(80),Ö}}{NPW_{K(71),Ö}}$$

$G_{K,B}$ Anteilsgewicht der Branche k, bezogen auf Burgenland

$W_{K,B}$ Wachstumsrate (1971/1980) des burgenländischen Nettoproduktionswertes der Branche k

$W_{K,Ö}$ Wachstumsrate (1971/1980) des österreichischen Nettoproduktionswertes der Branche k

M .... Gewogener Mittelwert des Regionalfaktors in bezug auf das Wachstum des Nettoproduktionswertes; mit den Nettoproduktionswerten der Branchen als Anteilsgewichte an der gesamten burgenländischen Industrie im Basisjahr 1971.

6)

RF = STRUK x STAND

$$STRUK = \frac{\sum_K G_{K(71)} * NPW_{K(80),Ö}}{\sum_K G_{K(71)} * NPW_{K(71),Ö}} : \frac{\sum_K NPW_{K(80),Ö}}{\sum_K NPW_{K(71),Ö}} = 1,7700:1,9618=0,9022$$

$$STAND = \frac{\sum_K G_{K(80)} * NPW_{K(80),Ö}}{\sum_K G_{K(71)} * NPW_{K(80),Ö}} = 1,2910$$

$$RF = \left(\frac{\sum_K G_{K(71)} * NPW_{K(80),Ö}}{\sum_K G_{K(71)} * NPW_{K(71),Ö}} : \frac{\sum_K NPW_{K(80),Ö}}{\sum_K NPW_{K(71),Ö}}\right) * \frac{\sum_K G_{K(80)} * NPW_{K(80),Ö}}{\sum_K G_{K(71)} * NPW_{K(80),Ö}} =$$

$$= \frac{NPW_{K(80),B}}{NPW_{K(71),B}} : \frac{NPW_{K(80),Ö}}{NPW_{K(71),Ö}} = 2,28516:1,9618=1,165$$

$$G_K = \frac{NPW_{K,B}}{NPW_{K,Ö}}$$

RF ... Regionalfaktor

STRUK .. Strukturfaktor

STAND ... Standortfaktor

$NPW_{K(71),Ö}$ .... Nettoproduktionswert der Branche k, 1971, für Österreich

$NPW_{K(71),B}$ .... Nettoproduktionswert der Branche k, 1971 für Burgenland.

7) In den Wirtschaftszweigen Leder, Bekleidung und Textil entsprachen 1976 den Importen in die BRD "Beschäftigungsäquivalente" zwischen 14% und 15% (D.Schumacher, 1982, S.308).

8) E.Streissler (1982, S.10) nennt Branchen, die eine überdurchschnittlich große Einkommenselastizität aufweisen, Wachstumsbranchen erster Art. Branchen, bei denen die Rate des technischen Fortschritts in der Produktion oder die Produktivitätssteigerung überdurchschnittlich ist, nennt er Wachstumsindustrien zweiter Art. Ideale Wachstumsbedingungen haben dann solche Wirtschaftszweige, die Wachstumsindustrien doppelter Art sind: solche also, bei denen sowohl die Einkommenselastizität der Nachfrage wie auch der technische Fortschritt in der Produktion groß ist.

9) Die Geschwindigkeit des Strukturwandels (d) wurde nach dem "Entropie"-Maß gemessen:

$$d = \sum_k a_{k(1981)} \left| \log \frac{a_{k(1981)}}{a_{k(1971)}} \right|$$

$a_{k(1981)}$ .. Anteilsgewicht (auf Grund des Nettoproduktionswertanteils) der Branche k, im Jahr 1981

$| \quad |$ ... Absolutbetrag

d { Burgenland: 26.388
Österreich: 8.237

10)

$$QUALREG_r = \sum_{i=1}^{2} (RF_{r,i} - 100) * W_{r,i} + (100 - RF_{r,3}) * W_{r,3}$$

$QUALREG_r$.... relativer Qualifikationsindex der Raumeinheit (Bundesland, politischer Bezirk)r

$RF_{r,i}$ ..... Regionalfaktor der Raumeinheit r bezüglich des Anteils der Beschäftigtengruppe i ($W_{r,i}$) an den gesamten Industriebeschäftigten (in r)

$$RF_{r,i} = \frac{W_{r,i}}{W_{ö,i}} * 100$$

wobei $W_{ö,i}$.... Anteil der Beschäftigtengruppe i an den gesamten Beschäftigten in der Industrie Österreichs

W_i {
1 .... Anteil der Angestellten
2 .... Anteil der Facharbeiter
3 .... Anteil der angelernten und sonstigen Arbeiter

11) Regressionsgleichung für die burgenländische Industrie:

$Y = -0,587 + 0,67x$

$R^2 = 0,814$

Regressionsgleichung für die österreichische Industrie:

$y = 0,925 + 0,654x$

$R^2 = 0,796$

y ... jährliche Veränderungsrate des realen Nettoproduktionswertes je Beschäftigten (Arbeitsproduktivität)

x .... jährliche Veränderungsrate des realen Nettoproduktionswertes.

12) P.Mitter - J.Skolka (1981) schätzten für die Stundenproduktivität der österreichischen Wirtschaft einen Regressionskoeffizienten von 0,641 für den Zeitraum 1964/1977.

13) Regressionsgleichung für die burgenländische Industrie:

$y_k = 55,51 + 0,26x_k$

$R^2 = 0,2897$

y_k .... Prozentuelle Veränderung (1971/1980) des (nominellen) Nettoproduktionswertes je Beschäftigten in einer Branche k.

x_k ..... Prozentuelle Veränderung (1971/1980) des (nominellen) Nettoproduktionswertes in einer Branche k.

14) Regressionsgleichung:

$yr_k = 65,04 + 0,218xr_k$

$R^2 = 0,321$

yr_k ... Burgenländischer Regionalfaktor (bezogen auf Österreich) der prozentuellen Veränderung (1971/1980) des (nominellen) Nettoproduktionswertes je Beschäftigten in einer Branche k.

xr_k ... Burgenländischer Regionalfaktor (bezogen auf Österreich) der prozentuellen Veränderung (1971/1980) des (nominellen) Nettoproduktionswertes in einer Branche k.

15) Regressionsgleichung:

$y_{B,k} = 125,61 - 0,281x_{Ö,k}$

$R^2 = 0,009$

$y_{B,k}$ .... Prozentuelle Veränderung (1971/1980) des (nominellen) Nettoproduktionswertes je Beschäftigten in einer burgenländischen Branche k

$x_{Ö,k}$ ..... Prozentuelle Veränderung (1971/1980) des (nominellen) Nettoproduktionswertes je Beschäftigten in einer österreichischen Branche k.

16) Qualifikationsindex nach W.Urban (4/1980), Angestellte (kaufmännische und technische) und Facharbeiter in % der Beschäftigten insgesamt.

17) Materialindex = $\frac{\text{Gewicht aller Vorprodukte}}{\text{Gewicht des Fertigproduktes}}$

(nach A.v.Weber)

18) Die burgenländische Stahlerzeugung bezieht sich auf ein Walzwerk, welches Baustahl erzeugt, sodaß für die Standortwahl die Absatznähe und nicht die Rohstoffnähe (bei guter Verkehrslage an der Ostbahn für den Antransport von Vormaterialien) ausschlaggebend ist.

19)

$BEVPOT_i = \sum_j BEV_j * f(c_{ij})$

wobei z.B. $f(c_{ij}) = \exp(-\beta c_{ij})$

$BEVPOT_i$ .. Bevölkerungspotential eines Standortes i

BEV_j ..... Bevölkerung im Wohnort j

c_{ij} ..... Fahrtkosten (in Minuten, in Geldeinheiten, etc.) zwischen den Standorten i und j

β ..... Parameter der "Fahrtkosten-Elastizität"

exp ..... Exponentialfunktion

20) Die Grenzen zwischen beiden Kategorien sind nicht starr, viele Güter haben sowohl Erfahrungs- als auch Sucheigenschaften.

21) Wir hatten Gelegenheit, die Probleme und Chancen der burgenländischen Land- und Forstwirtschaft mit vielen kompetenten Persönlichkeiten, insbesondere den Mitarbeitern der burgenländischen Landwirtschaftskammer, zu diskutieren. Ihnen allen sei für wertvolle Anregungen und Kritik gedankt.

22) Meldung des AIZ vom 13.10.1983.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Gemeinnütziger Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung", Wien 3, Arsenal, Objekt 20. Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91. Tel. 78 26 01-0 Serie. Chefredakteur: Dr.Helmut Kramer, A-1140 Wien, Mondweg 5/2/3. Vorstand: Präsident: Rudolf Sallinger, Vizepräsidenten: Adolf Czettel, Dr.Theodor Pütz, Geschäftsführer: Dr.Helmut Kramer.

Satz und Druck: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Hektographierte Vervielfältigung. Die WIFO-Gutachten können gegen einen Druckkostenbeitrag von S 450,-- bezogen werden.